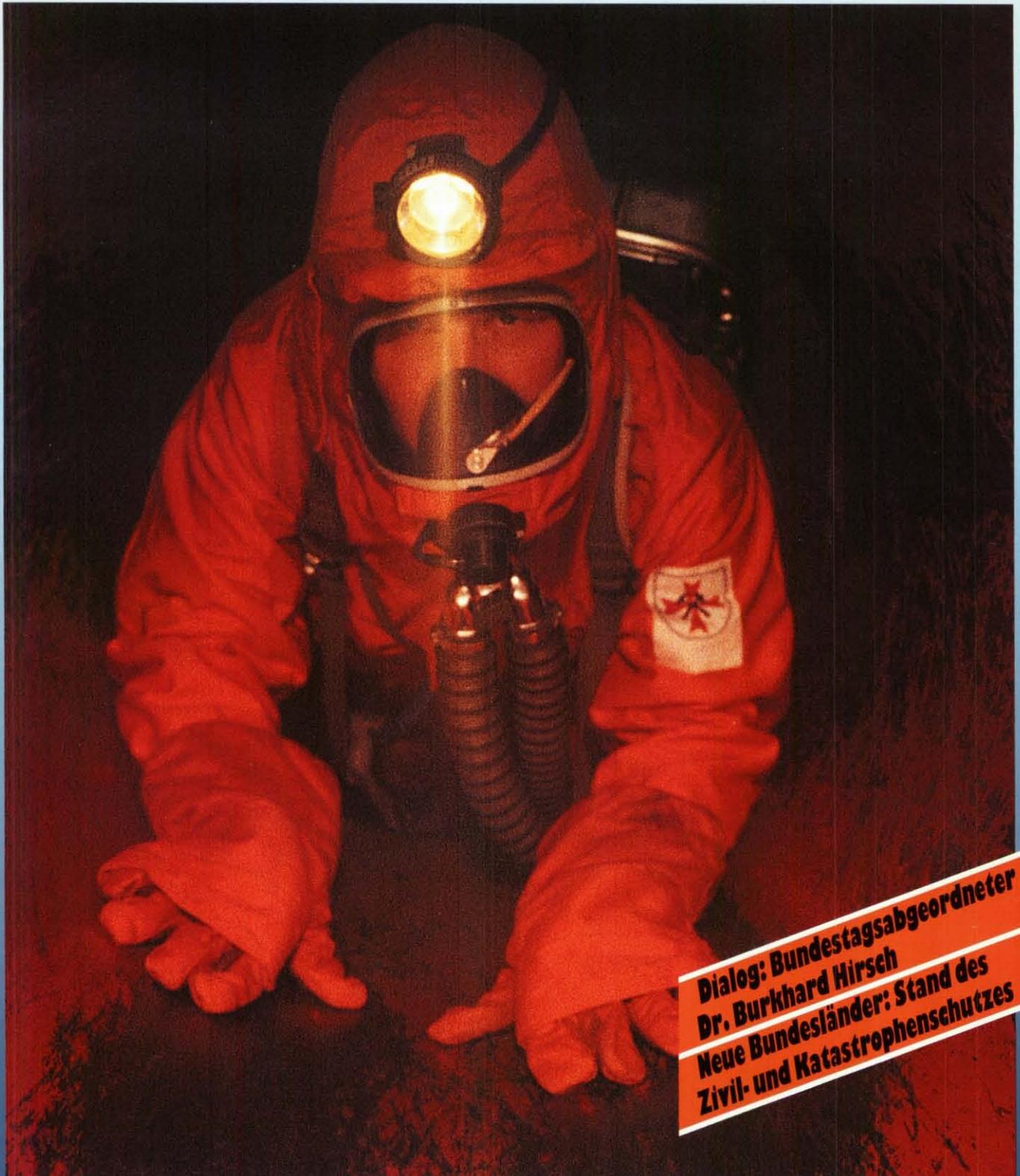


# Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und  
Katastrophenschutz



Dialog: Bundestagsabgeordneter  
Dr. Burkhard Hirsch  
Neue Bundesländer: Stand des  
Zivil- und Katastrophenschutzes



# Kennen Sie Herrn Napier?

## Namen, die zu Maßeinheiten wurden



Voraussetzung für einen guten Empfang mit einem Funk- oder Radiogerät ist, daß eine ausreichend starke Radiowelle an der Antenne des Empfängers anlangt. Dämpfung und Verstärkung wird in der Fernmelde-technik mit Neper (Np) gekennzeichnet, das auf den lateinisierten Namen des schottischen Mathematikers John Napier zurückgeht, der sich im 16. Jahrhundert intensiv mit Rechen-techniken befaßt hat.

John Napier wird 1550 in Merchiston Castle bei Edinburgh (Schottland) geboren. Seine ersten Studienjahre in Mathematik verbringt er am Saint Andrews College, einer der ersten Universitäten der englischen Insel. Studienreisen führen ihn nach Frankreich, Italien und Holland. 1571 kehrt er nach Schottland zurück und führt von da an das geruhsame Leben eines Landgutbesitzers. In seiner Freizeit widmet er sich weiterhin seinen Leidenschaften Mathematik und Astronomie, auch eine große Anzahl von Erfindungen auf verschiedensten technischen Gebieten gehört zu seinen Erfolgen.

Als Mathematiker fasziniert ihn besonders der Umgang mit Zahlen. In seinen Augen werden rechnerische Problemstellungen viel zu kompliziert angegangen. Da die Taschenrechner von heute noch längst nicht erfunden sind, führen Berechnungen von großen Zahlenmengen, besonders beim Multiplizieren, zu Bergen von mit Zahlen beschriebenen Blättern.

Er ist sich sicher, daß es Hilfsmittel geben muß, die diese Arbeit vereinfachen und verkürzen. Einfache Rechenbretter zum Addieren und Subtrahieren sind schon aus antiken Kulturen her bekannt, doch versagen diese, wenn man Zahlen multiplizieren oder dividieren möchte.

Napier entwickelt ein System von Rechenstäbchen, die von vier Seiten mit Zahlenwerten beschrieben sind. Selbst Aufgaben mit mehrstelligen Zahlen können mit ihrer Hilfe durch Drehen und Verschieben der Stäbchen multipliziert werden. Je größer die zu behandelnden Zahlen sind, desto mehr Stäbchen müssen verwendet werden. Es genügt ihm nicht, nur ein Rechengerät zu entwickeln, er möchte auch das Rechnen auf dem Papier vereinfachen. Das Schema, das hinter den Rechenvorgängen steht, zeigt ihm den Weg zum logarithmischen Rechnen. Die Logarithmen haben den Vorteil, daß Multiplikation und Division auf einfaches Addieren und Subtrahieren, Potenzieren auf Multiplikation kleiner Zahlen zurückgeführt werden. Den Rest seines Lebens versucht Napier, seine Theorie zu vervollkommen und genaue Logarithmentafeln zu erstellen. Fast als Nebenprodukt seiner Erkenntnisse stößt er auf das dekadische System der Zahlen, das noch heute Grundlage unseres Zahlensystems ist.

Noch heute werden die napierischen Logarithmen unter dem Begriff der „natürlichen Logarithmen“ verwendet. Der englische Astronom Briggs ergänzt und verändert 1624 Napiers Logarithmentafeln.

Der Schweizer Jost Bürgi, ein Mitarbeiter Johannes Keplers, verwendet als erster Logarithmen zur Berechnung komplizierter mathematischer Aufgaben. Ein Großteil der naturwissenschaftlichen Berechnungen Keplers werden erst durch ihre Verwendung möglich. Erst in den 70er Jahren unseres Jahrhunderts werden die auf Grundlage der Logarithmen entwickelten Rechenschieber und Logarithmentafeln durch die weite Verbreitung elektronischer Taschenrechner verdrängt.

John Napier stirbt am 4. April 1617 in Merchiston Castle. Im Andenken an seine mathematische Genialität wurde das Maß für Pegel, Verstärkung und Dämpfung nach ihm mit Neper benannt.

(Foto: Deutsches Museum)

*Ein Dämpfungsmaß von 1 Neper (Np) liegt vor, wenn der Quotient aus Eingangs- und Ausgangswert dem Wert der Basis des natürlichen Logarithmus  $e = 2,718 \dots$  entspricht.*

**Anschrift der Redaktion:**

53131 Bonn  
Postfach 200161, Ruf (0228) 940-0  
Telefax (0228) 9402702

**Impressum:**

Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesministeriums des Innern vom  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn

**Verlag:**

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint  
monatlich;  
zweimal im Jahr als Doppelnummer

**Chefredakteur:**

Peter Eykmann

**Redaktion:**

Sabine Matuszak-Faßbender  
Günter Sers, Paul Claes

**Layout:**

Paul Claes

**Druck,**

**Herstellung und Vertrieb:**

Druckhaus Coburg  
Postfach 1525  
96405 Coburg  
Tel. 09561/850190, Telefax 850199

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für  
unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr.  
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur  
mit Quellenangabe und mit Genehmigung der  
Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung  
der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt  
mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,  
Abonnement jährlich DM 33,60  
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer ent-  
halten. Abonnements werden am Beginn des  
Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen  
bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich  
vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um  
den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht  
ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum ge-  
wünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart.  
Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer  
Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht  
kein Anspruch auf Haftung.

<b>Umschau</b>	2
Aktuelles im Blickpunkt	
<b>„Kürzungen ohne Neukonzeption werden den neuen Bedingungen nicht gerecht“</b>	12
F.D.P.-MdB Dr. Burkhard Hirsch im Dialog	
<b>Des Risikos immer bewußt</b>	16
Die Zentrale Grubenwehr in Herne-Wanne	
<b>Information in der Katastrophe – eine Katastrophe?</b>	19
Zweites Niedersächsisches Katastrophenschutz-Symposium mit aktuellen Themen	
<b>„S-Bahn mit D-Zug kollidiert“</b>	23
3. Katastrophenseminar der Berliner Polizei endet mit Großübung	
<b>Unzureichende Ausbildungsmöglichkeiten an den Landesfeuerwehrschulen?</b>	25
Anfrage an die niedersächsische Landesregierung	
<b>Spiel, Sport, Wettkampf</b>	27
15. Deutscher Jugendfeuerwehrtag in Trier	
<b>Engagement des Bundes bei der Gefahrenabwehr in den neuen Bundesländern</b>	30
Aufbaustand des erweiterten Katastrophenschutzes – Teil 1	
<b>Schnelleinsatzgruppen – Nutzen und Effizienz bei der Gefahrenabwehr</b>	36
Fach- und Arbeitstagung des Arbeiter-Samariter-Bundes	
<b>Orientieren mit topographischen Karten – Theorie und Praxis</b>	38
Ein wichtiger Aspekt der Einsatztaktik im Mittelpunkt	
<b>Premiere in Ulm</b>	45
Vorgestellt: Die neue Fahrzeuggeneration von Iveco Magirus	
<b>„Blauer Schild '93“</b>	49
Vollübung des THW-Geschäftsführerbereiches Tübingen	
<b>Meisterschaft im Helfen</b>	52
9. Bundeswettbewerb der Malteser-Sanitätsgruppen	
<b>Neue Technik bei der Berufsfeuerwehr Köln</b>	54
Einsatzabläufe können optimiert werden	
<b>Mehr Sicherheit durch kontrollierte Abrüstung</b>	56
Karl-Ludwig Haedge zu einem aktuellen Thema – 5. Teil	
<b>Bundesverband für den Selbstschutz</b>	61
<b>Technisches Hilfswerk</b>	64
<b>Warndienst</b>	67
<b>Deutsches Rotes Kreuz</b>	68
<b>Arbeiter-Samariter-Bund</b>	70
<b>Johanniter-Unfall-Hilfe</b>	71
<b>Malteser-Hilfsdienst</b>	73
<b>Deutscher Feuerwehrverband</b>	74
<b>Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft</b>	76
<b>Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/ -einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V.</b>	77
<b>Wissenschaft und Technik</b>	79
<b>Bücher</b>	80
<b>Termine</b>	11
<b>Minimagazin</b>	U 3



# Zivil- und Katastrophenschutz für das Jahr 2000

## Podiumsdiskussion in Oberhausen

Der Selbstschutz der Bevölkerung und das ehrenamtliche Engagement im Zivilschutz bleiben weiterhin unverzichtbar. Diese Meinung vertraten einhellig die Teilnehmer einer Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Politik und Verwaltung in Oberhausen.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach-Hermann setzte sich ebenso wie die Mehrheit der Podiumsteilnehmer für die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) ein. Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Abteilungsleiter Katastrophen-, Zivilschutz, Notfallvorsorge, zivile Verteidigung beim Bundesministerium des Innern, betonte: „Der Selbstschutz gewinnt immer mehr an Bedeutung, je mehr der Staat seine Vorsorgemaßnahmen reduziert.“ Das Thema dieser Veranstaltung des CDU-Kreisverbandes Oberhausen „Der Zivil- und Katastrophenschutz für das Jahr 2000“ lockte über 100 Zuhörer aus dem ganzen Ruhrgebiet in den Wintergarten der Oberhausener Stadthalle.

MdB Erika Steinbach-Hermann kommentierte vor dem Hintergrund der Umstrukturierung des Zivilschutzes die Einsparungen des Bundes in diesem Bereich: „Bei allen Sparmaßnahmen muß bedacht werden, daß man die Strukturen des Zivilschutzes nicht zerstört, sondern beibehält. Es muß auch künftig ein Apparat bereitstehen, der im Verteidigungsfall humanitäre Hilfe leisten kann.“ Weiter führte sie aus, daß bisher allein beim

BVS die Umstrukturierung abgeschlossen sei. Beim Technischen Hilfswerk (THW), dem Bundesamt für Zivilschutz (BZS) und dem Erweiterungsteil des Katastrophenschutzes müsse dies noch erfolgen. Steinbach-Hermann: „Mein Bestreben ist es, Lösungen auf den Tisch legen zu können, bei denen alle Beteiligten sagen: Es war ein harter Schnitt und wir mußten einsparen, aber wir haben eine funktionsfähige Einheit erhalten, die voll einsetzbar ist.“

Ministerialdirigent Wolfgang Beyer ging auf die Forderungen der Länder und Kommunen ein, den BVS und das THW aufzulösen. „Ich sehe niemanden in der Republik, der das Thema wieder aufgreifen will, zumal alle Forderungen diesbezüglich mit dem Hintergedanken ge-

stellt wurden, daß die auf Bundesebene eingesparten Mittel ungeschmälert den Kommunen und den Ländern zufließen würden. Ich warne vor diesem Gedankengang. Nicht ein Pfennig ist in Richtung Gemeinden oder Länder geflossen, und ich sehe für die Zukunft da auch keine Änderung. Deshalb sollten wir alte Streitigkeiten nicht fortsetzen.“ Beyer führte aus, daß der Selbstschutz um so mehr an Bedeutung gewinne, je weiter der Staat seine Notfallvorsorge reduziere. „Deshalb müssen wir den Selbstschutz der Bevölkerung stärken, und dafür gibt es den BVS“, faßte er zusammen.

Für die Umsetzung der neuen Zivilschutzstruktur habe das Bundesministerium des Innern Prioritäten gesetzt. Danach stehe an erster Stelle der

Aufbau des erweiterten Katastrophenschutzes in den neuen Ländern. An zweiter Stelle folge der Erhalt des ehrenamtlichen Elementes. Nicht ohne Stolz erklärte Beyer: „Die ehrenamtlichen Helfer im Zivilschutz sind ein Schatz, um den uns die ganze Welt beneidet. Deswegen wollen wir unter allen Umständen auch entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, damit hier keine Schwächung eintritt.“

Allerdings fehlten in erheblichem Maße finanzielle Mittel. Durch die Straffung der Verwaltung könne hier gespart werden. Das Problem der Materialerhaltung sei durch Selbstbewirtschaftung und Pflege durch die Einheiten zu lösen. Hinsichtlich der Schulung von Einsatzkräften müsse mit den Ländern ein gemeinsames, neu finanziertes Mo-



Friedrich Martin, Feuerwehrverband NRW, Dr. Christoph Steegmann, Innenministerium NRW, Oliver Wittke, CDU-Ruhrgebiet, Erika Steinbach-Hermann, CDU-MdB, Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, BMI, und Peter Eykmann, BVS-Landesstellenleiter NRW (v. l. n. r.).

(Foto: Bose)

# Mit der Umgestaltung des Zivilschutzes begonnen

**Erika Steinbach-Hermann (MdB), Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuß, und Dr. Klaus-Dieter Uelhoff (MdB), Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß, erklärten im „Deutschland-Union-Dienst“ (DUD) der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 21. Oktober 1993:**

Erste Schritte zur Umgestaltung des Zivilschutzes sind inzwischen auf den Weg gebracht. Der notwendige Umbau des Zivilschutzes muß sich allerdings in angemessenen Übergangsfristen vollziehen. Nach den starken Einschnitten im Haushalt 1993, die im wesentlichen beim Warndienst vorgenommen wurden, ist der Einzelplan 36 für 1994 um weitere 105 Millionen Mark abgesenkt worden.

Mit Umschichtungen und Einsparungen allein ist dies nicht mehr zu bewältigen. Ein schlanker und effizienter Zivilschutz muß geschaffen, endlich ein schlüssiges Konzept vorgelegt werden. Hierzu soll der Bundesminister des Innern zum 31. März 1994 einen detaillierten Bericht vorlegen. Wir gehen davon aus, daß dieser Bericht den Weg des Zivilschutzes in den kommenden Jahren aufzeigt. Vor diesem Hintergrund kann der Haushalt für 1994 nur vorläufigen Charakter haben.

Die strukturellen Folgerungen aus der geringer gewordenen Bedrohung der Bevölkerung kann er noch nicht ziehen. Die erforderlichen Entscheidungen müssen sorgfältig zwischen allen Beteiligten abgestimmt werden. Für das Jahr 1995 werden dann aber die ersten haushaltmäßigen Konsequenzen zu ziehen sein. Schwerpunkt der Haushaltsberatungen für 1994 sind deshalb:

- das Element der ehrenamtlichen Helfer für die Zukunft ausreichend abzusichern und
- den Aufbau von Strukturen des Zivilschutzes in den neuen Bundesländern zu ermöglichen, ohne jedoch damit gleich die neue Konzeption vorwegnehmen zu wollen.

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf können beide Ziele erreicht werden. Die mittelfristige Finanzplanung ist jedoch an den fachlichen Erfordernissen auszurichten. Jede vernünftige Konzeption des Zivilschutzes muß die Elemente „Warnen“, „Schützen“ und „Retten“ als Kern der Aufgaben ansehen. Leider gibt es auch heute noch so gut wie keine zuverlässigen Grunddaten, mit deren Hilfe sich der notwendige Umfang von Zivilschutzmaßnahmen exakt berechnen ließe.

Beim System des Warndienstes wird eine Organisation vorgehalten, die besonders starken Veränderungen unterworfen ist. Die Aufgaben der Warnämter müssen vor dem Hintergrund der nachgelassenen militärischen Bedrohung neu definiert und auf eine verringerte Zahl von Mitarbeitern zugeschnitten wer-

den. Da sich auch in Zukunft Gefahrenlagen in ihren Auswirkungen nicht auf enge Räume werden beschränken lassen, ist ein System der Datensammlung und -auswertung über Landesgrenzen hinaus auch künftig unverzichtbar. Die Erfassung radioaktiver Strahlung für den Bundesumweltminister durch die Warnämter stellt eine sinnvolle friedensmäßige Nutzung der für den Verteidigungsfall ausgelegten Organisation dar. Sowohl die technische als auch die personelle Ausstattung wird jedoch zu überprüfen sein.

Der Bundesminister des Innern soll zudem prüfen, in welchen Bereichen der Katastrophenschutz-Zentralwerkstätten Einsparungen vorgenommen werden können und welche Bereiche möglicherweise unverzichtbar sind. Eine derartige Umstrukturierung soll sozialverträglich und ohne Kündigungen durchgeführt werden. Aus diesem Grund begrüßen wir die Stellenbesetzungssperre, die der BMI verfügt hat. In jedem Fall müssen die Mittel für die Wartung und Instandsetzung der Fahrzeuge und ihrer Ausstattung an anderer Stelle bereitgestellt werden, damit die ordnungsgemäße Wartung auch in Zukunft sichergestellt wird. Wir erwarten vom BMI, daß er in dem geforderten Bericht darlegt, wie die angestrebte Umstrukturierung durchgeführt werden soll.

Auch bei den Katastrophenschutzschulen halten wir strukturelle Überlegungen für geboten. Der Bund sollte prüfen, ob er die Ausbildung gegebenenfalls in eigener Regie übernehmen will, inwieweit der Kreis der Auszubildenden an der Katastrophenschutzschule des Bundes ausgeweitet werden kann und ob nicht die Landesfeuerwehrschulen in der Lage sind, die erforderlichen Ausbildungskapazitäten zur Verfügung zu stellen. Auch hier erwarten wir bis zum 31. März 1994 eindeutige Aussagen der Exekutive, die mit den Ländern abgestimmt sind.

Bei der Luftrettung halten wir es für ausgeschlossen, daß sich der Bund von heute auf morgen aus dieser Aufgabe zurückzieht. Dies schließt allerdings nicht aus, daß der Bund mit den Ländern oder privaten Betreibern Vereinbarungen schließt, so daß diese die Aufgaben der Luftrettung übernehmen können. Bis dahin sind jedoch auch in der mittelfristigen Finanzplanung ausreichende Mittel vorzusehen, um das bewährte System der Luftrettung fortführen zu können.

Wir gehen davon aus, daß die notwendige Umstellung des Zivilschutzes in den nächsten Jahren große Anstrengungen von allen Beteiligten erfordert. Sowohl die Planung als auch die Durchführung wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Diese Zeit darf jedoch nicht zum Vorwand dienen, die erforderlichen Veränderungen zu verschleppen. Gefragt ist die Kontinuität eines effektiven Zivil- und Katastrophenschutzes, nicht aber die

dell entwickelt werden. Im übrigen werde man den Vorschlägen einer integrierten Ausbildung nachkommen.

Ministerialrat Dr. Christoph Steegmann, Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, wies zu Beginn seines Sta-

tements auf eine Meinungsverschiedenheit mit dem Bund hin: Der große Unterschied in der Neukonzeption des Katastrophenschutzes zwischen Ländern und Bund sei, daß der Bund ausschließlich von finanziellen Bedingungen aus-

gehe. Steegmann: „Nach dem 180.000 Modell des Bundes gibt es beispielsweise in NRW 95 Kreise. Tatsächlich sind es nur 54. Wir bekämen aber für 95 Kreise sämtliche Fachdienste aufoktroiert, ohne daß wir sie brauchen.“

Das Fehlen der Einsatzpraxis bei den Helfern im Katastrophenschutz sieht Steegmann als Hauptproblem bei der Motivation zur ehrenamtlichen Mitarbeit. Für den Herbst 1993 kündigte er einen Vorstoß des Landes NRW zur

Lösung des Problems an: „Wir haben den Versuch geplant, eine neue Einsatzeinheit zu bilden. Diese neue Einheit führt die Elemente des Betreuungsdienstes und des Sanitätsdienstes zusammen. Sie wird dann den Rettungsdienst in seiner Tagesarbeit unterstützen.“

Friedrich E. Martin, Vorsitzender des Fachausschusses Katastrophenschutz beim Feuerwehrverband Nordrhein-Westfalen, beleuchtete aus seiner Sicht die Lage im Zivilschutz: „Unbeschadet der Zuständigkeit von Bund und Ländern muß die Gefahrenabwehr so aufeinander abgestimmt sein, daß sie als einheitliches Hilfeleistungssystem funktioniert. Das friedensmäßige Potential der Feuerwehr bedarf im Verteidigungsfall der Ergänzung und Verstärkung.“ Nach dieser grundlegenden Positionsbestimmung erläuterte er die Einschätzungen seines Verbandes zu den anstehenden Veränderungen im Zivilschutz. Im Bereich der Fachdienste sieht Martin erhebliche Einsparungsmöglichkeiten. So könnten die AMAST und die Instandsetzungszüge aufgelöst werden. Da die Katastrophenschutzorganisationen ihre Einheiten bei Übungen ohnehin schon selbst verpflegten, wären auch die Verpflegungseinheiten überflüssig. Auch die ABC-Züge müßten nach Ansicht Martins eine völlig neue Konzeption erhalten. Bei den Einheiten des Brandschutzes sei lediglich eine Überprüfung der STAN notwendig.

Peter Eykmann, NRW-Landesstellenleiter beim Bundesverband für den Selbstschutz, unterstrich zu Beginn der Veranstaltung die Verantwortlichkeit des Bundes für den Schutz der Bevölkerung. Eine klare Absage erteilte er allen, die der Ansicht sind, daß die Welt nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes friedlicher geworden sei. Zur Zeit würden mehr als 30 Kriege weltweit geführt.

Eykmann: „Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich verändert. Wir müssen heute von anderen Gefähr-

dungslagen ausgehen wie bisher. Der Bund hat mit dem Bericht zur Neuorganisation des Zivilschutzes auf diese Veränderung reagiert. Nun muß diese neue Linie mit Leben erfüllt werden.“ Er hob weiter hervor, daß die Grundlage aller Hilfeleistung des Zivil- und Katastrophenschutzes der Selbstschutz sei. „Ohne die Selbsthilfe der Bevölkerung in der ersten Zeit nach Eintritt einer Schadenssituation, kann der Zivilschutz nicht funktionieren“, faßte Eykmann zusammen.

Rede und Antwort standen die Podiumsteilnehmer anschließend den Zuhörern des Abends. Den Schwerpunkt bei den aktuellen Problemen bildete die Verunsicherung der Helfer durch die Neuordnung des Zivilschutzes. Aber auch die Aus- und Fortbildung im erweiterten Katastrophenschutz wurde kontrovers diskutiert.

## **25 Jahre Luftrettungsstaffel Bayern**

Innenminister Dr. Günther Beckstein überbrachte in Nürnberg die Glückwünsche der Bayerischen Staatsregierung zum 25jährigen Jubiläum der Bayerischen Luftrettungsstaffel. Großflächige Katastrophen- und Unglücksfälle wie z. B. Waldbrände, Hochwasser oder Windbrüche können am wirksamsten bekämpft werden, wenn das Schadensmaß durch Beobachtung aus der Luft möglichst frühzeitig erkannt und beurteilt wird. Das war Anlaß für die Gründung der Luftrettungsstaffel Bayern, die das Bayerische Innenministerium unterstützt hat. 1968 hatte sie noch 69 Piloten mit 33 Flugzeugen, die auf 11 Flugplätzen stationiert waren. Seitdem hat sich die Zahl der Pilotinnen und Piloten und der Flugzeuge und Hubschrauber beinahe verfünffacht, die der Stützpunkte verdreifacht.

Ein Aufgabenschwerpunkt der Staffel ist seit Anbeginn die vorbeugende Waldbrandüberwachung. Hier sind spezi-

ell ausgebildete Luftbeobachter des Katastrophenschutzes, der Feuerwehren, der Staatlichen Forstverwaltung und der Polizei im Einsatz, um entstehende Waldbrände zu erkennen und die Einsatzkräfte aus der Luft zu koordinieren. Daneben haben sich im Laufe der Jahre weitere Betätigungsfelder für die Luftrettungsstaffel herausgebildet. Dazu gehören die Beobachtung des Waldsterbens oder das Aufspüren der Nester von Borkenkäfern aus der Luft genauso wie die Bekämpfung der Tollwut durch Abwurf von Impfködern in schwer zugänglichen Gebieten.

Insgesamt ist die Luftrettungsstaffel Bayern laut Beckstein aus dem Bayerischen Katastrophenschutz nicht mehr wegzudenken, zumal der Nutzen dieser in der Bundesrepublik Deutschland einmaligen Einrichtung die jährlichen Kosten von zirka 100 000 Mark bei weitem übersteigt. „Hier wird“, so Beckstein, „mit wenig Geld viel erreicht.“

## **Thüringen: Landesmittel zur Förderung des Brandschutzes**

„Für Investitionen der Gemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise auf dem Gebiet des Brandschutzes stellte das Land Thüringen in diesem Jahr 18 Millionen Mark zur Verfügung“, so Innenminister Franz Schuster kürzlich in Erfurt. Außerdem könne das Innenministerium weitere je 18 Millionen Mark für 1994 und 1995 noch in 1993 bewilligen. Bezuschußt werden im Rahmen des Landeshaushaltes der Neu- und Umbau von Feuerwehrgerätehäusern, die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen, Fernmeldetechnik und informationstechnischem Gerät.

Im Juli 1993 beschloß der Thüringer Landtag die Erhöhung der Fördersätze für Feuerwehrgerätehäuser und Feuerwehrfahrzeuge von 30 auf bis zu 50 Prozent. „Damit“,

so Schuster, „werden die Kommunen finanziell entlastet.“

Die Ersatzbeschaffung von Funk- und Fernmeldetechnik für die Sicherung des Funkverkehrs der Feuerwehren, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes wird vom Land ebenfalls unterstützt. So erhielten beispielsweise die Kreisverwaltungen Gotha, Schmalkalden und Mühlhausen sowie die Stadt Erfurt Zuwendungen von insgesamt 1,1 Millionen Mark für die Beschaffung von Funktechnik bzw. einer EDV-Anlage. Für den Kauf von Feuerwehrfahrzeugen stellt das Land im Jahr 1994 etwa acht Millionen Mark bereit.

Schwerpunkt bei der Fördermittelvergabe der kommenden Jahre wird das künftige Gefahrenschutzzentrum in Erfurt sein.

## **Bayern: Beckstein fordert Neukonzeption des Zivilschutzes**

Innenminister Dr. Günther Beckstein hat, anläßlich der Landesversammlung der Helfer und Förderer des Technischen Hilfswerks in Bayern e. V. in Eichstätt, erneut den Bund aufgefordert, eine Neukonzeption des Zivilschutzes vorzulegen, die den grundlegenden welt- und verteidigungspolitischen Veränderungen der letzten Jahre Rechnung trägt. Beckstein: „Die Gefahr einer flächendeckenden Zerstörung der Infrastruktur, die die bisherige Grundlage aller Zivilschutzanstrengungen war, besteht nicht mehr. Die Ausgaben des Bundes für den Zivilschutz erweisen sich vielfach als ineffektiv und sind insofern haushaltspolitisch nicht vertretbar. Wozu brauchen wir noch nie benutzte Notbrunnen oder Behelfskrankenhäuser mit eingemoteten Geräten und Sanitätsmaterial, wenn hierfür Bund, Ländern und Gemeinden sinnlose Kosten in Höhe von zirka 20 Millionen Mark jährlich entstehen.“

Weiter forderte der Innenminister die Auflösung des

Bundesverbandes für den Selbstschutz wegen völligen Wegfalls seiner gesetzlichen Aufgaben. Allein hierdurch könnten 60 Millionen Mark pro Jahr eingespart werden. Laut Beckstein müssen sich die Zivilschutzmaßnahmen künftig weitgehend am Standard der Vorkehrungen in anderen NATO-Staaten orientieren. Ferner müssen sie wesentlich stärker als bisher das Verhältnis von Mitteleinsatz und Nutzen berücksichtigen und soweit wie möglich einen Doppelnutzen, d. h. auch einen Nutzen für den Einsatz im Frieden haben.

Beckstein betonte, daß die Aufgaben der 9000 aktiven THW-Mitglieder durch die veränderte Sicherheitslage keineswegs geringer geworden sind. So waren allein im Jahr 1991 2585 Einsätze mit einem Zeitaufwand von mehr als 158 000 Stunden notwendig. Der Innenminister dankte allen Helferinnen und Helfern des THW für ihre Einsatz- und Opferbereitschaft zum Wohl der Bevölkerung. „Machen Sie bitte so weiter, damit die Bevölkerung auch in Zukunft weiß, daß sie in der Stunde der Not mit Hilfe rechnen kann.“

## Tag der Ehrenamtlichen in Sachsen-Anhalt

Zum dritten Mal veranstaltete das Land Sachsen-Anhalt einen Tag der Ehrenamtlichen. Mit dieser Veranstaltung in Seehausen, Kreis Osterburg, dankte die Landesregierung den Helferinnen und Helfern für ihr Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz. Über 2000 Besucher informierten sich an diesem Aktionstag über die technische Ausstattung und den Ausbildungsstand der Katastrophenschutz-Organisationen. Neben einer Geräteausstellung wurden auch die Fertigkeiten der Helfer unter Beweis gestellt.

Bei einem Leistungswettbewerb der Feuerwehren mußte in kürzester Zeit ein übungs-mäßiger Löschangriff erfol-



**Innenminister Hartmut Perschau.**

gen. Die siegreiche Mannschaft aus Unseburg erfüllte diese Aufgabe in nur 39 Sekunden. Der Informationsstand des Bundesverbandes für den Selbstschutz war an diesem Tag dicht umlagert. Hier wurde mit einem Info-Quiz und in vielen persönlichen Gesprächen Helferwerbung für den erweiterten Katastrophenschutz betrieben. Der Höhepunkt dieses Aktionstages waren die Rettungsübungen der Feuerwehren und der Hilfsorganisationen. Das Ablassen verletzter Personen von einem Silo aus 40 Metern Höhe war eine besondere Attraktion.

In seiner Ansprache ging Innenminister Perschau auf die Entwicklung des Katastrophenschutzes und des Brandschutzes in Sachsen-Anhalt ein: „1993 war für das System der Hilfeleistung in Sachsen-Anhalt ein bedeutendes Jahr. Im Frühjahr ist das Katastrophenschutzgesetz in den Landtag eingebracht worden, im Sommer folgte das Brandschutzgesetz. Beide werden in nächster Zeit beraten und, so hoffe ich, noch in diesem Jahr in Kraft treten. Darüber hinaus sind vielfältige Verordnungen und Richtlinien ergangen, die die einheitliche Ausgestaltung des Brandschutzes weiter vorangetrieben haben. Nicht zu vergessen ist das Rettungsdienstgesetz, dessen parlamentarische Beratung weitgehend abgeschlossen ist. Mit einer baldigen Verabschiedung kann gerechnet werden. Alle diese Regelungen zusammen werden der Improvisation in diesem Bereich ein Ende bereiten und die bisherige Ver-

fahrensweise auch rechtlich untermauern. Hilfeleistung, Brandschutz und Katastrophenschutz sind nicht nur der Einsatz von Menschen, Technik und Gerät, sondern eben auch das Schaffen rechtlicher Grundlagen zur Vorbereitung, Planung und Sicherung der eingesetzten Kräfte.“

In diesem Zusammenhang sei es eine Genugtuung, daß auch in diesem Jahr wieder 32 Feuerwehrfahrzeuge (LF 16 TS) des erweiterten Katastrophenschutzes an die örtlichen Feuerwehren übergeben werden könnten, so Perschau weiter. Insgesamt seien nunmehr für den Bereich Brandschutz 96 Löschfahrzeuge und 22 Hilfsrüstwagen vom Bund zur Verfügung gestellt worden. Zehn weitere Rüstwagen und 16 Schlauchwagen sollen noch ausgeliefert werden.

Der „rote Konvoi“ aus 32 LF 16 TS war einen Tag zuvor in Bonn aufgebrochen, um rechtzeitig an Ort und Stelle zu sein. Mitarbeiter der Freiwilligen und der Berufsfeuerwehren sowie der Kreisverwaltungen aus Sachsen-Anhalt reisten bereits am Donnerstag mit einem Sonderbus in Richtung Bonn und legten einen Zwischenstopp in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler ein. Eine Fahrt mit Hindernissen, wie der Organisator und Begleiter dieser Aktion, Fritz Bernhardt, von der Bezirksregierung Halle kommentierte. Der Reisebus streifte. Die Rückreise erfolgte dann einen Tag später etwas komfortabler in den neuen Fahrzeugen. Nach 800 Kilometern und etwa zehn Stunden Fahrt waren die Helfer stolz, die neuen Fahrzeuge nach Hause bringen zu können.

## Sondereinsatzgruppen für Brandenburgs Katastrophenschutz

Der Innenminister des Landes Brandenburg, Alwin Ziel, stellte jüngst in Potsdam sie-

ben neue Sondereinsatzgruppen (SEG) für den Katastrophenschutz des Landes in den Dienst. Sie werden in den künftigen Großkreisen Ostprignitz-Ruppin (Standorte Neuruppin, Wittstock), Oberhavel (Standort Gransee), Uckermark (Angermünde, Templin, Prenzlau), Havelland (Rathenow, Nauen), Dahme-Spreewald (Königs Wusterhausen), Oder-Spree (Beeskow) sowie der kreisfreien Stadt Cottbus stationiert. Damit verfügt Brandenburg über 14 SEG, die flächendeckend über das Land verteilt sind und bei Großschäden eingesetzt werden können.

Innenminister Ziel begrüßte, daß damit ein bundesweit einmaliges Projekt standardisierter Katastrophenschutz-einheiten zügig umgesetzt wurde. „Wir bauen das Sondereinsatzgruppen-Konzept weiter aus. Im nächsten Jahr werden wir über 14 Sondereinsatzgruppen ‚Betreuung‘ verfügen, die sich um unverletzte Betroffene, Angehörige und das Wohl der eigenen Einsatzkräfte kümmern werden.“ Ziel würdigte besonders das private Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

Jede der neuen SEG verfügt über drei Fahrzeuge. Sie sind mit medizinischen und technischen Geräten ausgestattet wie Notfallkoffer, Krankentragen, aufblasbares Zelt und Notstromaggregat. Die Helfer und Ärzte kommen vom Arbeiter-Samariter-Bund, dem Deutschen Roten Kreuz, der Johanner-Unfall-Hilfe und dem Malteser Hilfsdienst.

Die ersten sieben SEG des Katastrophenschutzes wurden am 6. Februar 1993 vom Innenminister übergeben.

## Resonanz aus Florida

Der Dank des Staates Florida erreichte jüngst den Autoren des Beitrags „Der Sturm des Jahrhunderts in den USA“ (Bevölkerungsschutz 5/93),

Manfred Gallwitz, Leitender Ministerialrat im niedersächsischen Innenministerium. In einem Schreiben der Abteilung für kommunale Angelegenheiten hob der zuständige Leiter des Planungsbüros, Frank J. Koutnik, die realistische Darstellung der Sturm-Auswirkungen vom März dieses Jahres durch Gallwitz hervor.

Der Leitende Ministerialrat hielt sich während des Jahrhundert-Sturms in Clearwater/Florida auf und konnte so unseren Lesern Eindrücke aus erster Hand vermitteln. Die Sturm-Katastrophe forderte seinerzeit weit über 200 Tote und hinterließ Schäden in zweistelliger Milliardenhöhe (Dollar).

## Ehrenamtliches Engagement nicht dem Zeitgeist opfern

Zu einer konsequenten gesellschaftlichen Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit rief Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich des 80jährigen Jubiläums der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft in Leipzig auf. Mehr als 2,5 Millionen Stunden jährlich leisten die Angehörigen der weltweit größten Wasserrettungsorganisation freiwillig und unentgeltlich Dienst am Mitbürger. 520 Lebensrettungen vor dem Ertrinken, 43 000 Erste-Hilfe-Leistungen und über 11 000 vorbeugende Hilfeleistungen an Wassersportlern stellen die eindrucksvolle Jahresbilanz 1992 der DLRG dar.

Beckstein betonte, daß gerade die in den vergangenen Jahren expandierende Staatstätigkeit und die Knüpfung eines engen sozialen Netzes keineswegs die Einsatzbereitschaft und aktive Mitwirkung der Bürger an Gemeinschaftsaufgaben überflüssig gemacht hat. Der Staat hat, so Beckstein, die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht. Um eine drohende Selbstlähmung zu verhindern, müssen allen Organisationen, die durch solidarisches Handeln und posi-

tives bürgerschaftliches Engagement mithelfen, die sozialen und existenziellen Aufgaben der Gemeinschaft zu erfüllen, möglichst große Handlungsfreiräume, auch in finanzieller Hinsicht geschaffen werden. Das Motto „Soviel Staat wie nötig, so wenig Staat wie möglich“ hat hier, nach Becksteins Worten, seine besondere Geltung.

## Überwachung des Gütertransports und Gefahrguttransports im Land Brandenburg

Kürzlich fand eine bundesweite Kontrolle des gewerblichen Güter- und Fernverkehrs statt, an der sich auch das Land Brandenburg beteiligte. Auf den Bundesautobahnen und Bundesstraßen des Landes wurden insgesamt 534 Lastkraft-, Gütertransport- und Busfahrer kontrolliert. Dabei mußten 246 Fahrzeuge beanstandet werden, darunter 17 Busse. Vorrangig handelte es sich um Überschreitungen der zulässigen Geschwindigkeit und um Verstöße gegen die Sozialvorschriften im Straßenverkehr (z. B. Überschreiten der Lenkzeit).

Allgemein wurden geringfügige Ordnungswidrigkeiten oder technische Mängel festgestellt, die umgehend behoben werden konnten. Darüber hinaus ergingen 40 Anzeigen gegen Fahrzeugführer oder Fahrzeughalter. Elf Lkw-Fahrern wurde die Weiterfahrt untersagt, weil die Fahrzeuge überladen waren oder die Kraftfahrer zu lange am Steuer saßen. Die höchste Geschwindigkeitsüberschreitung stellten die Polizeibeamten des Präsidiums Potsdam fest. Sie zeigten einen Lkw-Fahrer an, der bei zulässigen 50 Kilometern pro Stunde (km/h) mit 110 km/h durch eine Ortschaft fuhr.

Innenminister Alwin Ziel nahm das Ergebnis zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß im Land Brandenburg die Kontrolle dieser Verkehrsteilneh-



## Zwei Tote bei Flugzeugunglück in Warschau

Bei der Bruchlandung einer Passagiermaschine der Deutschen Lufthansa in Warschau sind zwei Menschen ums Leben gekommen. 45 Personen wurden nach Angaben der Lufthansa zum Teil schwer verletzt. Die Maschine des Typs Airbus A-320 war am Ende der Landebahn auf einen Erdwall geprallt. Durch den Aufprall brach das Flugzeug auseinander und fing Feuer. Die beiden Opfer, einer der Piloten und ein Passagier, wurden von den Flammen eingeschlossen und hatten sich nicht mehr aus der brennenden Maschine retten können. Die sofort herbeigeeilten Löschfahrzeuge des Flughafens konnten mit Unterstützung weiterer 23 Einsatzfahrzeuge aus Warschau den Brand innerhalb von zwanzig Minuten löschen.

In die Rettung der Passagiere schaltete sich auch das polnische Fernsehen ein. Immer wieder sendeten die Fernsehstationen Aufrufe an die Warschauer Bürger, Blut zu spenden. In einigen Krankenhäusern bildeten sich daraufhin lange Schlangen von spendebereiten Bürgern.

(Foto: dpa)

## Nationale Schifffahrt sichern

Nach Abschluß der Küstenreise der Arbeitsgruppe „Verkehr“ der FDP-Bundestagsfraktion erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion und Sprecher für Schifffahrt und Häfen Manfred Richter u. a.:

Mit Sorge sehen die FDP-Verkehrspolitiker die Bestrebungen innerhalb der Bundesregierung, eine nationale Küstenwache mit einem einheitlichen Oberkommando aufzubauen. Die Arbeitsgruppe konnte sich von der Einsatzfähigkeit der Bundesorgane zur See überzeugen. Es ist auch vernünftig, den Einsatz der Schiffe und Flugzeuge zu koordinieren. Völlig überflüssig sind aber Überlegungen,

einen neuen bürokratischen Wasserkopf in Form einer Befehlszentrale einzurichten. Deutschland hat im Bereich der Search and Rescue (SAR)-Dienste einen Standard, der weltweit beneidet wird.

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) hat ohne staatliche Zuschüsse ein leistungsfähiges Rettungsnetz an den deutschen Küsten aufgebaut. Die Zusammenarbeit mit den Hubschraubern der Bundesmarine klappt hervorragend. Die Gesellschaft hat eine schlagkräftige Einsatzzentrale, die ohne großen Personalaufwand auskommt. Es ist nicht einzusehen, weshalb staatliche Institu-

tionen sich jetzt einmischen wollen. Dies würde das Engagement der Seenotretter beschädigen und die Motivation der Spender reduzieren. Das Resultat ist nur mehr Staat, aber weniger Sicherheit für die Menschen auf See.

## Internationale Ölwehrrübung Bodensee 1993

Auf Beschluß der internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee führten die Bodenseeanliegerstaaten Baden-Württemberg, Bayern, das österreichische

Bundesland Vorarlberg sowie die Schweizer Kantone St. Gallen und Thurgau eine internationale Ölwehrrübung durch. Zweck dieser Großübung – die dritte ihrer Art nach 1973 und 1983 – war die Erprobung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aller mit der Ölwehr auf dem Bodensee befaßten Einsatzkräfte unter der gemeinsamen Leitung eines Anliegerstaates.

An der Übung nahmen rund 400 Einsatzkräfte der Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks, der Polizei und der Wasserwirtschaft teil, davon etwa 100 Einsatzkräfte aus Bayern. Die Einsatzleitung hatte das Landratsamt Friedrichshafen als die für das Übungsgebiet zuständige Katastrophenschutzbehörde.

Als Schadenslage wurde ein Verkehrsunfall mit einem Güterzug an einem Bahnübergang in Friedrichshafen oberhalb der Rodachmündung angenommen. Durch den Unfall gefährdeten zirka 80 000 Liter Heizöl den Bodensee unmittelbar. Mit dieser internationalen Großübung sollte die Bedeutung der Zusammenarbeit bei Mineralölnfällen auf dem größten Trinkwasserreservoir Europas unterstrichen werden. Die Internationale Ölwehrrübung Bodensee 1993 gab zugleich den Anliegerstaaten und -kantonen die Möglichkeit, die in den letzten Jahren entwickelte technische Ausrüstung zu erproben und der Öffentlichkeit vorzustellen.

## Sicherheitstraining für Brummi-Fahrer

Das DEKRA-Verkehrssicherheitszentrum in Neumünster bietet jetzt ein Lkw-Sicherheitstraining mit einem Übungsteil für den Transport von gefährlichen Gütern. Daneben werden auch Trainingsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche angeboten.

Peer Steinbrück, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, würdigte das DEKRA-Engagement: „Nach der

Inbetriebnahme des 1. Europäischen Lkw-Crashzentrums vor zwei Jahren hat der DEKRA mit dem Verkehrssicherheitszentrum erneut seinen Pioniergeist auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit unter Beweis gestellt.“ Ein vergleichbares Übungszentrum gebe es in der Bundesrepublik sonst nicht.

Die Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße sehe lediglich vor, daß sich Lkw-Fahrer einer theoretischen Fahrerschulung unterziehen. Steinbrück appellierte an die Unternehmen, die gefährliche Güter transportieren, ihren Fahrern die Teilnahme an den Lehrgängen in Neumünster zu ermöglichen.

## Bei Nachtmärschen immer links

Wer nachts mit seinem Auto auf dunkler Landstraße liegenbleibt, der sichert sein Fahrzeug ab, mit Warnblinkleuchte und Warndreieck. Beim Fußmarsch zur nächsten Telefonzelle oder Tankstelle jedoch vergessen viele die einfachsten Grundregeln. „Links gehen, der Gefahr ins Auge sehen“, lautet ein griffiger Merkspruch, den schon die Erstkläßler in der Schule lernen. Auf diese Weise erkennt der Wanderer die entgegenkommenden Fahrzeuge rechtzeitig und kann sich entsprechend nah am Straßenrand halten.

Darüber hinaus sollte der Wanderer möglichst helle Kleidung tragen. Diese reflektiert erheblich besser. Die Autofahrer erkennen den Fußgänger außerdem deutlich früher. Die DEKRA-Sachverständigen empfehlen darüber hinaus, reflektierende Bänder oder Streifen an der Kleidung zu tragen, die man in Fahrradgeschäften kaufen kann. Man sollte sie vor allem an den Hosenbeinen befestigen, da sie dort von den Scheinwerfern früher erfaßt werden. Außerdem führt die Laufbewegung zu einer größeren Auffälligkeit.

## AkzV-Präsident im Ruhestand

Dr. Ewald Andrews, seit September 1991 Präsident der Akademie für zivile Verteidigung (AkzV), Bonn-Bad Godesberg, ließ sich nach zweijähriger Amtszeit und insgesamt 43 Dienstjahren in den Ruhestand versetzen. Dr. Andrews, am 8. März 1930 in Barmstedt geboren, kam nach einer vierjährigen Inspektorenlaufbahn im schleswig-holsteinischen Innenministerium und dem Studium der Rechtswissenschaften in Kiel schließlich nach dem zweiten juristischen Staatsexamen im Jahre 1960 zum Bundesminister des Innern. Dort war er zunächst mit Aufgaben in der Polizeibehörde, der Sozialgesetzgebung sowie der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung betraut.

Von 1975 bis 1991 wirkte er in der Abteilung Katastrophen-, Zivilschutz, Notfallvorsorge, zivile Verteidigung u. a. als Leiter der Arbeitsgruppe „Katastrophenschutz“. Schwerpunktmäßig befaßte sich Dr. Andrews in dieser Zeit mit der Erweiterung des Katastrophenschutzes für V-Fall-Aufgaben sowie dem Abschluß von Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen- und schwe-



ren Unglücksfällen mit anderen europäischen Staaten.

Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. auch im Magazin „Bevölkerungsschutz“, zeugen vom großen Engagement Dr. Andrews durch die Jahre hindurch.

In der Zeit seiner Präsidentschaft bei der AkzV konnte Dr. Andrews mit den Mitarbeitern der Akademie und zahlreichen Gästen das 25jährige Bestehen der Einrichtung feierlich begehen. In einem seiner letzten Vorworte zu einer AkzV-Publikation unterstrich er den uneingeschränkt fortbestehenden Auftrag der Akademie. „Eine andere Schlußfolgerung läßt die instabile, krisengeschüttelte, weltpolitische Lage, mit der das NATO-Bündnis konfrontiert ist, nicht zu“, so der Präsident a. D.



## Verheerendes Erdbeben in Indien

Bei dem schwersten Erdbeben in Indien seit 1935 sind jüngst nach Schätzungen der Behörden mehr als 6500 Personen ums Leben gekommen. Völlig unerwartet hatte ein Erdstoß der Stärke 6,4 auf der Richterskala große Teile des Bundesstaates Maharashtra erschüttert und in dem vorwiegend ländlichen Gebiet mit etwa 800 000 Einwohnern große Schäden angerichtet. Tausende von den in dieser Gegend typischen Lehmhütten stürzten ein und begruben die meist schlafenden Menschen unter sich.

Die indische Armee schickte Soldaten in das Katastrophengebiet, um bei der Bergung der Opfer und der Versorgung der Überlebenden zu helfen. Den Soldaten folgten Ärzte und Krankenschwestern.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und der Rote Halbmond schickten gemeinsam als Soforthilfe 100 000 Schweizer Franken und riefen zu Spenden auf. Die kirchlichen Hilfswerke in Deutschland stellten für die Bevölkerung in Maharashtra 200 000 Mark zur Verfügung.

(Foto: dpa)

## „Neue Gesichter“ beim DFV

Wachwechsel an der Spitze des Deutschen Feuerwehverbandes: Nach zwölfjähriger Amtszeit stellte sich DFV-Präsident Hinrich Struve bei der 41. Delegiertenversammlung des DFV in Schwerin nicht mehr zur Wiederwahl. Zu seinem Nachfolger wurde Gerald Schäuble aus Radolfzell am Bodensee gewählt. Das neu geschaffene fünfte Amt des Vizepräsidenten bekleidet Rolf Schomann (Schwerin), Nachfolger des ausgeschiedenen Vizepräsidenten Rolf Englerth wurde Fritz Meyer aus Niedersachsen. (Über die Veranstaltung wird noch ausführlich berichtet.)

## Strohheizwerk in Deutschland

Das erste mit Stroh betriebene Heizwerk in Deutschland, das eine Stadt zentral über ein Fernwärmenetz versorgen wird, entsteht derzeit in Schkölen (Thüringen) mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Osnabrück. Rund 80 Prozent der Wohnungen, alle öffentlichen Gebäude sowie zahlreiche mittelständische Unternehmen sollen dort mit Wärme aus Biomasse beliefert werden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Klimaerwärmung hofft man so, mit dem Austausch von Braunkohle gegen den Brennstoff Stroh einen deutlichen Beitrag zur Luftreinhaltung leisten zu können. Denn Stroh gilt als Kohlendioxid-neutral, da es bei seiner Verbrennung nur so viel Kohlendioxid freisetzt, wie es in der Vegetationsperi-

ode zuvor während des Wachstums selbst der Atmosphäre entzogen hat. Die ausreichende Belieferung des Kraftwerkes mit Stroh scheint aufgrund der landwirtschaftlich geprägten Umgebung gesichert.

(df)

## Das Mobiltelefon „heizt kräftig ein“

„Beim Telefonieren mit Handgeräten für das D-Netz sind Gefahren für die Gesundheit nicht auszuschließen, sofern die Sendeleistung der Geräte über zwei Watt liegt.“ Mit diesem Warnhinweis mahnt Professor Jürgen Bernhardt, Abteilungsleiter im Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter, die Benutzer von Mobiltelefonen zu einem vorsichtigen Umgang mit den Geräten, bei denen zur Signalübertragung elektromagnetische Strahlung mit 900 Millionen Schwingungen pro Sekunde (900 Megahertz) verwendet wird.

Diese Strahlung könne zu einer Erwärmung des Körpergewebes führen, wenn die Antenne nur wenige Zentimeter vom Kopf entfernt gehalten werde. Internationale Experten sind der Ansicht, daß allenfalls eine Erhöhung der Temperatur um 0,5 Grad Celsius noch unbedenklich ist. Wegen seiner geringen Durchblutung sei das Auge besonders gefährdet, weil eine höhere Temperatur in diesem Bereich zu einer Linsentrübung führen könnte.

Werden Mobiltelefone mit üblicherweise zwei bis vier Watt Sendeleistung wenigstens drei Zentimeter vom Kopf entfernt gehalten, so besteht nach den von der Strahlenschutzkommission empfohlenen Orientierungswerten kein Gesundheitsrisiko. Bisher überläßt man es allerdings den Benutzern, für den nötigen Mindestabstand zu sorgen.

Bernhardt fordert nun, daß auch durch konstruktive Maßnahmen, wie eine entsprechende Anordnung der Antenne am Telefon, sichergestellt werden müsse, daß bei den zur Zeit er-

hältlichen wie auch bei den künftig angebotenen Mobilfunkgeräten unter keinen Umständen dieser Sicherheitsabstand unterschritten werden könne. Bereits zu Beginn des Jahres 1992 hatte die Strahlenschutzkommission den Nachweis dafür gefordert, daß die Grenzwerte eingehalten werden. Von den sich nun anbahnenden Veränderungen ist das schnurlose Haustelefon, auch wenn es ein Funktelefon ist, allerdings nicht betroffen. Es kann so bleiben, wie es ist, da seine Sendeleistung unter einem halben Watt liegt und damit unbedenklich sein dürfte.

(df)

## Reservekanister: Das Risiko fährt mit

Für den einen existentiell, für den anderen unnötig wie ein Kropf: der Reservekanister. Was sagen die Sachverständigen dazu? „Beim gefüllten Reservekanister fährt eine potentielle Gefahr immer mit“, so der DEKRA-Sachverständige Joachim Thumm. Im ungünstigsten Fall kann der Kanister im Moment des Aufpralls aufplatzen, Kraftstoff verdunstet. Findet eine Zündung statt, kann das Fahrzeug Feuer fangen.

„Eigentlich müßte der Reservekanister beim heutigen gut ausgebauten Tankstellennetz überflüssig sein“, so Thumm. „Nicht nur auf längeren Routen beobachtet ein vorausschauender Fahrer in der Regel Tageskilometerzähler und Benzinuhr: Fühlt man sich jedoch nur mit einem Reservekanister sicher, sollte man darauf achten, daß er gut fixiert ist, möglichst weit von der Heckklappe entfernt.“

Der Reservekanister sollte von weichen Gegenständen umgeben sein. Am sichersten sind Reservekanister, die sich von der Form her in der Mulde des Reserverades unterbringen lassen. Außerdem empfiehlt es sich, den Kanister nach dem Urlaub zu entleeren und erst wieder vor einer größeren Reise zu füllen.

## Verbandkasten braucht Pflege

Der Verbandkasten führt bei den meisten Autofahrern ein Schattendasein. Dabei ist er nicht nur bei Unfällen wichtig, sondern kann auch bei Erste-Hilfe-Maßnahmen auf Reisen oder im Urlaubsort äußerst nützlich sein.

Da bei der Hauptuntersuchung lediglich geprüft wird, ob Verbandkasten und Warn-dreieck vorhanden sind, aber nicht die Tauglichkeit des Inhalts, sollte laut DEKRA jeder Autofahrer einmal pro Jahr den Verbandkasten durch-checken.

Dabei ist zu überprüfen, ob alle vorgeschriebenen Teile wie Pflaster, Verbände, Kompressen, Schere, Sicherheitsnadeln, Dreieckstücher und nicht zuletzt „Anti-Aidhandschuhe“ vorhanden sind. Aber auch der Zustand der Hilfsmittel muß kontrolliert werden, da einige Teile durch Sonneneinstrahlung oder Alter verderben können oder spröde werden.

## Verkehrsberuhigung zeigt Wirkung

Durch immer mehr Wohngebiete rollen die Autos inzwischen langsam. Tempo-30-Schilder, verengte Fahrbahnen oder wuchtige Sperrn sollen die Fahrer dazu zwingen, mehr Rücksicht auf spielende Kinder, Fahrradfahrer und alte Menschen zu nehmen. Doch auf den ersten Blick greifen die gutgemeinten Maßnahmen offenbar nicht, denn die Zahl der Unfälle nimmt sogar zu.

Zu diesem überraschenden Ergebnis führte eine gemeinsame Studie der Bundesanstalt für Straßenwesen in Bergisch Gladbach, der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung in Bonn und des Umweltbundesamtes in Berlin, in der Unfallsituationen vor und nach einer Verkehrsberuhigung untersucht worden sind. In den Städten In-



## Überschwemmungskatastrophe im Oberwallis

Schwere Regenfälle und Stürme haben kürzlich weite Teile Frankreichs, Norditaliens und der Schweiz verwüstet.

Besonders die Kleinstadt Brig im Wallis wurde von einer Überschwemmung schwer getroffen. Nach tagelangen heftigen Regenfällen in den Alpen scholl das Fließchen Saltina, das durch die Stadt fließt, innerhalb weniger Stunden zu einem reißenden Strom an. Im Zentrum stand das Wasser bis zu zwei Metern hoch in den Straßen.

Teilweise mußten die Menschen, die von den Fluten vollkommen über- rascht wurden, mit Hubschraubern oder Schlauchbooten evakuiert werden. Zwei Menschen verloren bei der Katastrophe ihr Leben.

Bei den Rettungsarbeiten waren über 300 Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Zivilschutzes im Einsatz.

Die Höhe des Schadens wird auf umgerechnet 115 Millionen Mark geschätzt.

(Foto: dpa)

golstadt, Buxtehude, Esslingen, Borgentreich sowie in den Stadtteilen Mainz-Bretzenheim und Berlin-Moabit wurden verschiedene Straßen umgebaut oder gesperrt und Tempo-30-Zonen angelegt. Erstaunlicherweise „knallte“ es hier innerhalb von zwei Jahren um sechs Prozent öfter als im gleichen Zeitraum vorher bei „normalem“ Verkehr. In den jeweiligen Kontrollgebieten – ähnlich strukturierte Stadtteile oder Städte ohne „Ruhigstellung“ – stieg die Unfallzahl dagegen nur um zwei Prozent.

Betrachtet man allerdings die Unfallsituationen etwas genauer, erfüllen die Maßnahmen trotzdem ihren Sinn und Zweck. Denn die Autos verursachten geringere Sach- und Personenschäden. Insgesamt kosteten die Zusammenstöße in den Untersuchungsgebieten rund 40 Prozent weniger als im Zeitraum zuvor. Zudem wurden bei den Unfällen weniger Personen verletzt oder getötet; hier verringerte sich die Un-

fallzahl um 24 beziehungsweise um elf Prozent. Für das Zunehmen der Unfälle sind also die leichten Blechschäden verantwortlich. So gingen zum Beispiel mehr Außenspiegel zu Bruch, weil breite Lkw und Busse entgegenkommende Wagen in den verengten Straßen schrammten. Auch die zusätzlich angelegten Stellplätze führten zu Spuren im Lack, denn vermehrtes Ein- oder Ausparken verursachte auch mehr Kratzer und Beulen. (df)

## Das umweltverträgliche Büro

„Umweltverträglicher Arbeitsplatz Büro“, so heißt eine von der Umweltbehörde Hamburg veröffentlichte Broschüre. Fast die Hälfte aller Arbeitsplätze in Deutschland sind Büroarbeitsplätze. Gerade im Bürobereich werden Materialien verschwendet und

große Abfallmengen, darunter Sondermüll, produziert. Die umweltverträgliche Beschaffung spielt deshalb im Bürobereich eine wichtige Rolle. Auch im Hinblick auf die eigene Gesundheit ist es wichtig zu wissen, mit welchen Materialien man täglich umgeht. Die mit dem Umweltbundesamt abgestimmte Broschüre richtet sich an die Materialbeschaffer genauso wie an jeden einzelnen Mitarbeiter im Büro. Sie will zum umweltgerechten Einsatz von Produkten, Geräten und Verfahren motivieren. Der Schwerpunkt liegt bei den Bereichen papierhaltige Büroartikel, sonstige Bürobedarfsartikel und Büromaschinen.

Wer wissen möchte, welches Papier und welchen Klebstoff man im Büro verwenden soll, erhält die Broschüre gegen zwei Mark Portokosten in Briefmarken bei der: Umweltbehörde Hamburg, Referat Umweltberatung/Umwelterziehung, Kreuzweg 7, 20099 Hamburg.

## Gefährliches Pflaster

In vielen Städten gehört das mittelalterliche Kopfsteinpflaster zum Ortsbild. Aber auch manche der landschaftlich reizvollen Alleen sind noch mit dem tückischen Blaubasalt gepflastert. Vor allem in den neuen Bundesländern findet sich dieser Fahrbahnbelag noch sehr häufig. Für den Autofahrer ist das Kopfsteinpflaster jedoch ausgesprochen riskant. Nicht nur der Komfort, sondern auch die Haftung der Reifen ist wesentlich schlechter als auf der gewohnten Asphaltstraße.

Ganz schlimm wird's auf nassem Pflaster, vor allem, wenn es gerade begonnen hat zu regnen und die Feuchtigkeit mit dem Staub eine schmierige Schicht auf dem Pflaster bildet. In einer Gefahrensituation ist das Fahrzeug dann nur noch schwer beherrschbar, warnen die Unfallsachverständigen von Dekra. Oft reicht ein leichter Tritt auf die Bremse, um die Räder zum Blockieren

zu bringen, und der Wagen gerät außer Kontrolle. Hier hilft nur angepasste Geschwindigkeit und vorsichtige Fahrweise, sonst endet die Fahrt mit einem bleibenden Eindruck in der Karosserie.

## Das „interessanteste Bohrloch“ der Welt

Mit dem Attribut, das „tiefste Bohrloch Deutschlands“ zu sein, kann sich nun die im Rahmen des Kontinentalen Tiefbohrprogramms der Bundesrepublik Deutschland (KTB) durchgeführte Forschungsbohrung in Windischeschenbach in der Oberpfalz schmücken. Am 24. Juli 1993 übertraf sie eine Tiefe von 8008,6 Meter und damit die bisher tiefste deutsche Bohrung „Mirow 1“ in Mecklenburg-Vorpommern; mit mehr als einem Meter pro Stunde geht es seither weiter und man hofft, bis Ende 1994 die „Zieltiefe“ von rund zehn Kilometer erreicht zu haben. Dort werden bei Temperaturen von etwa 300 Grad Celsius chemische und physikalische Zustandsbedingungen und Prozesse erwartet, die wesentliche Erkenntnisse über die tiefere Erdkruste versprechen, so etwa über ihren Aufbau, die in ihr vorherrschenden Spannungszustände, den Wärme- und Stofffluss zur Erdoberfläche und viele Vorgänge der Mineral- und Gesteinsbildung. Dieses für die Geowissenschaften weltweit „interessanteste Bohrloch“ wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie mit 528 Millionen DM gefördert.

## Qualitätssicherung gegen Omnibusunfälle

Verkehrskontrollen durch die Polizei bringen es immer wieder an den Tag, daß Lenk- und Ruhezeiten sowie die zulässige Höchstgeschwindigkeit von Busfahrern nicht eingehalten werden. Allein bei

einer Kontrolle beanstandete die Polizei in einem Zeitraum von vier Stunden jeden dritten Reisebus. Dabei zeigte sich, daß ausländische Busfahrer die Lenk- und Ruhezeiten besser einhalten, dafür häufiger die zulässige Höchstgeschwindigkeit übertreten als ihre deutschen Kollegen.

Bei den in letzter Zeit geschehenen Omnibusunfällen wurde immer wieder festgestellt, daß die Gründe für die Unfälle im allgemeinen nicht in einem mangelhaften technischen Zustand der Fahrzeuge liegen, sondern in übermüdeten und überforderten Fahrern.

So viele Kontrollen kann es gar nicht geben, daß Verstöße gegen geltende Vorschriften abschreckend häufig aufgedeckt werden. Je mehr Elektronik eingesetzt wird, um so größer ist der Reiz für Bastler, zum Beispiel am Fahrtschreiber zu manipulieren. Was ausgewechselte Fahrer vorher getan haben, ist durch Kontrollen auf der Straße kaum nachzuvollziehen.

Mit Stichproben ist nichts getan. Wirksame Verbesserungen sind nur durch Veränderungen des Systems zu erreichen. Im Zeitalter der Qualitätssicherung und der Zertifikate können sich seriöse und etablierte Omnibusunternehmen von den schwarzen Schafen ihrer Branche durch ein Gütesiegel unterscheiden. Die TÜV schlagen vor, die Qualität von Busunternehmen gerade im Hinblick darauf zu überprüfen und mit einem Gütesiegel zu bescheinigen, daß Firmen mit Gütesiegel der Versuchung nicht unterliegen, von den bekannten Schwachpunkten (z. B. Lenkzeitenüberschreitung, Manipulation an den Fahrtschreibern) Gebrauch zu machen. Das System Fahrten/Kilometer/Fahrer muß plausibel sein. Reisebusunternehmen mit einem Gütesiegel zeigen ihren Kunden, daß sie sich einem verantwortungsvollen Unternehmen anvertrauen.

Die TÜV bieten den Verbänden der Busunternehmen an, für Sie und gemeinsam mit Ihnen spezielle Qualitätssicherungssysteme zu schaffen.

## Schnelle Hilfe für Schiffbrüchige

Nicht nur im berühmten Bermuda-Dreieck verschwinden heutzutage Schiffe, von denen kein Notruf aufgefangen wurde – und falls doch, dann meist sehr spät oder verstümmelt. Das soll sich nach einem Beschluß der Internationalen Schifffahrtsorganisation IMO ab 1. August 1993 ändern, denn dann muß jedes größere Schiff eine satellitenanstrahlende Seenotfunkboje an Bord haben, wenn es Routen außerhalb des Küstenbereichs befährt. Träger einer dieser Satelliten-Seenotdienste ist INMARSAT, das sich für die Übernahme des in Deutschland entwickelten Seenotrufsystems entschieden hat.

Bei den herkömmlichen Notrufsystemen spielt der Zufall eine große Rolle: Wenn die von einem Schiff gefunkten SOS-Rufe von anderen Schiffen oder von Stationen an Land aufgefangen werden, stehen die Chancen gut, daß die Helfer schnell zur Stelle sind. Allerdings gibt es eine ganze Reihe von störenden Einflüssen, die unter Umständen verhindern können, daß verwertbare Signale und Informationen die Helfer erreichen. So ist es durchaus möglich, daß die Funkanlage in Seenot zu schnell zerstört wird oder das Schiff in eine Schräglage gerät, die den Senderadius extrem verringert. Deshalb ist das neue System so ausgelegt, daß es selbständig arbeiten und mit seinem über Satelliten weitergeleiteten Notrufen bestimmte Landstationen erreichen kann. Das ist gegenwärtig sowohl über polumlaufende, niedrig fliegende Satelliten vom Typ SARSAT als auch über geostationäre INMARSAT-Satelliten möglich. INMARSAT steht für International Maritime Satellite Organisation. Diese „Organisation zum Betrieb maritimer Satelliten“, an der inzwischen mehr als 50 Mitgliedsländer beteiligt sind, verfügt über ein weltumspannendes Netz aus geostationären Satelliten und da-

zugehörigen Erdfunkstellen und ist auf den See- und den Flugfunk spezialisiert.

Wichtigste Komponente des künftigen Seenotrufsystems ist eine automatische Funkboje, die beim Sinken des Schiffes selbsttätig aufschwimmt und Notmeldungen aussendet, bis ihre Batterie erschöpft ist. Diese Boje wird, solange sie in ihrer Halterung auf Deck ruht, vom Navigationsgerät in regelmäßigen Abständen mit den aktuellen Positionsdaten des Schiffes gefüttert, damit ihre Notrufe eine sehr genaue Standortangabe übermitteln können.

Es ist ein kleines Wunder, daß die Signale den Satelliten überhaupt erreichen. Denn beim INMARSAT-System sendet die Boje mit einer Leistung von einem einzigen Watt, und diese Leistung muß in nahezu alle Richtungen ausgesandt werden, um mit Sicherheit den nächsten von insgesamt zwölf über dem Äquator positionierten, rund 40 000 Kilometer entfernten Satelliten zu erreichen – und zwar auch dann noch, wenn die Boje von starker See wild hin- und hergeworfen wird.

Hier kommt das aus Deutschland stammende Global Positioning Satellite-System (GPS) ins Spiel, das dafür sorgt, daß die Notsignale der Boje, die der Satellit direkt an eine Bodenstation weiterleitet, dort sozusagen aufeinandergestapelt werden. Dies setzt voraus, daß der Notruf normiert ist und ein Codewort enthält. Durch das Aufeinanderstapeln verschwinden unregelmäßige Störsignale, und der Notruf schält sich immer klarer aus dem Hintergrundrauschen heraus – sobald das Codewort klar lesbar ist, gilt der Notruf als komplett und fehlerfrei. Nun wird er einer Koordinierungszentrale übermittelt, die die Hilfsmaßnahmen einleitet.

Das Notrufsystem hat eine lange „Entwicklungsgeschichte“. Bereits 1973 wurde es von Wissenschaftlern der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) entwickelt. Mit einem von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) gebauten Emp-

fangsgerät fanden 1975 und 1976 im Nordatlantik die ersten Experimente mit einem amerikanischen Satelliten statt. Gemeinsam mit der amerikanischen Küstenwache wurde dann ein simulierter Notfall mit einer Seenot-Funkbake durchgespielt.

1982/83 schließlich führte man einen Vergleichstest durch, in dem sich das deutsche System mit verbesserten, von der Dornier GmbH gebauten Geräten der internationa-

len Konkurrenz stellen mußte. Dabei wurden vom deutschen Forschungsschiff Gauss auf dem Weg von Edinburgh zum Nordkap Bojen an einer langen Leine ausgesetzt, um gleiche Bedingungen für alle Systeme zu schaffen. In der Bodenstation Villa Franca bei Madrid wurden ihre Signale gleichzeitig über den zur Europäischen Weltraum-Agentur (ESA) gehörenden Satelliten Marecs empfangen. Nach einem Punktesystem, mit der minimal

nötigen Sendeleistung und der kürzesten Übertragungszeit als wichtigsten Größen, errang das deutsche System die höchste Wertung – noch vom Nordkap aus konnte mit nur 50 Milliwatt Leistung eine Zuverlässigkeit von 99 Prozent erreicht werden.

Der Lohn der Mühe war die Übernahme des Systems durch INMARSAT. Inzwischen wurden zwölf Satelliten-Seenotfunkbaken auf verschiedenen Schiffen auf allen Weltmeeren

bis hinaus zum 80. Breitengrad getestet. Von 2267 Testsendungen konnten nur neun von der englischen Erdfunkstelle Goonhilly nicht empfangen werden; das entspricht einer Erfolgsrate von 99,5 Prozent. Das INMARSAT-System hat sich also auch im Alltag als schnell und unerwartet zuverlässig erwiesen; das es keine zusätzlichen Satelliten oder Bodenstationen benötigt, ist es auch für kleine Schiffe wirtschaftlich. (df)

## Termine

**17. bis 19. Februar 1994:** Internationale Fachtagung „Bewertung von Gefahrstoffen“

Salzburg (A)

Info: Institut für Genetik und allgemeine Biologie, Hellbrunner Straße 34, A-5020 Salzburg

**11. bis 13. April 1994:** Bundestreffen der AGS Seelsorge in Feuerwehr und Rettungsdienst

Witten

Info: Diakoniewerk Ruhr, Pferdebachstraße 27, 58455 Witten

**22. und 23. April 1994:** Fachtagung „Taucher-Tage '94“

Regensburg

Info: Hubertus Bartmann, Mitterfeldstraße 16a, 93309 Kelheim

**25. bis 28. April 1994:** Seminar für Feuerwehr und Rettungsdienst: „Hornhaut auf der Seele – Psychische Belastungen im Rettungsdienst“

Bad Münster am Stein

Info: Pfarrer Müller-Lange, Akazienstraße 22, 53859 Niederkassel

**14. Mai 1994:** Sportveranstaltung LFV Rheinland-Pfalz: Wettkampf nach der CTIF-Wettkampfordnung

Langenbach

Info: Dieter Geisler, Schloßwiese, 57520 Friedewald

**24. bis 26. Mai 1994:** Fachtagung Strahlenschutz-Physik und Meßtechnik

Karlsruhe

Info: Fachverband für Strahlenschutz, Tagungssekretariat, Postfach 3640, 76021 Karlsruhe

**3. bis 8. Juni 1994:** Inter-schutz – Der Rote Hahn

Hannover

Info: Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG, Messengelände, 30521 Hannover

**20. Juni bis 1. Juli 1994:** Prüfungslehrgang Feuerwehrtäucher Stufe 1

Kelheim

Info: Hubertus Bartmann, Mitterfeldstraße 16 a, 93309 Kelheim

**11. bis 15. Juli 1994:** Fortbildungswoche für Notfallseelsorger/innen

Jettingen

Info: Pfarrer H. v. Wietersheim, Wolliner Straße 32, 90451 Nürnberg

**5. bis 7. September 1994:**

„Wenn der Tod plötzlich kommt“ – Seminar für Feuerwehr und Rettungsdienst

Bad Boll

Info: Pfarrer Müller-Lange, Akazienstraße 22, 53859 Niederkassel

**4. bis 6. November 1994:**

Psychische Belastungen im Rettungsdienst – Seminar für Feuerwehr und Rettungsdienst

Enkenbach (Pfalz)

Info: Pfarrer Müller-Lange, Akazienstraße 22, 53859 Niederkassel

### Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

**Brand- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge, Biederitzer Straße 5, 39175 Heyrothsberge:** Die Lehrgangspläne „Ausbildung im erweiterten Katastrophenschutz (Januar bis Dezember 1994)“ und „Feuerwehrausbildung (Januar bis Juli 1994)“

können von Interessenten angefordert werden.

**Verband der Sachversicherer e. V., Pasteurstraße 17 50735 Köln:**

**25. und 26. Januar 1994:** Fachtagung Sanierung von Brandschäden.

**24. bis 28. Januar, 21. bis 25. Februar, 14. bis 18. März, 21. bis 25. März, 11. bis 15. April, 18. bis 22. April 1994:** Lehrgang für Brandschutzauftrage.

**Technische Akademie Wuppertal e. V., Postfach 100409, 42097 Wuppertal:**

**17. Februar 1994:** Brandschutz in Hochhäusern.

**7. März 1994:** Brandschutz in Gemeinden.

**9. März 1994:** Gefahrstoffe.

**25. und 26. April 1994:** Grundlagen-seminar Brandschutz.

# „Kürzungen ohne Neukonzeption werden den neuen Bedingungen nicht gerecht“

Innenpolitischer Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion  
Dr. Burkhard Hirsch zum Zivil- und Katastrophenschutz

**Bevölkerungsschutz:** Herr Dr. Hirsch, seit mehr als 20 Jahren sind Sie parlamentarisch tätig. Machen Sie die 25 Jahre voll?

**Dr. Hirsch:** Das hängt vom Wähler ab. Ich werde jedenfalls noch einmal kandidieren.

**Bevölkerungsschutz:** Wenn Sie Ihr parlamentarisches Leben Revue passieren lassen, was waren die Höhepunkte?

**Dr. Hirsch:** Die Bilanz wird immer am Ende gezogen. In der Zeit von 1975 bis 1980 habe ich als der damalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen für den Katastrophenschutz und die freiwilligen Organisationen viel tun können, insbesondere in finanzieller Hinsicht. Für die Feuerwehr habe ich die Feuerschutzsteuer revitalisiert, die sich als die wesentliche Finanzquelle erwiesen hat. Im übrigen nenne ich die Stichworte „Einheitliches Polizeigesetz“, Kalkar, Funktionalreform, Gemeindefinanzierung, Terrorismusbekämpfung. Am meisten hat mich der Tag der Wiedervereinigung berührt, den ich am Brandenburger Tor in Berlin erlebt habe. Darauf habe ich 40 Jahre gewartet.

**Bevölkerungsschutz:** Bei den heutigen innenpolitischen Problemen, Stichwort Asylbewerber, organisierte Kriminalität, Lauschangriff, Datenschutz usw., macht es da noch besonders viel Freude, innenpolitischer Sprecher einer liberalen Bundestagsfraktion zu sein?

**Dr. Hirsch:** Zeiten der Angst sind schlechte Zeiten für Liberale. Ich kann mir etwas Schöneres vorstellen, aber

es ist notwendig, an die Selbstverantwortung und die Bereitschaft des Bürgers zur Mitarbeit zu erinnern, anstatt ständig nach dem Staat, nach immer neuen Gesetzen und immer neuen Kontrollen zu schreien.

**Bevölkerungsschutz:** Zu den in der Öffentlichkeit ungeliebten Themen gehören die zivile Verteidigung, der Zivilschutz und der Katastrophenschutz. Halten Sie angesichts der veränderten sicherheitspolitischen

Lage Organisation und Aufgabenstellung des Zivilschutzes noch für situationsgerecht?

**Dr. Hirsch:** Trotz einiger Veränderungen in den letzten Jahren ist die Grundorganisation der zivilen Verteidigung immer noch so, wie sie es zu Zeiten des kalten Krieges war. Einige Zeitgenossen scheinen nicht zur Kenntnis zu nehmen, daß sich die Sicherheitslage und die Bedrohungsannahmen grundsätzlich geän-



Dr. Burkhard Hirsch (F.D.P.) ist seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1975 bis 1980 war er Innenminister in Nordrhein-Westfalen. Seit 1980 gehört er wieder dem Deutschen Bundestag an. Der am

29. Mai 1930 in Magdeburg geborene Liberale ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Der promovierte Jurist fällt durch unkonventionelle und gelegentlich radikal-demokratische Vorstellungen in der politischen Öffentlichkeit auf. Grund- und Menschenrechte sind für ihn unantastbare politische Bedingungen, für deren Bewahrung und Schutz er unbeirrt eintritt.

In den letzten Jahren hat er sich als innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion für eine behutsame Weiterentwicklung des Zivilschutzes eingesetzt. Er warnte vor populistischen Veränderungen nach dem Motto „der ewige Frieden ist ausgebrochen“, ohne in eine Kriegs- oder Angsthysterie zu verfallen.

Der Düsseldorfer Politiker war mehrere Jahre Landesvorsitzender seiner Partei in Nordrhein-Westfalen und gehört seit 1971 dem F.D.P.-Landesvorstand NRW sowie seit 1973 dem F.D.P.-Bundesvorstand an.

dert haben. Ein flächendeckender Landkrieg in Deutschland liegt heute weit jeder realistischen Annahme. Gefährdungen heute, denen wir in der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt sind, sind eher globale Risiken, punktuelle staatsterroristische Bedrohungen und grenzüberschreitende Katastrophen. Deutschland kann sehr wohl von kriegerischen Auswirkungen in anderen Ländern betroffen sein, jedoch nicht unmittelbar, vielmehr mittelbar. Hierauf haben wir uns einzustellen.

**Bevölkerungsschutz:** Ist das nicht alles Aufgabe des friedensmäßigen Katastrophenschutzes, für den die Länder zuständig sind?

**Dr. Hirsch:** Teilweise ja, deswegen fordere ich auch eine Aufhebung der bisherigen Unterscheidung zwischen friedensmäßigem und verteidigungsfallbezogenem (erweitertem) Katastrophenschutz.

**Bevölkerungsschutz:** Ihr Amtsnachfolger in Nordrhein-Westfalen, Innenminister Dr. Herbert Schnoor, ist hier radikaler. Er fordert die Auflösung des BVS und die Überführung des Technischen Hilfswerkes in kommunale Einrichtungen. Halten Sie das für angemessen?

**Dr. Hirsch:** Herr Schnoor fordert zutreffend eine vollständige und ungeschminkte Aufgabenkritik. Aber erst danach können die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Es hilft auch nicht weiter, wenn die Länder ständig auf das Geld des Bundes schießen und der Bund auf die Möglichkeiten der Länder und jeder versucht, den anderen über den Tisch zu ziehen. Außerdem ist dieses Thema von besonderer Sensibilität. Der Katastrophen- und Zivilschutz steht und fällt mit dem ehrenamtlichen Engagement. Jeder, der auch nur einmal mit einer ehrenamtlichen Organisation zu tun hatte, weiß, daß ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sich nicht per ordere de mufti von einer Organisation in die andere verlagern lassen. Es gibt Gründe dafür, daß der eine Helfer zur Freiwilligen Feuerwehr und die andere Helferin zum DRK oder zum THW oder zum BVS geht. Dies hat die Politik zu respektieren und darf nicht



„Trotz einiger Veränderungen ist die Grundorganisation der zivilen Verteidigung immer noch so, wie sie zu Zeiten des kalten Krieges war.“

versuchen, über die Köpfe der Menschen hinweg gewachsene Strukturen zu zerschlagen.

**Bevölkerungsschutz:** Sie sprechen die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer an. Ist „professionelle Ehrenamtlichkeit“ nicht bei einer Vielzahl gesellschaftlicher und staatlicher Aufgaben gefordert?

**Dr. Hirsch:** Selbstverständlich ist sie das. Wir werden uns von dem alten Begriff der Professionalisierung durch Arbeit lösen müssen. Sehr viele gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Tätigkeiten können heute nur noch ehrenamtlich erbracht werden. Mehr als 1 Million Menschen sind in der Bundesrepublik Deutschland in den Organisationen der Freiwilligen Feuerwehr, des DRK, des ASB, der JUH, des MHD, des BVS und des THW tätig. Dieses Engagement kann nicht hoch genug geschätzt werden und verdient unser aller Respekt und Unterstützung. Gerade deswegen fordere ich Behutsamkeit im Umgang mit diesen Helferinnen und Helfern und bei der Diskussion neuer organisatorischer Vorstellungen. Mitbestimmung darf es nicht nur auf Gewerkschafts- und Unternehmensebene geben. Mitbestimmung muß es zukünftig auch in allen Organisationen und Einrichtungen des ehrenamtlichen Engagements geben.

**Bevölkerungsschutz:** Ehrenamtlichkeit ein Wert an sich?

**Dr. Hirsch:** Ja, das schließt nicht aus, daß sich die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bei staatlichen Aufgaben im Zivil- und Katastrophenschutz den allgemeinen Vorgaben anpassen. Zivil- oder Selbstschutz müssen koordiniert werden. Der Bundesgesetzgeber muß Vorgaben entwickeln, die innerhalb des zukünftigen Zivilschutzes verwirklicht werden.

**Bevölkerungsschutz:** Gibt es hierzu neue Ideen oder zwingt die geänderte Sicherheitslage lediglich zum Reduzieren von Zahlen?

**Dr. Hirsch:** Vor dem Hintergrund der geänderten Bedrohungsannahmen reicht es heute nicht mehr aus, nur am System zu kurieren. Auch im Zusammenhang mit dem immer stärker werdenden Sparzwang der öffentlichen Haushalte sind völlig neue Strukturen und Organisationsformen gefragt. Schlicht prozentuale Kürzungen ohne grundsätzliche Neukonzeption werden den neuen Bedingungen nicht gerecht.

**Bevölkerungsschutz:** Und wie soll dieses konkret geschehen?

**Dr. Hirsch:** Die Innenpolitiker der F.D.P. und die Haushaltspolitiker – wie beispielsweise meine Kollegin Ina Albowitz – fordern die Aufhebung der Unterscheidung zwischen friedensmäßigem und verteidigungsfallbezogenem (erweitertem) Katastrophenschutz. Dies bedeutet nicht, daß der Bund sich aus der Finanzierung für den erweiterten Katastrophenschutz vollständig verabschiedet. Vielmehr ist daran gedacht, im Wege der Verwaltungsvereinfachung den friedensmäßigen Katastrophenschutz der Länder dergestalt zu unterstützen, daß der Bund für die verteidigungsfallbezogenen Aufgaben bestimmte pauschalierte Zuweisungen einerseits den Ländern, andererseits aber auch direkt den im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen, also den Freiwilligen Feuerwehren, dem DRK, dem ASB, der JUH, dem MHD und der DLRG zuweist.

**Bevölkerungsschutz:** Reicht eine flächendeckende pauschalierte Zuweisung denn aus, wenn Sie von

punktuellen staatsterroristischen Bedrohungen sprechen?

**Dr. Hirsch:** Nein, natürlich nicht. Neue Gefährdungen begründen auch die Notwendigkeit neuer Katastrophenschutzeinrichtungen. Es wäre organisatorischer Unfug und finanziell unmöglich, in allen Städten und Kreisen auf solche Anschläge vorbereitet zu sein. Dies könnte heute kein Mensch mehr finanzieren. Möglich ist es jedoch, sogenannte „Schnelleinsatzgruppen“ zu schaffen, die für solche Einsätze zur Verfügung stehen könnten. Ich denke hier an ähnliche Einrichtungen, die das DRK mit dem DRK-Hilfszug oder das THW etwa mit der SEEBA geschaffen haben.

**Bevölkerungsschutz:** Eine deutsche „Task-Force“ für den Katastrophenschutz?

**Dr. Hirsch:** Wenn dieser Begriff nicht so abgedroschen wäre, ja. Vieles, was wir heute auch im Bereich der humanitären Auslandshilfe leisten, könnte von diesen Schnelleinsatzgruppen erbracht werden. Hierbei können grundsätzlich alle im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen beteiligt werden. Ich denke auch, daß hierin eine wichtige Aufgabe und Organisation für das THW liegt. Das THW könnte die Keimzelle einer solchen schnellen Einsatzgruppe sein.

**Bevölkerungsschutz:** Reicht die materielle und personelle Verände-



„Alle Aufgaben und Organisationen, die unter den Aspekten des kalten Krieges sinnvoll und notwendig waren, gehören auf den Prüfstand.“

rung des erweiterten Katastrophenschutzes aus oder müssen auch andere Einrichtungen den neuen Bedrohungen angepaßt werden?

**Dr. Hirsch:** Alle Aufgaben und Organisationen, die unter den Aspekten des kalten Krieges sinnvoll und notwendig waren, gehören auf den Prüfstand. Einige sind zwischenzeitlich entbehrlich geworden und können durch andere Einrichtungen, die derartige Aufgaben bereits friedensmäßig wahrnehmen, übernommen werden.

**Bevölkerungsschutz:** Nennen Sie Beispiele?

**Dr. Hirsch:** Hierzu gehören ohne Zweifel die Zentralwerkstätten des Katastrophenschutzes, das können gewerbliche Kfz-Werkstätten orts-näher und gleichermaßen kostengünstig übernehmen. Hierzu gehören die vom Bund finanzierten Katastrophenschutzschulen in den Ländern. Katastrophenschutz ist eindeutig Aufgabe der Länder. Die verteidigungsfallbezogene Ausbildung der Führer und Unterführer des Katastrophenschutzes kann durch hierfür besonders abgestellte Lehrkräfte der Katastrophenschutzschule des Bundes übernommen werden. Hierzu gehört auch der bisherige Warndienst und der Schutzraumbau. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben wir zu keinem Zeitpunkt einen höheren Schutzgrad als für etwas mehr als drei Prozent der Gesamtbevölkerung erreicht. Ausschließlich unter verteidigungsfallbezogenen Aspekten ist es heute nicht mehr zu vertreten, den weiteren Ausbau dieses Schutzraumes zu fordern und zu unterstützen. Vorhandene Hilfskrankenhäuser können den Katastrophenschutzbehörden der Länder übergeben werden. Sie sind für den Zweck, zu dem sie einmal geschaffen worden sind, nicht mehr erforderlich. Ebenfalls kann die Sanitätsmittelbevorratung so weit zurückgeführt werden, als Arznei- u. Verbandmittel EG-weit nicht innerhalb von sechs Monaten beschafft werden können.

**Bevölkerungsschutz:** Bauen Sie die gesamte Zivilverteidigung ab?

**Dr. Hirsch:** Nein. Aber heute ist der überwiegende Teil dessen, was früher unter ziviler Verteidigung verstanden wurde, auf planerische Maßnahmen zu beschränken. Diese planerischen Maßnahmen müssen von einer Expertencrew so gestaltet sein, daß sie in Krise und Krieg unmittelbar aufwuchsfähig sind. Dies ist möglich und unter politischer Prioritätensetzung auch erforderlich.



„Heute ist der überwiegende Teil dessen, was früher unter ziviler Verteidigung verstanden wurde, auf planerische Maßnahmen zu beschränken.“

**Bevölkerungsschutz:** Der Bevölkerung sind ZV-, ZS- und Selbstschutzmaßnahmen nur dann näher zu bringen, wenn sie entsprechend informiert und ausgebildet wird.

**Dr. Hirsch:** Die allgemeine Information und die allgemeine Ausbildung im alltäglichen Unfallschutz ist Angelegenheit der Länder, der Berufsgenossenschaften, der Kommunen und vieler anderer. Hier hat der Bund keinen besonderen Nachholbedarf. Was der Bund jedoch sicherstellen muß, ist, daß die gerade Genannten hinreichende Informations- und Ausbildungshilfen bekommen, um die verteidigungsfallbezogenen Besonderheiten der Bevölkerung übermitteln zu können.

**Bevölkerungsschutz:** Also die bisherigen Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS)?

**Dr. Hirsch:** Die Aufgaben, die dem BVS übertragen sind, nämlich Infor-

mation und Ausbildung der Bevölkerung, der Behörden und Betriebe sind wichtige und grundlegende Aufgaben. Wenn aber die kommunalen Spitzenverbände und die Länder sagen, daß sie diese Aufgaben selbst wahrnehmen können, dann soll der Bund dieses Angebot dankend entgegennehmen. Dem Bund bleibt es dann vorbehalten, den geeigneten Sachverstand vorzuhalten, der für verteidigungsfallbezogene Fragen notwendig ist. Nicht am Symptom herumkurieren heißt auch, in dieser Frage neue Wege gehen.

**Bevölkerungsschutz:** Der BVS nicht mehr als Körperschaft, sondern in anderer Rechtsform?

**Dr. Hirsch:** Es ist ein alter Grundsatz der Organisationslehre, daß sich die Aufgabe ihre Organisationsform sucht und nicht umgekehrt. Nach der Entwicklung der letzten Monate scheint es mir nicht mehr zwingend erforderlich zu sein, daß der BVS weiterhin als Körperschaft unter kooperativer Beteiligung der Länder und der kommunalen Spitzenverbände tätig sein muß. Vielmehr sollten wir eine verbesserte Organisationsform dergestalt suchen, die die Aufgaben der bisherigen Akademie für zivile Verteidigung, die der Katastrophenschutzschule des Bundes und des Bundesverbandes für den Selbstschutz in eine gemeinsame Bundesausbildungseinrichtung überführt. Ich glau-



„Wir sollten eine verbesserte Organisationsform dergestalt suchen, die die Aufgaben der bisherigen AkzV, der KSB und des BVS in eine gemeinsame Bundesausbildungseinrichtung überführt.“



„Entscheidend ist, daß die Aufgaben des BVS auch zukünftig sachgerecht wahrgenommen werden.“

(Fotos: Goll)

be, daß hier auch eine standortnahe und damit effiziente Unterstützung der Katastrophenschutzorganisationen in den Ländern ermöglicht wird. Diese „Bundesakademie für Information und Ausbildung“ oder wie immer sie diese neue Bundesausbildungseinrichtung nennen wollen, sollte sich auch um eine europäische Harmonisierung des grenzüberschreitenden Zivil- und Katastrophenschutzes bemühen.

**Bevölkerungsschutz:** Seit Oktober 1990 sind Sie Vorstandsmitglied des BVS. Ihre Wahlzeit endet im November dieses Jahres. Heißt das, nach mir verbrannte Erde?

**Dr. Hirsch:** Nein, ganz im Gegenteil. Entscheidend ist, daß die Aufgaben des BVS auch zukünftig sachgerecht wahrgenommen werden. Sie müssen einerseits zentral, in einer zentralen Informations- und Ausbildungsstätte, andererseits in den Regionen zur Unterstützung des friedensmäßigen Katastrophenschutzes wahrgenommen werden. Dies können die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter des BVS um ein vielfaches besser in der von mir vorgeschlagenen Organisationsform, als wenn drei Organisationen nebeneinander wirtschaften. Und welchen Namen diese von mir skizzierte Organisation nachher trägt, halte ich in der Tat für zweitrangig. Entscheidend ist, daß die wichtigen Aufgaben Information und Ausbildung auch zukünftig wahrgenommen werden.

**Bevölkerungsschutz:** Im FAZ-Fragebogen haben Sie als Ihren Hauptcharakterzug „respektlose Beharrlichkeit“ angegeben. Werden Sie diese „respektlose Beharrlichkeit“ auch bei der Umsetzung der von Ihnen geforderten neuen Organisationen an den Tag legen?

**Dr. Hirsch:** Ja, und ohne jede Einschränkung. Wir haben bereits Gespräche mit dem Koalitionspartner CDU/CSU aufgenommen, um zu einer organisatorischen, materiellen und inhaltlichen Verbesserung des Zivil- und Katastrophenschutzes zu kommen. Wenn der Wähler es denn so will, werde ich in der nächsten Legislaturperiode peinlich darauf achten, daß dieser wichtige Bereich einerseits mit der erforderlichen Sensibilität neu organisiert, andererseits aber in der Tat vom Grunde auf neu strukturiert wird.

**Bevölkerungsschutz:** Sie wünschen sich im FAZ-Fragebogen als natürliche Gabe, „überzeugen zu können“. Brauchen Sie diese Eigenschaft bei Ihren Gesprächen mit dem Koalitionspartner und den eigenen Haushältern?

**Dr. Hirsch:** Jeder, der etwas Neues inszenieren und bewegen will, bedarf dieser Kunst. Man überzeugt ja nicht nur dadurch, daß man in der Sache Recht hat. Vielmehr muß man die Bedürfnisse des Gesprächspartners, sei es jetzt der Koalitionspartner, seien es die haushaltspolitischen Freunde, mit ins Kalkül einfließen lassen. Nicht nur der einzelne Mensch, auch Parteien und Fraktionen gehen Verabredungen ein und müssen sich in der Kunst der gegenseitigen Überzeugung üben.

Das Interview mit Dr. Burkhard Hirsch führte Peter Eykmann.

# Des Risikos immer bewußt

## Die Männer von der Zentralen Grubenwehr in Herne-Wanne leisten aktive Grubenbrandbekämpfung und Einsätze in Katastrophenfällen

In Deutschland sind Ereignisse wie die Gruben-Katastrophe im hessischen Borken im Sommer 1988 zum Glück selten. Da kann schon eher eintreten, was im Frühsommer 1992 die Zeitungsspalten der örtlichen und regionalen Blätter im Kreis Recklinghausen füllte: Auf dem zur Ruhrkohle AG gehörenden Bergwerk Fürst Leopold/Wulfen in Dorsten war es plötzlich bei Auffahrungsarbeiten im Flöz „Erda“ in rund 1000 Metern Tiefe zu einem massiven Wassereinbruch gekommen. Bis zu 1000 Kubikmeter Wasser strömten pro Minute in die Strecke. Gottlob bestand keine unmittelbare Gefahr für die Bergleute.

Dafür waren die materiellen Auswirkungen um so größer. Vor allem der Arbeitsausfall, der infolge der Behinderung durch die riesigen Wassermassen entstand, war beträchtlich. Daß Zeit auch hier Geld bedeutete, lag klar auf der Hand. Neben den Einsatzkräften der Schachanlage Fürst Leopold/Wulfen selbst, war es vor allem der Technische Sonderdienst der Ruhrkohle AG, der sich wieder einmal bewährte. In wochenlangem Einsatz gelang es, den Wassereinbruch zu stoppen und die ungeheuren Wassermengen abzupumpen. Spezialgeräte und Know-how der Grubenwehren machten es möglich.

Auf der stillgelegten Zeche Pluto in Herne-Wanne untergebracht, verfügt diese Einrichtung des Bergbaus über eine „Zentrale Grubenwehr“, die gemeinsam mit den Betriebsbereichen „Bergtechnik“ und „Betriebe ohne Produktion“ vor allem die Aufgabe

hat, „vorbeugende und aktive Grubenbrandbekämpfung sowie Einsätze in Katastrophenfällen“ wahrzunehmen.

### Für alle Fälle gerüstet

Diese Zentrale Grubenwehr – 200 Mitglieder stark, bestens ausgerüstet und körperlich in guter Form – hat, und ist damit auch ein wenig mit der Feuerwehr zu vergleichen, ihren Wert in sich: Sie ist stets für alle Fälle gerüstet, verhindert oder lindert Katastrophen, schützt Menschen und Materi-

al – und kommt am besten gar nicht erst zum Einsatz. Diese Männer sind uneigennützig bereit, ihre Gesundheit und ihr Leben für andere Menschen einzusetzen.

Kein Wunder, daß Grubenwehrmänner von höchster Stelle anerkannt und gewürdigt werden. So gehört es zur Tradition, daß diese Männer – wenn sie 15 beziehungsweise 20 Jahre Mitglied der Grubenwehr sind – von keinem geringeren als dem Bundespräsidenten geehrt werden: Mit dem Grubenwehr-Ehrenzeichen, einem Orden, der im Rang dem Bundesverdienstkreuz gleichgestellt ist.

Rund um die Uhr sind die Männer der Zentralen Grubenwehr einsatzbereit.



Den im Bereich der Ruhrkohle AG liegenden Dienststellen des Bundesverbandes für den Selbstschutz sind diese Männer von der Zentralen Grubenwehr auf Pluto nicht unbekannt. Im Gegenteil: Man tauscht sich mit Informationen und Meinungen aus, profitiert von den Erfahrungen des jeweils anderen, und die Schulungen, so die Sanitätsausbildung BKO durch BVS-Mitarbeiter, sind längst zu einer festen Einrichtung geworden. Dabei gehen die BVS-Lehrer, was vom Bergbau dankbar anerkannt wird, auf die ganz speziellen Bedingungen der Bergwerke ein.

„Der Technische Sonderdienst“, so definierten der Leiter des Technischen Sonderdienstes, Jürgen Greschake, und der Oberführer der Zentralen Grubenwehr, Ernst-Theo Ritterswürden, „ist ein Dienstleistungsbetrieb, dessen Programm überwiegend auf außergewöhnliche Betriebsvorfälle zugeschnitten ist.“

## 24-Stunden-Dienst

Die Hauptaufgabe des Betriebsbereiches Bergtechnik, Zentrale Grubenwehr und Betriebe ohne Produktion sind die vorbeugende und aktive Grubenbrandbekämpfung sowie Einsätze in Katastrophenfällen. Ein 24-Stunden-Dienst stellt sicher, daß jederzeit zwei Grubenwehrtrupps einsatzbereit zur Verfügung stehen. Sie können im Bedarfsfall durch weitere Trupps ergänzt werden. Ausbildung und maschinelle Ausstattung entsprechen dem jeweiligen Stand der Technik. Tätigkeiten, wie Torkretieren und Hinterfüllen von Strecken, Erstellen von Streckenbegleitdämmen, Rauben von Streben, Verfüllen von Schächten, Verbringung von Kraftwerksrestprodukten u. a. ergänzen das Arbeitsprogramm.

Die Überwachung verfüllter Schächte, die Betreuung von Abbrüchen, Sanierungs- und Rekultivierungsmaßnahmen stillgelegter Bergwerksbetriebe sowie die Bearbeitung der in diesem Zusammenhang anfallenden behördlichen Vorgänge sind Aufgaben der Betriebe ohne Produktion.

Das Leistungsangebot des Betriebsbereiches Wettermeß- und Regeltechnik umfaßt schwerpunktartig die Installation, Wartung und Instandsetzung im Innen- und Außendienst von unter- und übertage eingesetzten stationären sowie tragbaren Wettermeß- und Regelgeräten,



4,5 Kilogramm Schutzbekleidung und 12,5 Kilogramm Gerät hat jeder Grubenwehrmann zu tragen.

Fernwirk- und Steuerungsanlagen, mechanischen Meß- und Regeleinrichtungen sowie sonstigen elektronischen Bauteilen. Er verfügt über anerkannte Sachverständige auf diesem Gebiet und unterstützt die Zentrale Grubenwehr durch den Betrieb von fünf Inertisierungsanlagen.

Diese eher nüchterne Erläuterung der Aufgaben kann nur annähernd verdeutlichen, was der Einsatz der Zentralen Grubenwehr im Ernstfall tatsächlich für jeden einzelnen bedeutet. Ernst-Theo Ritterswürden zögert, wenn er Ereignisse wie in Borken oder Katastrophen wie 1992 auf dem Bergwerk Haus Aden in Lünen mit all seinen schrecklichen Folgen in die Erinnerung zurückruft. Bei solchen Einsätzen, auch wenn sie am Ende für die vom Unglück Betroffenen manchmal leider vergeblich sind, drängen menschliche Aspekte alles andere in den Hintergrund. Nur so viel läßt sich meistens feststellen: Retter und – wenn es sie gibt – Gerettete sind hier nicht selten eine Art Schicksalsgemeinschaft. Alle noch so großen Anstrengungen und Gefahren im Notfall werden durch den – wenn auch noch so kleinen – Erfolg gerechtfertigt.

## Selbstlosigkeit selbstverständlich

Am Ende stehen fast immer Anerkennung, Dankbarkeit, ja auch Bewunderung für eine Truppe, für die Attribute wie Freiwilligkeit und Selbstlo-

sigkeit selbstverständlich sind. Körperliche Fitness und Bereitschaft sind die eine Seite der Anforderung, um diesem verantwortungsvollen Dienst am Nächsten gerecht zu werden; Erfahrung, Können und Wissen um die Materie, die da heißt Helfen und Retten, sind die andere Seite.

Die Vorschriften stecken hier klare Richtlinien ab. Der Rahmen läßt in diesem Punkt keinen Ermessensspielraum zu. Es gibt klare, zeitlich und inhaltlich abgesteckte Vorgaben. Üben und Schulen, den nie auszu-schließenden „Ernstfall“ ständig vor Augen, sind das A und O des Grubenwehrmannes.

Im Übungshaus des Technischen Sonderdienstes, über vier Etagen verteilt, sind Einrichtungen und Geräte weitgehend den realen Bedingungen im Ernstfall angepaßt. An diesem Vormittag beherrschen Truppführer Klaus Niehaus und die Wehrmänner Kurt Kunick, Armin Kordonowski, Dieter Perneberg und Jörg von Soest das Geschehen. Kritisch beobachtet vom stellvertretenden Oberführer Gerd Wächter, betreut von Gerätewart Dieter Cznotka. Die Flamm-schutzübung, die für heute angesetzt ist, wird den Männern alles abverlangt. Allein schon Kleidung und Ausrüstung, die dem Betrachter eher futuristisch anmuten, haben es in sich: orangefarbener Overall (schwer entflammbar) mit integriertem Kopfschutz, das Sauerstoffgerät BG 174 (BG = Bergbau-Schutzgerät), Kopflampe, Sicherheitsschuhe. 4,5 Kilogramm schwer ist die Kleidung; 12,5 Kilogramm wiegen die Geräte.

## Härteste Übungsbedingungen

Eineinhalb Stunden Übung hat der Trupp jetzt zu absolvieren. Da sind 60 Züge an einem Schlaggerät zu leisten; 60mal müssen dabei 30 Kilogramm über eineinhalb Meter von oben nach unten „gezogen“ werden; physikalische Messungen schließen sich an. Anschließend gilt es, eine Übungsstrecke zu befahren. Was der Bergmann „befahren“ nennt, heißt in Wirklichkeit kriechen. Denn die 280 Meter lange Strecke, die sich durch das Übungshaus windet, ist nur etwa 80 Zentimeter hoch. In voller Ausrüstung geht's voran, die Verhältnisse sind den Bedingungen unter Tage angepaßt. Das gilt auch für die Temperaturen: 28 Grad Hitze plus Feuchtigkeit. „Das ist wie im Dschungel“, erläutert Gerd Wächter die Strapaze. Und es kommt noch „dicker“: Künstlich entfachter Nebel verhindert beinahe jede Sicht, eine extra eingebaute Engstelle gilt als zusätzliche Erschwernis; jetzt wird es so eng, daß die Männer ihre Geräte abnehmen müssen. Allein das ist unter den Be-

dingungen mühsam und kostet Schweiß; schließlich sind nochmals 60 Schläge je 30 Kilogramm zu schaffen.

Das Ende der nunmehr fast eineinhalbstündigen Übung, die hier „Simulation“ heißt, verlangt dem Grubenwehrmann noch einmal alles ab: Das Sauerstoff-Schutzgerät wird vorsätzlich außer Betrieb gesetzt; ersatzweise hat der Grubenwehrmann seinen Sauerstoff-Selbstretter (SSR 120 TR) zu benutzen. Für den Wechsel gibt es eine Zeitvorgabe von 60 Sekunden. Wenn es „schiefeht“, bleiben dem Mann unter der Maske noch drei Minuten Sauerstoffreserve.

Zum Glück ist das alles nur eine Übung. Wenn die Wehrmänner es geschafft haben, heißt es noch mal Messen und Auswerten – nüchterne Zahlen. „Du bist dann ganz schön geschafft“, sagt Dieter Perneberg. Er und seine Kumpel haben, je nachdem, zwischen einem und zwei Kiloweniger auf der Waage. Diese Übung ist eine von fünf, die jährlich zu absolvieren sind. Übungen unter Tage, vor Ort, dauern rund vier Stunden. Sie sind verständlicherweise besonders realistisch.

## Körperliche Kondition unerlässlich

Fit sein und fit bleiben ist prinzipiell jedem einzelnen überlassen. Mancher bevorzugt das Einzeltraining in Form von Jogging, andere ziehen den Mannschaftssport vor. Wie „fit“ der einzelne ist, zeigt sich spätestens beim Test im Übungshaus: Auf einem dem Hometrainer ähnlichen Gerät muß hier jeder eine Mindestleistung von 75 „Dynavit“ (Einheiten) erreichen. Sonst wird er erst gar nicht zur Übung zugelassen. Parameter sind bei diesem Zwölf-Minuten-Test zum Beispiel das Alter, das Gewicht und die Leistung.

Der Technische Sonderdienst ist neben der werkseigenen Grubenwehr – über die jedes Bergwerk selber verfügt – insbesondere für die Bekämpfung von Grubenbränden und sonstigen Katastrophen zuständig. Stärke und Schlagkraft liegen – anders als bei den Grubenwehren auf den Schachtanlagen – in der Tatsache, daß der Dienst rund um die Uhr geht. Allzeit bereit, heißt die Devise. Hier, auf Pluto, wird im Ernstfall der Alarm für die gesamte Grubenwehr, auch für die Kollegen auf den Zechen, zentral ausgelöst.

Die Ausrüstung für den einzelnen, aber auch Großgeräte wie beispielsweise Inertisierungsanlagen zur Bekämpfung von Grubenbränden oder Seilwinden zur Rettung von Bergleuten aus dem Schacht sind zentral in Wanne-Eickel gelagert. Der Grubenrettungswagen, komplett ausgerüstet mit Kleidung, Masken, Prüfgeräten, Feuerlöschgeräten, Ersatzteilen, kann im Falle eines Alarms in den meisten Fällen in weniger als einer halben Stunde am Einsatzort sein. Das Fahrzeug ist so ausgestattet, daß sich die aus insgesamt 25 Personen bestehende Mannschaft während der Fahrt ankleiden und einsatzbereit machen kann.

Indes, auch die besten menschlichen und technischen Voraussetzungen können ein letztes Restrisiko nicht ganz ausschließen, wie die Geschichte der zu Anfang dieses Jahrhunderts gegründeten Grubenwehr lehrt. Auch Ernst-Theo Ritterswürden und seine Kollegen sind sich dessen bewußt. Auf diesen, hoffentlich nicht eintretenden Fall vorbereitet zu sein, ist deshalb das ganze Bestreben der Grubenwehrmänner.



Körperliche  
Kondition ist –  
wie hier bei  
den Zügen am  
Schlaggerät –  
unerlässlich.  
(Fotos:  
Klingenburg)

# Information in der Katastrophe – eine Katastrophe?

## Zweites Niedersächsisches Katastrophenschutz-Symposium stellte sich aktueller Gestaltungsherausforderung

Am Anfang stand eine recht zwingende Erst-Recht-Logik: Wenn wir schon schmerzliche Einbußen im Katastrophenschutz-System hinnehmen müssen, haben wir uns verstärkt auf die verbleibenden, von den Rückführungen nicht betroffenen Schutz- und Hilfsmöglichkeiten zu besinnen. Hierzu gehört die konzeptionell und sinnvoll eingesetzte Information. Verhaltenssteuernde Information kann dazu verhelfen, Menschen vor Schäden zu bewahren. Sie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Auslösung der gesamten Palette des Selbstschutzes.

Dann kam die Nachdenklichkeit. Wird unsere Bevölkerung in Zeiten vielbeschworener Politik- und Staatsverdrossenheit behördlicher Information glauben und vertrauen? Wird sie tun, was ein Staat, der immer im Verdacht steht, zu schönen und abzuwiegeln, ihr empfiehlt? Können wir verhaltenssteuernde Information als Mittel des Katastrophenschutzes noch unreflektiert einsetzen?

Damit hatten Leitwort und sachlicher Inhalt des Zweiten Niedersächsischen Katastrophenschutz-Symposiums Gestalt angenommen. Zur Behandlung der Thematik „Staatliche Informationspolitik als Gestaltungs- und Steuerungsinstrument in einer Großschadenslage – Funktion und Bedeutung, Möglichkeit und Grenzen –“ trafen sich Mitte Oktober 1993 50 führende Persönlichkeiten aus dem Bereich des Katastrophenschutzes in Niedersachsen an der Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen in Bad Nenndorf,

darunter die Spitzen von Feuerwehr, THW und BVS.

### Phase der Verunsicherung und Instabilität

In seiner Eröffnungsrede stellte Staatssekretär Dohr in Vertretung des niedersächsischen Innenministers, Gerhard Glogowski, das Symposium in den Zusammenhang mit den neuesten Entwicklungen des Katastrophenschutzes und führte dazu aus:

„Der Katastrophenschutz ist in jüngerer Zeit in eine Phase von Verunsicherung und Instabilität geraten. Ursache hierfür ist auch nach Einschätzung vieler Parlamentarier in Bonn die Art und Weise, wie die erforderliche Anpassung des erweiterten Katastrophenschutzes an die veränderte Lage gehandhabt worden ist. In einer solchen Lage wollen wir mit unserem Katastrophenschutz-Symposium auch ein deutliches Zeichen für den Katastrophenschutz setzen. Er ist und bleibt in seiner dualen Anlage zwischen Bund und Ländern eine hochrangige Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge für den Bürger.“

In den Strudel möglicher Veränderungen ist auch die Institution geraten, an der wir nun schon fast traditionellerweise das Katastrophenschutz-Symposium durchführen – die Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen in Bad Nenndorf. Mir liegt daran, mit dieser Veranstaltung den Stellenwert zu verdeutlichen, den diese Ausbildungseinrichtung für uns in Niedersachsen hat und

an den Bund zu appellieren, mit ihrer Erhaltung dafür zu sorgen, daß die Verringerung von Quantität im Katastrophenschutz durch eine Anhebung der Qualität wettgemacht wird. Und hierzu gehört Ausbildung und noch einmal Ausbildung – und zwar qualifizierte, wie sie nur an einer solchen Schule vermittelt werden kann.“

Im folgenden umriß der Staatssekretär die Einwirkungsmöglichkeiten der Informationspolitik auf Rettung und Hilfe in Großschadenslagen, stellte dem die derzeitigen Einbrüche im Warnsystem gegenüber und gelangte zu der Schlußfolgerung:

„In unserer informationellen Gesellschaft schätzen wir die Möglichkeit, Schäden für Gesundheit und Leben durch konzeptionell angelegte Verhaltensempfehlungen zu vermeiden, zumindest zu verringern, hoch ein. Mit unserem Katastrophenschutz-Symposium wollen wir dazu anregen, diesen Aspekt stärker und grundsätzlicher im Katastrophenschutz berücksichtigt zu sehen.“

Zur grundlegenden Problematik staatlicher Informationspolitik drang der Staatssekretär mit folgenden Ausführungen vor:

„Das führt zum zweiten natürlich zu der grundsätzlichen Frage, wie weit unsere Bevölkerung staatlicher Informationspolitik und entsprechenden Verhaltensempfehlungen Vertrauen schenkt und ihnen folgt. Wir alle, die wir seinerzeit dabei waren, stehen ja noch unter einem Tschernobyl-Informations-Trauma. Die tatsächlichen Ereignisse von Tschernobyl waren für uns in Niedersachsen bekanntlich keine Katastrophe. Was sich auch

hier ereignete, war eine Informations-Katastrophe. Hin- und hergerissen zwischen Curie, Becquerel, Rem und Milli-Rem, das eine immer mit vielmehr Nullen als das andere, hatte unsere Bevölkerung seinerzeit sehr bald Überblick und Vertrauen verloren. Als kapitale Querschläger wirkten dabei noch die Meldungen von freien Organisationen und aus dem Universitätsbereich, die mit zum Teil wiederum anderen Maßeinheiten gänzlich andere Werte vermittelten und in der Bevölkerung den Eindruck erweckten, mit den staatlichen Informationen sollte vernebelt, verharmlost, abgewiegelt werden. Staatliche Informationspolitik im Fall Tschernobyl hat in unserer Bevölkerung ein tiefes Mißtrauen gegenüber öffentlichen Verlautbarungen begründet und es uns schwer gemacht, dieses Mittel zur Steuerung und Schadensminderung in Großschadenslagen einzusetzen.

In der Folgezeit waren die zuständigen staatlichen Institutionen mit Eifer bemüht, durch Vereinheitlichung von Maßstäben und Verfahrensweisen wenigstens zu erreichen, daß gleichlautende Informationen an den Bürger gelangten. Wir mußten aber sehr bald erkennen, daß dies nicht viel mehr als ein Kurieren an den Symptomen sein konnte. Denn eine Fülle von beklagenswerten Ereignissen in Parteien und Politik sowie Stil und Charakter von Politik selber führten zu dem, was wir heute als Parteien- und Staatsverdrossenheit beklagen. Die Glaubwürdigkeit staatlicher Informationen und Verhaltensempfehlungen bei Großschadenslagen wurde natürlich in diesen Strudel mit hineingezogen. Als Folge davon droht die Gefahr, daß staatliche Informationspolitik als Steuerungsinstrument in einer Großschadenslage ihre Fähigkeit einbüßt, schadensverhindernd und schadensmindernd zu wirken. Dies ist ein Effekt, der uns alarmieren und unser ganzes Bemühen aktivieren muß, dem entgegenzuwirken.“

## Optimistische Einschätzung

Mit diesen Ausführungen waren die Grundfragen der Akzeptanz behördlicher Entscheidungen aufgeworfen und „Staat und Politik in der Vertrauenskrise“ zur Erörterung gestellt. Natürlich konnte und durfte sich zu dieser Thematik kein Referent äußern, der dem Verdacht ausgesetzt

war, in entsprechende Entwicklungen mit einbezogen zu sein. Da war es gut, einen der führenden Vertreter der Justiz in Niedersachsen, den Präsidenten des Verwaltungsgerichts Hannover, Dr. Karlheinz Dreiocker, für das Grundsatzreferat des Symposiums gewinnen zu können. Der Referent überraschte seine Zuhörerschaft zunächst mit der grundsätzlich optimistischen Einschätzung:

„Ich hege keinen Zweifel daran, daß unsere Bevölkerung bereit ist, sich in aktuellen Großschadenslagen den Informationen, Gefahreinschätzungen und Weisungen der Katastrophenschutzstäbe willig zu unterwerfen, wenn sich eine einsehbare Notwendigkeit hierfür ergibt, d. h. wenn die Bevölkerung selbst erkennt, daß sie von der Krise betroffen ist. Das haben die extremen Lagen z. B. bei der Flutkatastrophe 1962 in Hamburg und Schleswig-Holstein, aber wohl auch die Ölkrise 1974 eindrucksvoll gezeigt. Die Frage nach Autorität, Vertrauen und Akzeptanz stellt sich aber, wenn sich die Ausnahme-situation nicht ohne weiteres sichtbar vermitteln läßt, wie dies z. B. bei der Krisenlage nach dem Unfall in dem Kernkraftwerk Tschernobyl der Fall war. Die Strahlenbelastung wird nicht wahrgenommen und so hängt die Wirksamkeit der Gefahrenabwehr in derartigen Fällen vielfach von der Möglichkeit ab, kraft natürlicher Führungsautorität der Behörden notfalls auch das blinde Vertrauen der Bevölkerung in die hoheitliche Informationspolitik und ihre Einsicht in die Notwendigkeit von Zwangsmaßnahmen zu aktualisieren.“

Die Gründe für die damit umrissenen Zugangsschwierigkeiten behördlicher Empfehlungen bei den Bürgern sah der Referent zunächst einmal in einer tiefenpsychologi-

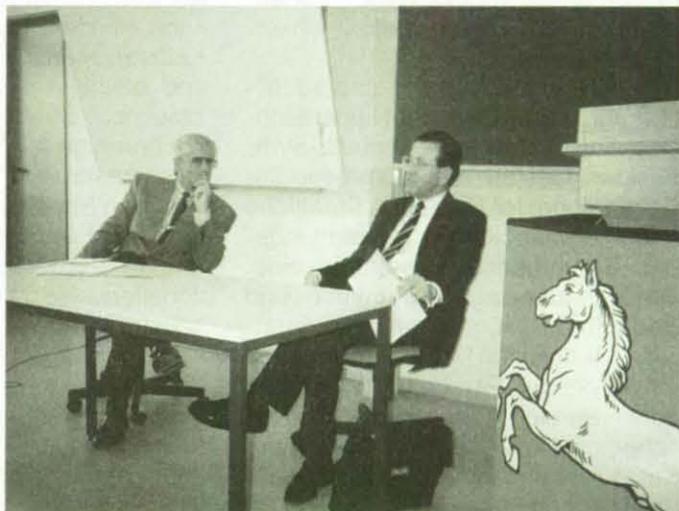
schen Disposition des Menschen als Staatsbürger, definiert schon 1835 von dem Staatswissenschaftler Alexis de Tocqueville in dessen Werk „Demokratie in Amerika“:

„Unsere Zeitgenossen werden immerfort durch zwei feindliche Leidenschaften bedrängt: Sie haben das Bedürfnis, geführt zu werden und das Verlangen, frei zu bleiben. Da sie weder den einen noch den anderen dieser entgegengesetzten Triebe ausrotten können, trachten sie, beide zu gleicher Zeit zu befriedigen.“

Dort, wo eine derartige Disponiertheit auf paßgerechte Verhaltensweisen von Staat und Behörden trifft, kann ein negativer Kumulationseffekt nicht ausbleiben. So hat nach Dr. Dreiocker die fast völlige Verwandlung hoheitlicher Gewalt in Versorgungs- und Sozialverwaltung bei weitgehendem Verzicht auf die Entfaltung staatlicher Macht und bewußt hingenommenen Vollzugsdefiziten zu entsprechenden Gewöhnungsprozessen bei den Bürgern geführt. Nicht nur, daß nunmehr jedes andere als verteilendes und begünstigendes Verhalten des Staates zu Mißtrauen und Ablehnung führt. Die Großzügigkeit des Sozialstaates bewirkt darüber hinaus „Unzufriedenheit und Unlust am Recht. Keine Kompromißsondern wachsende Konfliktbereitschaft.“

Als „äußerst kompliziert“ bezeichnete der Referent die „Forschung nach den Ursachen für die offensichtliche Erosion staatlicher Autorität und ihres Gegenstücks, des Rechtsgehorsams der Bürger“. Bei der Umschau unter den staatlichen Gewalten Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung, Justiz ortete der Referent die Ursachen für die Erosion staatlicher Autorität in der Unfähigkeit, staatliches Handeln der Breite

Dr. Dreiocker, Präsident des Verwaltungsgerichts Hannover, in der Diskussion. Links daneben der Verfasser.



unserer Bevölkerung – und nicht nur einer interessierten Klientel – einsehbar und mittragbar zu machen. Als Folge davon zollen nach einer Repräsentativumfrage nur fünf Prozent der Bundesbürger einem Abgeordneten Respekt. Er rangiert damit noch hinter dem Bademeister, der auf sechs Prozent kommt.

Als weiteren Grund für dies gestörte Verhältnis zwischen Staatsautorität und Bürgern arbeitete Dr. Dreiocker das vielfache Fehlen einer klaren Führungsverantwortung, schon gar einer personifizierten Führungsverantwortung heraus. In diesem Zusammenhang nannte er den Kölner Regierungspräsidenten Antwerpes, „der sich seit langem mit großem Erfolg als Identifikationsfigur einer rechtsstaatlichen Verwaltung präsentiert“.

Als Resümee seiner tiefgründigen und insgesamt kritischen-optimistischen Umschau faßte der Referent zusammen:

„Im ganzen besteht aber – ich deutete es gerade an – kein Anlaß zu übertriebenem Pessimismus, wir haben eine Verfassung, wie wir sie uns rechtsstaatlicher nicht wünschen können. Die Einsicht in das Zwangsläufige unserer Entwicklung in der pluralistischen Ellenbogengesellschaft sollte uns ermuntern, uns auch angesichts der geschilderten Defizite einzurichten. Der konstatierte Vertrauensverlust und der Autoritätsverfall lassen sich über das von mir geschilderte Maß hinaus nicht durch gezielte Programme der staatlichen Behörden beeinflussen. Bedenken wir, daß die festgestellten Erosionserscheinungen auch den Umgang der Menschen mit ihren Familienangehörigen daheim und mit ihren Kollegen am Arbeitsplatz erfaßt haben. Wo sollten wir also anfangen?“

Hüten wir uns vor blindem Aktionismus wie etwa vor Eingriffen in das bewährte parlamentarische System des Grundgesetzes, wie sie immer häufiger diskutiert werden.

Der Bundespräsident hat aus Anlaß der Gewalttätigkeiten in der Hamburger Hafenstraße gesagt:

„Es ist die Frage, wie es uns gelingt, das Bewußtsein von der Funktion des Rechts und von seiner Durchsetzung in der ganzen Bevölkerung zu einem Konsens zu bringen.“

Und er hat hinzugefügt: „Das sind jahrelange Prozesse.“ Insgeheim hege ich die Hoffnung, daß die Bereitschaft der Menschen zu Vertrauen und Akzeptanz gegenüber staatlichem Wirken nur verschüttet ist. Mei-

Blick in den Zuhörerraum



ne Hoffnung gründet sich u. a. auf die allsonnabendliche Beobachtung, mit welcher Selbstverständlichkeit Deutschland die Spielregeln seines Sports verinnerlicht und akzeptiert.

Ein Rezept für die Überwindung der Vertrauenskrise habe ich nicht. Ich hoffe, einsichtig gemacht zu haben, daß es keines geben kann.“

## Vertrauensverfall gegenüber Staat und Politik

Wenn Meinungspolarität zwischen Referenten als solche bereits den Erfolg einer Veranstaltung signalisiert, dann wurde dieser Prozeß durch die Ausführungen von Dr. Dombrowski, Universität Kiel, eingeleitet. Der Referent analysierte zwei gegenläufige Entwicklungen. Zum einen sei verhaltenssteuernde Information in einer Großschadenslage zu einem in seiner Komplexität kaum noch erfaßbaren Aufgabenfeld geworden. Habe in früheren Zeiten – bedingt auch durch ein engeres und vertrauensvolleres Miteinander der Menschen – ein kurzer Wink oder eine bestimmte Chiffre zur Übermittlung eines Nachrichteninhalts ausgereicht, bedürfe es jetzt einer ungeheuer diffizilen und subtilen Anlage eines Informationssystems. Zum Teil seien die Bedingungen der Abgabe und Aufnahme von Informationen sowie der Reaktionen darauf noch gar nicht erkannt.

In einer solchen Situation seien gesteigerte Anforderungen an das Vertrauensverhältnis zwischen dem Staat als Informationsgeber und dem Bürger als Informationsempfänger gestellt. Schließlich müsse der Bürger in der Ausnahmesituation einer Katastrophe nicht nur blind auf die Information vertrauen, sondern ihrer

Verhaltensempfehlung möglicherweise in Sekundenschnelle hinein in für ihn völlig unübersehbare Situationen folgen. Bei der verhaltenssteuernden Information in der Großschadenslage gibt es keine Zeit zur kritischen Überprüfung und kein Rechtsmittel!

Dies müßte eigentlich auch das staatliche Gemeinwesen in Rechnung stellen und alles tun, um für Krisensituationen dieses besondere Vertrauensverhältnis aufzubauen. Was geschähe, sei aber das genaue Gegenteil. Zum einen schließe natürlich der allgemeine Vertrauensverfall gegenüber Staat und Politik auch auf diesen Bereich durch. Zum anderen nähme die Gestaltung des Katastrophenschutzes selbst derzeit Formen an, die dem Betrachter das Urteil aufzwingen: Der Staat habe den Gesellschaftsvertrag mit seinen Schutzbefohlenen aufgekündigt. Die Denaturierung des Katastrophenschutzes als ganzem, die Aushöhlung des Selbstschutzes, die Verunsicherung der freiwilligen Helferschaft, führten zwangsläufig zu der Denkspirale: Wenn der Staat den Katastrophenschutz schon nicht mehr ernst nimmt, können wir seinen Informationen und Verhaltensempfehlungen in Großschadenslagen auch nicht mehr blind vertrauen. Mit der Schlußfolgerung „Nichts geht mehr“ hinterließ Dr. Dombrowski eine betroffene Zuhörerschaft.

In der nachfolgenden besonders lebhaften Diskussion wollten die Praktiker des Katastrophenschutzes dem Referenten nicht in diesen tiefen Pessimismus folgen. Aber auch ihnen versagte er den Silberstreif am Horizont.

Der Anlage des Symposiums gemäß, von grundsätzlichen Erkenntnissen aus zu zunehmend praxisnahen Ergebnissen zu führen, re-

ferierte Prof. Dr. D. Ungerer von der Universität Bremen zum Thema „Informationsverfahren in der Praxis. Erkenntnisgrundlagen und -gewinnung als Voraussetzung einer sachgerechten Informationspolitik“.

## **Begrenzte Aufnahme- und Reaktionsfähigkeit**

Dabei überraschte der Referent seine Zuhörer gleich in zweifacher Hinsicht. Selbst erfahrene Katastrophenschützer setzten in Erstaunen, wie minutiös die Wissenschaft bereits die Möglichkeiten und Grenzen menschlicher Aufnahme- und Reaktionsfähigkeit erforscht hat. Es mußte schon mit Verwunderung registriert werden, wie wenig hiervon der Praxis als Arbeitsgrundlage bisher zugänglich geworden ist. Aber auch das Erkennen eines derartigen Defizits gehört zu den angestrebten Arbeitsergebnissen eines solchen Symposiums und ermöglicht Abhilfe.

Zum zweiten verblüffte die vom Referenten überzeugend vermittelte Einsicht in die Begrenztheit menschlichen Vermögens in Krisen- und Paniksituationen. Daß eine Art von sensorischem Schutzmechanismus des Menschen in höchsten Streß- und Krisensituationen dessen „Kopf einfach zumacht“, ist allen Fachleuten geläufig, Katastrophenerprobte haben es sogar schon an sich und anderen erleben müssen. Daß dies aber derart rasch und weitgehend geschieht, erfordert für die gemeinsame zukünftige Arbeit alle Beachtung. Wenn ein Mensch in höchster Anspannungssituation nur noch in der Lage ist, sechs Worte einer Information, eines Zurufs oder eines Befehls aufzunehmen und umzusetzen, dann ist dies ein Umstand, der beim Einsatz verhaltenssteuernder Informationen dringend beachtet werden muß. Wenn Fixiertheit auf einen Aspekt des Geschehens die Aufnahmefähigkeit für ein Parallelgeschehen und die Information darüber fast völlig ausschließt, müssen auch hieraus in der Praxis Schlüsse gezogen werden.

Zum Abschluß seiner Ausführungen belegte Prof. Ungerer seine Theorieerkenntnisse mit eindrucksvollen Beispielen aus dem Flugzeugunglück in Ramstein, dem Zusammenstoß zweier Passagierflugzeuge auf dem Flughafen in Mallorca und anderen Einsatzgeschehen.

In der Abmoderation hob der Leiter des Symposiums, Leitender Ministerialrat Manfred Gallwitz, als erstes Ergebnis hervor, daß die bisher vorbereiteten standardisierten Informationen über Funk und Fernsehen bei weitem nicht ausreichten. Das gesamte System müsse in Richtung auf eine Verfeinerung überprüft werden. Er griff auch die Anregung des Referenten auf, Journalisten durch Schulung und Training an die informatorische Bewältigung von Katastrophen heranzuführen. Unerwähnt bleiben durfte dabei nicht die selbstkritische Einschätzung von Angehörigen der Katastrophenschutz- und Krisenstäbe von Landkreis bis zu den Ministerien. Im Mittelpunkt jedoch hat der – freiwillige – Helfer in seiner mentalen Disponiertheit bei der Hilfe im Zentrum des Geschehens und damit in der äußersten Anspannungssituation zu stehen.

Am zweiten Tag des Symposiums vertiefte Dr. P. Wiedemann vom Forschungszentrum Jülich anhand umfassender empirischer Studien die Erkenntnisse und Einsichten in die Möglichkeiten und Grenzen verhaltenssteuernder Informationen. Als besonders beachtensbedürftig bezeichnete er das Phänomen, daß Menschen in Krisensituationen zu oft falschen Instinkt oder zumindest Gewohnheitsreaktionen neigten. So treibe der Instinkt oder zumindest die Gewohnheit nach den Erfahrungen des Bombenkrieges die meisten Betroffenen einer Notsituation in den tiefsten Keller. Dies auch bei Schadenslagen wie z. B. Giftaustritten, bei denen dies die falscheste aller denkbaren Reaktionen sei. Informationspolitik müsse sich daher auch darauf einstellen, diesen „Panzer tief sitzender Gewohnheiten“ zu durchbrechen. Naheliegenderweise sei das eine der schwierigsten Aufgaben.

Mit besonderer Aufmerksamkeit aufgenommen wurde der Hinweis von Dr. Wiedemann, daß die gefährlichsten Schadensbilder der Zukunft eher solche „schleichender Katastrophen“ sein würden. Er nannte in diesem Zusammenhang besonders den Elektromog, aber auch den Anstieg der Küstengewässer.

## **Gemeinsam zu lösende Aufgabe**

In unmittelbarer Darlegung behördlicher Informationspraxis stellten dann der Katastrophenschutzrefe-

rent des Niedersächsischen Innenministeriums, Ministerialrat Volker Müller, der Leiter des polizeilichen Lagezentrums im Niedersächsischen Innenministerium, Polizeioberst Bahder, der Leiter der Pressestelle im Niedersächsischen Innenministerium, Volker Senke, sowie der in Norddeutschland bekannte Rundfunkjournalist Bernd Nehls die derzeitige behördliche Praxis von Informationsgewinnung und Informationsabgabe in Großschadenslagen dar. Schon bei der Ankündigung dieser praxisnahen Ausführungen war das Attribut „Defizite“ gebraucht worden. Wie erwartet stellte sich dann tatsächlich heraus, daß die bisherigen Verfahrensweisen den Anforderungen an eine schadensmindernde und schadensverhütende verhaltenssteuernde Informationspolitik des Staates nicht annähernd gerecht werden können. In der abschließenden Diskussion gaben die Spitzenvertreter des Katastrophenschutzes aus Niedersachsen entsprechenden Einsichten Ausdruck, definierten die Defizite und Bedarfslagen und bezeichneten baldige Abhilfe als eine nur von allen Beteiligten gemeinsam zu lösende Aufgabe. Sie soll in Niedersachsen in Angriff genommen werden.

Das Zweite Niedersächsische Katastrophenschutz-Symposium wurde vom für Katastrophenschutz zuständigen Abteilungsleiter im Innenministerium, Ministerialdirigent Herbert Antonischki, beschlossen. Er wertete die lebhafteste Anteilnahme an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Informationspolitik in einer Großschadenslage als Beleg dafür, daß Niedersachsen sich mit der Behandlung dieser Thematik im „Main Stream“ wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit einem bedeutsamen Teilbereich des Katastrophenschutzes befände. Er beendete das Symposium mit der Feststellung:

„Auch ein noch so gut vorbereiteter Katastrophenschutz wird es nicht erreichen können, die speziellen Situationen und Befindlichkeiten zu antizipieren, die eine Großschadenslage oder wahre Katastrophe mit sich bringt. Um so wichtiger ist es, das zu leisten, was wir z. Z. leisten können – und dies ist, sich der einschlägigen Wirkungszusammenhänge so bewußt wie möglich zu werden und verhaltenssteuernde Information der Zukunft optimal darauf einzustellen.“

# „S-Bahn mit D-Zug kollidiert“

## 3. Katastrophenseminar der Berliner Polizei endete mit Großübung

Umgestürzte D-Zug- und S-Bahn-Waggons, abgerissene Oberleitungen, schreiende und blutende Passagiere, an- und abfahrende Rettungswagen, landende Hubschrauber... Der Eindruck eines schweren Eisenbahnunglücks auf dem Bahnhof Berlin-Schöneweide konnte kaum realistischer dargestellt werden, als auf der großen Übung aller Berliner Hilfsdienste am 18. September diesen Jahres.

Gemeinsam mit Deutscher Reichsbahn, Berliner Feuerwehr, ASB, DRK, THW, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr beendete die Berliner Kriminalpolizei mit dieser Übung praxisnah ihr drittes Katastrophenseminar, das vom 13. bis zum 18. September in der Polizeiausbildungsstätte im Berliner Stadtbezirk Marzahn stattfand.

Unter der Leitung des Chefs der Berliner Kriminalpolizeilichen Katastrophenkommission (Krim.-Kat.-Kom.), Kriminaloberrat Brandt, trafen sich Experten aus Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz, aber auch Mediziner, Psychologen, Theologen und Sozialwissenschaftler, um über die Ursachen und die Bewältigung von Katastrophen und Großschadensereignissen zu diskutieren. Während bei den vorangegangenen beiden Seminaren vor allem Flugzeugunfälle im Vordergrund standen, beschäftigten sich die Fachreferenten in diesem Jahr in erster Linie mit größeren Unfallgeschehen im Straßen- und Schienenverkehr sowie mit der Betriebssicherheit großtechnischer Anlagen.

Aufgrund der Bedeutung dieses Seminars für die Sicherheitsorgane des Landes Berlin, ließ es sich Polizeipräsident Saberschinsky nicht nehmen, das Seminar persönlich zu eröffnen. Die Fachtagung ließ sich im wesentlichen in vier theoretische Blöcke einteilen: Fallbeispiele Großschadensereignisse, Anlagensicher-

heit, medizinische Versorgung und psychosoziale Betreuung.

Auf großes Interesse stießen die Fallbeispiele. Hier standen das Busunglück von Donaueschingen, der Massenunfall auf der A 9 (Münchberger Senke) bei Hof, die Zugunglücke von Berlin-Wannsee und Northeim sowie der Brand des Großtanklagers der Deutschen Shell AG in Hamburg-Harburg zur Diskussion. Die verantwortlichen Einsatzleiter von Polizei und Feuerwehr vermittelten realistische Eindrücke von den Ereignissen und der Einsatztaktik.

Da während des Seminars ein deutscher Air-Bus bei der Landung auf dem Warschauer Airport verunglückte und ausbrannte, konnte ein aktueller Zwischenbericht über diesen Unfall durch einen in Warschau anwesenden Lufthansavertreter vorgelesen werden. Nicht zuletzt wegen der Aktualität des Ereignisses war dieser Bericht über die Rettungsmaßnahmen für die Zuhörer von einer besonderen Intensität.

Interessante Beiträge kamen darüber hinaus auch von den geladenen Vertretern aus Großindustrie, Verkehrsbetrieben und Anlagenbau, die

teilweise im Auditorium nicht unwidersprochen blieben. Hier scheint gerade im Hinblick auf präventive Maßnahmen noch Sensibilisierungsbedarf zu bestehen.

Einen Höhepunkt des theoretischen Seminarteils stellte der Freitag dar, der dem menschlichen Verhalten in Katastrophensituationen und der psychosozialen Betreuung gewidmet war. Fachleute mit langjähriger Erfahrung, wie der ehem. Chef des Militärpsychologischen Dienstes der Schweizer Armee, Dr. Guggenbühl, der Psychosomatiker Dr. med. Jatzko von der Universität Kaiserslautern, der Sozialwissenschaftler und Katastrophenforscher Dr. Dombrowsky von der Universität Kiel und der Theologe Pater Vincenz vom Berliner Strafvollzug, erläuterten anschaulich typische und atypische Verhaltensreaktionen von Menschen, die durch Großschadensereignisse und Katastrophen geschädigt oder als Angehörige unmittelbar davon betroffen wurden. Neben der Betreuung von direkten Opfern nahm dabei die Betreuung der Angehörigen und vor allem auch der eingesetzten Helfer einen besonders breiten Raum ein.



Die ineinander verkeilten Waggons werden nach „Verletzten“ abgesucht.

Auf dem Bahnsteig ist eine Verletzten-sammelstelle eingerichtet. (Fotos: Luszeit)



Für viele Seminarteilnehmer wurde hier erstmals in umfassender Weise über posttraumatische Belastungs-symptome nach solchen Einsätzen und die Notwendigkeit entsprechender therapeutischer Maßnahmen gesprochen. Beeindruckende Beispiele posttraumatischer Symptomatik zeigte hierzu Dr. med. Jatzko, der seit der Ramsteiner Flugtagkatastrophe 1988 Opfer, Angehörige und Helfer psychologisch und medizinisch betreut. Psychologische Konditionierung von Rettungsdienst- und Katastrophenschutzpersonal zur Vorbeugung von „burn-out-syndromen“ oder posttraumatischen Belastungs-symptomen erläuterte der Kieler Katastrophenforscher Dr. Dombrowsky. Hier sind künftig Arbeitgeber, Polizei, Feuerwehren und Hilfsorganisationen verstärkt gefragt, entsprechende Programme für ihre Mitarbeiter und Helfer anzubieten, um Vorbeugung und Nachsorge auch und gerade für die Helferschaft effizient zu praktizieren.

Dem Aspekt des Todes und des Sterbens im Rahmen von Unfällen, Notfällen und Katastrophen widmete sich Pater Vincenz als Theologe und seit Jahren auf diesem Gebiet erfahrener Priester. Die Notwendigkeit von Sozial- und Trauerarbeit für die Hinterbliebenen wurden in diesem Beitrag plastisch deutlich. Möglichkeiten der Integration solcher Angebote im unmittelbaren Umfeld des Massen-anfalls von Verletzten sind dringend zu prüfen, um ein bisher fast völlig vernachlässigtes Thema, das gerade für Sterbende und deren Angehörige eine besondere Relevanz besitzt, entsprechend zu würdigen.

Nach fünftägiger Theorie rundete die Vollübung das 3. Katastrophenseminar der Berliner Polizei praxisbe-

zogen ab. Unter Regie der Deutschen Reichsbahn und der Krim.-Kat.-Kom. Berlin wurde ein Zugunglück mit Massenansturm von Verletzten auf dem Bahnhof Schöneweide angenommen. Die Reichsbahn hatte dabei hinsichtlich der Gestaltung des Übungsgeländes an nichts gespart: Ausran-gierte S-Bahn- und D-Zug-Waggons waren so präsentiert, daß der Unterschied zu einer echten Zugkollision kaum auszumachen war. Speziell für diese Übung waren Schienenabschnitte „elektrifiziert“ worden, um den Einsatz auf einer unter Strom stehenden Strecke so realitätsnah wie möglich zu proben.

Mehrere Dutzend „Fahrgäste“ waren von der Schminke-truppe des ASB-Landesverbandes Berlin analog den Verletzungsmustern nach einem schweren Bahnunfall hervorragend geschminkt worden und simulierten in den teils umgestürzten Waggons Verletzte aller Kategorien. Dabei dachten die Übungsleiter auch daran, eine beträchtliche Anzahl ausländischer Mitbürger in das Großschadensereignis zu integrieren, um z. B. bestehende Sprachprobleme und unterschiedliche Mentalitäten realistisch darzustellen. Eine Gruppe ausländischer Mitbürger war darüber hinaus während des gesamten Seminars anwesend, um so in die Vorbeugung und die Bewältigung von Großschadensereignissen einbezogen zu werden.

Der Ablauf der Rettungsaktion vollzog sich nach Auslösen des Alarms für die Berliner Feuerwehr, die SEG des DRK Berlin, das THW und Einheiten des BGS bzw. der Bundeswehr (SAR-Hubschrauber) routiniert und schnell. Allerdings waren unterschiedliche Schweregrade und Belastungsproben für die Helfer zu beste-

hen. Unter Waggons eingeklemmte oder aber von Eisenträgern aufgespießte Personen mußten ebenso schnell und sachkundig befreit und versorgt werden wie die große Anzahl lautstark schreiender Leichtverletzter. Schon kurze Zeit nach dem Beginn der Rettungsarbeiten sammelten sich „Schaulustige“ sowie „Angehörige“ der Opfer, die teilweise in „aufgebrachter Stimmung“ versuchten, die Verletzten-sammelstelle zu „stürmen“, um nach ihren Verwandten und Bekannten zu suchen. Speziell für diese Personengruppen wurde eine Betreuungsstelle eingerichtet, ebenso wie für Nicht- bzw. Leichtverletzte, die es so schnell wie möglich von den anderen Opfern zu separieren galt.

Die psychosoziale Betreuung dieser Personengruppen stand durch die Helfer dabei eindeutig im Vordergrund. Hier setzte dann auch die Hauptarbeit der Krim.-Kat.-Kom. ein, die sich um die Identifikation der Toten und Verletzten zu kümmern hatte, um den im Bahnhofsgebäude befindlichen Angehörigen rasch die nötige Klarheit zu beschaffen. Selbstverständlich galt es auch, Spuren, die zur Klärung des Unfallhergangs beitragen konnten, sicherzustellen.

Nicht zuletzt muß die gute Betreuung der Pressevertreter hervorgehoben werden. Auf einer eigens errichteten Plattform konnte die Presse das gesamte Geschehen lückenlos verfolgen. Eigens für diese Aufgabe abgestellte Beamte betreuten die geladenen Medienvertreter und Gäste und instruierten sie über die jeweiligen Rettungs- und Bergungsmaßnahmen.

Das 3. Katastrophenseminar der Berliner Kriminalpolizei muß in dieser Kombination von Theorie und Praxis sowie der Aufnahme brisanter Einzelthemen als Erfolg für alle Teilnehmer gewertet werden. Die Kriminalpolizeiliche Katastrophenkommision hat mit dieser Einrichtung in Berlin ein Forum geschaffen, das neben der fachlichen Beschäftigung mit relevanten Themen in erster Linie auch die Zusammenarbeit aller Dienste untereinander und mit der Polizei nachhaltig fördert. Es wäre sicherlich wünschenswert, wenn Tagungen, Seminare und Übungen dieser Art auch anderswo Schule machen würden.

Verfasser:  
Dipl.-Pol. Wolfram Geier  
Referatsleiter Rettungsdienst  
& Katastrophenschutz  
ASB-Bundesverband Köln

# Unzureichende Ausbildungsmöglichkeiten an den Landesfeuerweherschulen?

## Mündliche Anfrage der CDU-Abgeordneten Edda Schliepack an die niedersächsische Landesregierung

Edda Schliepack: Die Feuerwehrmänner und -frauen in Niedersachsen haben einen berechtigten Anspruch darauf, für ihre gefährliche Arbeit im Dienste der Menschen unseres Landes optimal ausgebildet zu werden. Die Landesregierung wird offenbar nach wie vor ihrer Verpflichtung nicht gerecht, diesen Anspruch zu erfüllen und ein ausreichendes Lehrgangplatzangebot an Landesfeuerweherschulen zur Verfügung zu stellen. Als Beispiel verweise ich auf die negative Bilanz, die der Kreisfeuerwehrverband Peine auf seiner diesjährigen Delegiertenversammlung ziehen mußte: von Mitgliedern dieses Kreisfeuerwehrverbandes wurden im Jahre 1992 251 Lehrgänge angefordert, nur 116 Anforderungen konnten jedoch erfüllt werden. Nach meinen Informationen ist es um das Lehrgangangebot landesweit ähnlich schlecht bestellt.

Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion hat bereits mit ihrem Entschließungsantrag vom 2. September 1991 hierauf mit Nachdruck hingewiesen und die Landesregierung aufgefordert, das Lehr- und Ausbildungspersonal deutlich zu verstärken, Personalabwanderungen durch geeignete Maßnahmen vorzubeugen, kurz- bis mittelfristig die Ausbildungskapazität zu erweitern und bauliche Erweiterungsmaßnahmen vorzunehmen. Dies scheint offenbar nicht in hinreichendem Maße geschehen zu sein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wieviel Anforderungen für Lehrgangplätze gab es landesweit 1991 bzw. 1992, wieviel angeforderte Lehrgangplätze konnten nicht zugeteilt werden?
2. Trifft es zu, daß Führungslehrgänge und die Ausbildung im Umgang mit gefährlichen Stoffen besonders betroffen sind?
3. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung wann ergreifen, um möglichst schnell Abhilfe zu schaffen?

Innenminister Gerhard Glogowski namens der Landesregierung: Die Situation hinsichtlich des Lehrgangplatzangebotes und der personellen Verhältnisse an den Niedersächsischen Landesfeuerweherschulen ist bekannt. Die Landesregierung hat in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage – LT-Drs. 12/1740 – am 12. Juli 1991 dazu ausführlich Stellung genommen.

Der derzeitige Überhang an angeforderten Lehrgangspätzen hat verschiedene Ursachen. Zu nennen sind:

1. Ein stärkerer Wechsel in den Funktionen, bedingt durch die Altersstruktur bei den Inhabern von bestimmten Funktionsstellen. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß im Zuge der Verwaltungs- und Gebietsreform viele Führungskräfte in den Freiwilligen Feuerwehren ihre Funktion aufgaben. Die nach-

gerückten Funktionsträger scheideten jetzt und in den nächsten Jahren aus. Bereits in den 70er Jahren hat es einen erheblichen Lehrgangsstau gegeben, der abgebaut wurde. Der Lehrgangsstau in den 80er Jahren war auf 200–300 Plätze pro Halbjahr geschrumpft.

2. Die Mitgliederzahlen in den Freiwilligen Feuerwehren haben sich von 108 271 aktiven Mitgliedern (1965) auf 141 517 aktive Mitglieder im Jahre 1992 erhöht. Es ist somit eine Steigerung im Mitgliederbestand der Freiwilligen Feuerwehren von rund 30 Prozent zu verzeichnen.
3. Von der fachlichen Seite wurde an der Landesfeuerweherschule in Celle die Durchführung von fünf Parallellehrgängen mit jeweils 30 Teilnehmern vorgeschlagen. Genehmigt wurden dann vier Parallellehrgänge à 30 Teilnehmer als Grundlage des Neubaukonzeptes. Dies ist die Situation, die die jetzige Landesregierung bei Aufnahme ihrer Arbeit im Jahre 1990 vorgefunden hat.

Die Landesregierung hat – im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin – energisch Maßnahmen zur Verbesserung der personellen und materiellen Situation der Landesfeuerweherschulen, insbesondere der Landesfeuerweherschule Celle, ergriffen. Maßnahmen zur Erweiterung und Modernisierung sind eingeleitet, nachdem

durch Änderung der Verteilung der Feuerschutzsteuermittel sichergestellt ist, daß die beabsichtigten Maßnahmen ausreichend finanziert werden können.

Die Landesregierung hat bewiesen, daß durch Änderung der haushaltsmäßigen Vorgaben bezüglich der Verwendung des Landesanteils aus der Feuerschutzsteuer eine beschleunigte Inangriffnahme des Erweiterungsprojektes der Landesfeuerwehrschule Celle möglich ist, auch wenn das Bauvorhaben der Landesfeuerwehrschule Loy noch nicht abgeschlossen ist. Im Sinne der Förderung des Brandschutzes ist es nach Auffassung der Landesregierung unabdingbar, die Maßnahme Celle parallel durchzuführen und nicht nacheinander.

Sie sehen also, daß die der Landesregierung vorgeworfenen Versäumnisse völlig gegenstandslos sind, vielmehr noch einmal deutlich hervorzuheben ist, daß die Probleme, die die Landesregierung lösen wird, bei der Regierungsübernahme bereits vorhanden waren. Dies vorausgeschickt beantworte ich die mündliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1.: Die Anforderung von Lehrgangspätzen ist kein zeitlich abgeschlossener Vorgang, der zu absoluten Anforderungs- und Zuteilungszahlen führt. Nicht berücksichtigte Anmeldungen werden im nächsten Zuteilungszeitraum als neue Anforderung angemeldet. Daher kann ein direktes Verhältnis von Bedarf und Zuteilung nicht hergestellt werden; vielmehr kann nur festgestellt werden, wie hoch die nicht berücksichtigten Anmeldungen am Ende eines Zuteilungszeitraumes sind. Am 31. Dezember 1991 lagen 3676 Anmeldungen vor, die nicht bedient werden konnten und demnach im Jahre 1992 erneut beantragt wurden. Am 31. De-

zember 1992 belief sich die Zahl auf 3380 nicht berücksichtigte Anmeldungen.

In den Jahren 1991 und 1992 sind an den Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy rund 5500 bzw. 6500 Lehrgangspätze belegt worden. Die Differenz zwischen 1991 und 1992 ergibt sich vornehmlich aus der überdurchschnittlichen Zahl von Teilnehmern an Langzeitlehrgängen der Berufsfeuerwehren, durch die die Verfügbarkeit der Plätze für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren verringert wurde und durch vorübergehende personelle Schwierigkeiten infolge unvorhergesehenen Ausscheidens von Angehörigen der Landesfeuerwehrschule Celle aus dem Landesdienst.

Zu 2.: Die Führungslehrgänge beanspruchen den größten Teil des Lehrgangsangebotes der Landesfeuerwehrschulen; zu diesen Lehrgängen gehören Trupp-, Gruppen-, Zugführerlehrgänge und Lehrgänge für Führer von Verbänden. 1992 entfallen von insgesamt 6500 in Anspruch genommenen Lehrgangspätzen etwa 4900 auf diese Führungslehrgänge. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß sich ein Lehrgangsfehlbedarf überproportional auf diese Lehrgänge auswirkt.

Die Lehrgänge im Bereich „Gefährliche Stoffe“ gehören erst seit wenigen Jahren zum Ausbildungsangebot der Landesfeuerwehrschule Celle. Auch die Ausrüstung der Feuerwehren mit entsprechendem Gerät erfolgt erst seit einigen Jahren; sie ist noch nicht abgeschlossen. Die Notwendigkeit zur Gefahrgutausbildung besteht demnach erst seit relativ kurzer Zeit; der kurzfristig eingetretene Ausbildungsbedarf kann nicht ebenfalls kurzfristig, sondern bestenfalls mittelfristig abgebaut werden. Die Voraussetzungen hierzu werden u. a. durch die Erweiterung der Landes-

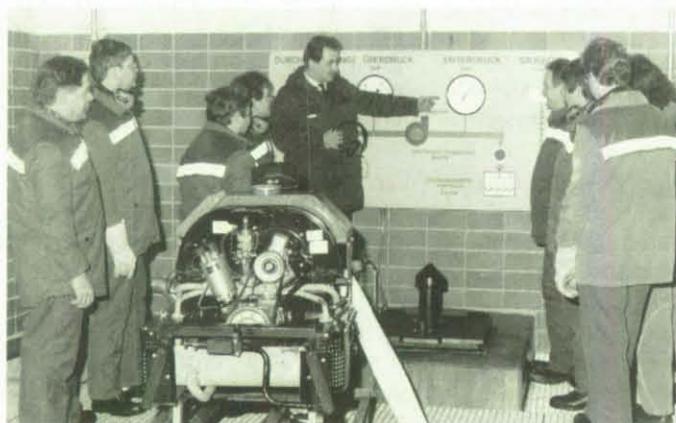
feuerwehrschule Celle geschaffen. Seit 1993 führt auch die Landesfeuerwehrschule Loy Gefahrgutlehrgänge durch, nachdem die dazu erforderliche Ausrüstung beschafft werden konnte. Die Einführung der Lehrgänge in Loy führt zu einer Verbesserung des Lehrgangsangebotes im Bereich der gefährlichen Stoffe.

Zu 3.: Die Planung der baulichen Maßnahmen zur Erweiterung der Kapazität der Landesfeuerwehrschule Celle um 40 Lehrgangspätze auf 160 Lehrgangspätze ist abgeschlossen. Das Staatshochbauamt Celle wird unverzüglich die Detailplanungen und die Ausschreibung der Maßnahmen durchführen. Der Baubeginn soll im Frühjahr 1994 erfolgen. Das gesamte Bauvorhaben wird 1996 abgeschlossen sein.

Die Erweiterung der Lehrgangskapazität bedarf nicht nur baulicher, sondern auch personeller Maßnahmen. Zur Abdeckung des zusätzlichen Personalbedarfs ist beabsichtigt, das Lehr- und Ausbildungspersonal um fünf Planstellen des gehobenen und vier Planstellen des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes zu erweitern. Einstellungen sind unter Berücksichtigung der unterschiedlich langen Ausbildungsdauer bereits erfolgt. Es wird angestrebt, die personelle Aufstockung zeitgleich mit dem Abschluß der Baumaßnahmen zu verwirklichen.

Die Umbaumaßnahmen an der Landesfeuerwehrschule Loy sind, soweit sie den Lehrgangs- und Unterkunftsbereich betreffen, abgeschlossen. Damit stehen in Loy 60 Lehrgangspätze/Woche zur Verfügung. Die Personalausstattung im Lehr- und Ausbildungsbereich der Landesfeuerwehrschule Loy entspricht den derzeitigen Erfordernissen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß an beiden Landesfeuerwehrschulen in Zukunft 220 Lehrgangspätze zur Verfügung stehen werden. Mit diesem Platzangebot kann der Bedarf an Führungslehrgängen, an technischen Lehrgängen, an Sonderlehrgängen und an Sonderveranstaltungen abgedeckt werden. Eine wesentliche Änderung im Mitgliederbestand der Feuerwehren ist für die nächsten Jahre nicht zu erwarten. Auch eine Erweiterung des bereits jetzt sehr weitgefächerten Angebotes an verschiedenen Lehrgangarten dürfte sich in den nächsten Jahren in Grenzen halten.



Eine fundierte Ausbildung ist für die Feuerwehr unverzichtbar.

(Foto: Sers)

# Spiel, Sport, Wettkampf

## Rund 400 Jugendliche aus dem In- und Ausland in Trier – Buntes Lagerleben mit abwechslungsreichem Programm

Eine Woche lang stand das über 2000jährige Trier im Zeichen der Jugendfeuerwehren. Im Rahmen des 15. Deutschen Jugendfeuerwehrtages trafen sich rund 400 Jugendliche aus allen Bundesländern sowie aus Finnland, Luxemburg, Frankreich, Tschechei, Spanien und Israel vom 24. Juli bis 1. August 1993 zum 5. Bundesjugendlager mit „Europäischer Jugendwoche“ in der ältesten Stadt Deutschlands. Angegliedert waren die Delegiertenvollversammlung der Deutschen Jugendfeuerwehr sowie der Bundeswettkampf der Jugendfeuerwehren.

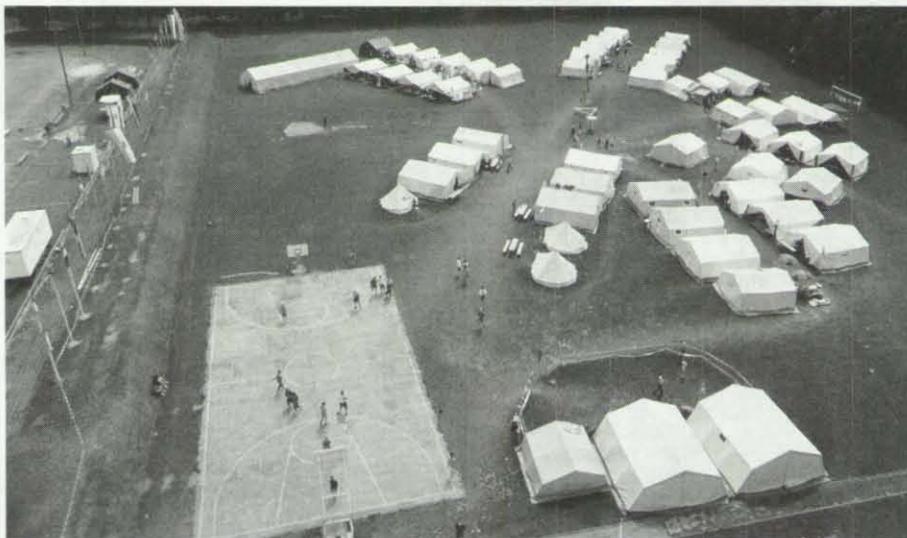
Zum festlichen Auftakt im Moselstadion hatten sich die Organisatoren etwas besonderes einfallen lassen. Nach dem Einmarsch der Jugendlichen schwebten vier Gleitschirmspringer im Stadion ein und brachten die Trierer Stadtfahne, die Fahne der Jugendfeuerwehr sowie die Europa- und Deutschlandfahne mit, die anschließend unter großem Beifall der zahlreichen Zuschauer gehißt wurden.

Zur Eröffnungsveranstaltung konnte der Leiter der Bundesjugendfeuerwehr, Johann Kroboth, auch den rheinland-pfälzischen Innenminister Walter Zuber begrüßen.

In seiner Ansprache hob der Minister besonders das völkerverbindende Element der Jugendfeuerwehr hervor. „Dieses Zeltlager gleicht einem Brückenschlag zwischen jungen Menschen verschiedenster Nationen.“ Ausländerfeindlichkeit habe keine Chance bei den Jugendlichen, die in der großen Feuerwehrfamilie Solidarität und Hilfsbereitschaft praktizierten.

### Buntes Lagerleben

In den folgenden Tagen erwartete die Jugendlichen ein prall gefülltes



Ein Blick auf die Zeltstadt des Bundesjugendlagers.

Der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber begrüßt ausländische Teilnehmer des Bundesjugendlagers.



Vorfürungen des Work-Shops „Tanz“.





Lagerleben. Das vielseitige Programm ließ kaum Wünsche offen und keine Langeweile aufkommen. Die Stadt wurde besichtigt, Feuerwachen und Jugendfeuerwehren im Umland von Trier besucht, eine Stadt-Rallye durchgeführt und natürlich hatte die Lagerleitung auch einen „heißen“ Rockabend im Gemeinschaftszelt organisiert. Gleich zu Beginn des Zeltlagers bildeten sich Work-Shops, deren Themen von Theater, Musik, Sport über Holzarbeiten, Kochen, Foto bis hin zu Tanz, Umwelt, Computer u. v. m. reichten. Die Ergebnisse stellten die einzelnen Gruppen gegen Ende der Woche im Festzelt vor.

fahrzeug, die Vorstellung eines Jugendfeuerwehr-Löschbootes, Geschicklichkeitsspiele, Bastelshops u. v. m. Eine Ausstellung historischer Feuerwehrfahrzeuge und -gerätschaften vor der Porta Nigra war der Höhepunkt der Aktivität in der Innenstadt.

## Neuer Bundesjugendleiter

Eingebettet in den 15. Deutschen Jugendfeuerwehrtag war die Delegiertenvollversammlung der Deutschen Jugendfeuerwehr am 30. Juli. Mit auf dem Programm: die Neuwahl des Bundesjugendleiters. Johann Kroboth, der diese Führungsaufgabe acht Jahre lang innehatte, kandidierte nicht mehr für dieses Amt. Die Versammlung wählte mit großer Mehrheit den Bremer Schornsteinfegermeister Marcus Schleaf (26) zum neuen Bundesjugendleiter der Deutschen Jugendfeuerwehr. Seine Stellvertreter wurden Dieter Henze aus Niedersachsen und Gerhardt Barth aus Bayern.

In seiner Rede stellte Schleaf die Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit als Bundesjugendleiter vor. Hierzu zählen u. a. ein höherer Stellenwert der Jugendarbeit, Vorbeugemaßnahmen gegen die Beeinflussung der Jugendlichen durch rechtsextreme Gruppen und Ausländerfeindlichkeit, ein Jugendaustausch innerhalb Europas, um im Zuge der Europäischen Gemeinschaft und Völkerverständigung sprachliche und gesellschaftliche Barrieren zu überwinden, und die Weiterführung der 3.-Welt-Arbeit. Wichtig ist Schleaf auch, daß die Arbeit der Jugendfeuerwehr in den neuen Bundesländern fortgeführt und ausgebaut wird.

Ein besonderer Dank ging an den scheidenden Bundesjugendleiter Kroboth. „Ohne seine unermüdliche Arbeit in den vergangenen Jahren wäre die Deutsche Jugendfeuerwehr heute nicht das, was sie ist“, sagte Schleaf unter großem Beifall der Delegierten.

## Gelungener Ausklang

Den Abschluß des Deutschen Jugendfeuerwehrtages bildete der Bundeswettkampf der Jugendfeuerwehren am Sonntag. Günstiger konnte der alle zwei Jahre stattfindende Wettbewerb nicht gelegt werden,

Oben: Angetreten zum Wettkampf.

Rechts: Der „Wassergraben“ wird übersprungen.



Rechts: Die erste Hürde ist leicht zu nehmen.

Unten: An der Leiterwand wird Zeit verloren.



Aber was ist schon ein Jugendlager ohne ein „Spiel ohne Grenzen“. Das an das Zeltlager angrenzende Moselstadion war der richtige Rahmen für die „Lager-Olympiade“. 33 abwechslungsreiche und knifflige Aufgaben begeisterten die jungen Feuerwehrleute. Sieger dieses rundum gelungenen Späßes wurde die Jugendfeuerwehr aus der Tschechei.

Mit einer Ländervorstellung in der Fußgängerzone verabschiedeten sich die Jungfeuerwehrleute am Samstag von den Trierern. Zu den vielfältigen Aktionen der einzelnen Gruppen zählten ein Irrgarten zum Thema Ausländerintegration, Löschvorführungen mit einem Mini-Lösch-



„Wie war das doch noch mal mit dem verflixten Knoten?“

## LÖWEN TRIBÜNE



Lautstark unterstützen die Fans ihre Mannschaft.



Der neue Bundesjugendleiter Marcus Schleaf.



Innenminister Walter Zuber und DFV-Präsident Hinrich Struve beglückwünschen die Sieger.  
(Fotos: Sers 8, DJF 3)

denn an fachkundigen Zuschauern mangelte es nicht. Die Tribüne im Moselstadion war prall gefüllt mit den Jugendgruppen des Zeltlagers und angereisten Schlachtenbummlern, als die 31 Wettkampfmannschaften ins Stadion einmarschierten. Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, begrüßte die Akteure und eröffnete den Wettbewerb mit den Worten: „Ich wünsche Euch das Glück des Tüchtigen, nehmt die Eindrücke dieses Wettkampfes als bleibende Erinnerung mit nach Hause.“

Als erste Aufgabe mußten die Wettkampfgruppen den Hindernislauf absolvieren. Hier war eine Schlauchleitung zu verlegen, wobei sich ein „Wassergraben“, eine 70 Zentimeter hohe Hürde, eine zwei Meter hohe Leiterwand, ein Kriechtunnel und ein schmales Laufbrett in den Weg stellten. Am Ende der Strecke waren Knoten zu binden, bevor es unter Abbau der Schlauchleitung zurückging zum Startpunkt.

Mit großem Hallo wurden die einzelnen Gruppen am Start von ihren Fans begrüßt. Unter Anfeuerungsrufen, Trompetenstößen, Sirenengeheul und Trommelwirbeln der Schlachtenbummler ging es auf die Hindernisstrecke. Das motivierte, half beim Kampf um Zeit und Punkte.

Neben Jungengruppen und gemischten Teams gingen auch Mädchenmannschaften an den Start. Sie erhielten besonderen Beifall, und manch einer war überrascht, wie bravourös die Wettkämpferinnen die Aufgaben meisterten.

Parallel zum Hindernislauf traten die Mannschaften zum Staffellauf, dem zweiten Teil des Wettkampfs, an. Die neun Akteure konnten sich die 1500-Meter-Strecke selbst einteilen. „Laufwunder“ übernahmen einen größeren Abschnitt, die „Fußkranken“ spurteten nur eine kurze Strecke.

Gegen Mittag war der Bundeswettkampf beendet. Wer die Nase vorn hatte, wurde geheimgehalten. Erst bei der Siegerehrung am Nachmittag, zu der auch Innenminister Walter Zuber ins Stadion kam, war der begeisterte Aufschrei der Jugendfeuerwehr Dannenbüttel zu hören. Die Wettkämpfer aus Niedersachsen erreichten mit 1009 Punkten den ersten Platz. Es war knapp, denn mit nur einem Punkt weniger folgte die Mannschaft aus Homberg-Mühlhausen, Hessen. Den dritten Platz erkämpfte sich das Team aus Schallstadt, Baden-Württemberg. – güse –

# Engagement des Bundes bei der Gefahrenabwehr in den neuen Bundesländern

## Aufbaustand des erweiterten Katastrophenschutzes in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen und Sachsen (Stand: August 1993)

### 1. Teil

**Bevor der Aufbaustand des Zivil- und Katastrophenschutzes in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin dargestellt wird, soll auf die früheren Verhältnisse und Strukturen in der ehemaligen DDR eingegangen werden.**

In der ehemaligen DDR (nachfolgend nur noch DDR genannt) wurden die ersten Luftschutzmaßnahmen 1951 von der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und im Herbst 1952 von der am 7. August 1952 gegründeten Gesellschaft für Sport und Technik (GST) vorbereitet. Verantwortlich für alle Fragen der Sicherheit in der DDR war jedoch noch bis zum 25. März 1954 der Hohe Kommissar der UdSSR.

Am 11. Februar 1958 wurde der zivile Luftschutz erstmals gesetzlich geregelt. Danach gliederte er sich in den öffentlichen Luftschutz – auch als Betriebsluftschutz bezeichnet – und in den Selbstschutz. Weiter wurden verschiedene Spezialformationen aufgestellt. Der Luftschutz war seit seiner Gründung Bestandteil der Landesverteidigung. Organisatorisch unterstand er bis zum September 1970 als eigene Verwaltung dem Ministerium des Innern.

Bereits Mitte der 60er Jahre zeichnete sich ab, daß die bisherige Luft-

schutz-Konzeption aufgegeben werden mußte. An die Stelle des Luftschutzes trat die Konzeption der Zivilverteidigung. Mit Bildung des Nationalen Verteidigungsrates am 10. Februar 1960 wurden Gesamtplanungen des Luftschutzes von diesem geleitet.

### Zivilverteidigung der DDR

Nach dem Vorbild der ehemaligen UdSSR war die Umstrukturierung des DDR-Luftschutzes mit dem Gesetz über die Zivilverteidigung von 17. September 1970 abgeschlossen. Personal, Material und Einrichtungen waren bis zu diesem Zeitpunkt bereits in die Zivilverteidigung überführt worden. Zugleich wurde der Katastrophenschutz ein Bestandteil der Zivilverteidigung. Die Leitung lag beim Minister des Innern.

Nach dem IX. Parteitag (1976) zeichnete sich eine Herauslösung der Zivilverteidigung aus dem Bereich des Innenministeriums und eine Unterstellung unter die Befehlsgewalt des Ministers für Nationale Verteidigung ab. Seit dem Verteidigungsgesetz vom 13. Oktober 1978 bildete die Zivilverteidigung einen „wichtigen Bestandteil in der Landesverteidigung“. Damit schloß sich die DDR den Grundstrukturen aller anderen Warschauer Paktstaaten an.

Der 11. Februar wurde seit 1978 in der DDR als „Tag der Zivilverteidi-

gung“ begangen. Seit Dezember 1981 mußten alle gesunden Bürger der DDR einmal in fünf Jahren an einer Zivilschutz-Übung teilnehmen.

Die Zivilverteidigung gliederte sich seit 1978 in die Hauptabteilungen:

- Bevölkerungsschutz (Zivilschutz),
- Katastrophenschutz,
- Sicherstellung und Einsatzverwaltungen,
- Einsatzkräfte der Zivilverteidigung sowie
- Ausbildung und Schulen.

Der Bevölkerungsschutz wiederum gliederte sich in die Dienste:

- Warn- und Informationsdienst,
- Kernstrahlungs- und chemische Kontrolle,
- Gesundheitsdienst,
- Selbstschutz,
- Schutzraumbau und
- Kulturgutschutz.

Der zentrale Warndienst war in das Kommando „Luftstreitkräfte/Luftverteidigung“ in Strausberg/Eggersdorf integriert, welches das Luftabwehrsystem leitete. Die Zentrale des Warndienstes befand sich in Fredersdorf bei Strausberg. Je ein weiteres Warnamt befand sich in den fünf DDR-Militärbezirken.

Der Schutzraumbau im Rahmen des Bevölkerungsschutzes fiel in den Bereich des Ministeriums für Bauwesen. Im allgemeinen Schutzraumbau für die Bevölkerung wurden fast ausschließlich Anlagen aus dem 2. Weltkrieg wiederhergestellt.

## Selbstschutz

Der Selbstschutz umfaßte im Ernstfall alle Maßnahmen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe. Nach Paragraph 6 des Verteidigungsgesetzes hatten die Bürger der DDR sowie gesellschaftliche Organisationen und Vereinigungen das Recht und die Pflicht, an der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen der Zivilverteidigung mitzuwirken. Dies schloß auch die Vorbeugung und Bekämpfung friedlicher Katastrophen mit ein.

Leiter des Selbstschutzes war der Vorsitzende des Wohnbezirksausschusses der Nationalen Front. Der zugehörige Wohnbereich umfaßte 3000 bis 4000 Einwohner, die aus ihren Reihen ein Selbstschutzkomitee bildeten. Zu deren Aufgaben gehörte unter anderem die Erarbeitung „operativer Dokumente“ (Einsatzpläne) und die Gewinnung von Mitarbeitern für die Zivilverteidigung.

## Katastrophenschutz

Das Verteidigungsgesetz von 1978 bezog den Katastrophenschutz als Element der Zivilverteidigung mit ein und wurde daher zentral und militärisch vom Minister für Nationale Verteidigung geführt.

Nach 1945 gab es in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) keine Organisationen zur Milderung von Notständen und Unglücksfällen. Das Deutsche Rote Kreuz war von der sowjetischen Militäradministration für Deutschland aufgelöst worden. Die Feuerwehren besaßen nur in den seltensten Fällen Einsatzmittel. Lediglich die Hilfswerke der beiden christlichen Kirchen konnten – wenn auch nur in bescheidenem Umfang – Hilfeleistungen bei Unglücksfällen durchführen. So zum Beispiel 1945 bei der Überflutung des Oderbruchs.

Mit der Verwaltungsreform von Juli 1952 wurde im Ministerium des Innern eine Abteilung Katastrophenbekämpfung geschaffen. Aber erst nach der Souveränitätserklärung der UdSSR gegenüber der DDR vom 25. März 1954 wurde eine zentrale Katastrophenkommission unter Vorsitz des Ministers des Innern geschaffen. Auf der Ebene der Bezirke und Kreise unterstanden die Katastrophenkommissionen dem jeweiligen Vorsitzenden des Rates.

Nach der Katastrophenschutzverordnung vom 28. Februar 1963 oblag der operative Einsatz in Katastrophenfällen ausschließlich der Volkspolizei (VP).

Mit der Verordnung über den Katastrophenschutz vom 15. Mai 1981 erfolgte die letzte Präzisierung der Aufgaben des Katastrophenschutzes in der DDR. Sogenannte „Havarien“ (betriebliche Störfälle) waren keine Katastrophen im Sinne der Verordnung. Ihre Vorbeugung und Bekämpfung erfolgte durch gesonderte Rechtsvorschriften.

Die Einheiten des Katastrophenschutzes und der Zivilverteidigung der DDR bildeten die Feuerwehren und das Deutsche Rote Kreuz der DDR. Die Leitung der Feuerwehren hatte der Minister des Innern, der zugleich Chef der Deutschen Volkspolizei war. Die Freiwilligen Feuerwehren waren ehrenamtliche Einrichtungen der örtlichen Staatsorgane. Sofern Einsätze während der Arbeitszeit anstanden, erfolgte die Freistellung von der Arbeit bei Zahlung des Durchschnittsverdienstes durch den Betrieb oder die Genossenschaft.

## DRK der DDR

Das Deutsche Rote Kreuz der DDR war eine durch Entscheidung des Ministerrates gegründete gesellschaftliche Organisation. Zu seinen Aufgaben gehörte insbesondere die Ausbildung von Hilfskräften, die Erste-Hilfe-Leistung bei Unglücksfällen, Sport- und Kulturveranstaltungen, Massenkundgebungen sowie die Mitwirkung bei Katastrophen und im Verteidigungsfall.

Im Rahmen der Zivilverteidigung war das DRK Bestandteil des medizinischen Schutzes der Bevölkerung. Ihm waren dabei folgende Aufgaben zugewiesen:

- Ausbildung der Bevölkerung in Selbst- und Nachbarschaftshilfe,
- Ausbildung von Gesundheits Helfern und
- Aufstellung von Sanitätszügen der Zivilverteidigung auf betrieblicher Ebene.

Organisatorisch war das DRK der DDR nach dem Produktions- und Territorialprinzip aufgebaut, das heißt: Grundorganisationen bestanden in den Betrieben, Verwaltungen, Genossenschaften und in den Wohnbereichen der Nationalen Front. Die Spitze der Organisation bildete ein

Zentralausschuß mit Sitz in Dresden, ihm nachgeordnet waren Bezirks- und Kreiskomitees. Die gewählten ehrenamtlichen Vorsitzenden bedurften der Bestätigung durch die leitenden Staatsorgane in den Bezirken bzw. Kreisen.

Zum friedensmäßigen Katastrophenschutz konnten auch die kasernierten Volkspolizei-Bereitschaften herangezogen werden. Im Kriegsfall hatten sie – zusammen mit den Kampftruppen – die Territorialverteidigung zu übernehmen [1].

In der Zeit bis zur deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurde die Hauptabteilung Zivilverteidigung der Nationalen Volksarmee (NVA) aufgelöst. Die alten Zivilverteidigungsgesetze wurden aufgehoben, ein neues Katastrophen- und Zivilschutzgesetz aber nicht mehr erlassen.

## Wiedervereinigung

Mit dem Tag der Wiedervereinigung galt auf dem Gebiet der ehemaligen DDR auch das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes. Grundlage dafür war Artikel 8 des Einigungsvertrages, der die Überleitung von Bundesrecht regelte [2].

Bezüglich der noch unzureichenden technischen Hilfeleistung konnten sich die neuen Länder im Falle einer Naturkatastrophe oder eines schweren Unglücks nach Artikel 35 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) richten. Hiernach besteht die Möglichkeit, daß ein Land Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen sowie des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte zur Hilfeleistung anfordern kann. Die Formulierung „Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen“ beinhaltet auch die Möglichkeit der Anforderung des Technischen Hilfswerks (THW) [3].

Mit Inkrafttreten des Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetzes ergaben sich jedoch Probleme. Das bundesdeutsche Zivilverteidigungsrecht geht von der Existenz einschlägiger Ländergesetze (Katastrophenschutzgesetze) aus und baut auf diese auf. Vielfach fehlt jedoch für die Erweiterung noch die notwendige Grundlage. Artikel 9 des Einigungsvertrages regelt diesbezüglich, daß ehemaliges DDR-Recht als Ländergesetz in den fünf neuen Bundeslän-

den für eine Übergangszeit fortgelten kann [4].

- So gelten teilweise heute noch:
- das Gesetz über den Brandschutz in der DDR vom 19. Dezember 1974,
- die Verordnung über den Katastrophenschutz vom 15. Mai 1981 und
- die Verordnung über den Havarie-schutz vom 13. Oktober 1981.

## Erweiterung des Katastrophenschutzes

Für die Bekämpfung der besonderen Gefahren eines Verteidigungsfalles ergänzt der Bund die Katastrophenschutzmaßnahmen der Länder, indem er auf diese vorhandenen Maßnahmen aufbaut – sie also „erweitert“.

Während die Feuerwehren und das Technische Hilfswerk als öffentliche Organisationen zur Mitwirkung im Bereich der Erweiterung des Katastrophenschutzes verpflichtet sind, haben sich auch folgende private Organisationen dazu bereit erklärt:

- der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB),
- die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG),
- das Deutsche Rote Kreuz (DRK),
- die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und
- der Malteser-Hilfsdienst (MHD).

## Doppelnutzen

Das vom Bund zusätzlich zur Verfügung gestellte Gerät steht den Ländern auch zur alltäglichen Schadensbekämpfung und zur Abwehr von Katastrophen im Frieden zur Verfügung. Somit kommen die aufgewendeten Haushaltsmittel sowohl dem Bund (zuständig für den Schutz der Bevölkerung im Krieg) als auch den Ländern (zuständig für den Schutz im Frieden) zugute. Bezeichnet wird dies als „Doppelnutzen“.

Auch nach Ende des Ost-West-Konflikts ist eine Fortführung dieser erweiternden Maßnahmen des Bundes notwendig. Berichte in den Medien, über Krisen und Kriege (auch in Europa), belegen dies täglich. Zumal die beschaffte Ausstattung der Bevölkerung bereits tagtäglich zugute kommt.

Die neue sicherheitspolitische Lage erfordert eine Anpassung an die veränderte Situation. Dabei kann jedoch nach Expertenmeinung nicht

von einem Wegfall der äußeren Bedrohung, sondern – wie die Verhältnisse in der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan zeigen – nur von deren Veränderung ausgegangen werden.

Außerdem werden intensive Anstrengungen zur Schaffung eines adäquaten Katastrophenschutzes in den neuen Bundesländern für äußerst notwendig angesehen. Aufgrund politischer Entscheidung konnten rund ein Jahr lang nach der Wiedervereinigung keine faktischen Maßnahmen getroffen werden. Nunmehr genießt die Einrichtung von Einheiten und Fachdiensten der Erweiterung des Katastrophenschutzes in den neuen Bundesländern Vorrang vor Ersatzbeschaffungen im Westen.

## Katastrophenschutzgebiete

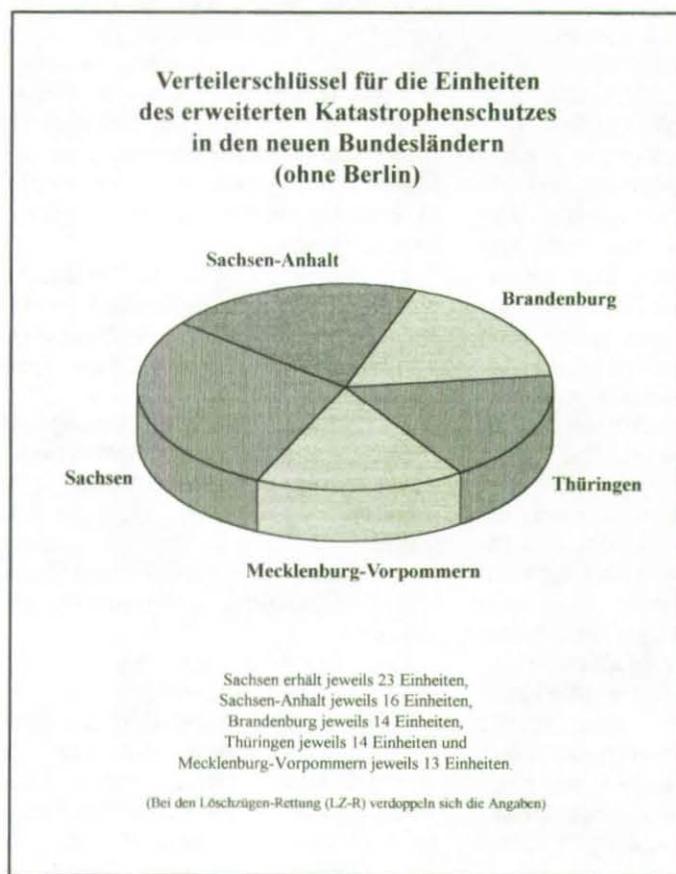
Um eine bedarfsgerechte Zuordnung der Einheiten und Fachdienste in den nunmehr 16 Bundesländern zu ermöglichen, mußte ein neuer Verteilerschlüssel geschaffen werden. Dieser neue Schlüssel sieht vor, daß die Bundesrepublik Deutschland in 440 Katastrophenschutzgebiete eingeteilt wird. Grundlage dafür soll die durchschnittliche Einwohnerzahl ei-

nes Landkreises in den alten Bundesländern sein. Hiernach zählt ein Katastrophenschutzgebiet rund 180 000 Einwohner. In den neuen Bundesländern, in denen eine kommunale Neugliederung erst 1994 stattfinden wird, haben derzeit drei Landkreise zusammen etwa 180 000 Einwohner. Nunmehr entfallen 84 Katastrophenschutzgebiete auf die neuen Länder.

Dies bedeutet aber auch, daß besondere Gefahrenschwerpunkte nicht mehr in dem Maße berücksichtigt werden können, wie dies in der Vergangenheit geschah. Die Hilfsorganisationen befürchten daher in bestimmten Regionen einen überdurchschnittlichen Abbau von Einheiten, verbunden mit einer entsprechenden Verminderung der Helfermotivation.

Während die Umsetzung dieser Maßnahme im Westen noch einige Zeit beanspruchen wird, erfolgt die Zuweisung von Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes im Osten bereits auf dieser Grundlage (Abbildung 1). Aus haushaltstechnischen Gründen wurde die Zahl der aufzubauenden Einheiten vorerst auf jeweils 80 abgerundet. Ebenso wird an Stelle der zwei vorgesehenen Sanitätszüge jedem Katastrophenschutzgebiet in den neuen Bundesländern vorerst nur ein Zug zugewiesen.

Abb. 1



Die Katastrophenschutzgebiete sollen mit folgenden Einheiten ausgestattet sein:

- 2 Löschzüge Rettung (LZ-R),
- 1 Löschzug Wasserversorgung (LZ-W),
- 1 Technische Einsatzleitung (TEL),
- 2 Sanitätszüge (SZ) und
- 1 Betreuungszug (BtZ).

Diese Einheiten werden bis Jahresende 1993 in den neuen Ländern aufgestellt, bei den Sanitätszügen – wie bereits erwähnt – vorerst nur eine Einheit.

Weiterhin gehören zu einem Katastrophenschutzgebiet (Aufbau in den neuen Ländern innerhalb der nächsten zwei Jahre):

- 1 ABC-Zug,
- 1 Fernmeldezug (FmZ),
- 1 Verpflegungstrupp (Vpfl.Tr) und
- 1 ABC-Melde- und Auswertestelle (AMAST).

Der Aufbau wird von den Landesinnenministerien im Auftrage des Bundes durchgeführt.

Darüber hinaus stellt das Technische Hilfswerk zusätzlich folgende Einheiten auf:

- 2 Bergungszüge (BZ) und
- 1 Instandsetzungszug (IZ).

Deren Aufbau fand zu einem großen Teil bereits statt und soll ebenfalls innerhalb der nächsten zwei Jahre abgeschlossen sein. Darüber hinaus stellt das THW organisations-eigene Spezialeinheiten auf. Grundlage des Systems zur Schadensbekämpfung sind bewegliche Einheiten und ortsfeste Einrichtungen. Entsprechend ihrer jeweiligen Verwendung sind sie derzeit in neun Fachdienste mit entsprechend unterschiedlichen Aufgabenstellungen gegliedert (Abbildung 2). Mit der Aufstellung der Einheiten und Einrich-

<b>Fachdienste des Katastrophenschutzes</b>	
<b>Brandschutzdienst</b>	Menschenrettung und Schutz von Sachen vor Feuer, Brandbekämpfung
<b>Bergungsdienst</b>	Bergung von Menschen und Sachen aus Gefahrenlagen einschließlich Wassergefahren, behelfsmäßige Herrichtung von Wegen und Übergängen, Räumarbeiten
<b>Instandsetzungsdienst</b>	Unaufschiebbare, behelfsmäßige Instandsetzungsarbeiten zur Behebung von Gefahren und Notständen, insbesondere an Versorgungsleitungen (Elektrizität, Gas, Wasser, Öl) und Abwassernetzen zum Schutz der Bevölkerung sowie zur Fortführung lebenswichtiger Betriebe
<b>Sanitätsdienst</b>	Sanitätshilfe, erste ärztliche Versorgung, Krankentransport
<b>ABC-Dienst</b>	Feststellung atomarer, biologischer und chemischer Gefahren, Dekontamination von Menschen und Sachen
<b>Betreuungsdienst</b>	Beratung und Betreuung in Not geratener Menschen, Mitwirkung bei der vorübergehenden Unterbringung, Versorgung mit Verpflegung und Gegenständen des dringenden Bedarfs, Mitwirkung bei Bevölkerungsbewegungen (Evakuierungsmaßnahmen)
<b>Veterinärdienst</b>	Verhinderung, Verminderung und Beseitigung von Schäden, die bei Katastrophen an Tieren, Lebensmitteln tierischer Herkunft, Futtermitteln und Tränkwasser auftreten
<b>Fernmeldedienst</b>	Herstellung, Betrieb und Unterhaltung von Fernmeldeverbindungen zwischen der Führung und den Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes
<b>Versorgungsdienst</b>	Materielle Versorgung der Einheiten und Einrichtungen, Aufgaben der Materialerhaltung

Abb. 2

tungen werden in erster Linie die privaten und öffentlichen Hilfsorganisationen beauftragt.

Können wegen besonderer örtlicher Verhältnisse bestimmte Fachdienstaufgaben keiner privaten Organisation übertragen werden, besteht für den Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises oder der kreisfreien Stadt die Möglichkeit, zusätzliche Einheiten und Einrichtungen zu bilden.

Diese Einheiten und Einrichtungen, die keiner Organisation angehören und dem Hauptverwaltungsbeamten unmittelbar unterstehen, werden „Regieeinheiten“ genannt [5].

Derzeit gibt es in den neuen Bundesländern noch keine Regieeinheiten. Dies hängt vorwiegend mit dem „Aufbauprogramm Ost“ im Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes zusammen: Die Fach-



Dekontaminations-Mehrzweckfahrzeug (DMF) an der BKS in Heyrothsberge (Sachsen-Anhalt).



Mannschaftstransportfahrzeug der Marke „IFA W 50“ des THW-Ortsverbandes Frankfurt/Oder.

dienstkomponenten, die auch in den alten Bundesländern zu einem großen Teil von Regieeinheiten getragen werden, beginnt man erst jetzt aufzubauen (beispielsweise Führung, ABC- und Fernmeldedienst). Sobald sich in den neuen Bundesländern die ersten kommunalen Regieeinheiten gebildet haben, wird auch dort die Arbeitsgemeinschaft der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (AR-KAT) präsent sein [6].

## Die Sanitätsorganisationen

Bereits vor der Wiedervereinigung begannen der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und der Malteser-Hilfsdienst (MHD) mit dem Aufbau im heutigen Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen. Der Arbeiter-Samariter-Bund gründete beispielsweise schon am 27. Januar 1990 einen Ortsverband in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern). Damit konnte der ASB in den neuen Bundesländern dort wieder anfangen, wo vor dem Verbot der Nationalsozialisten von 1933 und später von der sowjetischen Militärregierung die Mehrheit aller ASB-Ortsverbände (63 Prozent) aktiv war.

Ein großes Ziel wurde in Angriff genommen: Auch im „Osten“ sollte schnellstmöglich der gleiche Standard im Rettungs- und Sanitätsdienst erreicht sein wie im „Westen“. Während das Deutsche Rote Kreuz vielfach auf vorhandenen Strukturen des Roten Kreuzes der DDR aufbauen konnte, begann die Aufbauarbeit der anderen Sanitätsorganisationen

„bei Null“. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß ASB, DRK, JUH und MHD vorrangig soziale Dienste, Krankentransport und Rettungsdienst aufzubauen haben. Der Bereich „Katastrophenschutz“ konnte daher nicht immer an erster Stelle der Aufbauarbeit stehen.

Die Liegenschaftsproblematik in den neuen Bundesländern erschwerte die Aufbauarbeit der Hilfsorganisationen. Viele Eigentumsverhältnisse sind ungeklärt, und teilweise wirft die Rückgabe von Liegenschaften große neue Probleme auf.

Der katholisch orientierte Malteser-Hilfsdienst lehnt sich zudem an vorhandene Strukturen der katholischen Kirche an. Somit beschränken sich seine Aktivitäten auf bestimmte Regionen in den neuen Bundesländern.

## Problem Helfergewinnung

Hauptproblem aller Organisationen – nicht nur der Sanitätsorganisationen – ist die Gewinnung ehrenamtlicher Helfer. Arbeitslosigkeit und andere soziale Sorgen stehen häufig einem ehrenamtlichen Engagement im Wege. Bereits durchgeführte Werbeaktionen führten zu dem Ergebnis, daß sich rund 80 von 100 Interessenten für eine hauptberufliche, nicht aber für eine ehrenamtliche Tätigkeit interessierten. So muß weiterhin intensive Informationsarbeit geleistet werden: Ehrenamtlichkeit ist etwas anderes, als die in der DDR früher sogenannte „Gesellschaftspolitische Tätigkeit“. Unter dieser Überschrift wurde den Menschen zu DDR-Zeiten sehr viel vermeintliches ehrenamtliches Engagement abverlangt [7]. Nach Ansicht aller Hilfsorganisatio-

nen wächst der künftigen Helferwerbung hier eine wichtige Rolle zu.

Von der Möglichkeit der Befreiung vom Wehrdienst wird zunehmend – wenn auch noch nicht in dem Umfang wie in den alten Bundesländern – Gebrauch gemacht. Doch auch dort sind die Zahlen rückläufig. Die verteidigungspolitische Entwicklung und entsprechende Wehrrechtsreformen der letzten Jahre haben hierzu geführt. Das Aufkommen an freigestellten Helfern reicht schon heute weder in den alten noch in den neuen Bundesländern aus und wird sich, darin stimmen alle Organisationen überein, demnächst weiter verringern. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß sich viele hauptamtliche Mitarbeiter der Sanitätsorganisationen zusätzlich ehrenamtlich, beispielsweise in Katastrophenschutz-einheiten, engagieren.

In der Frage des personellen Nachwuchses für die Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes wird man sich noch viel einfallen lassen müssen. Die Anfänge dazu sind gemacht. So werden vielerorts „Tage des Helfers“ und andere Informationsveranstaltungen zur Werbung von Helferinnen und Helfern veranstaltet. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Sicherstellung eines funktionierenden Rettungsdienstes und die sozialen Aufgabengebiete aus Sicht der Organisationen vorrangig betrieben werden. Das heißt, es sind kaum Prioritäten für den Katastrophenschutz gegeben oder in nächster Zeit zu erwarten.

## Gerätschaften und Dienstbekleidung

Ausstattung und Ausrüstung der ehemaligen DDR findet vielfach weiterhin Verwendung. So hat beispielsweise die Johanniter-Unfall-Hilfe viele Feldküchen der Nationalen Volksarmee übernommen. In den meisten Fällen findet die übernommene DDR-Ausrüstung im Rahmen der Auslandshilfe der Hilfsorganisationen Verwendung. Einstimmig wird die Meinung vertreten: Wenn man Helfer gewinnen will, muß man auch entsprechende Angebote machen können! Fehlende oder veraltete Ausstattung sei kein geeignetes Werbeargument. Nach und nach treffen auch die vom Bund neu beschafften Arzttruppkraftwagen und Krankentransportwagen (mit vier Tragen) in den neuen Bundesländern ein.



Rettungstransportwagen der ASB-Landesrettungsschule in Heyrothsberge, Sachsen-Anhalt.

(Graphiken und Fotos: Hennig)

Äußerlich sind die Helferinnen und Helfer bemüht und interessiert, sich so wenig wie möglich von der Helferschaft aus dem Westen zu unterscheiden. Dienstbekleidung, zum Beispiel von der Zivilverteidigung oder dem DRK der DDR werden – wenn auch mit westlichen Uniformeffekten ausgestattet – ungern weiter benutzt. Einsatzkleidung aus Uniformen der ehemaligen Nationalen Volksarmee wird strikt abgelehnt.

## Zusammenarbeit

Gut funktioniert die Zusammenarbeit der Organisationen untereinander. Während es in der Zeit des Übergangs ein gewisses Konkurrenzverhalten bei der Übernahme von Trägerschaften für die Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes gab, ist hier mittlerweile eine Normalisierung eingetreten. So veranstalteten Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst Ende 1992 in Heyrothsberge ein viertägiges Informationsseminar zu Themen des Katastrophenschutzes. Im Mittelpunkt des Seminars stand die gemeinsame Erklärung der vier Hilfsorganisationen, ASB, DRK, JUH und MHD, zur Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes. Schwerpunktthemen waren:

- die Neugestaltung des Hilfeleistungssystems,
- die Ausbildung der Helfer und des Führungspersonals und
- das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz.

Weiter stellten die Organisationen ausdrücklich fest, daß ein effektiver Zivil- und Katastrophenschutz – besonders in den neuen Bundesländern – erforderlich ist, um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

Im Juli 1993 veranstaltete der Arbeiter-Samariter-Bund in Potsdam eine Fachtagung zum Thema „Schnelleinsatzgruppen“. Auch die in einigen neuen Bundesländern eingerichteten Ausschüsse für Katastrophenschutz fördern das gemeinsame Handeln.

Die Sanitätsorganisationen übernehmen die Trägerschaften im erweiterten Katastrophenschutz vorwiegend im Sanitäts- und Betreuungsdienst. Darüber hinaus besteht Interesse an den für 1994 aufzustellenden Fernmeldeeinheiten. Der Malteser-Hilfsdienst hat beispielsweise seine Bereitschaft zur Übernahme von zwei Fernmeldezügen (in Magdeburg und Cottbus) erklärt.

## Verteilerschlüssel

Bisher wurden jeweils 80 Sanitäts- (1991) und Betreuungszüge (1992) in den neuen Ländern aufgestellt. Die Zuweisung der Einheiten auf die Länder erfolgt nach einem vom Bund festgelegten Schlüssel. Innerhalb der Länder wird die Verteilung in Absprache mit den zuständigen Katastrophenschutzbehörden und den Trägerorganisationen durch die Landesinnenministerien vorgenommen.

Zusätzlich engagieren sich die Sanitätsorganisationen im Landeskatastrophenschutz. Wie in den alten Bundesländern, wird auch hier ein Hauptaugenmerk auf die Schaffung sogenannter „Schnelleinsatzgruppen“ (SEG) gelegt. An vielen Standorten haben sich Sanitätshelfer, Rettungssanitäter und -assistenten sowie Ärzte zusammengeschlossen und solche Einheiten aufgebaut. Das Land Brandenburg hat als erstes Bundesland die Einrichtung von Schnelleinsatzgruppen rechtlich verankert.

## Feuerwehren

Die Feuerwehren gelten als eine der ältesten Bürgerinitiativen [8]. Wie im Westteil Deutschlands, spielte die Feuerwehr in der ehemaligen DDR eine wichtige gesellschaftspolitische Rolle, insbesondere in ländlichen Gebieten.

Rückblickend auf die Tätigkeit der Feuerwehren in den neuen Bundesländern seit dem 9. November 1989 kann uneingeschränkt festgestellt werden, daß diese – trotz vieler Veränderungen – ihre Arbeitsfähigkeit und Eigenständigkeit bewahrt haben. Außerdem gelang es den Feuerwehren weitgehend, ihren Personalbestand zu halten. Verstärkt gibt es jedoch heute während des Tages Probleme mit der Einsatzstärke. Grund dafür ist die häufig größere Entfernung vom Arbeitsplatz zur Feuerwache. Hinzu kommt nicht selten die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz, bei zu häufiger Abwesenheit bedingt durch Feuerwehreinsatztätigkeiten.

Viele derzeitige Probleme beruhen auf teilweise noch immer fehlenden rechtlichen Regelungen oder unzureichender Rechtskenntnis [9]. Nachholbedarf besteht bei allen Feuerwehren im Ostteil Deutschlands auf dem Gebiet des Rettungswesens und bei Unfällen mit Gefahrstoffen. Umfangreiche Aus- und Fortbil-

dungsprogramme auf Landesebene werden diese Defizite jedoch mittelfristig beseitigen.

## Optimierung der Ausstattung

Wie notwendig schnelle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und vor allem der technischen Ausrüstung sind, haben die verheerenden Waldbrände bei Weißwasser (Sachsen) im Mai/Juni 1992 und an anderen Orten gezeigt. Damals waren, neben verschiedenen anderen Hilfsdiensten, rund 300 Einsatzgruppen der Feuerwehr zwei Wochen mit der Schadensbekämpfung beschäftigt. Völlig unzureichende Kommunikationstechnik, zum Teil fehlende gesetzliche Grundlagen und mangelhafte Technik führten neben den ökonomischen Schäden zu katastrophalen Auswirkungen der Brände auf die Umwelt [10].

Daß schnelle Veränderungen jedoch möglich sind, zeigt im Bereich der Kommunikationstechnik das Land Brandenburg. Inzwischen wird dort mit dem Aufbau einer digitalen Funkalarmierung das modernste Funkalarmierungssystem Europas eingerichtet. Ein großer Teil der brandenburgischen Einsatzkräfte ist diesem System bereits angeschlossen [11].

- FH -  
(wird fortgesetzt)

### Literatur-Hinweise:

- [1] Regina Rühmland, „Die Zivilverteidigung der DDR“, Examensarbeit 1982, Seite 49–109
- [2] Helmut Roewer, „Das Zivilverteidigungsrecht im Gebiet der ehemaligen DDR nach der Vereinigung“, Notfallvorsorge und Zivile Verteidigung, 2/91, Seite 22
- [3] Wolfgang Beyer, „Bevölkerungsschutz im vereinigten Deutschland – der Hilfeanspruch der fünf neuen Länder“, Bevölkerungsschutz-Magazin 11–12/90, Seite 18
- [4] Helmut Roewer, „Das Zivilverteidigungsrecht im Gebiet der ehemaligen DDR nach der Vereinigung“, Notfallvorsorge und Zivile Verteidigung, 2/91, Seite 23
- [5] Wolfgang Beyer, „Die Erweiterung des Katastrophenschutzes“, Bevölkerungsschutz-Magazin, 7–8/92, Seite 9–12
- [6] Klaus-Dieter Kühn, Vorsitzender der ARKAT, im Bevölkerungsschutz-Magazin 9/93, Seite 13–14
- [7] Günter Sers, „Die Aufbauarbeit der privaten Hilfsorganisationen in den neuen Bundesländern“, Bevölkerungsschutz-Magazin 10–12/91, Seite 39
- [8] Rolf Schomann, Jahresbericht 1992 des Deutschen Feuerwehrverbandes, Seite 116
- [9] Wolfgang Zöllner, Jahresbericht 1992 des Deutschen Feuerwehrverbandes, Seite 104–105
- [10] Günther Meyer, Jahresbericht 1992 des Deutschen Feuerwehrverbandes, Seite 123–124
- [11] Wolfgang Zöllner, Jahresbericht 1992 des Deutschen Feuerwehrverbandes, Seite 105

# Schnelleinsatzgruppen – Nutzen und Effizienz bei der Gefahrenabwehr

Die schnelle und wirksame Bekämpfung von Großschadensereignissen und Katastrophen stand im Mittelpunkt einer offenen Fach- und Arbeitstagung, die der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V. zusammen mit seinem Landesverband Brandenburg am 19. Juni 1993 in Potsdam durchführte.

Zur Arbeitsthematik der „Schnell- und Sondereinsatzgruppen“ (SEG) trafen sich unter der Schirmherrschaft des brandenburgischen Innenministers Fachleute und Entscheidungsträger aus den Bereichen des Rettungsdienstes, des Katastrophenschutzes sowie anderer Sicherheits- und Gefahrenabwehrorgane von Ländern, Kreisen und Kommunen. Als Tagungsort stand das Polizeipräsidium der Landeshauptstadt zur Verfügung. Potsdam bzw. das Bundesland Brandenburg waren nicht zufällig als Tagungsort des Arbeiter-Samariter-Bundes gewählt worden, denn als bislang einziges Bundesland organisiert Brandenburg den planmäßigen Aufbau von landeseigenen „Sondereinsatzgruppen“ zur Rettungsdienstverstärkung bzw. schnellen und wirksamen Bekämpfung größerer Schadensereignisse und friedensmäßiger Katastrophen. Naturgemäß war die Repräsentanz aus den neuen Bundesländern entsprechend groß und seitens der Veranstalter beabsichtigt.

Regierungsdirektorin Beate Coellen, die die Grüße des Innenministers überbrachte, wünschte in diesem Zusammenhang der Verbreitung eines Sonder- oder Schnelleinsatzgruppensystems den entsprechenden Erfolg und begrüßte die Initiative des ASB, unter diesem Aspekt eine für alle Organisationen und Institutionen offene Fachtagung zu veranstalten.

## Mit den Hilfsorganisationen diskutieren

ASB-Bundesarzt Dr. med. Friedhelm Bartels hob in seiner Eröffnung darauf ab, daß der Arbeiter-Samariter-Bund das Thema „SEG“ und ihres organisierten Aufbaus nicht abgeschottet, sondern zusammen mit anderen Hilfsorganisationen, den Feuerwehren, den öffentlichen Gebietskörperschaften und staatlichen Institutionen diskutieren wolle, um die gesamte Breite der Fachkompetenz auf diesem Sektor zu konzentrieren. Im Zuge der Neukonzeption des Zivil- und erweiterten Katastrophenschutzes, der sich derzeit noch in einem „Selbstfindungsprozeß“ befindet, müsse verstärkt über die Einbindung der Einheiten im Rahmen des „Doppelnutzens“ in die alltägliche Gefahrenabwehr und -bekämpfung nachgedacht werden. Die Form der „Schnell- und Sondereinsatzgruppen“ solle dabei eine relevante Rolle spielen.

In zwei großen Themenblöcken widmeten sich im weiteren Verlauf der Fachtagung zahlreiche Referenten speziellen Fragen des Aufbaus, der Organisation und des Einsatzes von SEG.

Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Bundesgeschäftsführers des ASB, Heribert Röhrig, beschäftigte sich die Tagung am Vormittag vornehmlich mit der Notwendigkeit des Aufbaus von SEG sowie der Vorstellung verschiedener bestehender Einheiten aus den alten und neuen Bundesländern.

Aufgrund der finanziellen Lage in den öffentlichen Haushalten sei mit Sparmaßnahmen in allen Bereichen, auch denen der Daseinsfür- und -vorsorge und der Gefahrenabwehr, zu

rechnen. Um keine Versorgungslücken entstehen zu lassen, bzw. bestehende Lücken trotzdem zu schließen, müßten, so Röhrig, neue Konzepte im Rettungsdienst und Katastrophenschutz greifen, wobei die SEG einen wichtigen Beitrag auch in ökonomischer Hinsicht liefern könnten.

## Schnittstelle genau definieren

In einem einleitenden Grundsatzreferat zum Thema „Die SEG als Bindeglied zwischen Rettungsdienst und Katastrophenschutz“ wurde aufgrund der Lage im Rettungsdienst, der Situation im Katastrophenschutz sowie einer Risikoanalyse von Gefahrenpotentialen in der modernen Industriegesellschaft, die Notwendigkeit von zusätzlichen Sicherheits- und Gefahrenbekämpfungssystemen unterstrichen. Der Referatsleiter Rettungsdienst und Katastrophenschutz beim ASB-Bundesverband, Wolfram Geier, insistierte dabei auf ein integriertes, einheitliches System in der Bundesrepublik, das neben dem regulären, öffentlichen Rettungsdienst, den Einheiten des friedensmäßigen sowie des erweiterten Katastrophenschutzes, auch die Schnell- und Sondereinsatzgruppen umfassen müsse. Die Schnittstelle zwischen rettungsdienstlicher Regelversorgung und Katastrophenfall sei endlich genau zu definieren und die „Grauzone“ dazwischen auszuleuchten und mit effizienten Maßnahmen abzusichern.

Die „Sondereinsatzgruppen“ Brandenburgs stellten Regierungsdirektorin Beate Coellen zusammen mit Herrn Tiedt vom Innenministerium

vor. Neben einem entsprechenden Ausbildungsplan, einem Stärke- und Ausstattungsnachweis (STAN) wurde der Indikationskatalog, aber auch die Übertragung an die Hilfsorganisationen und Kommunen sowie die Finanzierung aus Landesmitteln erläutert. Besonders vorteilhaft für den Groß- und Katastropheneinsatz erscheint die grundsätzlich landesweite gleiche Ausstattung der SEG sowie Bestückung der Fahrzeuge und Helfer. So befinden sich beispielsweise in jedem SEG-Fahrzeug die Notfallkoffer oder andere Ausstattungen nach STAN immer am selben Platz; jedes Fahrzeug der einen SEG ist so kompatibel zum Fahrzeug einer anderen Landes-SEG; jeder Helfer findet sich in der Ausrüstung jeder dieser Einsatzgruppen sofort zurecht, was ein nicht zu unterschätzender positiver Faktor im realen Einsatzfall ist. Zur Demonstration der vorgestellten Konzeption hatte der DRK-Kreisverband Zossen, der Träger einer solchen Landes-SEG ist, sowohl Fahrzeuge und Material als auch das vorhandene Versorgungszelt auf dem Freigelände des Polizeipräsidiums aufgebaut.

## Unterschiedliche Aufgabenstellungen

Selbstverständlich kommen auf Schnell- und Sondereinsatzgruppen entsprechend ihrem Stationierungs- und Einsatzort teils unterschiedliche Aufgabenstellungen zu. Anschaulich wurde dies für den großstädtischen Bereich an den Beispielen der SEG des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin durch den Landesarzt Dr. med. Burghardt und der SEG des ASB-Landesverbandes in Hamburg durch deren Einsatzleiter Thorsten Harms erläutert.

Eine Verknüpfung von erweitertem Katastrophenschutz, friedensmäßigem Katastrophenschutz und Rettungsdienst scheint dem ASB-Kreisverband Gera in Thüringen gelungen zu sein, die zum Zeitpunkt der Potsdamer Fachtagung ihr einjähriges Bestehen feiern konnte. In dieser Stadt-Land-Übergangsregion sind seit Bestehen der SEG vor allem rettungsdienstliche Verstärkungseinsätze (vor allem bei größeren Verkehrsunfällen) zu verzeichnen gewesen.

Der Leitende Notarzt der Stadt Gera, Dr. med. Karl-Hermann Opelt, verwies in seinem Referat wohl mit

Recht auf die gelungene Realisierung des „Doppelnutzens“ durch die Umrüstung und Nutzung zweier Viertrage-KTW des erweiterten Katastrophenschutzes für die Schnelleinsatzgruppe Gera.

Im nachmittäglichen zweiten Themenblock, der unter Vorsitz von Dr. med. Frank-L. Bertschat von der Leitenden Notarztgruppe Berlin stand, wechselten sich medizinische Themen mit Fallbeispielen ab. Unter anderem wurden Aspekte der medikamentösen Therapie bei Reizgasvergiftungen sowie der Analgesie diskutiert. Ein Novum anlässlich solcher Veranstaltungen war sicherlich auch der Beitrag des Sicherheitsingenieurs Rolf-Dieter Erbe, der es sehr anschaulich verstand, Probleme der Arbeitssicherheit von Rettungsdienst- und Katastrophenschutz Helfern sowohl beim Großschadensereignis als auch im Rettungsdienstalltag zu thematisieren.

Einsatzbeispiele und Probleme in der Zusammenarbeit zwischen SEG und anderen Institutionen, vorgetragen von Einsatzleitern der ASB-SEG Erlangen (S. Naumann) sowie der DRK-SEG Berlin (H. Weber), ergänzten das Programm.

Zwei Referate mit einer etwas anderen Gewichtung schlossen den zweiten Themenblock gekonnt ab. Kriminaloberrat Brandt, Leiter der Berliner Mordkommission und zuständig für die kriminalpolizeiliche Katastrophenschutzkommission in der Bundeshauptstadt, erläuterte die Arbeit dieser Institution, die sich hauptsächlich mit der Identifikation von Katastrophen- oder Großschadensopfern befaßt. Diese schwierige und auch psychisch stark belastende Arbeit trägt im entsprechenden Fall maßgeblich dazu bei, Angehörige von Opfern schnellstmöglich mit der nötigen Gewißheit zu versorgen.

In diesen Kontext reihte sich auch der zweite Beitrag von Regierungsdirektorin Coellen ein, der sich mit der Nachsorge, d. h. der psychischen Betreuung der eingesetzten Helferschaft, befaßte. Dieses wichtige Thema gewinnt glücklicherweise gerade in den letzten Jahren trotz der anfänglich fehlenden Akzeptanz an Boden. Großschadensereignisse mit einer Vielzahl von Verletzten und Toten bergen eine Reihe gravierender psychologischer Probleme in sich, deren Bewältigung durch eine gezielte „Nachsorge“ in psychologischer sowie spiritueller Hinsicht erleichtert werden könnte.

## Ergebnisse und Forderungen

Unter Leitung des Präsidenten des ASB-Landesverbandes Brandenburg, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Brandenburgischen Landtag, Steffen Reiche, MdL, faßte eine Podiumsdiskussion die Ergebnisse und Forderungen der Fachtagung zusammen. Deutlich wurde von allen Teilnehmern der Forderung Nachdruck verliehen, Schnell- oder Sondereinsatzgruppen verstärkt zu institutionalisieren und zum Teil eines integrierten Gefahrenabwehr- und Gefahrenbekämpfungssystem zu machen. Der Weg Brandenburgs sei diesbezüglich ein Pilotprojekt, von dem man sich wünsche, daß es viele Nachahmer finden möge. Problematisch seien allerdings Fragen der Finanzierung.

Der Novellierung des Zivil- und erweiterten Katastrophenschutzes müsse unter diesen Gesichtspunkten ebenfalls eine hohe Bedeutung beigemessen werden. Dem „Doppelnutzen“ könne beispielsweise durch die Möglichkeiten der Schaffung kombinierter Einsatzsysteme, wie Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes und aufzustellender Schnelleinsatzgruppen, deutlich Lebensfähigkeit und Zugkraft verliehen werden. Die notwendige Motivationssteigerung der ehrenamtlichen Helferschaft sowie die Gewinnung neuer ehrenamtlicher Einsatzkräfte könne darüber hinaus durch solche Instrumente erreicht werden.

Vertreter des ASB-Bundesverbandes sowie des Landesverbandes Brandenburg schlossen die Fachtagung mit der Ankündigung, schon in naher Zukunft den in Potsdam begonnenen Diskussionsprozeß in ähnlicher Form fortzuführen.

# Orientieren mit topographischen Karten – Theorie und Praxis

Ziel der nachstehenden Ausführungen ist es, dem Leser „Orientierungsmerkmale“ für schwieriges Gelände vorzustellen und somit übertragbare und praktische Anhaltspunkte für das Zurechtfinden abseits des ausgebauten Straßennetzes anzubieten.

Topographische Karten sind ortsbeschreibende Karten, die Siedlungen, Verkehrswege, Gewässer, Geländeformen, Vegetation und andere Charakteristika und Erscheinungsformen der Erdoberfläche möglichst genau und vollständig wiedergeben. Topographische Objekte werden durch Kartenzeichen (Signaturen) dargestellt und durch Namen oder Schriftzusätze näher erläutert. Durch sinnvolle Farbgestaltung wird eine Vielzahl von Informationen übersichtlich dargeboten.

Das Zurechtfinden mittels topographischer Karten (Maßstab 1:50000) ist im Verlauf von Straßen und anderen ausgebauten Verkehrswegen mit keinen nennenswerten Schwierigkeiten verbunden. Zahlreiche „markante Punkte“ wie Bahnübergänge, Brücken, Straßenkreuzungen, Orts- und Hinweisschilder sowie andere Charakteristika ermöglichen eine ständige Neuorientierung.

Muß jedoch das ausgebaute Straßennetz verlassen und auf Wege ausgewichen werden, so wird die Orientierung zunehmend schwieriger. Dies um so mehr, je unübersichtlicher und bewaldeter und unebener das entsprechende Gelände ist. Nur durch permanente Aufmerksamkeit und ständige Überprüfung des eigenen Standorts kann in schwierigem Gelände ein „Verirren“ vermieden werden. Dazu gehört die fortgesetzte Suche nach neuen Orientierungspunkten, die allerdings für Ungeübte nicht immer leicht zu finden sind. Ansonsten belanglose Dinge, denen

Karte und Kompaß sind für eine Orientierung in unbekanntem Gelände unerlässlich.



man normalerweise kaum Aufmerksamkeit schenkt, gewinnen als „Orientierungsmerkmale“ an Wichtigkeit.

In den nachfolgenden Ausführungen wird versucht, in möglichst anschaulicher Weise eine Verknüpfung zwischen Karteneintragungen einerseits und tatsächlich sichtbaren „Orientierungsmerkmalen“ vor Ort andererseits herzustellen. Ausgewählt wurde dazu eine Reihe zum Teil relativ schwer auffindbarer Merkmale in überwiegend unübersichtlichem, hügeligem bzw. bergigem Waldgebiet. Zudem soll auf unauffällige Details im Kartendruck hingewiesen werden, die nur bei genauestem Studium erkannt werden.

Alle Koordinatenangaben beziehen sich auf das Kartenblatt L 7314 BADEN-BADEN im 100-km-Quadrat MU (Maßstab 1:50000, Serie M 745, Ausgabe 5-DMG).

## Landschaftstypen

In besiedeltem, verkehrsmäßig erschlossenem und ebenem Gelände ohne Bewuchs gibt es kaum Schwierigkeiten bei der Orientierung. Topographische Fixpunkte sowie der Verlauf von Straßen, Wegen und Gewässern können über große Entfernungen hin gesichtet und verfolgt werden (Bild 1).- Die uneingeschränkte Fernsicht macht es in der Regel überflüssig, auf unbedeutende Orientierungsmerkmale zu achten.

Etwas schwieriger kann die Orientierung in hügeligem und stellenweise bewaldetem Gelände werden, da hier die Fernsicht mitunter eingeschränkt ist (abhängig vom Standort). Allerdings bieten sich noch genügend Anhaltspunkte, die eine genaue Ortsbestimmung relativ leicht ermöglichen (Bild 2).

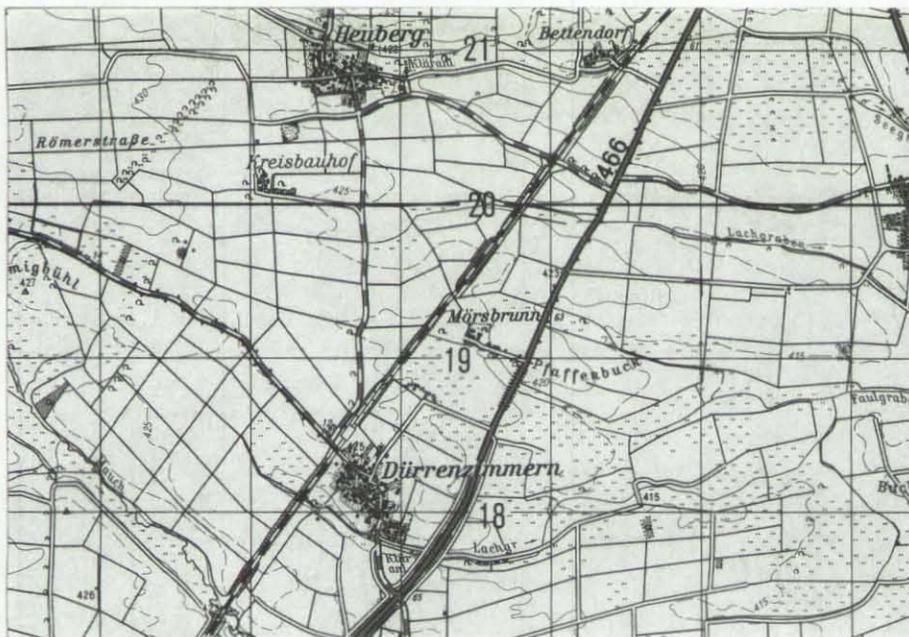


Bild 1: Ausschnitt aus Karte L7128, NÖRDLINGEN: Eben, kein Bewuchs.

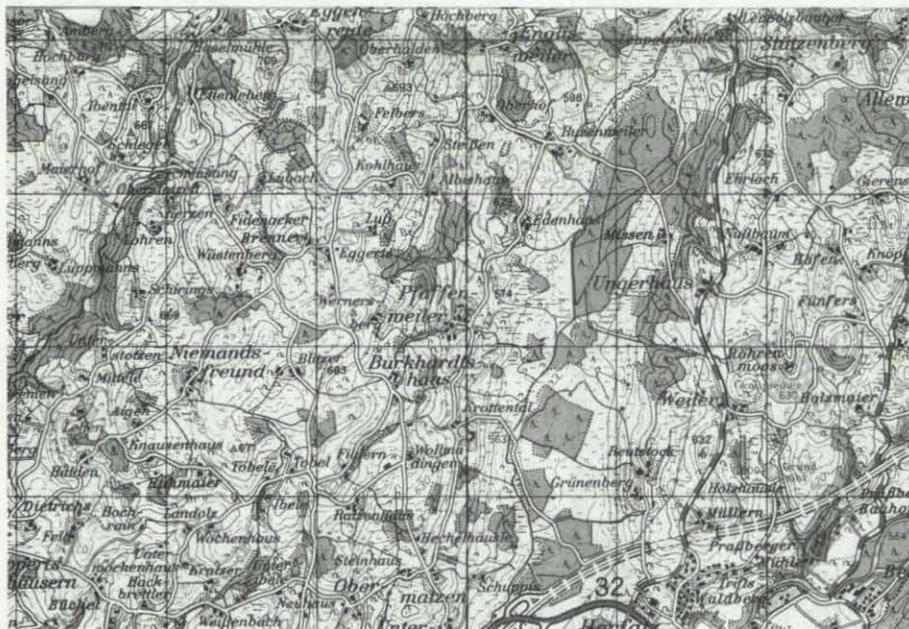
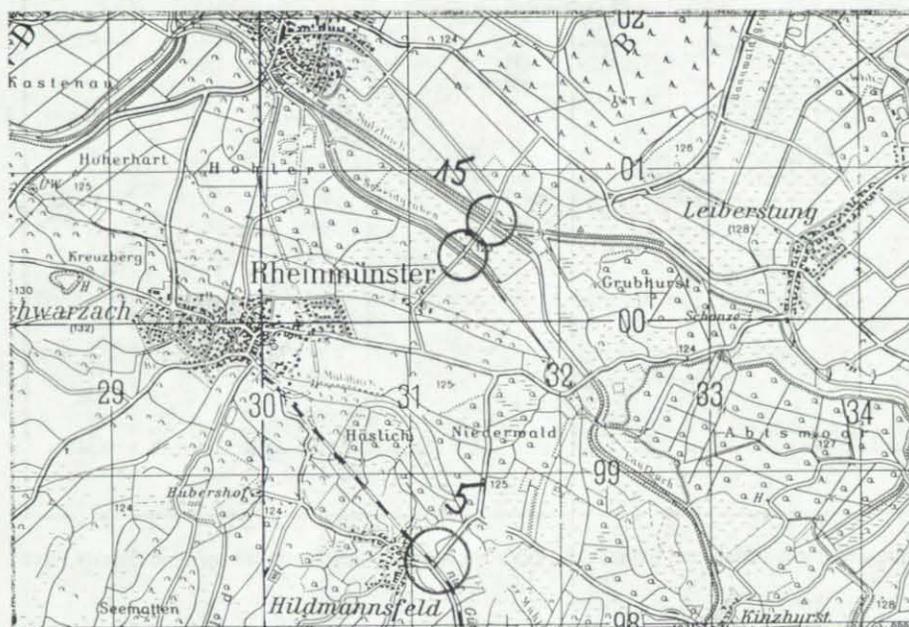


Bild 2: Ausschnitt aus Karte L8324, WANGEN IM ALLGÄU: Hügelig, z. T. bewaldet.



Der Schwierigkeitsgrad steigt mit zunehmender Walddichte und ist in bergigem, dicht bewaldetem Gelände als sehr hoch einzustufen, immer vorausgesetzt, daß das ausgebaute Straßennetz verlassen werden muß (Bild 3b). Die völlig fehlende Fernsicht muß hier mitunter durch eine Vielzahl im Verlauf des Vorgehens aneinandergereihter und zum Teil recht unsicherer „Orientierungsmerkmale“ kompensiert werden, von denen jedes einzelne die Richtigkeit des eigenen Standorts bestätigen muß.

## Darstellung

Um die Anfertigung von Karten war man bereits im Altertum bemüht. Die ersten Straßen- und Wegekarten waren jedoch nur regional oder im Zuge einzelner Wege brauchbar und entsprachen in keinsten Weise unseren heutigen Anforderungen. Oftmals waren es auch reine Ansichten, vergleichbar einer Panoramakarte, die zwar einige Merkmale enthielt, jedoch als Orientierungshilfe relativ unbrauchbar war (Bild 4).

Heutige topographische Karten sind schematisierte, maßstabsgerechte, senkrechte Projektionen (Draufsichten) des betrachteten Teils der Erdoberfläche. Im Gegensatz zu Luftbildern sind in Karten bereits geringe Geländeunebenheiten erkennbar und auffällige Punkte, die im Luftbild oft nicht sichtbar sind, werden besonders hervorgehoben.

## Orientierungsmerkmale

### Verkehrswege

- Verkehrswege sind z. B.:
- Straßen,
  - Eisenbahnlinien,
  - Flüsse und schiffbare Kanäle,
  - Wege und Pfade.

Ausgebaute Verkehrswege sind sichere Orientierungsmerkmale. Sie ermöglichen es zudem, auf einfache Art und Weise eine Karte bei genauer Kenntnis des eigenen Standorts einzuordnen. Die Standortbestimmung ist bei markanten Höhen- und Richtungsänderungen sowie bei sich

Links: Bild 3a: Übersicht aus Karte L7314, BADEN-BADEN mit Einzeichnung der nachfolgend behandelten Objekte / Punkte).

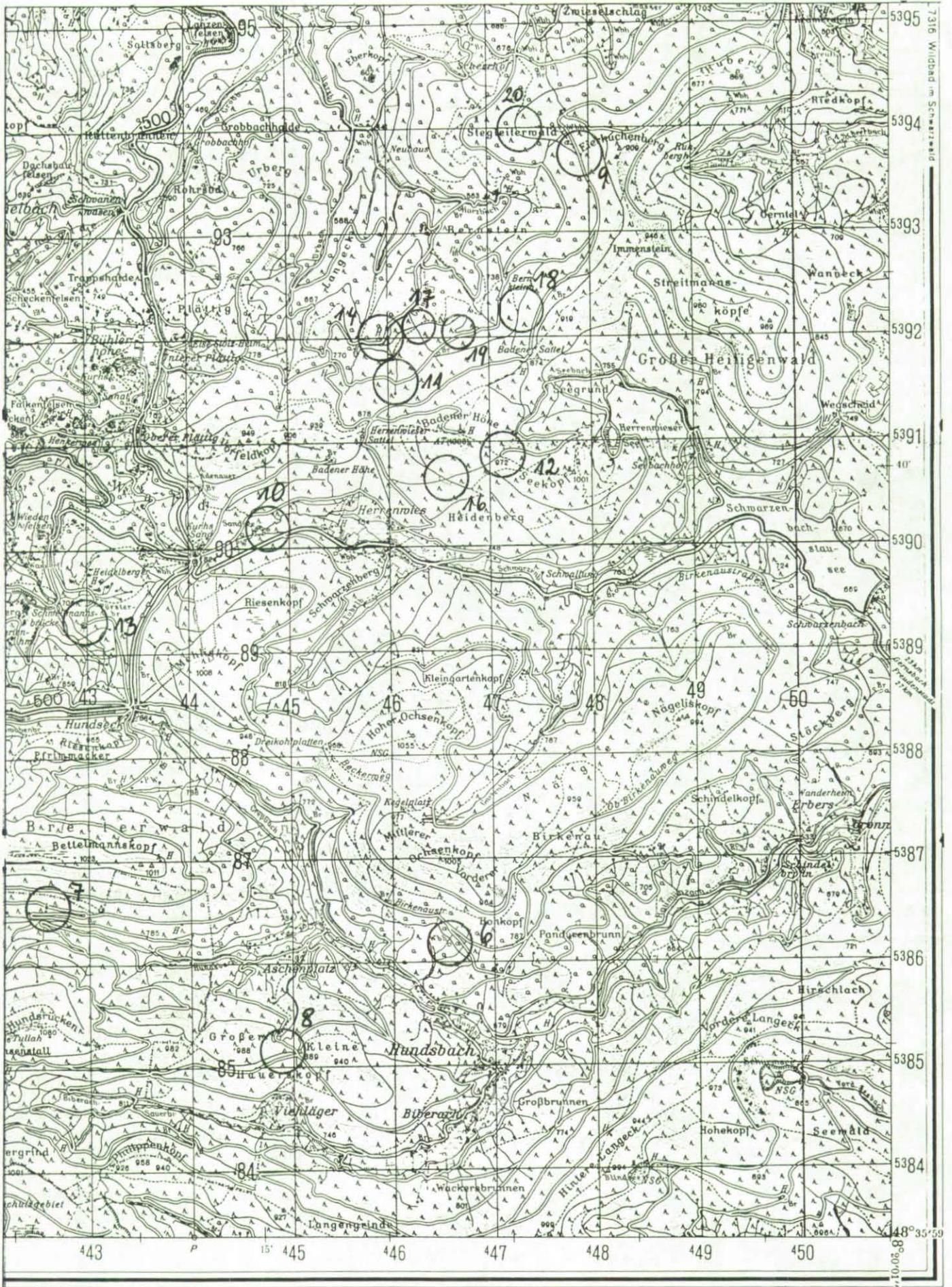


Bild 3b: Übersicht aus Karte L7314, BADEN-BADEN (bergiges, dicht bewaldetes Gelände mit Einzeichnung der nachfolgend behandelten Objekte/Punkte).



Bild 4a: Ausschnitt aus „Der Schwäbische Kreis“ nach Seltzlin, 1572.



Bild 4b: Ausschnitt aus einem Autoatlas.

kreuzenden Verkehrswegen einfach. Schwieriger wird die Orientierung im Zuge von Waldwegen und Pfaden.

### Markante Punkte

Unter „markanten Punkten“, dargestellt durch „topographische Einzelzeichen“, versteht man auffällige Besonderheiten im Bewuchs, der Bebauung oder Bodenform. Beispiele hierzu sind

- Kirchen, Bildstöcke, Kapellen,
- Ruinen, Türme,
- Brunnen, Quellen, Wasserbehälter (Bild 6),
- freistehende Schornsteine,
- Tunnelportale,
- einzelne hervorragende Bäume (Bild 7),
- trigonometrische Punkte (Bild 8),
- Rasthütten (Bild 9) u. a. m.

Das Auffinden von Quellen, Ruinen (außer Burgruinen) und trigonometrischen Punkten kann mitunter große Schwierigkeiten bereiten. Die oben genannten Punkte ermöglichen allerdings eine genaue Festlegung des eigenen Standortes.

### Gewässer

Größere Gewässer wie Seen, Flüsse und Kanäle (Bild 15) sind eindeutige und in der Regel leicht auffindbare Orientierungsmerkmale, anhand derer sichere Ortsbestimmungen möglich sind. Schwieriger wird das Auffinden kleinerer Tümpel (Bild 10), Bäche (Bild 11) und Quellen, die häufig erst dann geortet werden können, wenn man fast unmittelbar davor steht. Aber auch derart kleine Gewässer sind sichere Standortindizien.

### Geländeformen

Geländeformen sind in der Regel durch künstliche Bebauung kaum veränderbare, großflächige Orientierungsmerkmale. Bei genauer Betrachtung der Höhenlinien sind Berge, Täler und Sättel (Bild 12) auf der Karte relativ leicht zu erkennen. Straßen und Wege folgen häufig in etwa dem Verlauf einer Höhenlinie bzw. dem Verlauf eines Tals. Beim Überschreiten von Anhöhen werden natürliche Bergsättel benutzt; der höchste Punkt eines Berges hingegen wird fast ausnahmslos ausgespart und ist, wenn überhaupt, meistens nur durch „Stichwege“ erschlossen. Er kann daher nur selten zur Orientierung herangezogen werden.

Aufgrund der räumlichen Ausdehnung der meisten Erhebungen ist es daher häufig unabdingbar, die vorhandene Geländeform mit den Höhenlinien auf der Karte zu vergleichen. Außer im Falle örtlich sehr begrenzter, auffälliger Geländeformen (z. B. Steinbrüche) kann nämlich anhand der Geländeform alleine keine sichere Ortsbestimmung vorgenommen werden; diese ist nur zusammen mit anderen Orientierungsmerkmalen möglich. Allerdings muß die Geländeform „stimmen“, d. h. daß man den Gefälleverlauf beachten muß (Hang rechts oder links des Weges, ansteigender oder abfallender Verlauf des Weges) und daß man starkes Gefälle von geringem unterscheiden können muß (Bilder 11 a, 17 a, 18 a, 19 a).

Stimmt die Geländeform nicht überein mit dem Verlauf der Höhenli-



Bild 5: Bahnübergang, 311984



Bild 6: Wasserbehälter, 465862.



Bild 7: Einzelstehender Baum, 426866.



Bild 8: Trigonometrischer Punkt, 449852.



Bild 9: Rasthütte, 479937.



Bild 10: Tümpel, 448902 (unmittelbar östlich des kleinen Sees).

nien, so ist dies ein untrügliches Zeichen dafür, daß der eingeschlagene Weg falsch ist.

Kleinere Felsengruppen und Steinbrüche unterscheiden sich im Kartendruck nicht voneinander (Bilder 13 und 14). Insbesondere Felsengruppen sind aufgrund des Bewuchses mitunter schwer zu lokalisieren.

Dämme und Einschnitte sind künstlich angelegt und oftmals im Verlauf von Verkehrs- und Wasserwegen anzutreffen (Bild 15).

### Bodenbewuchs

Die Bewuchsart ist innerhalb von Waldgebieten nur als sehr unsicheres Orientierungsmerkmal anzusehen. Die Trennung zwischen Laub-, Nadel- und Mischwald ist vom Kartenbild her oft nicht klar möglich; zudem handelt es sich hier um sehr großflächige Orientierungsmerkmale mit nur geringer Verwertbarkeit. Der Verlauf von Bewuchsgrenzen hingegen bietet eher Anhaltspunkte. So sind Waldränder und Lichtungen (Bild 16) in der Regel als brauchbare Orientierungsmerkmale anzusehen. Allerdings ist gerade bezüglich der Bewuchsgrenze zu beachten, daß selbst eine neue Karte nicht den aktuellen Stand wiedergibt, sondern meistens den von vor fünf Jahren oder früher. Zwischenzeitlich können neue Schneisen und Lichtungen geschlagen oder bestehende erweitert worden sein. Ebenso ist es möglich, daß ehemalige Lichtungen durch Aufforstungsmaßnahmen kaum noch zu erkennen sind.

### Wegeführung

Folgt man dem Verlauf eines Weges, so sollte man sich in unübersichtlichem Gelände ständig über den eigenen Standort im klaren sein. Um darüber Gewißheit zu erhalten, muß man in entsprechenden Intervallen oftmals schwer differenzierbare Orientierungsmerkmale beachten, die im einzelnen vielleicht weniger aussagekräftig sind, in ihrer Gesamtheit jedoch eine relativ sichere Festlegung des eigenen Standorts ermöglichen. Die Orientierung ist dann auch in schwierigstem Gelände bei aufmerksamer Beobachtung bestimmter Kriterien möglich. Dazu zählen vor allem:

- Kurven,
- Kreuzungen, Abzweigungen, Wegespinnen,
- Neigungen des Geländes (Hanglage) sowie des Weges,
- zurückgelegte Entfernungen.



Bild 11a: Bachlauf, 461916. Standort Fahrweg, ca. 100 m östlich des Bachlaufs; Blickrichtung Westen. Der Bach ist nicht zu erkennen. Stärkeres Gefälle von Süd nach Nord. Im Hintergrund in leichtem Bogen deutlich erkennbare Richtungsänderung nach rechts. Kein Gefälle des Weges.



Bild 11b: Standort Waldweg, direkt vor dem Bachlauf; Blickrichtung Süden. Der Bachlauf ist erst in unmittelbarer Nähe zu erkennen.



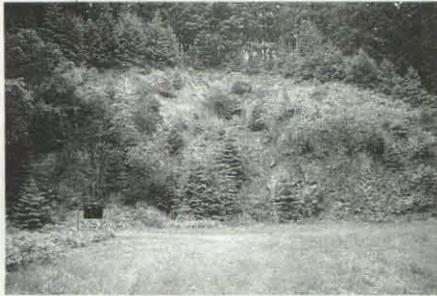
Bild 12a: Sattel, 471909. Standort Sattel, Punkt 972, Blickrichtung Nordwesten.



Bild 12b: Standort Sattel, Punkt 972, Blickrichtung Nordosten.



**Bild 13:** Felsengruppe, 429893. Standort Fahrweg, Blickrichtung Südwesten auf Felsengruppe.



**Bild 14:** Steinbruch, 459920. Standort Fahrweg südlich Steinbruch. Blickrichtung Norden auf Steinbruch.



**Bild 15a:** Einschnitt, 314005. Standort südliche Kanalbrücke, Blickrichtung Nordwesten.



**Bild 15b:** Damm, 315007. Standort nördliche Kanalbrücke, Blickrichtung Nordwesten.



**Bild 16:** Lichtung, 466906. Standort Südostrand der Lichtung, Blickrichtung Nordwesten.

Bei Kurven muß differenziert werden:

- Ist es nur eine geringfügige Richtungsänderung (Bilder 17 a, 18 a)?
- Ist die Richtungsänderung ausgeprägter (bis zu 90°, Bild 11 a)?
- Handelt es sich um eine Serpentine / Schleife / Kehre (über 90°, Bild 19 a)?
- Ist die Richtungsänderung abrupt oder erfolgt sie in einem größeren Bogen?

Bei Kreuzungen, Abzweigungen und Wegespinnen ist es ebenfalls von größter Wichtigkeit, zu beachten, daß die Karte keinesfalls immer den aktuellen Stand wiedergibt. Häufig sind eingezeichnete Wege und Pfade wieder zugewachsen und nicht mehr oder kaum noch aufzufinden (Bilder 17 a / b, 18 a / b, 20 a / b).

Ebenso häufig sind neu angelegte Wege, auch breite Fahrwege, noch nicht eingezeichnet und tragen zur Verwirrung bei.

Man kann sich daher keinesfalls auf das Abzählen von Kreuzungen und abzweigenden Wegen beschränken, sondern man muß die jeweils zurückgelegte Entfernung vom letzten „gesicherten Standort“ aus mit berücksichtigen, was erhebliche Konzentration erfordern kann. Zur sicheren Lokalisierung ist auch in etwa der Abzweigungswinkel eines Weges zu berücksichtigen.

Die zurückgelegten Entfernungen zwischen einzelnen Orientierungsmerkmalen sowie, in besonders schwierigen Lagen, die Himmelsrichtung von Wegen, sind absolute sichere Hilfsmittel und sollten genutzt werden. Entfernungen können erfahrungsgemäß bis zu etwa 200 m, maximal 300 m in unübersichtlichem Gelände geschätzt werden. Bei größeren Distanzen sind die Abweichungen zwischen Schätzung und Realität nicht mehr vertretbar.

Bei der Verwendung von Fahrzeugen bietet sich der Kilometerzähler zur Registrierung von Entfernungen an, wobei die Genauigkeit bei etwa  $\pm 100$  m liegt. Werden Strecken zu Fuß zurückgelegt, kann in schwierigen Lagen das Zählen der Schritte zur relativ genauen Distanzermittlung ratsam sein. Dabei ist keine Umrechnung nötig, die Annahme „1 Schritt = 1 m“ ist völlig ausreichend.

#### Ausbildung

Zur optimalen gleichzeitigen Beachtung der vorgestellten Punkte gehört praktische Erfahrung.

Selbst umfangreiche theoretische Kenntnisse im Bereich der Karten-



**Bild 17a:** Schwer erkennbare Kreuzung, 463921. Standort Waldweg, ca. 100 m westlich von der Kreuzung mit dem Pfad; Blickrichtung Osten. Der Pfad ist kaum zu erkennen. Stärkeres Gefälle von Südost nach Nordwest. Im Hintergrund in großem Bogen verlaufende leichte Richtungsänderung nach rechts erkennbar. Leichte Steigung des Waldweges.



**Bild 17b:** Standort unmittelbar an der Kreuzung; der nach Nordosten abzweigende, nicht mehr genutzte Pfad ist nun deutlicher zu erkennen.



**Bild 17c:** Standort unmittelbar an Kreuzung; Blickrichtung Südwesten. Der nach Südwesten abzweigende, ansteigende Pfad ist leicht zu erkennen.



**Bild 18a:** Schwer erkennbare Abzweigung, 473922. Standort Waldweg, ca. 50 m südlich von der Abzweigung des Pfades; Blickrichtung Norden. Der nach links abzweigende Pfad ist nicht zu erkennen. Stärkeres Gefälle von Ost nach West. Im Hintergrund leichte Richtungsänderung nach rechts erkennbar. Waldweg gefällefrei.



**Bild 18b:** Standort unmittelbar an Abzweigung; Blickrichtung nach Nord-Nordwest. Der abzweigende, zugewachsene, stark abfallende Pfad ist schwach zu erkennen.



**Bild 18c:** Standort Pfad, ca. 200 m nord-nordwestlich der Abzweigung. Blickrichtung nach Süd-Südosten Richtung Waldweg. Starke Steigung des Pfades.



**Bild 19:** Serpentine / Schleife / Kehre, 466920. Standort an Abzweigung des Waldweges vom Fahrweg (469921); Blickrichtung Westen. Die Rechtskehre ist deutlich zu erkennen. Leichtes Gefälle von Süd nach Nord. Waldweg fast eben, ab der Kehre leicht abfallend.



**Bild 20:** Auf Karte wegen Überdruck durch Gitterlinie kaum erkennbare Abzweigung, 473940 (über 3. Buchstaben „e“ des Wortes „Steigleiterwald“). Standort unmittelbar an Abzweigung des Pfades vom Waldweg; Blickrichtung Osten. Der nicht mehr genutzte Pfad ist zugewachsen und kaum noch wahrnehmbar. Leichtes Gefälle des Waldweges nach Nord.

Der ständige Vergleich zwischen Karteneintragungen und Gelände ist wichtig, um ein Verirren zu vermeiden.



Die Zuhilfenahme des Kompasses ist in schwierigen Lagen unumgänglich, um die Karte genau einzunorden.



Marschpausen mit Verpflegungs- und Getränkeausgabe sind willkommene Unterbrechungen.



kunde können nicht die praktische Ausbildung ersetzen. Wichtig ist es, die auf ein vernünftiges und praktisches Maß beschränkte Theorie mit der Anwendung in der Praxis zu verbinden. Dies kann bereits mit relativ wenig Aufwand erreicht werden (z. B. Einnorden der Karte an verschiedenen Standorten, Auffinden sichtbarer Punkte im Gelände und Vergleich mit Karteneinzeichnung, Schätzen von Entfernungen, usw.).

Optimal sind praktische Orientierungsübungen, die jedoch aus den vorgenannten Gründen nicht auf das

Straßennetz beschränkt bleiben sollten. Es kommt dabei auch nicht darauf an, große Entfernungen zurückzulegen, sondern der Schwerpunkt sollte daraufhin ausgerichtet sein, möglichst viele schwer auffindbare Ziele zu erreichen sowie ein besonderes Augenmerk auf die vielfältigen geschilderten Details zu richten.

(Quelle: „Brandschutz“)

Vom Kleinfahrzeug bis zur Drehleiter

# Premiere in Ulm

**Neue Fahrzeuggeneration  
von Iveco Magirus  
setzt Maßstäbe**



EuroFire – ein neuer Begriff im Brandschutzbereich. Was sich dahinter verbirgt, präsentierte Iveco Magirus jüngst auf seinem Testgelände nahe Ulm der Öffentlichkeit. Hier am Fuß der Schwäbischen Alb konnten sie in Augenschein genommen werden, die ersten Vertreter der neuen Fahrzeuggeneration mit dem Markennamen EuroFire.

Die neue Produktreihe löst die nunmehr seit zehn Jahren gebaute Fahrzeugpalette auf der Basis der Club- oder MK-Baureihe ab. Doch hinter der neuen Generation von Lösch- und Drehleiterfahrzeugen steht nicht nur die Übernahme der bekannten Lkw-Fahrgestelle EuroCargo (Mittelklasse) und EuroTech (schwere Fahrzeuge) in die Brandschutzproduktion. Iveco Magirus hat auch kräftig an den Aufbauten gearbeitet. Mit der Folge, daß die neuen Löschfahrzeuge ein völlig neues Konzept für die Geräteaufbauten aufweisen. Auch bei den Drehleitern gaben sich die Ulmer Ingenieure nicht mit dem bisher erreichten hohen Standard zufrieden, sondern nahmen eine umfassende Überarbeitung der Podiums- und Leitertechnik vor.

Je nach zulässigem Gesamtgewicht kommen bei der neuen Generation Fahrgestelle der Baureihen EuroCargo (6–10 und 12–15 t) und EuroTech (über 16 t) zum Einsatz. Die Fahrgestelle werden an die feuerwehrspezifischen Belange angepaßt, wobei die wichtigen Serienkomponenten wie Motoren und Getriebe unverändert bleiben.

## **Abschied von der Luftkühlung**

Mit EuroFire kommt für Iveco Magirus auch der Abschied vom Konzept des luftgekühlten Dieselmotors. Zukünftig werden wassergekühlte Vier- und Sechszylinder-Turbodiesel mit 100 kW (136 PS) bis 272 kW (370 PS) die roten Autos aus Ulm antreiben. Mit den neuen Motoren soll der Geräuschminderung und Schadstoffbegrenzung Rechnung getragen werden. Eine Ausnahme wird es aber weiterhin geben: Für die Drehleiter niedriger Bauart (DLK 23–12 nB CC), die allerdings nicht zu der neuen Generation zählt, bleibt es beim luftgekühlten Achtzylinder.

Wie bisher, kommen auch bei EuroFire die Fahrgestelle samt Mannschaftskabine direkt vom Lkw-Montagetagband. Die Kabinen – je nach Fahrzeug Gruppen- (1/8), Staffel- (1/5) oder Truppkabine (1/2) – entsprechen allen Anforderungen nationaler Normen und den europäischen Normentwürfen. Neben fortschrittlicher Technologie und einem modernen Design bieten die Kabinen große Kopffreiheit und guten Rundumblick. Erreicht wurde dies durch eine bis zu 15 Zentimeter größere Innenhöhe, auch die Breite des Innenraumes wuchs um 10 Zentimeter. Einsatzergonomisch angebrachte Bedienelemente, Armaturen und Funktionsschalter für den Fahrer unterstreichen die an der Praxis orientierte Konzeption.

„Truck of the Year“ – Eine Auszeichnung, die die beiden Lkw-Baureihen EuroCargo 1992 und EuroTech 1993 erhielten, zeugt davon, daß Iveco Magirus Maßstäbe in der Fahrzeugtechnologie setzen konnte. Der Einsatz der beiden Baureihen als Ausgangsbasis für die Produktion brandschutzspezifischer Fahrgestelle sichert auch dort Funktionalität, Fahrkomfort und Wirtschaftlichkeit.

## Aufbaukonzept weiterentwickelt

Beim IOS (Individual Organisation System) genannten Aufbaukonzept für die neue Fahrzeuggeneration handelt es sich um eine umfassende Weiterentwicklung des bewährten Systems Alu Fire. Damit wird die flexible Anpassung des Aufbaus an verschiedenartige Anforderungen erleichtert. Womit in der späteren Nutzung die Möglichkeit besteht, Änderungen für neue Beladungen durch die Feuerwehr selbst durchzuführen.

Das System besteht im wesentlichen aus einem Gitterrahmen, aus standardisierten Vorder-, Zwischen- und Rückwänden, Boden- und Dachgruppe sowie Zwischenböden in vier unterschiedlichen Abmessungen. Außenbeplankung, neu entwickelte, wasser- und staubdichte Rolläden sowie ebenfalls neue Schubladensysteme komplettieren den Aufbau. Alle Bauteile sind aus Leichtmetall gefertigt.

Je nach Fahrzeuggröße wird der Aufbau in drei oder vier Sektionen unterteilt. Neben einem harmonischen Erscheinungsbild hat das den Vorteil der erhöhten Aufbaufestigkeit. Auch werden dadurch die Spannbreiten der Rolläden kleiner, was ihren verspannungsfreien Lauf und somit absolut dichte Geräteräume zur Folge hat. Die Zwischenböden sind leicht nach oben oder unten zu versetzen. Durch herausziehbare Trittstufen lassen sich die Geräteräume leicht erreichen und die Entnahme von Geräten wird sicherer.

## Neues in den Geräteräumen

Ein Blick in die Geräteräume zeigt, daß man in Ulm auch hier nicht untätig war. Das Herz der Löschfahrzeuge, die Heckpumpe FP 8/8 oder FP 16/8, wurde mit einer Funktionsblende versehen. Sie garantiert eine übersichtliche Zuordnung und Darstellung der Bedienhebel und Manometer. Die helle Grundfarbe der Blende unterstützt bei Nacht den optischen Warneffekt auf der Heckseite des Fahrzeugs. Ebenfalls der Sicherheit bei Nacht dienen die lichtstarken Leuchtstoffröhren in der Mannschaftskabine und den Geräteräumen, die durch das Öffnen der Türen oder Rolläden geschaltet werden.

Schwere Geräte wie Aggregate oder Schere und Spreizer sind im un-



Mit dem Kopf durch die (Papier-)Wand: Der spektakuläre Auftritt der neuen Fahrzeuge.

teren Bereich der Geräteräume untergebracht. Beim LF 8/6 mit Allradantrieb hat man sich etwas besonderes einfallen lassen: Wegen der hier erforderlichen höheren Unterbringung wird die Tragkraftspritze mittels eines pneumatischen Lifts auf die Entnahmehöhe abgelassen und auch wieder auf Einschubhöhe gebracht.

Praktisch auch die Halterung der Atemschutzgeräte bei der Allradversion: Neben den Geräten im Mannschaftsraum sind weitere im Geräteraum über dem Radkasten untergebracht; durch einen Klappmechanismus wird der Höhenunterschied überbrückt und ein problemloses Anlegen ermöglicht.

Macht im neuen Kleid eine gute Figur: Das LF 8/6 Straße, hinten die neue DLK 23-12 Vario CC.



Schergewichte unter sich: LF 8/6 Allrad (rechts) und LF 16/12.





Ein Blick ins Innere, hier beim LF 8/6 Straße, zeigt die praxismgerechte Unterbringung der Geräte.

## Tragbare Gerätekästen

Bisher mußten mehrere gleichzeitig benötigte Geräteteile jeweils einzeln den festen Einbauten entnommen und zur Einsatzstelle gebracht werden. Dieses zeitaufwendige Verfahren soll nun vom System der tragbaren Gerätekästen abgelöst werden, das Einzelteile funktionell und satzweise zusammenfaßt und den Transport durch eine Person zur Einsatzstelle sicherstellt. Nach dem Einsatz kann der Kasten außerhalb des Aufbaus gereinigt und neu beladen werden.

Beim LF 16/12 ist es den Konstrukteuren gelungen, eine Volumen- und Gewichtsreserve in der Größenordnung einer Tragkraftspritze TS 8/8 zu schaffen. Denkbar ist hier auch die Unterbringung einer Europalette mit Schaummittel oder einer 250-kg-Pulverlöschanlage. Der dafür zur Verfügung stehende Geräteraum 2 bietet den Feuerwehren die Möglichkeit, die Normausrüstung durch eine ortsbezogene Zusatzausrüstung zu ergänzen.

## Weiterentwicklung der Leiter

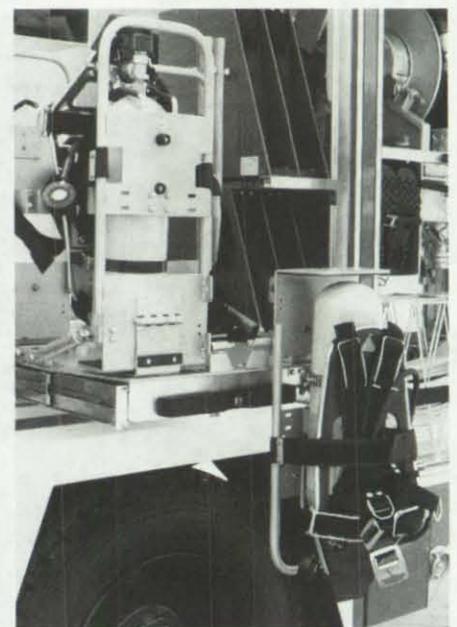
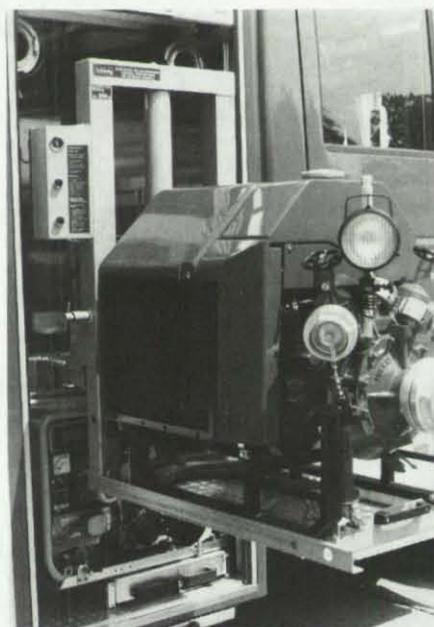
Die Leitertechnik wurde nach drei Gesichtspunkten weiterentwickelt: Erhöhung der passiven und aktiven Sicherheit, Steigerung des Bedienkomforts und Verkürzung der Rüstzeit.

Die Sicherheit wurde weiter gesteigert durch einen auch vom Korb aus möglichen Notbetrieb, der das gefahrlose Rückführen der Leiter in die Auflageposition ermöglicht. Die

Standfestigkeit der Leiter wird durch die Federfeststellung an der Hinterachse sowie die Vario-Abstützung garantiert. Raddrucksensoren sorgen für gleichmäßigen Bodenkontakt. Das automatisch arbeitende Niveauregulierungssystem bewirkt, daß auch bei schräg stehendem Fahrzeug die Leitersprossen absolut waagrecht stehen.

Ein Mikroprozessor steuert und überwacht alle Leiterbewegungen und Sicherheitseinrichtungen. Die komplette elektronische Steuerung ist auf Elektro-Magnetische Verträglichkeit (EMV) geprüft. Schließlich konnte durch die deutliche Reduktion der Anzahl elektronischer und elektrischer Elemente eine weitere Erhöhung der Betriebssicherheit und Zuverlässigkeit erreicht werden.

Der Bedienkomfort für das Bewegen der Leiter gewinnt durch die Weiterentwicklung der CC-Steuerung. Eine feinere Proportionalsteuerung für die drei Hauptbewegungen Anheben/Absenken, Drehen, Aus-/Einfahren) wurde ebenso realisiert wie die automatische Rückführung in die Auflageposition mit Hilfe einer „Memory“-Funktion. Auf Wunsch bietet eine modifizierte Memory-Steuerung noch mehr Sicherheit und Zeiterparnis. Mit der „Erweiterten Memory-Steuerung“ ist es möglich, beliebige Punkte im dreidimensionalen Raum wiederholt anzufahren. Dem Benutzer eröffnen sich damit unzählige Möglichkeiten, frei gewählte Bahnen automatisch abzufahren. Ein unschätzbare Plus im Hinblick auf einen Einsatz zur Menschenrettung.



Das LF 8/6 Allrad im Detail: Entnahme und Einschleppen der Tragkraftspritze per Lift. Die klappbare Halterung garantiert ein problemloses Anlegen der Atemschutzgeräte.



LF 16/12: Viel Platz für Zusatzausrüstung.

Der Benutzerbildschirm zeigt dem Drehleitermaschinisten im verkleinerten Maßstab den tatsächlich zur Verfügung stehenden Benutzungsbereich an und den exakten Ist-Zustand der Leiterstellung mit Ausladung, Leiterlänge, Steighöhe und Aufrichtwinkel. Der Bildschirm eröffnet die Möglichkeit, sofort auf spezielle Einsatzsituationen (z. B. Bewegung im Belastungsbereich) zu reagieren. Ferner können neue Anforderungen und Wünsche visuell dargestellt werden. Auch die Darstellung weiterer Funktionen wie Einstellwerte ist vorgesehen. Darüber hinaus helfen eingblendete Bedienungshinweise, die richtigen Schritte vorzunehmen (z. B. bei Fehlbedienung).



Ein Glanzlicht der neuen Generation: Die DLK 23-12 Vario CC.



Ein Blick zurück: Die Ahnenreihe der neuen Generation verdeutlicht die Entwicklung der Brandschutztechnik. (Fotos: Claes)

Bei der Rettung von Menschenleben kann es um Sekunden gehen. Deshalb kommt der Rüstzeit, d. h. der Zeit, um von der Fahrstellung der Drehleiter zur Erreichung der Nennrettungshöhe zu kommen, entscheidende Bedeutung zu. Die Rüstzeit der neuen Leiter-Generation verkürzt sich durch folgende Maßnahmen: Aus- und Einfahrtgeschwindigkeit sowie die Drehgeschwindigkeit wurden erhöht. Im Bereich der Abschaltgrenzen verringert sich die Ausfahrtgeschwindigkeit automatisch. Der Stülpkorb wird schon beim Positionieren der Abstützung in die Arbeitsstellung geschwenkt.

Die Möglichkeit der Beibehaltung des Korbes in Arbeitsstellung bei einem Stellungswechsel des Fahrzeugs erhöht die Flexibilität im Einsatz. Eine weitere Fortentwicklung beim Korbbetrieb: Die hinteren Türen des Stülpkorbes schließen in Arbeitsstellung automatisch. Ein breiter, beleuchteter Seitenaufstieg auf das Podium und ein weiterer Aufstieg links hinter dem Fahrerhaus ermöglichen das schnelle Besteigen von Podium und Leitersatz.

## Vom Kleinfahrzeug bis zur Drehleiter

Von seiten des Herstellers wurde bei der Ulmer Präsentation betont, daß es einfach Zeit wurde, die vorhandenen Konzepte zu überdenken und die Entwicklungstrends wichtiger Komponenten für die zukünftigen Feuerwehrfahrzeuge zu analysieren. Auch habe es gegolten, sich den zukünftigen europäischen Normen anzupassen.

So entstand mit EuroFire eine komplette neue Fahrzeuggeneration, die vom Kleinfahrzeug über die Lösch- und Sonderfahrzeuge bis hin zur Drehleiter alles umfaßt, was die Feuerwehren heute und auch über das Jahr 2000 hinaus brauchen. Mit den in Ulm vorgestellten Neulingen ist Iveco Magirus jedenfalls ein vielversprechender Start in die Zukunft gelungen. Die Bewährung im alltäglichen Einsatz muß die Richtigkeit des neuen Konzeptes unter Beweis stellen.

- cl -

# „Blauer Schild '93“

## Vollübung zum 40jährigen Bestehen des THW-Geschäftsbereiches Tübingen in den Landkreisen Reutlingen und Alb-Donau-Kreis

Nach fünf Jahren Pause sowie einjähriger intensiver Vorbereitung fand Ende September die Vollübung „Blauer Schild '93“ des THW-Geschäftsbereiches Tübingen statt. Der Übungsraum umfaßte Teile der Landkreise Reutlingen und Alb-Donau-Kreis, beteiligt waren über 400 THW-Helfer der Einheiten aus den Landkreisen Reutlingen, Tübingen, Sigmaringen und Zollernalbkreis. Und als habe Petrus in den Übungsablauf geschaut, begrüßten THW-Geschäftsführer Günter Eissler sowie der Bürgermeister von Münsingen, Rolf Keller, Beobachter und Gäste bei strömendem Regen auf der Schwäbischen Alb.

Für die Einsatzkräfte galt es vor allem, ihre Kenntnisse in Führung, Kommunikation, Erkundung, Holzbearbeitung, Brunnensanierung, Trinkwasseraufbereitung, Behelfswegebau, Brückenbau, Gesteinsbearbeitung und Sprengung unter Beweis zu stellen.

Die allgemeine Übungslage: In der Zeit vom 20. bis 24. September 1993 verursachten heftige Unwetter mit starken Regenfällen und orkanartigen Stürmen in den Landkreisen Reutlingen und Alb-Donau-Kreis schwere Schäden. Sehr stark wurden Gebäude, Versorgungseinrichtungen, Verkehrswege und Brücken in Mitleidenschaft gezogen, die durch Zusammenbrüche und Überflutungen nicht mehr befahr- und begehbar sind.

Am 24. September 1993 wird durch die Katastrophenschutz-Leitung beim Landratsamt Reutlingen unter dem zuständigen Landrat/HVB der Katastrophenfall festgestellt. Katastrophenalarm wird ausgelöst. Im Raum Münsingen übernimmt eine Technische Einsatzleitung (TEL), die in der Straßenmeisterei Münsingen eingerichtet ist, die Führung der bereits im Einsatz befindlichen, örtlichen Kräfte sowie der alarmierten KatS-Einheiten des Landkreises

Reutlingen. Eine weitere TEL wird in Hayingen-Lauterdörfle für das Einsatzgebiet Süd eingerichtet.

Am 24. September gegen 18 Uhr werden nach Abklingen des Unwetters und Abwendung der unmittelbaren Gefahr für Menschen und Versorgung große Teile des Brandschutzes und des Sanitätsdienstes an ihre Standorte entlassen. Der Katastrophen-Zustand bleibt weiterhin in Kraft. Bergungs- und Instandsetzungsdienst bleiben im Einsatz. Sie sind schwerpunktmäßig mit Instandsetzungs- und Sicherungsarbeiten beschäftigt. Über das Regierungspräsidium Tübingen werden weitere Bergungs- und Instandsetzungseinheiten zur Unterstützung der örtlichen Fachdienste angefordert.

### Das Übungsziel:

Das gesteckte Übungsziel besteht in der Durchführung von praktischen Maßnahmen für die Fachdienste Bergung, Instandsetzung, Fernmeldedienst und Führung auf der Grundlage der Erkundungsübungen „Blauer Reiter 1992 und 1993“. Daneben geht es vor allem um die Zusammenarbeit mit einer Technischen Einsatzleitung (TEL) und anderen Fachdiensten; den taktischen Einsatz der TEL und anderen Fachdiensten; den taktischen Einsatz der TEL mit Führungs- und Versorgungsaufgaben; den Einsatz der Fernmeldemittel über größere Räume als Führungs- und Verbindungsmittel; die Durchführung der Versorgung in größerem Umfang sowie die Ausführung fachdienstlich bezogener Aufträge von bleibendem Wert.

### Die Übungsleitung:

„Hier Kater Tübingen, Einsatzleitung ...“ – in der am Standort Mün-

singen/Alenberghalle eingerichteten Befehlsstelle der Übungsleitung um Übungsleiter Friedrich Rebstock und seinen Stellvertreter Bernhard Pfister laufen alle Informationen der Technischen Einsatzleitungen Tübingen sowie Zollernalbkreis über Ablauf und Einsatz vor Ort zusammen. Atmosphärische Störungen – durch das Zusammentreffen von Kalt- und Warmluftströmungen – beeinträchtigen den Funkverkehr (4 m) erheblich. So können die Verbindungen oft nur über 2-m-Gerät aufrechterhalten werden. „Draht ist bei solchem Wetter immer noch das beste Übertragungsmittel“, kommentiert Gernot Kretschmar vom Leitungsdienst die Situation.



Übungsleiter Friedrich Rebstock erläutert den Übungsablauf.

Des weiteren verfügen sowohl die Übungsleitung als auch die TELen über Telefax-Geräte und Mobiltelefon, eine Zusatzausstattung, mit der das Land Baden-Württemberg alle Technischen Einsatzleitungen ausgestattet hat. Wie Norbert Bröckel vom Regierungspräsidium Tübingen gegenüber „Bevölkerungsschutz“ erklärt, ist diese Ausstattung der TELen mit der neuesten Kommunikationstechnik durch das Land sowohl als Ergänzung des erweiterten Katastrophenschutzes als auch zur Unter-

stützung des friedensmäßigen Katastrophenschutzes gedacht. Der Kostenaufwand pro TEL beträgt dabei rund 10 000 Mark.

Nachdem die einzelnen Übungsobjekte vorbesprochen und vom Materialbedarf her vorbereitet worden waren, kommt der Übungsleitung während der Übung schwerpunktmäßig eine überwachende Funktion zu. Die Einsatzdokumentation erfolgt direkt mittels Personal Computer. „Dies“, so THW Geschäftsführer Eissler, „spart Personal und Zeit.“

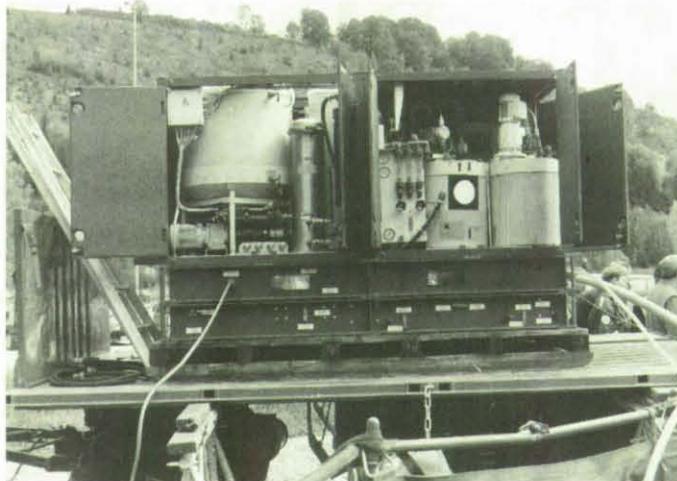
## Die Einsatzstellen:

An den einzelnen Einsatzstellen sind derzeit 16 Einheiten mit verschiedenen Aufträgen befaßt. So auch Teile des Instandsetzungszuges Tübingen unter der Leitung von Zugführer Roland Walker. Aufbau und Betrieb von zwei Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen lautet sein Einsatzbefehl. Zum einen handelt es sich um eine herkömmliche Aufbereitungsanlage mit Vorbehandlungsbehälter, Filterwagen, Sammelbehälter; zum anderen um eine neu entwickelte Kompaktanlage, bei der das Wasser sofort aus dem Gewässer entnommen, chemisch aufbereitet und zur Verwendung abgeführt wird. Mit dieser neuen Anlage – entwickelt von Wissenschaftlern der Bundeswehr und produziert durch einen süddeutschen Hersteller – ist es durch ein spezielles Osmoseverfahren jetzt auch möglich, Salzwasser zur weiteren Verwendung aufzubereiten. Ein eingebautes Dieselaggregat garantiert zudem die notwendige Unabhängigkeit. Eine äußerst positive Fortentwicklung, die bereits in Somalia genutzt wird.

Beide Anlagen garantieren absolut keimfreies Trinkwasser. Sechs- bis achttausend Menschen können so in einem Katastrophenfall mit dem lebenswichtigen Naß versorgt werden. Die THW-Helfer um Zugführer Walker können mit ihrer Leistung zufrieden sein. Sowohl Aufbau wie auch Betrieb der Anlagen verlaufen planmäßig.

Gleichfalls erfolgreich verläuft der Einsatz des 2. Bergungszuges Tübingen unter Federführung von Zugführer Harald Schwertle. U. a. die Erstellung einer Holzbrücke als Übergang über die Lauter wie auch die Erstellung eines Hängesteges über die Lauter stehen im entsprechenden Einsatzbefehl. Erstere, eine reine

Eine neu entwickelte Kompaktanlage ermöglicht die Aufbereitung von Salzwasser.



Holzkonstruktion, ist durch entsprechende Vorarbeiten bald fertiggestellt. Für den Hängesteg werden zunächst die Portale aufgebaut, Verankerungen vorgenommen, dann der Bohlenbelag hergestellt. Äußerste Präzision ist gefragt, ein genaues Vorgehen nach den erstellten Berechnungen, damit das Provisorium eine ausreichende Belastbarkeit erhält. Hinzu kommt, daß die Konstruktion ohne einen Nagel auskommt. Fachgerecht gebundene Leinen halten die einzelnen Holzteile sicher zusammen.

Veranschlagt werden – außer einer Stunde für die Vorbereitung – drei Stunden für den eigentlichen Aufbau. Stück für Stück wird der Steg dann über die Lauter gezogen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen, Zugführer Schwertle ist mit der Umsetzung von theoretischem Wissen durch seine Helfer sehr zufrieden. Wie die



Stück für Stück wird der fertige Steg über die Lauter gezogen.

Übung überhaupt meist reibungslos verläuft. Wege werden instand gesetzt, Schutzgeländer angebracht, Sturmholz geborgen und aufgearbeitet, Brunnen saniert, loses Gestein von einem Felsmassiv entfernt usw. Nur das bereits eingangs erwähnte – zur Übungslage bestens passende – Wetter, macht den Helfern der verschiedenen Einheiten zu schaffen. Viele Projekte verzögern sich durch die starken Regenfälle, Wassereintrüche führen vielerorts zu Verzögerungen.

## Eindrucksvolle Demonstration

Effektvoller Höhepunkt der Übung „Blauer Schild '93“ ist die Sprengung eines einsturzgefährdeten Gebäudes durch den 3. Bergungszug des Zollernalbkreises unter Zugführer Albert Wolf. Das Objekt wurde von der zuständigen Standortverwaltung der Bundeswehr auf einem Kasernengelände in Münsingen-Auingen zur Verfügung gestellt. Die 42 Zentimeter dicken Ziegelmauern des Flachgebäudes gilt es, in einem Bruchteil von Sekunden zum Einsturz zu bringen. Die Helfer und die beiden Sprengberechtigten Wilfried Göckel und Thomas Rothmund beginnen am Morgen mit der Ladung der Sprenglöcher, insgesamt werden auf 500 Ladungen 20 Kilogramm Sprengstoff verteilt. Die Innenmauern des Gebäudes hatte man zuvor manuell abgerissen, da sonst erheblich mehr Sprengstoff erforderlich gewesen wäre. Die Bohrungen für die Sprengladungen sind so vorgenommen worden, daß das Gebäude bei der Sprengung zu einer bestimmten Seite hin fällt. Was bei der Sprengung kaum wahrgenommen werden kann, ist, daß die Zünd-

zeitpunkte – insgesamt acht – versetzt sind. Dies soll den vorausbe-rechneten Richtungsfall unterstützen und zur Eindämmung der Erschütterungen beitragen. Das umliegende Gebiet wird sondiert – prägnante Punkte durch entsprechendes Dämmmaterial geschützt.

Am Nachmittag ist es dann soweit, das umliegende Gebiet wird geräumt und die Sprengung durch das erste Signal angekündigt; es folgt das zweite Signal, welches besagt, daß die Sprengung unmittelbar erfolgt. Erwartungsvolle Ruhe – das Gebäude bläht sich unwirklich auf – es folgt ein Knall – dann ist die Sprengstelle minutenlang in dichten Staub gehüllt. Auch hier kann sich das Ergebnis sehen lassen. Die Sprengung erfolgte nach Plan – das Gebäude liegt in „Schutt und Asche“. Während die Übungsbeobachter – noch fasziniert vom eben Erlebten – um die Trümmer spazieren, rückt der 2. Bergungszug

Reutlingen mit schwerem Räumgerät an, um das Ergebnis der Sprengung fachgerecht abzutragen.

Die Übungsorganisatoren um THW-Geschäftsführer Eissler hatten bei der Festlegung der verschiedenen Aufträge ausdrücklich darauf geachtet, Projekte von bleibendem Wert anzugehen. Der Bau von Fußgängerbrücken, die Instandsetzung von Wegen sowie das Fällen von Bäumen sind nur einige Belege dafür – auch für die THW-Helfer eine nicht zu unterschätzende Motivation.

## Dank an die Ehrenamtlichen

Gemeinsam beschloß man die Übung „Blauer Schild '93“ dann in der Alenberghalle in Münsingen. Regierungsdirektor Gerhard Schwarz zeigte sich im Namen des Regierungspräsidiums Tübingen über-

zeugt vom sinnvollen Wirken des Technischen Hilfswerks und angetan von der gezeigten Übungsleistung aller THW-Helfer. „Wir haben heute eindrucksvoll die breite Palette der Möglichkeiten des Technischen Hilfswerks gesehen. Es ist beruhigend, wenn die staatlichen und kommunalen Dienststellen im Bedarfsfall auf eine so breit gefächerte und leistungsfähige Hilfsorganisation zurückgreifen können“, so Schwarz. Er dankte den an der Übung beteiligten Helfern sowie auch den verschiedenen Landkreisen für ihre Mitwirkung. Sein Dank ging auch in Richtung THW-Geschäftsführerbereich Tübingen für sein 40jähriges Engagement, dem er für die nächsten Jahrzehnte weiterhin erfolgreiches Wirken wünschte.

Auch Dirk Göbel, THW-Landesbeauftragter für Baden-Württemberg, dankte den Akteuren für die geleistete Arbeit. „Ich finde es nur sehr bedauerlich, daß die Politiker – und hier spreche ich insbesondere die Bundespolitiker an – nicht den Weg hierher gefunden haben. Sind doch gerade die Politiker so häufig davon überzeugt, daß die Ehrenamtlichkeit vielleicht doch nicht so hoch zu bewerten ist und die Staatsverdrossenheit um sich greift. Ich glaube, wer an diesem Wochenende hier die Arbeit beobachtet hat, kann sich davon überzeugen, daß Sie sich für das Allgemeinwohl einsetzen.“

Die Übung „Blauer Schild '93“ des THW-Geschäftsführerbereiches Tübingen bezeichnete Göbel als nicht ganz alltäglich – dies nicht zuletzt wegen der eindrucksvollen, fachgerecht durchgeführten Sprengung. Der THW-Landesbeauftragte dankte den THW-Helfern für ihr Engagement und dem THW-Geschäftsführerbereich für die zurückliegenden 40 Jahre des Einsatzes für die Bürger.

„Es ist wichtig – gerade in unserer Zeit, wo wir auch von vielen Verpflichtungen sprechen, die wir kaum noch finanzieren können – zu wissen, daß wir in den Ehrenamtlichen eine Basis haben, die als Garant für Sicherheit und Ordnung bei all jenen Fällen da ist, wo es wirklich hart auf hart kommt.“

Abschließend dankte THW-Geschäftsführer Eissler allen Behörden, die die Übung ermöglicht hatten und zeigte sich auch seinerseits mit den Leistungen seiner Helferschaft überaus zufrieden. Unter langanhaltendem Beifall erklärte er schließlich die Übung „Blauer Schild '93“ als erfolgreich beendet.

- smf -

Das einsturzgefährdete Ziegelgebäude vor der Sprengung.



Sprengung erfolgreich verlaufen – Übungsbeobachter begutachten das Sprengergebnis.

(Fotos: Faßbender)



# Meisterschaft im Helfen

## 9. Bundeswettbewerb der Malteser-Sanitätsgruppen in Sankt Ottilien

Hufe scharren, Ketten klirren, eine Stalltür geht auf. Zwei Mädchen im grauen Overall huschen herein. Keinen Blick haben sie für die bunten Kälber, die in zwei langen Reihen die Köpfe wenden und die Ohren spitzen. Sofort sehen die beiden die zwei bewegungslos im Stroh liegenden Gestalten. Eine schmale, zum Rand eines Silos hinauftragende Leiter läßt schlimmes befürchten. Jetzt ist Erste Hilfe gefordert. Doch nicht nur die natürlichen Stallbewohner beäugen mit Interesse, was die Mädchen an Lebensrettendem unternehmen. Zwei Schiedsrichter lassen sich keinen Handgriff der Helferinnen entgehen, notieren die Maßnahmen auf Bewertungsbögen und geben leise Auskunft über den Pulsschlag der Unfallopfer. Denn bei aller täuschenden Echtheit, mit der die Verletztendarsteller bei diesem neunten Bundeswettbewerb des Malteser-Hilfsdienstes für wirklichkeitsnahe Übungssituationen sorgen: die Herzfrequenz können sie nicht ihrer Rolle anpassen.

Zwölf Stationen haben die Malteser im nahe Landsberg am Lech gelegenen Sankt Ottilien aufgebaut. Im fairen Wettkampf sollen auf dem Gelände der Benediktiner Erzabtei die besten Sanitäter ermittelt werden. Neunzehn Maltesergruppen aus dem ganzen Bundesgebiet sind, teilweise nach regionalen Ausscheidungswettbewerben, von ihren Diözesen für den Bundeswettkampf nominiert worden.

Profis fehlen unter den 180 Wettkämpfern, denn mitmachen dürfen nur ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die nicht im Rettungsdienst arbeiten. Außer Konkurrenz stellen Gastgruppen des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe, des Bayerischen Roten Kreuzes und

des rumänischen Malteser-Hilfsdienstes ihr Können in Erster Hilfe unter Beweis.

### Verschiedene Notfallsituationen

Und da können sie einiges zeigen. Die zahlreichen Handwerksbetriebe der in der Tradition des Benediktinerordens nahezu autarken Klostergemeinschaft bieten beste Voraussetzungen, ganz verschiedene Notfallsituationen realistisch zu inszenieren. So hat sich in der Metzgerei ein Geselle beim Knochenauslösen das Messer in den Unterarm gerammt. Und prompt wird sein Kollege bei diesem Anblick ohnmächtig und schlägt im Fallen mit dem Kopf gegen die Tischkante. In der Malerwerkstatt hat eine Aushilfskraft aus Versehen einen Schluck aus einer mit Abbeizmitteln gefüllten Mineralwasserflasche genommen. Und nur wenige Meter weiter wird in der Schlosserei ein Arbei-

ter von den davonfliegenden Splintern einer zerspringenden Schleifscheibe verletzt.

Allerdings sind auch internistische Notfallsituationen zu bewältigen. So bricht an der glühenden Esse ein an Diabetes leidender Schmied aufgrund akuter Unterzuckerung zusammen. Neben einem Badeunfall, bei dem von mitübenden Tauchern der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft ein ertrinkendes Kind zu retten ist, stellt ein Busunfall die engagierten Wettstreiter vor die schwierigste Aufgabe. Neun Notfallopfer mit zum Teil schwersten Verletzungen sind von den nur sieben Gruppenmitgliedern zu versorgen. Und dabei darf weder das Absetzen des Notrufes vergessen werden, noch der unverletzt unter Schock stehende Businsasse unberücksichtigt bleiben, der wirre Satzketzen murmelnd um den umgestürzten Reisebus trottet.

Doch auch die Aufgaben an den beiden Theoriestationen sind nicht ohne. So sind etwa das Jahr der Anerkennung des Malteser-Hilfsdien-

Das spektakulärste Szenario: ein Busunfall.



stes als Hilfsgemeinschaft im Sinne der Genfer Konventionen zu nennen oder die möglichen Ursachen von Asthma anzugeben. Aber auch Grundwissen der Ersten Hilfe ist gefragt: „Mit was ist bei der Herz-Lungen-Wiederbelebung zu beginnen – mit zweimaligem Beatmen oder 15 Herzdruckmassagen?“, heißt es in dem entsprechenden Fragebogen.

## Gute Wettkampfstimmung

Obwohl es immer wieder regnet, bleibt die Stimmung in der großen Klosteranlage den ganzen Wettkampftag über gut. Dafür sorgen auch die zahlreichen mehr oder weniger freiwilligen Einlagen der Akteure. Eine Gruppe setzt beispielsweise einen zwar gekonnten, aber nichtsdestoweniger chancenlosen Notruf ab, indem sie übersieht, daß das dafür gewählte Fahrzeug weder Funk hat, noch zum Übungsszenario gehört. Bei einer anderen Station ist ein Patient nach einem Schlaganfall zu versorgen. Ein Helfer faßt ihn an der Hüfte, richtet ihn auf und diagnostiziert genauso ungefragt wie siegessicher: „Karzinom“.

Urpötzlich sieht sich Constantin von Brandenstein-Zeppelin, Präsident des Malteser-Hilfsdienstes, am Badesee einem bayerischen weißblau rautierten Wimpel gegenüber, der von einem starken Arm gehalten aus dem Wasser auftaucht. Dem Wimpel und Arm folgt ein voll ausgerüsteter Sporttaucher, und es stellt sich einem sichtlich überraschten Präsidenten der neu für München/Freising berufene Diözesanarzt Dr. Peter Rupp vor.

„Ihr Wettkampf stand unter dem Motto des Für und Mit“, ruft der Augsburger Weihbischof Rudolf Schmid den über 600 Teilnehmern, Begleitern, Organisatoren und Gästen in der abschließenden Heiligen Messe im Festzelt zu. Der kirchliche Schirmherr des Bundeswettbewerbs setzt das Engagement der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in Gegensatz zu dem ganz auf den kommerziellen Imagewert der Sportmatadore konzentrierten Medienrummel um die Leichtathletikweltmeisterschaft vor einiger Zeit in Stuttgart. Am Vortag hatten MHD-Präsident von Brandenstein-Zeppelin und der Bundesarzt des Malteser-Hilfsdienstes, Dr. Hannes Sautter, vor der Presse den Unterschied des Wettbewerbs zum Genre der Reality-TV-Sendungen un-

Die Sieger aus  
Niederaichbach,  
Diözese  
Regensburg.

(Fotos: Zeller)



terstrichen: In Sankt Ottilien gehe es nicht um Gaffertum oder „Katastrophen-Voyeurismus“, so die Wettkampfleiter. Statt dessen solle Erste Hilfe trainiert und das Verantwortungsbewußtsein gegenüber Verletzten und Kranken gestärkt werden. So achteten die Schiedsrichter besonders darauf, wie die Helfer sich den Notfallopfern zuwandten, wie sie Aufgeregte beruhigten oder von Schmerzen Geplagte trösteten.

## Appell zu aktiver Hilfe

„Wer als erster zum Notfall kommt, muß auch als erster helfen“, wendet sich Hilfsdienstpräsident Constantin von Brandenstein-Zeppelin vor der Siegerehrung im Festzelt gegen die zunehmend in Notfällen zu beobachtende Passivität der Umstehenden. Zuvor hatte sich Prinz Luitpold von Bayern als Schirmherr der Veranstaltung beeindruckt vom Engagement der Helfer gezeigt und dabei unverblümt Defizite im eigenen Erst-Hilfswissen eingestanden. Donnernder Applaus brandet auf, als sich Brandenstein im Namen aller Teilnehmer und Gäste bei den Landsberger Maltesern für die gelungene Organisation und die herzliche Gastfreundschaft bedankt. Gleich nach ihrem Sieg im vorangehenden Bundeswettbewerb 1991 in Traunstein hatte sich die kleine ehrenamtliche Landsberger Gruppe um das Ehepaar Wolfgang und Sigrid Danner, in den Vorbereitungen unterstützt von hauptamtlichen Mitarbeitern der Augsburger Diözesangeschäftsstelle und des Generalsekretariats in Köln, mit der Suche nach Übernachtungsstätten und Wettkampforten an die Vorbereitung gemacht. Jetzt nehmen die beiden, glücklich über den Erfolg ihrer zweijährigen Arbeit, auf der Bühne

des Festzeltes die Ovationen entgegen. Nur noch zweimal an diesem Abend läßt tosender Beifall den Holzfußboden des Festzeltes so erzittern: einmal, als die über zwanzig Verletztendarsteller der bewährten niederländischen Lotusgruppe auf die Bühne gebeten werden. Im 20-Minuten-Rhythmus hatten sie 23mal mit vollem Einsatz ihre jeweilige Verletzung gemimt, auf dem Badesee war einer von ihnen dabei 23mal naß geworden. Und schließlich schwankt fast das Zelt, als Brandenstein die Sieger und Plazierten bekanntgibt.

## Spannende Siegerehrung

Für Spannung sorgt nicht nur der Wetteifer der Gruppen und ihrer mitgereisten Anhänger. Spannend ist auch die Frage, ob die Siegermannschaft wieder aus einer bayerischen Diözese kommen wird. Denn das ist die letzten Male der Fall gewesen, und mit entsprechend angewachsenem Ehrgeiz sind jetzt die Gruppen von jenseits des Weißwurstäquators angereist. Aber schließlich knallen die Sektkorken doch wieder bei einer Mannschaft aus bayerischen Gefilden. Sieger werden die Niederaichbacher Malteser aus der Diözese Regensburg, während die Aachener Gruppe aus Nettetal – wieder einmal – mit dem zweiten Rang vorlieb nehmen muß. Auf dem dritten Platz landen die von der Diözese Passau geschickten Karlsbacher Malteser. Doch kaum ist der Jubel der Sieger abgeklingen, hat sich bereits überall die Erkenntnis durchgesetzt: „Gewonnen haben wir alle.“

# Neue Technik bei der Berufsfeuerwehr Köln

## Erdungs- und Kurzschlußgerät für Oberleitungen entwickelt

Aufgrund eines Brandeinsatzes im Jahr 1987 in der Kölner Innenstadt, bei dem wegen der Nähe zur Oberleitung der Straßenbahn das Instellungbringen der Drehleiter zur Menschenrettung sich als überaus schwierig erwies, wurde von der Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB AG) ein tragbares Erdungs- und Kurzschlußgerät entwickelt. Das Gerät besteht aus zwei Teilen, die vor dem Einsatz zusammengesteckt werden müssen.

Geräteteil A: Geschlossener Vollkunststoffkasten mit transparentem Kunststoffdeckel und eingebautem Voltmeter. Im Gerätekasten befindet sich eine mechanische Schaltkulisse mit nach außen geführten Bedienungselementen. Seitlich am Gerätekasten ist ein Dauermagnet mit Spezialkabel angebracht.

Technische Daten Geräteteil A:

Größe: L 60 cm x B 30 cm x H 30 cm

Gewicht: ca. 20 kg

Voltmeter: bis 1000 Volt

Zulassung: bis 1500 Volt

Geräteteil B: Teleskoprohr mit Erdungsarmatur und flexibles Spezialkabel 12 mm Durchmesser, PVC ummantelt.

Technische Daten Geräteteil B:

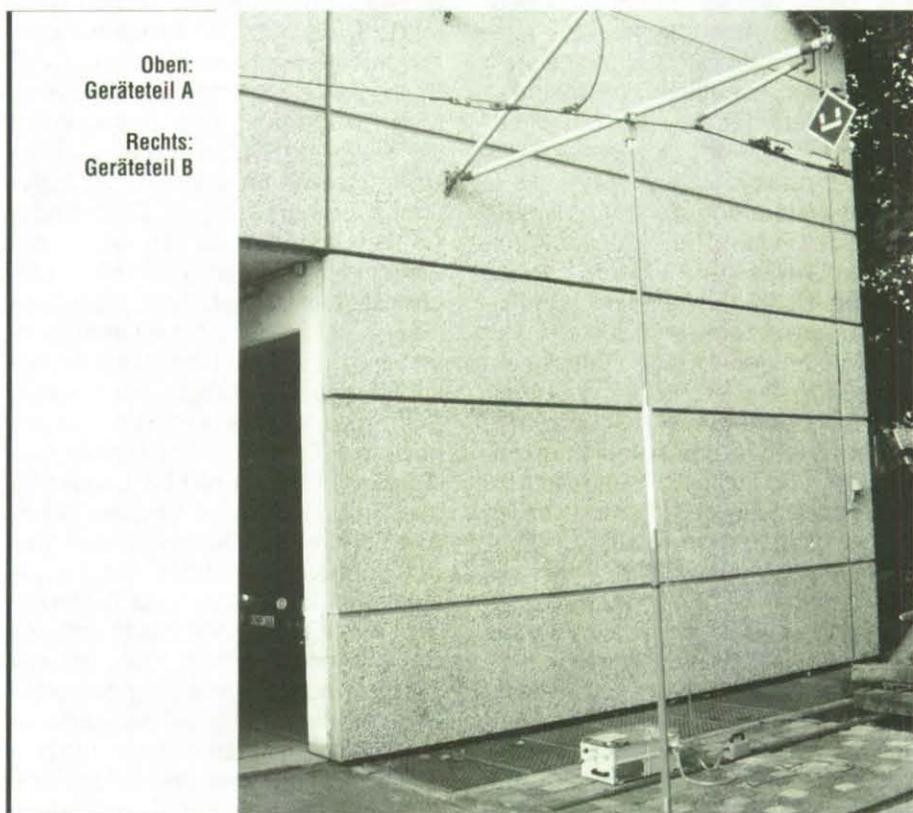
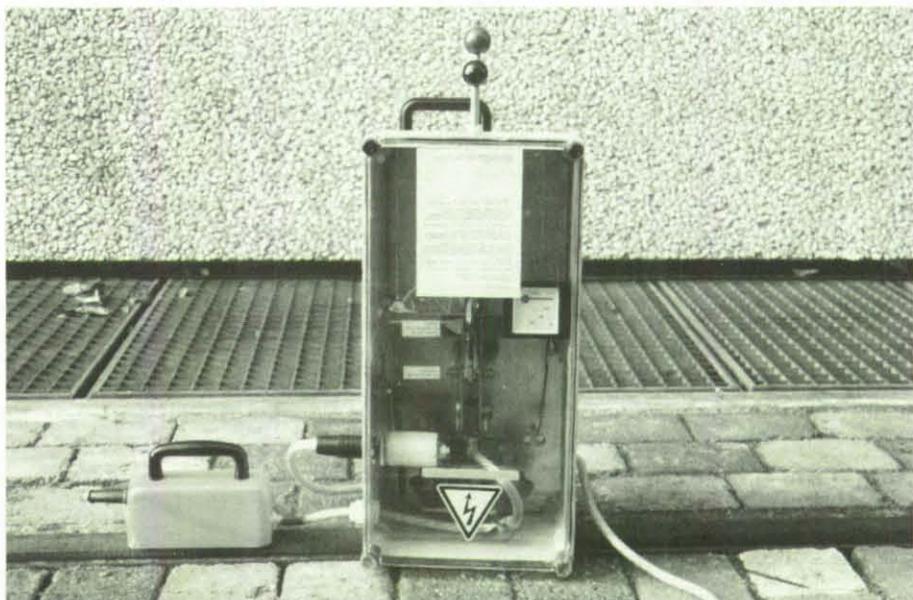
Länge: mind. 2,40 m, max. 4,85 m

Spezialkabel: ESUY 50 mm<sup>2</sup> transparent 7 m lang

Zulassung: bis 1500 Volt

Erdungsarmatur: schraubbar 1,2 kg

Nach der Erprobung wurden die elf Drehleitern der BF Köln sowie die Feuerweherschule mit den Geräten ausgerüstet. KVB AG und Berufsfeuerwehr erstellten eine Dienstan-



weisung, die das Erden und Kurzschließen der KVB-Oberleitung regelt.

Auf einer Übungs- und Simulationsanlage auf dem Übungsgelände der Feuerwehrschiele kann die Ausbildung mit 220 Volt Gleichspannung unter Einsatzbedingungen an der Oberleitung geübt werden. Ein Ausbilder der BF Köln konnte an der Technischen Akademie Wuppertal zur Elektrofachkraft für Straßenbahn-Oberleitungen ausgebildet werden.

Insgesamt wurden 227 Feuerwehrbeamte als unterwiesene Personen an KVB-Oberleitungen ausgebildet, mit der Berechtigung, Erdungs- und Kurzschlußmaßnahmen vorzunehmen. Somit besteht nun die Möglichkeit, bei zeitkritischen Einsätzen zur Menschenrettung noch vor Eintreffen von gleichzeitig alarmiertem Fachpersonal der KVB AG notwendige Erdungs- und Kurzschlußmaßnahmen einzuleiten.

## Einsatzerfahrungen

Zwischenzeitlich wurde das Erdungs- und Kurzschlußgerät mehrfach bei Einsätzen zur Menschenrettung erfolgreich eingesetzt. Über einen besonderen Einsatz wird hier abschließend berichtet:

Am Dienstag, 12. Mai 1993, um 8.17 Uhr wurde die Berufsfeuerwehr von der Leitstelle der Kölner Verkehrsbetriebe davon informiert, daß sich in der Nähe der Haltestelle Wilhelm-Sollmann-Straße in Köln-Longerich ein Kind unter einer Straßenbahn befindet. Von der Einsatzzentrale wurden daraufhin entsprechend der Alarm- und Ausrückeordnung ein Löschzug, ein Rüstzug, zwei Rettungswagen, ein Notarzt sowie zwei Einsatzleiter alarmiert. Da sich fast alle benötigten Fahrzeuge auf der in unmittelbarer Nähe der Einsatzstelle gelegenen Hauptfeuerwache befanden, trafen die ersten Einsatzkräfte bereits zwei Minuten nach Meldungseingang an der Einsatzstelle ein.

Eine erste Erkundung ergab, daß unter dem ersten Drehgestell ein ca. 15 Jahre alter Junge zwischen den Schienen lag. Der Junge war nicht ansprechbar und hatte erkennbar zahlreiche stark blutende Wunden.

Die Besatzung der Rettungswagen sowie der Notarzt, verstärkt durch Rettungsassistenten des Löschzuges, leiteten sofort die Erstversorgung des Jungen ein. Parallel hierzu wurden die Stromabnehmer der Straßenbahn von der Oberleitung getrennt sowie die noch mit zahlreichen Passagieren besetzte Bahn geräumt.

Gleichzeitig wurde der Einsatz des Kranwagens durch den Führer des Rüstzuges vorbereitet.

Voraussetzung für den Kraneinsatz war eine Abschaltung und Erdung der Oberleitung. Auf Anfrage teilte die Leitstelle der Verkehrsbetriebe mit, daß eine Abschaltung erst dann möglich sei, wenn eigene Mitarbeiter vor Ort seien. Da solange nicht gewartet werden konnte, wurde das auf der Drehleiter mitgeführte Erdungsgerät eingesetzt. Bereits um 8.25 Uhr, d. h. sechs Minuten nach Eintreffen der ersten Einsatzkräfte, war die Fahrleitung stromlos und geerdet. Der Kraneinsatz konnte durchgeführt werden und um 8.33 Uhr, d. h. 16 Minuten nach dem Unfall, war das Kind befreit und wurde im Rettungswagen weiterbehandelt. Nach den üblichen Aufräumarbeiten war der Einsatz um 9.00 Uhr beendet.

## Erkenntnisse

1. Das Erdungsgerät hat sich bei diesem Einsatz voll bewährt. Die durch ausgebildete Kräfte durchgeführte Erdung war Voraussetzung für das schnelle Anheben der Bahn.

2. Im Nachhinein zeigte sich, daß durch die Erdung auch eine in der Nähe der Einsatzstelle, die Straße querende Bahn, gestoppt wurde. Dadurch war die Einsatzstelle nur noch von einer Seite erreichbar.

3. Ein vorsorglich für die Erdung des Fahrdrabtes des Gegengleises angefordertes weiteres Erdungsgerät kam nicht mehr zum Einsatz. Dieses Gerät wurde mit der Drehleiter einer benachbarten Feuerwache zur Einsatzstelle gebracht. Künftig wird angestrebt, zusätzlich auf den beiden Rüstwagen Erdungsgeräte mitzuführen, damit bei ähnlichen Einsätzen schon in der Erstphase zwei Erdungsgeräte vorhanden sind.

4. Die mit den Verkehrsbetrieben getroffene Absprache hinsichtlich der Überprüfung eingesetzter Geräte klappte reibungslos: Bereits am Nachmittag stand ein geeignetes Gerät als Ersatz zur Verfügung.



„Person unter Straßenbahn“: Das neu entwickelte Gerät hat bereits seine Bewährungsprobe hinter sich. (Foto: Michels)

# Mehr Sicherheit durch kontrollierte Abrüstung

## Entwicklung vom Tag der Deutschen Einheit bis START II

### 5. Teil

#### Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen oder Strategic Arms Limitations Talks (SALT) und das Abkommen über den Verzicht spezieller Abwehrsysteme oder Anti-Ballistic Missiles Systems (ABM-Vertrag)

Der Nichtverbreitungsvertrag verpflichtete jede Vertragspartei, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens ...“.

Nach seiner Unterzeichnung (1968) kamen die beiden Supermächte USA und die UdSSR überein, Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen und über den Verzicht spezieller Abwehrsysteme zu führen. Diese Gespräche begannen im Herbst 1969. Beides ist unter der Bezeichnung „SALT I“ bekannt geworden und wird fast nur unter diesem Kürzel in der Abrüstungssprache bezeichnet.

#### SALT I

Der eine Teil von SALT I begrenzte die strategischen Angriffswaffen insoweit, als der beiderseitige Bestand der aufgestellten, landgestützten Interkontinentalraketen sowie U-Boot-Raketen auf dem damaligen Stand (USA: 1710; UdSSR: 2358) eingefroren wurde. Immerhin sah das Abkommen vor, daß jede Seite die ihr zur Verfügung stehenden innerstaatlichen technischen Nachprüfmittel einsetzen durfte, um zu überprüfen, ob der Vertrag eingehalten wurde. Der Beginn dessen, was man heute unter Verifikation versteht!

Durch diese Prüfmaßnahmen durften die anerkannten Grundsätze des Völkerrechts nicht verletzt werden.

Darüber hinaus verpflichtete sich jede Seite, die Nachprüfungen nicht zu stören und durch Verschleierung zu behindern. Erstmals wurden Aufklärungssatelliten geduldet. In damaliger Zeit war das ein Riesenschritt vorwärts in Richtung auf die heutige Verifikation, wie sie z. B. im bereits behandelten „OPEN SKIES-Vertrag“ als normal praktiziert wird.

Der andere Teil von SALT I war der sog. ABM-Vertrag. Durch ihn wurde die Stationierung spezieller Abwehrsysteme gegen feindliche Interkontinentalraketen (Anti Ballistic Missiles System) begrenzt. Jede der beiden Seiten durfte nur 100 solcher Systeme zum Schutz der jeweiligen Hauptstadt oder um je eine Abschußstellung für Interkontinentalraketen zu schützen, installieren.

SALT I mit beiden Verträgen wurde am 26. Mai 1972 vom amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Staats- und Parteichef in Moskau unterzeichnet.

#### SALT II

Sieben Jahre danach, also 1979, wurde SALT II in Wien unterzeichnet. Sein Hauptinhalt war Rüstungsbegrenzung und nur in ganz geringem Umfang Rüstungsabbau. In diesem Abkommen wurden für beide Machtblöcke Höchstzahlen für strategische Waffen, nämlich 2250 für jede der beiden Supermächte, festgesetzt. Daneben einigten sich die USA und die UdSSR im Vertrag, nicht mehr als einen Typ neuer Interkontinentalraketen aufzustellen oder noch größere als die bereits vorhandenen zu entwickeln.

Der Vertrag ist zwar nie in Kraft getreten, weil der amerikanische Kongreß ihm nicht zuletzt wegen des Einmarsches der UdSSR in Afghanistan Ende 1979 nicht zustimmte.

Dennoch haben sich beide Seiten im großen und ganzen an ihn gehalten.

Für beide Komplexe – SALT I und SALT II – ist abschließend festzuhalten: Es waren Rüstungsbegrenzungsabkommen über strategische Waffen. Die erste Alternative des in Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages war somit jedenfalls in dem dargestellten Umfang erfüllt.

Die weitere Alternative der angeführten Regelung des Nichtverbreitungsvertrages, die nukleare Abrüstung, war trotz der ganz geringfügigen Rücknahme der sowjetischen strategischen Waffen in SALT II faktisch „noch nicht angedacht“.

Immerhin waren durch die Abkommen Ansätze für die so entscheidend wichtige Verifikation der Vertragseinhaltung erkennbar geworden. Der Wunsch, die internationale Entspannung zu fördern, wie es in der Präambel zum Nichtverbreitungsvertrag heißt, kann höchstens als „angedeutet“ bewertet werden. Noch bestand nicht nur eine eklatante Überlegenheit der UdSSR bei den strategischen Waffen, sondern insbesondere auch auf konventionellem Gebiet. Daneben standen überaus starke auf Angriff gedrehte Streitkräfte der UdSSR und des Warschauer Paktes an der Grenze zwischen Ost und West mitten in Europa, die den NATO-Truppen weit überlegen waren.

Im Falle eskalierender Spannungen hätten amerikanische Verstärkungskräfte den 6000 km langen Seeweg von den USA nach Europa mit all den Unwägbarkeiten zurücklegen müssen, um hier eingreifen zu können. Kurz: Es bestand ein krasses Mißverhältnis an militärischem Potential zwischen Ost und West zugunsten Ost, was ohne Einschrän-

kung als Bedrohung angesehen wurde. Das war der Stand Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre.

### **Der INF-Vertrag und seine Erfüllung Intermediate Range Nuclear Forces (Nukleare Mittelstrecken- systeme)**

Zu der Ende der siebziger Jahre bestehenden konventionellen Überlegenheit kam etwa im gleichen Zeitpunkt hinzu, daß die UdSSR ihre veralteten Mittelstreckenraketen (SS 4 und 5) durch moderne SS 20, die eine Reichweite bis zu 5000 km hatten, erneuerten. Damit wuchs das sowjetische Übergewicht, zumal die Amerikaner ihre Mittelstreckenraketen in den siebziger Jahren aus Europa abgezogen hatten.

In dieser Situation beschlossen die Außen- und Verteidigungsminister der NATO im Dezember 1979, „nachzurüsten“, d. h. selbst Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren und zugleich der Sowjetunion vorzuschlagen, so bald als möglich Verhandlungen mit der UdSSR über Begrenzungen für amerikanische und sowjetische landgestützte Mittelstreckenraketen in Europa aufzunehmen. Dieser zwei Bereiche (Nachrüstung und Begrenzung der Mittelstreckenraketen) umfassende Beschluß der NATO ist unter dem Namen „NATO-Doppelbeschluß“ in die Geschichte eingegangen. Die Verhandlungen begannen 1981.

Ein US-Vorschlag, alle Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 1000 bis 5500 km beiderseits zu beseitigen (beiderseitige Null-Lösung), wurde von der Sowjetunion abgelehnt. Die Verhandlungen „dümpelten“ ohne rechte Erfolgsaussicht vor sich hin.

Darauf begann die „Nachrüstung“ durch Stationierung von sog. Pershing II-Raketen und von Cruise Missiles. In der Bundesrepublik Deutschland wurden Pershing II-Raketen stationiert.

Die Realisierung der Nachrüstung löste in der Bundesrepublik Deutschland heftige politische Diskussionen aus. Die Sowjetunion brach die INF-Verhandlungen ab.

Nachdem Gorbatschow in der UdSSR an die Macht gelangt war, änderte sich 1985 die Situation. Die Sowjetunion kehrte an den Verhandlungstisch zurück und schlug nun ihrerseits – über den amerikanischen Vorschlag hinausgehend – 1987 vor, nicht nur die Mittelstreckenwaffen von einer Reichweite zwischen 1000

bis 5500 km sondern auch diejenigen zwischen 500 und 1000 km zu beseitigen (doppelte Null-Lösung).

Ende 1987 wurde der INF-Vertrag auf der Basis der von der Sowjetunion vorgebrachten „Doppelten Null-Lösung“ zwischen den USA und der UdSSR unterzeichnet. Er ist am 1. Juni 1988 in Kraft getreten.

Der INF-Vertrag beseitigt somit eine Waffenkategorie vollständig und zwar nicht auf der Basis, „beide Seiten vernichten die gleiche Anzahl“ sondern vielmehr auf „asymmetrischer Basis“, d. h. derjenige, der mehr solcher Systeme besitzt als der andere, muß eben auch mehr vernichten.

Der INF-Vertrag enthielt ferner die Einigung beider Parteien, seine Einhaltung gegenseitig vor Ort zu überprüfen, zu verifizieren. Dieses Modell wurde beim KSE-Vertrag zugrunde gelegt und verfeinert (s. o.).

Neben der Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen, die innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten des INF-Vertrages zu realisieren war, verzichteten beide Vertragspartner auf die Herstellung, Erprobung und den Besitz solcher Waffen. Beim INF-Vertrag ging es also nicht wie in der Vergangenheit um eine Rüstungsbegrenzung oder um das Verbot neuer Rüstungsanstrengungen sondern um tatsächliche und kontrollierte Abrüstung.

Der INF-Vertrag wurde ergänzt durch Protokolle über:

- Verfahren bezgl. der im Vertrag bezeichneten Flugkörper,
- vertragsbezogene Inspektionen, sowie ein
- Memorandum of Understanding, das den einschlägigen Datenaustausch betrifft.

### **Verifikation der Vertragserfüllung**

Ein entsprechendes Verifikationsregime (Regime wird im internationalen Sprachgebrauch für System, Schema, Ordnung gebraucht) ermöglichte eine umfassende Kontrolle der Beseitigung aller unter den INF-Vertrag fallenden Waffensysteme, der geräumten Basen und anderer einschlägiger Infrastruktureinrichtungen.

An Inspektionen wurde z. B. bis Ende 1991 durch die USA 441, durch die Sowjetunion 221 durchgeführt, davon auf deutschem Gebiet 11 Inspektionen durch die USA, 47 durch die Sowjetunion.

### **Erfüllung des INF-Vertrages**

Sowohl die USA als auch die Sowjetunion haben anlässlich der Ver-

richtung ihrer jeweils letzten Mittelstreckenraketen am 6. Mai bzw. 12. Mai 1991 offiziell erklärt, daß der INF-Vertrag damit von beiden Seiten vollständig erfüllt sei. Es waren immerhin 846 amerikanische und 1846 sowjetische Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 km.

Die im Rahmen der Nachrüstung in den alten Bundesländern installierten Pershing-Ia-Raketen und die durch die Wiedervereinigung übernommenen SS-Z3-Raketen waren von dem zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossenen Vertrag nicht erfaßt.

Der deutsche Bundeskanzler hatte am 26. April 1987 – vor Abschluß des INF-Vertrages durch die USA und die Sowjetunion – erklärt, daß mit der Beseitigung der sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenflugkörper die in der Bundesrepublik stationierten Pershing-Ia-Raketen nicht modernisiert, sondern abgebaut werden. Aus rüstungskontrollpolitischen Erwägungen hat die Bundesregierung beschlossen, diese Raketen hier zu vernichten.

Der Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland hat am 14. November 1991 erklärt, daß am gleichen Tage die letzte der 72 deutschen Pershing-Ia-Raketen zerstört worden ist.

Auch die 24 von der ehemaligen NVA übernommenen SS 23-Raketen sind durch Zerstörung einsatzentscheidender Komponenten unbrauchbar gemacht worden.

### **Nukleare Kurzstreckenwaffen (Taktische Atomwaffen)**

Die nuklearen Kurzstreckenwaffen (taktische Atomwaffen) fallen weder unter den INF-Vertrag (Mittelstreckenwaffen!) noch unter SALT I und II und auch nicht unter die START I- und II-Abkommen. Dennoch haben die USA die letzten Sprengköpfe für nukleare Kurzstreckenwaffen und alle nuklearen Artilleriegranaten aus Europa abgezogen. Die auf Kriegsschiffen und U-Booten stationierten taktischen Atomwaffen sind von den Amerikanern ebenfalls nach Amerika zurückverlegt worden (Stand Juli 1992).

Es befinden sich auch keine ehemals sowjetischen Kurzstreckenwaffen mehr in Deutschland.

### **Strategische Nuklearwaffen**

Über die strategischen Nuklearwaffen der beiden Supermächte sind, nachdem SALT I und II (s. o.) unterzeichnet waren, seit Mitte 1982 zwi-

schen den USA und der damaligen Sowjetunion Gespräche aufgenommen und Verhandlungen geführt worden. Ihr Ziel war es, nicht nur eine Begrenzung der nuklearen Hochrüstung sondern auch eine Rückführung bei dieser Waffenkategorie zu erreichen.

Bekannt geworden sind diese Gespräche unter der Bezeichnung START, was ein Kürzel für Strategic Arms Reductions Talks oder Gespräche über die Verringerung der strategischen Nuklearwaffen ist.

#### Was sind strategische Nuklearwaffen?

Zu den strategischen Nuklearwaffen zählen zunächst alle von Land aus zu startenden Trägerwaffen (ballistische Raketen, Flugzeuge), die weiter als 5500 km fliegen können. Das sind Interkontinentalraketen, die über 20 000 km auf einer ballistischen (gekrümmten) Flugbahn zurücklegen können (ICBM) und Langstreckenbomber, die Atombomben (s. Hiroshima), aber auch aus der Luft sog. Marschflugkörper, mit mehr als 600 km Reichweite abschießen können. Die Marschflugkörper (Cruise Missiles) fliegen dann in niedriger Höhe über Land und Meer, nach eingegebenen Programmen selbststeuernd, ins Ziel. Ihre Flugbahn verläuft nicht ballistisch (gekrümmt).

Zu den strategischen Waffen zählen ferner Raketen kürzerer Reichweite (Kurzstrecken- und Mittelstreckenwaffen), die vom Meer aus (seegestützt) das Festland erreichen können.

Das sind im großen die sog. strategischen Waffensysteme. Dazu muß aber gesagt werden: Es sind die Trägersysteme, die erst bestückt mit einem oder mehreren Gefechtsköpfen – hier nuklearen – das jeweilige strategische Waffensystem ausmachen.

#### Weitere Kriterien

##### Wurfgewicht

Um zu einer ausgewogenen Verringerung der strategischen Waffensysteme beider Seiten zu kommen, war es nötig, weitere Bezugsgrößen in die Verhandlungen einzuführen: das sog. „Wurfgewicht“. Darunter versteht man die Nutzlast, die ein ballistischer Flugkörper über eine bestimmte Reichweite transportieren kann.

##### Zählregeln

Schließlich mußte man sich auf sog. „Zählregeln“ einigen. Diese Zählregeln gewichteten die Nuklearwaffen unterschiedlich. So z. B. wer-

den strategische Bomber als jeweils ein Trägersystem, ein mit Freifallbomben oder Kurzstreckenangriffsluftkörpern ausgerüsteter Bomber nur als ein Gefechtskopf oder jeder luftgestützte Marschflugkörper mit über 600 km Reichweite als ein Gefechtskopf gezählt.

Man sieht, ein diffiziles Rechenwerk mußte bewerkstelligt werden, nachdem man sich erst auf die vorgenannten Rechengrößen in langwierigen Verhandlungen geeinigt hatte, um zu den „Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen“ (Treaty on the Reduction and Limitation of Strategic Arms - START I) zu gelangen. Es verwundert daher auch nicht, daß das Vertragswerk rd. 700 Seiten umfaßt.

Diese Verhandlungen über die Verringerung der strategischen Nuklear-

waffen durchliefen „Hochs und Tiefs“ und gewannen erst an Konturen, seit Gorbatschow in der UdSSR an die Macht gelangt war.

#### Unterzeichnung des START I-Vertrages

Nach rd. neun Verhandlungsjahren wurde der Vertrag am 31. Juli 1991 von den Präsidenten der USA und der Sowjetunion, Bush und Gorbatschow, unterzeichnet.

Sein Inhalt kann nur angesichts des großen Umfangs des Vertragswerkes in großen Zügen mitgeteilt werden. Es ergibt sich im wesentlichen aus dem nachstehenden Schaubild:

### Reduktionen von strategischen Kernwaffen nach den Vorschriften des START-Vertrages

Waffenkategorien	Obergrenzen für jede Seite	Bestände USA	Reduktionen USA	Bestände UdSSR	Reduktionen UdSSR
<u>Trägersysteme</u> (ICBM/SLBM/ Bomber)	1600	2246	- 29 %	2500	- 36 %
<u>Gefechtsköpfe</u>	6000	10 563	- 43 %	10 271	- 41 %
<u>davon auf ballistischen Raketen</u> (ICBM/SLBM)	4900	8210	- 40 %	9416	- 48 %
Schwere ICBM/ Gefechtsköpfe/ Trägersysteme	<u>nur für UdSSR</u> 1540/154	0	0	308/3080	- 50 %
<u>Wurfgewicht</u> ICBM/SLBM (in metrischen Tonnen)		3578,2	2361,3	0	6626,3 - 46 %

ICBM = Landgestützte Interkontinentalraketen  
SLBM = Seegestützte Interkontinentalraketen

Neben den im Schaubild dargestellten Reduktionen ist im START I-Vertrag eine Obergrenze von 250 Systemen und 110 Startgeräten für nicht-dislozierte mobile landgestützte Interkontinentalraketen und eine Zwischengrenze von 125 Systemen und 18 Startgeräte für nicht-dislo-

zierte schienenmobile Interkontinentalraketen festgesetzt.

Von Fachleuten wird das Ergebnis des START I-Vertrages als Faustformel etwa folgendermaßen zusammengefaßt:

„Der Strategic Arms Reduction Treaty (= START) zwischen den USA

und der Sowjetunion ... vermindert die (bis dahin insgesamt vorhandenen, d. V.) Kernwaffen um etwa 30 Prozent und auferlegt den beiden Weltmächten darüber hinaus wesentliche Rüstungsbeschränkungen.“ Damit wird eine Abrüstung und Begrenzung jener Kampfmittel erreicht, mit denen sich die USA und die UdSSR gegenseitig abschrecken.

### Politisch bindende Erklärungen

Außerhalb des eigentlichen Vertragstextes sind beiderseitige Erklärungen abgegeben worden:

- über die Gesamtzahl (maximal 880) von dislozierten seegestützten nuklearen Marschflugkörpern (SLCM) mit einer Reichweite über 600 km,
- über seegestützte nukleare Marschflugkörper mit einer Reichweite von über 300 km, worüber es einen jährlichen Informationsaustausch geben wird,
- in einer einseitigen Erklärung akzeptiert die Sowjetunion die Festlegung auf maximal 500 Backfire-Bomber (davon 200 für die Marine) mit nicht-interkontinentaler Reichweite.

### Dislozierungsverbote

Der START I-Vertrag enthält weiter eine Reihe von Dislozierungsverböten, so z. B.

- für neue schwere Interkontinentalraketen (sog. SS 18-Systeme),
- für mobile schwere Interkontinentalraketen,
- für neue Typen von Interkontinentalraketen und seegestützte Interkontinentalraketen mit mehr als zehn Gefechtsköpfen,
- für Flugtests und Dislozierung solcher Raketen mit einer bestimmten Zahl von Mehrfachsprengköpfen,
- für weitreichende luftgestützte Marschflugkörper mit Mehrfachsprengköpfen,
- für ballistische Luft-Boden-Raketen,
- für bestimmte Dislozierungsmöglichkeiten ballistischer Raketen z. B. Meeresboden.

### Verifikation

Neben den Dislozierungsverböten enthält der START I-Vertrag eine Fülle dem INF-Vertrag nachempfunder Verifikationsmaßnahmen, die den Wert des Vertrags überhaupt ausmachen. Die Verifikationsmaßnahmen haben kooperativen Charakter. Vorgesehen sind u. a. zwölf verschiedene Arten von „Vor Ort Inspektionen“, Überprüfung der Zahl der Gefechtsköpfe jeder ballistischen Rakete der

Gegenseite, Inspektion strategischer Bomber, der Produktionseinrichtungen, aber auch Verdachtsinspektionen sind zulässig. Hinzu kommen zahlreiche Maßnahmen zur Förderung von Vertrauen, Transparenz und Berechenbarkeit.

### Der Gehalt des START I-Vertrag

Internationale Abrüstungsexperten werten den Vertrag als Meilenstein der seitherigen Abrüstungsverhandlungen. Zum ersten Mal werden die nuklearen Arsenale der Supermächte deutlich reduziert, wenn gleich noch erhebliche nukleare Potentiale vorhanden bleiben. Allerdings erfüllt der Vertrag das Postulat des Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau. Der Vertrag wird aber künftige Streitkräftekonfigurationen entscheidend beeinflussen.

Er sichert eine Zweitschlagsfähigkeit und erhöht die strategische Stabilität durch

- Reduzierung des Gesamtwurfgewichts der sowjetischen Raketen um 46 Prozent,
- Abbau besonders destabilisierender Kategorien,
- Erhöhung der „Überlebensfähigkeit“ der Vergeltungskräfte,
- gewollte Umstrukturierung der Nuklearpotentiale z. B. durch die o. g. Zählregeln.

Den europäischen Sicherheitsinteressen kommt die Erhöhung der strategischen Stabilität ebenso entgegen wie die Begrenzung des direkten nuklearen Einsatzpotentials der ehemaligen Sowjetunion gegenüber Europa.

Aber wie gesagt, die Zählregeln erfassen nicht alle Nuklearwaffen, so daß in beiden Lagern noch „zu viele“ Kernwaffen vorhanden sind.

### Die Entwicklung von START I nach der Auflösung der Sowjetunion als Folge des Putsches im August 1991

Nach der Auflösung der Sowjetunion haben am 23. Mai 1992 die USA und die vier Mitglieder der GUS-Staaten, nämlich Rußland, Weißrußland, die Ukraine und Kasachstan, die über die ehemals sowjetischen **strategischen Atomwaffen** verfügen, eine Vereinbarung (START-I-Zusatzprotokoll) zur Realisierung des ursprünglichen START-I-Vertrages geschlossen. Danach müssen die vier GUS-Republiken in den nächsten sieben Jahren 39 Prozent der ehemals sowjetischen und die USA 30 Prozent ihrer Bestände von strategischen Nuklearwaffen, die unter

START I fallen, reduzieren. Am 2. Oktober 1992 hat der amerikanische Senat mit 96 zu 6 Stimmen den START-I-Vertrag ratifiziert, Rußland tat dies am 4. November 1992. Die vollständige Ratifizierung von START I im GUS-Bereich läßt noch auf sich warten, da die Ukraine damit weitergehende Unterstützungsforderungen an Rußland und auch an die USA verbindet und dadurch die noch einzige fehlende Ratifizierung von START I hinausschiebt.

Bei seinem Ukraine-Besuch im Februar 1993 hat der deutsche Außenminister die Ratifizierung von START I angemahnt.

### START II

START II ist das Folgeabkommen des von Bush und Gorbatschow am 31. Juli 1991 unterzeichneten START I-Vertragswerkes.

Ein halbes Jahr nach Unterzeichnung von START I kündigte US-Präsident Bush – trotz der inzwischen eingetretenen Auflösung der UdSSR und den damit verbundenen Erschwernissen bei der Realisierung von START I – eine weiterreichende Abrüstungsinitiative am 28. Januar 1992 an. Der Präsident der russischen Föderation (Rußland), Jelzin, schließt sich dem einen Tag später an.

Bei ihrem ersten offiziellen Gipfeltreffen am 16. und 17. Juni 1992 in Washington wurde faktisch die START-II-Vereinbarung „aus der Taufe gehoben“. START II wurde dann am 3. Januar 1993 von Präsident Bush und Präsident Jelzin unterzeichnet und zwar als Vertrag zwischen den USA und Rußland.

### Die START-II-Regelung allgemein

START II muß so verstanden werden, daß alle die Bestimmungen von START I die durch neue START-II-Regelungen nicht ersetzt werden, weitergelten. Das gilt vor allem für diejenigen Bestimmungen, die sich auf die umfassenden Verifikationsverfahren und die vielfältigen Modernisierungs- und Dislozierungsverböte beziehen. Diese drei Bereiche von START I gelten also uneingeschränkt weiter.

### START-II-Regelungen, die über START I hinausgehen

START II sieht eine erhebliche Reduzierung im Bereich der strategischen Nuklearwaffen beider Seiten in zwei Phasen vor.

In der ersten Phase (7 Jahre des START-I-Vertrages bis 1999) sollten die in START I jeder Seite insgesamt

zugestanden 6000 Sprengköpfe erheblich vermindert werden und zwar auf maximal 4250 Nuklearsprengköpfe für die USA und 3800 für Rußland.

In der zweiten Phase bis zum Jahre 2003 erfolgt eine Reduzierung auf 3500 Sprengköpfe für die USA und 3000 für Rußland.

Unter Stabilitätsgesichtspunkten ist es bedeutsam, daß START II die Vernichtung aller landgestützten nuklearen Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen vorsieht.

Für die USA bedeutet das, daß sie ihre 50 mit jeweils 10 Sprengköpfen bestückten MX-Raketen aufgeben. Gleichzeitig werden 500 amerikanische Minuteman-Interkontinentalra-

keten auf einen statt der bisherigen drei Sprengköpfe „umgerüstet“.

Für Rußland folgt daraus, daß es alle 308 Interkontinentalraketen vom Typ SS 18 sowie alle mobilen SS 25-Raketen – jede dieser Raketen kann 10 Nuklearsprengköpfe in die ballistische Umlaufbahn bringen – vernichten muß. Die SS 19-Raketen – mit je 6 Sprengköpfen bestückt – sind zu vernichten oder so umzurüsten, daß sie nur einen Sprengkopf haben. Unverändert bleiben die SS 24-Raketen. Die SS 18 waren der Kern und das destabilisierende System der früheren sowjetischen Streitkräfte.

Die jeweiligen Obergrenzen von nuklearen Einfachsprengköpfen verteilen sich dann folgendermaßen:

Trägersysteme	USA		Rußland	
	bisher	START II	bisher	START II
Interkontinentalraketen = ICBM	2370	500	6627	504
seegestützte Interkontinentalraketen = SLBM	3584	1728	2776	1744
Bomber	3908	1272	1506	752
Gesamt	9862	3500	10909	3000

Neben der Begrenzung der Sprengköpfe wurden in START II die „Zählregeln“ für luftgestützte Nuklearwaffen geändert. Während bei START I die Zuladung bei den Bombern (B 52) 2:1 gezählt wurde, wird nach START II die tatsächliche Zuladung, d. h. ein B-52-Bomber mit 20 Marschflugkörpern wird auch mit nunmehr 20 Nuklearwaffen gezählt.

Das START-II-Ergebnis ist im Wege eines Kompromisses erzielt worden, der

- Rußland gestattet, einen Teil der an sich zu eliminierenden SS 18-Silos für die Aufnahme von Raketen mit einem Sprengkopf umzubauen sowie einen Teil der an sich 6 Sprengköpfe führenden SS 19-Interkontinentalraketen so umzurüsten, daß sie nur noch einen Gefechtskopf behalten und
- Amerika gestattet, rund 100 Flugzeuge der B-1-Flotte noch nicht als „strategisch“ einzustufen.

### Der Gehalt des START-II-Vertrages

Die Fachwelt faßt die START I und II-Abkommen positiv dahin zusammen, daß durch sie die landgestützten Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen beseitigt werden und die übrigen Bestände strategischer Nuklearwaffen bis zum Jahre 2003 um Zweidrittel reduziert werden.

Man ist sich aber auch darüber im klaren, daß eine derart forcierte Abrüstung finanzielle und technische Probleme aufwirft. Dies treffe insbesondere für Rußland zu und fordere eine entsprechende finanzielle und technische Unterstützung Rußlands in der kommenden Dekade. Zwar sei die „Abrüstungshilfe“ des Westens und insbesondere der USA bereits angelaufen, sie werde künftig einen rüstungskontrollpolitischen Schwerpunkt gegenüber den von der nuklearen Abrüstung betroffenen GUS-Staaten bilden. Und schließlich müsse noch darauf hingewiesen werden, daß beide Abkommen auch noch vollständig ratifiziert werden müssen.

Die USA und Rußland haben START I ratifiziert, die Ratifizierung durch die Ukraine steht noch aus. Aber erst nach der Ratifizierung von START I und des Zusatzprotokolls (s. o.) durch die Ukraine können beide Abkommen in Kraft treten.

Für die Ratifizierung von START I und II hat sich der deutsche Außenminister, der den erfolgreichen Abschluß von START II als eine gute Nachricht zum Ausklang von 1992 bezeichnete, bei seinem Besuch der Ukraine Mitte Februar 1993 mit Nachdruck eingesetzt und klargemacht, daß Hilfen und Kredite der Bundesre-

publik Deutschland von der Einhaltung der Abrüstungszusagen durch die Ukraine abhängig seien.

Bei seinem Besuch der Ukraine am 9./10. Juni 1993 hat sich der deutsche Bundeskanzler mit Nachdruck für eine Ratifizierung der START-Verträge und des Atomwaffensperrvertrages durch die Ukraine eingesetzt.

In einer gemeinsamen Erklärung am Ende des Besuchs versprach die ukrainische Regierung, den Prozeß der Abrüstung energisch voranzutreiben. Allerdings gibt es in der Ukraine Kräfte, die noch wirtschaftliche Vorteile aus der herrschenden Situation vor der angemahnten Ratifizierung der Verträge erreichen möchten.

Auf hoher politischer Ebene ist das START-II-Abkommen als großer Dienst für die ganze Menschheit bezeichnet worden, mit dem eine neue Ära in der Weltpolitik beginne.

In Washington wird jetzt wieder über einen Vorschlag diskutiert, den Präsident Reagan dem Präsidenten der ehemaligen UdSSR, Gorbatschow, in Reykjavik machte: Alle ballistischen Raketenwaffen weltweit zu bannen. Diese Art von Null-Lösung sei mittels Satelliten überprüfbar, spare Geld, mache SDI überflüssig und verlängere die Vorwarnzeiten vor kriegerischen Auseinandersetzungen. Sicherheitsexperten sprechen von ZBM für Zero Ballistic Missiles.

### Verwendete Literatur:

- Karuhn, Die Vorschriften für Rüstungsbeschränkung im „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“, Humanitäres Völkerrecht, 1992, H 1/2.
- Grupp, Freiheit und Frieden – Auf dem Weg zu einer Friedensordnung in Europa, OMNIA Verlag GmbH, Stuttgart, 1989.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bericht zur Rüstungskontrolle und Abrüstung 1990/91.
- Der Bundesminister der Verteidigung – Referat Öffentlichkeitsarbeit, Verifikation, Sept. 1992.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Stichworte zur Sicherheitspolitik, Jahrgänge 1991, 1992 sowie Sonderpublikationen zur Sicherheitspolitik.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, Mehr Sicherheit mit weniger Waffen, 1992.
- Bulletin der Bundesregierung, Jahrgänge 1991, 1992 mit einschlägigen Abkommen und Publikationen.
- Informationen für die Truppe, 1990–2/1993 mit einschlägigen Publikationen.
- Streitkräfteamt Meckenheim, Öffentlichkeitsarbeit, 1990–1992 mit einschlägigen Publikationen.
- Meier, START-Erfolg nach neun Jahren, Europäische Sicherheit, Heft 9/91.
- Meier, Joop, Die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Europäische Sicherheit, Heft 6/92.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, Generalanzeiger, Bonner Stadtanzeiger, Die Zeit mit einschlägigen Publikationen.
- Raap, Die Souveränität Deutschlands, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung 1/92.

## Thüringer Spitzenpolitiker beim BVS

„Besondere Professionalität wird notwendig sein, um die thüringische Bevölkerung über den Zivil- und Katastrophenschutz zu informieren.“ Dies erklärte der FDP-Politiker Peter Backhaus, Vizepräsident des Thüringer Landtags, anlässlich eines Informationsbesuches der Mitglieder des Thüringer Innenausschusses an der Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Bereits kurz nach dem Beitritt des Landes Thüringen zum BVS fanden Gespräche mit den zuständigen Sprechern der Landtagsfraktionen statt, die nun in Ahrweiler fortgesetzt wurden.

BVS-Direktor Helmut Schuch und BVS-Koordinator Peter Eykmann informierten die Abgeordneten über die bereits getroffenen Vorbereitungen zum Schutz der Bevölkerung. Schwerpunkt der Beiträge war die Neukonzeption der zivilen Verteidigung und insbesondere die Umstrukturierungsmaßnahmen beim BVS. Danach sollen in Thüringen BVS-Informations- und Beratungsstellen in Erfurt und Gera eingerichtet werden. Zur Zeit sei man auf der Suche nach geeigneten Liegenschaften, informierte Direktor Schuch.

Backhaus, zugleich Vorsitzender des Innenausschusses, wies auf die besondere Sensibilität der ehemaligen DDR-Bevölkerung bei Themen der Zivilverteidigung hin. Trotzdem seien aus seiner Sicht auch in der heutigen Zeit Informationen zu dieser Thematik erforderlich. Besonders notwendig sei es, Multiplikatoren aus allen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen zu finden, die die Be-



BVS-Direktor Helmut Schuch (Mitte) im Kreise der Besucher aus Thüringen (v. links): Dr. Hans-Peter Häfner (CDU), Eckehard Kölbl (CDU), Peter Backhaus (FDP), Helmut Rieth (SPD), Wolfgang Fiedler (CDU) und Günter Pohl (SPD).

deutung der Zivilverteidigung glaubwürdig darstellen könnten.

Wolfgang Fiedler, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses, ergänzte, daß diese Informationen mit dem notwendigen „Fingerspitzengefühl“ vermittelt werden müßten. „Die Erfahrungen aus DDR-Zeiten dürfen keinesfalls unberücksichtigt bleiben“, stellte Fiedler fest.

Alle Abgeordneten begrüßten nachhaltig das Vorhaben, Informationsveranstaltungen gemeinsam mit Weiterbildungsinstituten und Stiftungen der politischen Parteien zu planen. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Günter Pohl, griff die Ausführungen von BVS-Direktor Schuch auf und sprach sich für eine baldige Präsenz des BVS in Thüringen aus.

Mit verschiedenen Vorführungen aus den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung wurde den Abgeordneten ein Eindruck über die vielfältige Arbeit des BVS vermittelt. Hierbei wurde deutlich, wie wichtig der Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitern und deren Qualifizierung ist.

Als besonders sinnvoll werteten die Politiker den Aspekt des „Doppelnutzens“. Er sei nach ihrer Auffassung nicht nur hilfreich und zweckdienlich, sondern auch „legitim“.

Ein Besuch der Übungsleitstelle in der Katastrophenschutzschule des Bundes sowie weitere Informationen des Schulleiters Franz Josef Molitor beendeten den Aufenthalt und Erfahrungsaustausch in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

- fh -

### Hessen

#### Lich

Unter dem Slogan „Wir helfen gemeinsam“ präsentierten sich die in Hessen vertretenen Katastrophenschutzorganisationen auf dem Hessentag in Lich. Der große Messestand erregte das Interesse vieler Besucher. Klare Linien, helle Flächen und zahlreiche Spots rückten den Katastrophenschutz in ein gutes Licht. Jede der insgesamt zehn beteiligten Organisationen vermittelte mit einem Foto auf der Darstellungswand ihre Tätigkeit. Zusätzlich stand ihnen jeweils ein Tag während des Hessentages zur Verfügung, um eine Sonderaktion durchzuführen.

Der BVS veranstaltete ein Quiz. Zahlreiche Besucher beteiligten sich und beantworteten die Fragen zum Bevölke-

rungsschutz. Ministerpräsident Eichel ließ es sich bei seinem Rundgang nicht nehmen, längere Zeit am Gemeinschaftsstand der Katastrophenschutzorganisationen zu verweilen. Eichel lobte die gemeinsame Präsentation und wünschte für die Zukunft viel Erfolg.

Reißenden Absatz fand das Falblatt des BVS, das wichtige Informationen zu den Organisationen des gemeinsamen Hilfeleistungssystems und des Bevölkerungsschutzes in Deutschland bot.



Der gemeinsame Messestand auf dem Hessestag.



Der hessische Ministerpräsident Hans Eichel im Gespräch mit BVS-Mitarbeitern auf dem Gemeinschafts-Messestand.

## Hungen

Bereits zum zweitenmal präsentiert der BVS im Schalterraum der Oberhessischen Volksbank in Hungen die Ausstellung „Zivilschutz – mit dem Bürger – für den Bürger“. Bei der Eröffnung betonte Ulrich Bertram, Berater für Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Außen-/Landesstelle Mainz, wie wichtig es ist, die Bevölkerung über die einzelnen Bereiche des Zivil- und Bevölkerungsschutzes zu informieren.

Seinen Dank für das Zustandekommen der Zivilschutzausstellung sprach er der Volksbank und Vertretern der Stadt Hungen aus. Im Namen der Stadt wies 1. Stadtrat Dieter Rützel auf die Wichtigkeit des Zivilschutzes für die Bevölkerung hin. Anerkennend äußerte sich Bankdirektor Günther Krause über die anschauliche Aufbearbeitung des Themas Bevölkerungsschutz in den einzelnen Ausstellungselementen. Informationen werden nicht nur über Texte, Abbildungen und Graphiken, sondern auch über audiovisuelle Medien vermittelt. Die Besucher können sich so gezielt während Wartepausen an den Schaltern über den Zivilschutz, Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers informieren. Falls Fragen auftreten, steht ein sachkundiger Berater des BVS zur Verfügung.

## Kassel

Für seine nunmehr 30jährige ehrenamtliche Mitarbeit beim Bundesverband für den Selbstschutz wurde Hans-Joachim Fröhlich in den Räumen der BVS-Dienststelle Kassel ausgezeichnet.

BVS-Dienststellenleiter Hatalla würdigte im Auftrag des Außenstellenleiters Urbaniak die Verdienste des Jubilars und überreichte Urkunde und Ehrengabe. Sachgebietsleiter Wufka, Landeshelfervertreter Breitmeier und viele Mitarbeiter reihten sich in die Schar der Gratulanten ein.



Der Jubilar (vierter von links) im Kreise der Gratulanten.

## Rheinland-Pfalz

### Ludwigshafen

Im Anschluß an die gute Resonanz, die mit Schaufensterwerbung, zum Beispiel in Apotheken, in den Jahren zuvor erzielt wurde, nutzte die BVS-Dienststelle Ludwigshafen erneut die Möglichkeit, auf diese Weise auf den BVS aufmerksam zu machen. So hat der BVS einige Werbeschaufenster am Danziger Platz in Ludwigshafen belegt. Die Auslagen zeigen BVS-Broschüren und wie eine Lebensmittelbevorratung für den Notfall auszusehen hat. Aufgrund der besonders günstigen Lage an einer Passage, an die Parkplätze anschließen, kommen tagtäglich Hunderte von Menschen an den Informationen des BVS vorbei. Die Öffentlichkeitsarbeit des BVS in Ludwigshafen erreicht so jeden Tag viele Menschen.

\*

Mit einer Ausstellung über Selbsthilfe und Schutzmaßnahmen präsentierte sich die BVS-Dienststelle Ludwigshafen im Rathaus der Verbandsgemeinde Lingenfeld. Themen wie Unfallverhütung, Maßnahmen zum Brandschutz und Hilfeleistungen bei Unfällen und Verletzungen aller Art stießen auf allgemeines Interesse der Besucher, die zahlreich erschienen waren. Broschüren über Zivil- und Selbstschutz gaben Anlaß zu weiterführenden Gesprächen mit dem BVS-Team am Stand.

### Zweibrücken

Mit von der Partie war der BVS am Tag der offenen Tür der Freiwilligen Feuerwehr Zweibrücken. Die Dienststelle Kaiserslautern hatte ihren Info-Stand, die BVS-Zivilschutzausstellung mit Broschürenmaterial aufgestellt. Rund 200 Besucher nahmen am BVS-Preisrätsel teil und beantworteten Fragen zum Zivil- und Selbstschutz. 22 Teil-

nehmer gewannen Preise. Die beiden ehrenamtlichen Mitarbeiter Edith und Lothar Lösch betreuten den Informationsstand und waren sich einig: Die BVS-Aktion hat sich wieder einmal gelohnt!

## Brandenburg/Berlin

### Berlin

Gewissermaßen als Ankündigung dafür, daß die neugegründete BVS-Außen-/Landesstelle Potsdam nun bald mit voller Besetzung ihren Dienst im Land Brandenburg und in Berlin aufnehmen wird, erfolgte die erste BVS-Beteiligung an einer Messe auf dem Ausstellungsgelände unter dem Berliner Funkturm. Im Rahmen der „SiTech '93“ informierten die BVS-Mitarbeiter neben der Polizei und der Arbeitsgemeinschaft Betrieblicher Brandschutz über den gesamten Bereich Bevölkerungsschutz.

Staatssekretär Dr. Ruckriegel vom Innenministerium des

Landes Brandenburg regte durch seinen Besuch am BVS-Stand und seine Eintragung ins Gästebuch das Interesse vieler Besucher und der anderen Aussteller an. Er wünschte dem BVS bei seiner ersten Messebeteiligung in einem der neuen Bundesländer viel Erfolg und ein gutes Gelingen.

Im Verlauf der Ausstellung wurde festgestellt, daß es sich bei den Besuchern um ein äußerst interessiertes Publikum handelte, das hauptsächlich aus Sicherheitsbeauftragten von Behörden, Verwaltungen und Betrieben bestand. Den großen Einzugsbereich dieser Messe belegten die Gespräche mit vielen Besuchern aus fast allen Bundesländern und des Auslands.

Der Schwerpunkt der Informationen durch die BVS-Mitarbeiter war die Erläuterung des Doppelnutzens und die Darstellung, daß nicht nur staatliche Aufgaben eine sichere Daseinsvorsorge garantieren, sondern durch die Bemühungen jedes einzelnen Bürgers zu ergänzen sind.

Die gute Resonanz bei dem

ersten Messeinsatz in einem der neuen Bundesländer, die vielen neuen Kontakte und Gespräche, haben deutlich gezeigt, welch großes Informationsbedürfnis die Menschen dort haben. Damit dieses Bedürfnis bei der nächsten „Si-Tech“ im Jahr 1995 entsprechend Beachtung findet, wurde vereinbart, das Thema Bevölkerungsschutz mit in den messebegleitenden Kongreß aufzunehmen.

## Nachruf

Die BVS-Außen-/Landesstelle Mainz nimmt Abschied von der ehemaligen Personalsachbearbeiterin der Landesstelle Rheinland-Pfalz

### Jakobine Wiegand

und von dem ehemaligen Kfz-Sachbearbeiter der Landesstelle Hessen

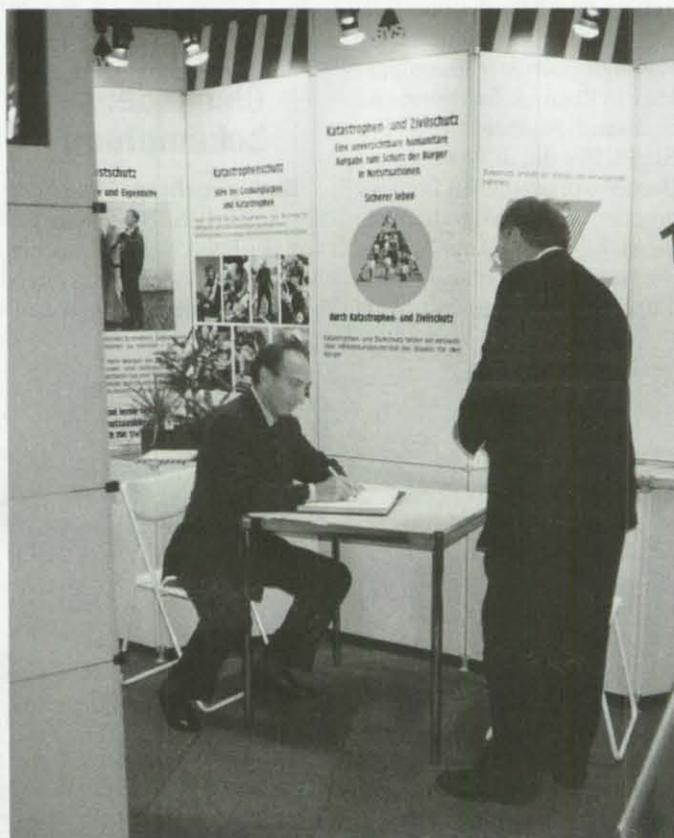
### Reinhold Horn

Bereits 1954 trat die gelernte Stenotypistin in den damaligen BLSV als hauptamtliche Mitarbeiterin ein. 1970 schied Jakobine Wiegand aus Altersgründen aus dem Dienst beim Bundesverband für den Selbstschutz aus.

Reinhold Horn setzte sich bis zu seiner Pensionierung 1983 17 Jahre für die Belange des BVS ein. 1966 war Horn in den BVS eingetreten, feierte dann sein 25jähriges Dienstjubiläum im öffentlichen Dienst.

Im September verstarben Jakobine Wiegand und Reinhold Horn nach schwerer Krankheit. Wir werden beiden ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Außenstelle Mainz



Staatssekretär Dr. Ruckriegel trägt sich ins Gästebuch am BVS-Stand ein.



## Schleswig-Holstein



### 40 Jahre THW Eutin

**Eutin.** Nach wochenlanger Vorbereitung feierte der Ortsverband Eutin einen Doppelgeburtstag: 40 Jahre THW Eutin und zehn Jahre Helfervereinigung. Unter blauem Himmel eröffneten THW-Ortsbeauftragter Günter Radloff und der Bürgermeister der Stadt Eutin, Gernot Grimm, die Jubiläumsfeier. Eine anschließende Geräteschau fand bei den zahlreichen Gästen großes Interesse.

Höhepunkt war zweifelsohne die offizielle Übergabe zweier Fahrzeuge und die Taufe eines Rettungsbootes. Der Fuhrpark des Ortsverbandes Eutin wurde um einen Gerätewagen für die Wasserrettung sowie ein spezielles Kettenfahrzeug erweitert.

Nach der erfolgreichen Eröffnung am Morgen wurde das Fest am Nachmittag mit einem umfangreichen Programm auf dem Gelände der Unterkunft fortgesetzt. In zahlreichen Vorführungen zeigten die Helferinnen und Helfer, wie und womit das THW rettet. Beeindruckt zeig-

te sich das Publikum von der Sauerstofflanze und der Hydropresse. Die Neustädter Ölwehr demonstrierte in einem Wasserbassin die Ölschadensbekämpfung. Auch die Hundestaffel des THW erwies sich als Publikumsmagnet.

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg für das THW Eutin, zu dem alle Helferinnen und Helfer beigetragen haben.

### Einstieg in den Instandsetzungsdienst

**Schwerin.** Acht neue Instandsetzungstruppkraftwagen für die acht THW-Ortsverbände in Mecklenburg-Vorpommern sind in diesem Bundesland der Einstieg in den Fachdienst Instandsetzung. Weiterhin übergab der schleswig-holsteinische THW-Landesbeauftragte Dr. Hans-Ingo Schliwienski für die ebenfalls im Aufbau befindlichen Räumgruppen der Bergungszüge in Rostock, Schwerin und Stralsund Radlader von Typ SL 34. Für die in Wolgast und Bergen vorgesehenen Pontongruppen wurden Autodrehkräne ADK 70 und 80 mit 7 t bzw. 8 t Hubkraft übergeben. Eine Tatra-Zugmaschine mit Auf-

lieger wurde dem Ortsverband Rostock für dessen Brückenbauzug übergeben.

### THW auf Stundenplan

**Altenholz.** Im Rahmen der Ausbildung an der Verwaltungsfachhochschule in Altenholz stand erstmalig für angehende Polizeikommissare das Technische Hilfswerk für zwei Tage auf dem Stundenplan. Schwerpunkt war, die Polizisten über den Aufbau des THW zu informieren und die Einsatzmöglichkeiten darzustellen. Der zweite Tag stand ganz im Zeichen der Praxis. Im Katastrophenschutzzentrum Kiel wurde nicht nur die vielfältige Gerätschaft präsentiert, sondern auch die Arbeit der Ortungsgruppe mit Geophonen und Hunden wurde demonstriert.

### Spezialität: Ölschadensbekämpfung

**Bad Segeberg.** Anlässlich des 20jährigen Bestehens des von der Feuerwehr getragenen ABC-Zuges des Kreises Segeberg präsentierte sich bei ei-

nem Tag der offenen Tür auch der THW-Ortsverband Bad Segeberg. Schwerpunkt seiner Selbstdarstellung war die Ölwehr des Ortsverbandes, welcher für den Kreis ein spezielles Ölabwehrkonzept erarbeitet hat. Die Arbeit des Ortsverbandes fand nicht nur beim Fachpublikum großes Interesse.

## Hamburg



### Hilfeleistung für Bessarabien

**Hamburg.** Das Technische Hilfswerk Hamburg-Altona beförderte Hilfsgüter in die Region von Sarata und Tarutuno. Es ist schon ein weiter Weg von Hamburg nach Sarata, quer durch Polen, durch die Ukraine bis Odessa, ein Stück durch Moldavien und dann wieder durch die Ukraine.

Vom 30. August bis zum 11. September waren die vier Altonaer THW-Helfer mit ihren jeweils 23 Tonnen fassenden Sattelzügen unterwegs. Transportiert wurde eine Spende der Bundesrepublik Deutschland, bestehend aus einer komplet-



Mit dem Kran des neuen Kettenfahrzeuges eröffnen sich den Eutiner THW-Helfern vielfältige Einsatzmöglichkeiten. (Foto: Sechaver)



Die Ölwehr-Ausrüstung des THW-Ortsverbandes Bad Segeberg weckt auch das Interesse der Feuerwehr. (Foto: Döpfer)



Die THW-Sattelzüge an der polnisch-ukrainischen Grenze.

(Foto: Düll)

ten OP-Ausrüstung für das Gebietskrankenhaus in Sarata.

Außerdem wurden noch Bekleidung, Nahrungsmittel, Nähmaschinen und Stoffe für die Dörfer Tarutino, Lichtental und Friedensfeld mitgenommen. Alle diese Güter wurden durch die Aktionsgruppe Heimatdörfer Bessarabien verteilt.

M. D.

## Bremen



### Landtag einstimmig für THW

**Bremen.** Die bremische Bürgerschaft hat sich in ihrer Septembersitzung einstimmig für den Erhalt eines eigenständigen Bremer Landesverbandes des THW ausgesprochen. Die Abgeordneten des Bremer Landesparlaments erteilten damit Überlegungen, die Landesverbände Niedersachsen und Bremen zusammenzulegen, eine klare Absage.

Mit ihrem Votum stärkten sie der Landesregierung des Zwei-Städte-Staates an der Weser den Rücken, sich beim Bundesinnenministerium für den Erhalt einer eigenständigen THW-Landesorganisation mit Sitz in Bremen einzusetzen. Es dürfe nicht angehen, daß die Motivation der Helferinnen und Helfer durch Diskussionen über die Auflösung

gewachsener Strukturen gefährdet werde, unterstrichen die Parlamentarier.

„Hier dreht man an einer Schraube, an der man nicht drehen darf“, äußerte sich Christdemokrat Ralf Bergen. Gerade die Helfer des THW, die zuerst danach fragen würden, was sie selbst für den Staat tun können, dürfe man nicht verunsichern und mit der Zerschlagung ihres Landesverbandes bestrafen.

P. L.

### Bremer Hafentage

**Bremen.** Ein großes Ereignis ist die Maritime Woche in der Freien und Hansestadt Bremen. Ausrichter ist der Senator für Häfen, Schifffahrt und Außenhandel. Auch in diesem Jahr kamen über 50 000 Besucher in den Bremer Hafen.

Auch der THW-Ortsverband Bremen-Neustadt war bei den Hafentagen vertreten. Die Pontongruppe betrieb eine 4-t-Personenfähre. Sie hatten an beiden Tagen um die 600 Gäste. Zwei Einzelboote waren dabei für den Rettungsdienst eingesetzt. Der Bergungszug übernahm folgende Aufträge: Parkplatzsicherung, Ordnungsdienst am Schiffsanleger und die Festplatzbewachung.

Der Instandsetzungszug mußte für die THW-Einheiten die Strom- und Wasserversorgung sicherstellen. Des Weiteren wurde die Uferpromenade ausgeleuchtet.

Der Fernmeldezug betrieb eine Fernmeldezentrale. Fernsprechverbindungen zum Radarturm, zur Rettungsstation des Arbeiter-Samariter-Bundes, zum Infostand auf dem Festplatz und zu den THW-Helfern auf dem Parkplatz mußten gebaut, betrieben und unterhalten werden. Hinzu kamen noch die Sprechfunkverbindungen zur Polizei und Wasserschutzpolizei.

Großer Andrang war bei der Jugendgruppe des Ortsverbandes zu verzeichnen. Vor der von den Jugendlichen gebauten und betriebenen Seilbahn bildeten sich lange Schlangen von Kindern.

J. K.

## Niedersachsen



### Ehemalige deutsch-deutsche Brücke abgebaut

**Eckertal/Stapelburg.** Nach knapp dreijähriger Nutzung und nach Fertigstellung der neuen B 6-Umgehung wurde ein Relikt der „Nachwendzeit“, die Behelfsbrücke über die Ecker, von Eckertal nach Stapelburg, in diesen Tagen abgebaut und zerlegt. Ihre Errichtung Anfang Januar 1990 an nur einem Wochenende

fand als erster deutsch-deutscher Brückenschlag in die damalige DDR bundesweite Beachtung.

Millionen Fahrzeuge haben in der Zwischenzeit das Provisorium, das nun durch eine moderne Betonkonstruktion ersetzt worden ist, befahren. Nach Vorbereitungsarbeiten durch Wilhelmshavener THW-Helfer hob ein 150-Tonnen-Spezialkran die komplette Stahlkonstruktion mit einem Gewicht von 35 Tonnen, 6,50 Metern Breite und 18,50 Metern Länge aus ihrer Verankerung und setzte sie auf acht Rollen-Widerlager auf der jetzt stillgelegten alten Bundesstraße ab.

Vier Wochen später rückte der komplette Brückenbauzug unter der Führung von Edmund Schulze und Peter Heins an, um die D-Brücke in ihre Einzelteile zu zerlegen.

Die Helfer merkten bald, daß der Zahn der Zeit auch an der Wilhelmsbrücke nicht spurlos vorübergegangen war. Viele Schrauben waren ange rostet oder durch die dauerhafte Belastung gekrümmt. Unter erheblicher Kraftanstrengung und mit Unterstützung des eigenen 25-Tonnen-Kranes konnte, beginnend mit den 3 mal 6,5 Meter großen und drei Tonnen schweren Fahrbahnplatten, die Brücke nach und nach in ihre Einzelteile zerlegt und für den späteren Abtransport in ein Lager des Bundesverkehrsministeriums bereitgestellt werden.

R. B.



1990 in Rekordzeit errichtet, hat die Brücke fast drei Jahre ihren Zweck erfüllt.

(Foto: Bormann)



Die THW-Jugendlichen stellen sich zum Erinnerungsfoto.

## Lehrgang der THW-Jugend

**Hannover.** Zu einem Lehrgang Öffentlichkeitsarbeit in der THW-Jugend Niedersachsen hatte der Bildungsreferent der THW-Jugend, Klaus Reichel aus Lohne, in das Jugend- und Freizeitheim am Dümmer See eingeladen. Unterstützt wurde Reichel durch den Referenten für Öffentlichkeitsarbeit der THW-Jugend, Ingolf Czwink aus Bookholzberg.

Die Teilnehmer des Lehrgangs, Jungen und Mädchen im Alter von 13 bis 17 Jahre, kamen aus ganz Niedersachsen.

Themen des Lehrgangs waren Umgang mit der Presse, Möglichkeiten der Selbstdarstellung, Einweisung in die Kameratechnik, Grundsätze der Öffentlichkeitsarbeit, Erstellen eines Presseberichts mit Foto. Höhepunkt der Veranstaltung war der Besuch bei einer Tageszeitung. Hier wurde gezeigt, wie eine Zeitung erstellt wird.

Die Verantwortlichen des Lehrgangs waren mit dem Erfolg sehr zufrieden. Landesjugendleiter Artur Plasier überreichte allen Teilnehmern die Teilnehmerurkunden.

I. C.

## Bodo Wisnewski ist tot

**Helmstedt.** Bodo Wisnewski ist plötzlich gestorben. Mit ihm verlor das Technische Hilfswerk ein engagiertes Mit-

glied. Sein Tod setzte dem unermüdlichen, fast drei Jahrzehnte andauernden Wirken des stellvertretenden Kreis- und Ortsbeauftragten ein jähes Ende.

Wisnewski verstand sich jederzeit als engagierter ehrenamtlicher THW-Mann, hatte sich dem Wohle des Hilfswerks, seiner Mitglieder und dem Katastrophenschutz verpflichtet. Dafür wurde er mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber geehrt.

Über die Grenzen des THW Helmstedt hinaus war er stets bereit, seine Zeit und Kraft für die Organisation einzusetzen. Selbst ein schwerer Unfall hielt ihn nicht davon ab, sich maßgebend und mit großem Zeitaufwand für den Umbau und den Umzug des THW Helmstedt in die neuen Räume einzusetzen. Er hinterläßt eine Lücke, die nicht zu schließen sein wird.

### Nordrhein-Westfalen



## Großer Anklang beim Sicherheitswettbewerb

**Dortmund.** Im Rahmen der alljährlichen Dortmunder Verkehrssicherheitstage veranstaltete der Bundesverband für den Selbstschutz in der Dortmunder Innenstadt einen Sicherheitswettbewerb für



Das THW steht mit seinen Vorführungen im Mittelpunkt des Interesses. (Foto: Hennig)

die Bevölkerung. Neben allen Dortmunder Katastrophenschutzorganisationen war auch der Dortmunder THW-Ortsverband mit einem Stand und mehreren Aktionen beteiligt.

Neben einem Gerätekraftwagen und einem Mehrzweckboot (W2) war das Bergungsräumgerät mit Zubehör zu besichtigen. Hauptattraktion war jedoch ein 6 Meter hohes Rohrrüst, von welchem der 3. Bergungszug Dortmund unter der Führung von Peter Penning das „Bergen aus Höhen“ demonstrierte. Die Vorführungen wurden dem Publikum über eine Lautsprecheranlage fachkundig von Reinhardt Steinrücke, Zugtruppführer im 3. BZ, erläutert.

Die technische Leitung wurde mit dem neuen, in mehrmonatiger Arbeit eingerichteten, mobilen TEL-Einsatzcontainer des Dortmunder THW abgewickelt.

T. H.

### Hessen



## THW beim Hessentag aktiv

**Lich.** Das letzte Hessentagswochenende war für rund 250 Helfer aus verschiedenen Ortsverbänden des THW durch den Einsatz bei verschiedenen Veranstaltungen geprägt. Am Samstag stand die

internationale Sport- und Musikschau auf dem Programm. Hier waren unter der Leitung des stv. Ortsbeauftragten des Ortsverbandes Gießen, Thomas Kreiling, ca. 60 Helfer im Einsatz. Mit seiner Ausstattung sorgte das THW für die Beleuchtung des Sportgeländes. Auch für die Ordnungsdienste im Stadion zeichneten die THW-Helfer verantwortlich.

Ein weiterer Schwerpunkt des THW-Einsatzes bei Hessentagen ist traditionell die Aufstellung, die Begleitung und die Auflösung des Festzuges. Dies war auch in diesem Jahr nicht anders. Unter der Gesamtleitung des Ortsbeauftragten des OV Gießen, Karl-Heinz Krebs, wurden am Sonntag hierfür ca. 180 Helfer eingesetzt. Der Einsatz war in die Abschnitte „Einweisung/Auflösung“, „Zugbegleitung“ und „Ordnungsdienst“ aufgeteilt.

Zur Abstimmung des Einsatzgeschehens mit den anderen eingesetzten Hilfsorganisationen sowie der Polizei wurde eine gemeinsame Leitstelle eingerichtet, deren Leitung der ehemalige Ortsbeauftragte des THW Gießen, Bernd Helm, übernommen hatte. Die Verantwortlichen Karl-Heinz Krebs, Thomas Kreiling und Bernd Helm werteten den Einsatzablauf überwiegend positiv.

K.-D. P.

## Alarmübung mit Pumpeneinsatz

**Gießen.** Der Instandsetzungszug des THW Gießen veranstaltete eine Alarmübung auf dem Gelände einer Firma in Gießen. Es wurde eine Hochwasserlage angenommen, durch die die Stromversorgung eines ganzen Straßenzuges gefährdet war. Weiterhin bestand die Gefahr, daß Öltanks in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Nachdem um 17.30 Uhr die Alarmempfänger der Führungskräfte durch die Leitfunkstelle Hessen-West ausgelöst wurden, begann die telefonische Alarmierung der Helfer. Nach kurzer Zeit konnte der Zugführer die Einsatzbereitschaft seines Zuges feststellen und es ging mit der oben dargestellten Aufgabenstellung auf das Gelände. Nach der Lageerkundung durch die Führungskräfte wurden die Aufgaben verteilt. Die Elektrogruppe sorgte unter Leitung von Stefan Gries mit ihrem 30-kV-Aggregat für die Stromversorgung und Ausleuchtung der Einsatzstelle. Die Abwasser-/Öl-Gruppe – geführt von Michael Wildey – baute eine Anlage zur Ölschadensbekämpfung auf und die Gas-/Wasser-Gruppe mit Oliver Biberger an der Spitze sorgte mit ihrem Pumpeneinsatz für den richtigen Wasserstand.

Im Rahmen dieser Übung hat sich wieder einmal gezeigt, daß der Instandsetzungszug für den Einsatz bei größeren Schadenslagen gut gerüstet ist. Als die Einsatzkräfte gegen 22.00 Uhr die THW-Unterkunft wieder erreichten, zog Zugführer Thomas Kreiling eine positive Bilanz der Übung.

K.-D. P.

# Warndienst



## Kerntechnische Anlage von innen

Unter einer kerntechnischen Anlage stellt man sich meist ein Kernkraftwerk vor – darüber gibt es häufig Informationen und Eindrücke in allen Medien. Über eine Urananreicherungsanlage ist allgemein wenig bekannt. Die Umweltraadioaktivität wird vom Warndienst in der Umgebung kerntechnischer Anlagen verstärkt gemessen. Auch in der Umgebung der Urananreicherungsanlage Gronau geschieht das.

Nach Voranmeldung ging es am 18. September 1993 unter Leitung des Warnamtes IV für die Helfer der Warndienstleitstellen Coesfeld und Paderborn nach Gronau an der holländischen Grenze. Im Informationszentrum der Urananreicherungsanlage wurden die Helfer über die Aufgaben, die Technologie und die Leistungsfähigkeit der Anlage ins Bild gesetzt. Beim Rundgang in Kleingruppen wurden die verschiedenen Abteilungen vorgestellt. Strahlenschutz gehört zum Alltag. So führte beispielsweise jede Kleingruppe ein Dosismeßgerät mit.

Es erwartete die Helfer eine technologische Glanzleistung der westeuropäischen Industrie. Die Transportbehälter mit dem Uranhexafluorid werden in Aufheizkammern erwärmt und nach Druckminderung Zentrifugen-Kaskaden zugeführt. Die Kaskaden – das Herzstück der Anlage – füllen ganze Hallen. Hier wird in Zentrifugen das spaltbare Uran-235 von nicht spaltbarem Uran-238 getrennt.

In einer Warte wird der gesamte Betriebsablauf überwacht und gesteuert. Es fällt auf, wie wenig Personal eingesetzt ist. Die meisten Einrichtungen laufen wartungsfrei und extrem verschleißarm. Nach Besichtigung weiterer Stationen wie Maschinenhalle, Produkt-Umfüllanlage, Produkt-Lager und Betriebstechnik wird die eigentliche Anlage verlassen.

Eine abschließende Diskussion zeigt, daß sowohl an der Urananreicherungsanlage selbst Interesse besteht als auch Fragen zur Kerntechnik, Energieversorgung und Umweltverschmutzung aufkommen. Die komplexe Thematik wurde sehr gut erläutert.



Ein Erinnerungsfoto beschließt die informative Besichtigung.

## Automation im Warndienst setzt sich aufgabenorientiert durch

Um Warnungen zum Schutz der Bevölkerung verbreiten zu können, kommt es auf schnellstmögliche Erfassung der Gefahrensituationen an. Rechnergestützte Erfassungs- und Bearbeitungseinheiten, die für eine schnellere Erledigung von Arbeitsabläufen sorgen, finden daher auch im Warndienst mehr und mehr Verwendung und dienen der Verbesserung des Schutzes der



Moderne Technologie hilft, den Datenaustausch weiter zu beschleunigen. (Foto: Panasonic)

Bürger. Der Rechnereinsatz muß zugleich vor dem Hintergrund einer sich ständig verstärkenden, notwendigen internationalen Zusammenarbeit gesehen werden; denn Gefahrenlagen, wie z. B. eine hohe künstliche Radioaktivität in der Luft, lassen sich im allgemeinen nicht an Ländergrenzen stoppen.

Noch bis Ende dieses Jahres werden die Warnämter mit Bildübertragungsanlagen ausgestattet, die den Datenaustausch – auch international – weiter beschleunigen. Die Anforderungen auch an die Ausbildung steigen durch Arbeitsplatz-Zusatzeinrichtungen neuester Technologie ständig, damit die Warndienstleistungen zum Wohle der Bürger stets zuverlässig eingesetzt und optimal bedient werden können.



## Veränderungen führten zu neuen Spannungen

Dies war ein sehr wichtiges Jahr für die Föderation und auch für die Rotkreuzbewegung überhaupt. Die Generalversammlung der Föderation fand im Oktober in Birmingham statt, und im Anschluß daran tagte der Delegiertenrat der Rotkreuzbewegung. Diese Besprechungen fielen in eine für die Bewegung insgesamt kritische Zeit: „Wir stehen gegenwärtig vor einem zunehmenden Bedarf an Rotkreuzdienststellen in einer Welt im Umbruch“, meinte Föderationspräsident Dr. Mario Villaroel Lander.

Dieser tiefgreifende weltpolitische Umbruch war zum Teil durchaus erfreulich. Das Ende des sogenannten „Kalten Krieges“, der Fall der Berliner Mauer, die Erneuerung der Beziehungen zwischen Ost und West und die daraus resultierenden Hoffnungen für die Zukunft, all dies nährte im Hinblick auf die nahende Jahrhundertwende viele positive Gedanken.

Aber eben diese Veränderungen haben zu neuen Spannungen geführt. Freiheit bedeutet auch mehr Verantwortung, und dieser Herausforderung war in manchen Teilen der Welt leider nicht jeder gewachsen. Statt ihre neue Freiheit als Chance zum Aufbau einer besseren Welt zu sehen, haben manche sie benutzt, um alte Spannungen neu zu schüren, um Anspruch auf Staatsgebiet zu erheben, das die Geschichte nun einmal anderen Menschen zugesprochen hat, um Spaltung anzustreben, wo einst Einvernehmen herrschte.

Das Geschehen im ehemaligen Jugoslawien ist hierfür das

beste Beispiel, und die daraus resultierende Tragödie hat die ganze Welt erschüttert. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hatte im Konflikt in Sarajevo den Verlust eines Delegierten zu beklagen. Die Föderation hat das Elend der Abertausenden erlebt, die bei „ethnischen Säuberungen“ zum Verlassen ihrer Heimorte gezwungen wurden, und dieser zu Beginn der 90er Jahre noch unerhört scheinende Begriff ist unseren Kindern inzwischen völlig verständlich und geläufig geworden.

Und so wird das Rote Kreuz wahrhaftig mehr gebraucht als je zuvor. Obwohl ein Großteil der Welt seine Arbeit in der Katastrophenhilfe kennt, ist nicht allen gegenwärtig, welche Arbeit laufend getan wird, mit Flüchtlingen und dislozierten Personen, im Katastrophenschutz und Ressourcenaufbau, zur Unterstützung gefährdeter Menschen und zur Verringerung dieser Gefährdung, ob sie nun auf Armut, mangelnder Bildung, kulturellen oder sozialen Faktoren beruht oder unmittelbar durch einen Konflikt, durch Umwelterstörung oder durch eine Katastrophe bewirkt wurde.

Diese Arbeit mit gefährdeten Menschen – die im Strategischen Arbeitsplan für die 90er Jahre festgelegt sind – ist es, wo der Bedarf gestiegen ist. Aber aus dem eben erwähnten Grund sind viele der Bedürfnisse in Bereichen wie der Entwicklungszusammenarbeit für die Spender nicht immer attraktiv, im Gegensatz zu Spendenaufrufen für Soforthilfen, auf die stets sofort und großzügig reagiert wird – sei es nun nach Erdbeben, Flutkatastro-

phen, Wirbelstürmen oder sonstigen Katastrophen.

Eines der Hauptanliegen der nächsten Jahre wird sein, Verständnis dafür zu wecken, daß ebensoviel Rückhalt und Unterstützung für die Zeit vor einer Katastrophe und die lange Normalisierungsperiode notwendig ist. So stehen die Presseabteilungen bei den Nationalen Gesellschaften und dem Sekretariat der Föderation vor der schwierigen Aufgabe, im Bewußtsein der Öffentlichkeit eine entscheidende Verlagerung des humanitären Auftrags herbeizuführen.

Verbunden mit dem Erfordernis, die Öffentlichkeit allgemein mehr zu informieren, ist die Bedeutung der Ausrichtung von Information auf spezielle Publikumskreise. Die Föderation hat bei der Verbreitung der Rotkreuzgrundsätze und der Förderung des Verständnisses und der Beachtung des internationalen humanitären Völkerrechts unterstützend mitzuwirken. Hier müssen alle Bestandteile der Bewegung ihre Bemühungen verstärken.

Bei der diesjährigen IV. Regionalen Konferenz der Nationalen Rotkreuz- und Rothalbmundgesellschaften aus Asien und dem Pazifik in Peking wurde die Mißachtung der Wahrzeichen angesprochen, deren Funktion als Schutzsymbol einst garantiert war, die heute aber zunehmend auch des Schutzes bedürfen. Die Menschen müssen an die Bedeutung des Roten Kreuzes und Roten Halbmondes erinnert werden, an ihren unermesslichen Wert im Kampf um Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Frieden. Jede Nationale

Gesellschaft muß zum Hüter der Wahrzeichen werden und bei jedem Mißbrauch und jeder Schwächung ihrer Symbolik Besorgnis äußern.

Es ist eine große Freude, neue Rotkreuz- und Rothalbmundgesellschaften in der Bewegung zu begrüßen, denn sie erweitern das weitumspannende Netzwerk, und diese Ausbreitung bedeutet, daß die Rotkreuz- und Rothalbmundfamilie zunehmend „vor Ort“ präsent ist und lokale Ressourcen dort einsetzt, wo sie die beste Wirkung haben. Aber wie alle Eltern wissen, je größer die Familie, desto schwieriger ist es sicherzustellen, daß alle gleichzeitig am gleichen Strang ziehen, daß bei Absprachen jeder berücksichtigt wird, daß jeder stets auf dem laufenden ist und natürlich daß genug Mittel vorhanden sind, um für die Bedürfnisse aller zu sorgen.

Die Föderation kann sich außerordentlich glücklich schätzen, gut funktionierende Systeme zur gegenseitigen Hilfeleistung in praktischer und finanzieller Hinsicht aufgebaut zu haben. Sie kürzt auch die Lehrzeit für die „jüngeren“ Familienmitglieder ab, da sie an dem gesammelten Wissen und der gesammelten Erfahrung teilhaben und sich daher schneller und effizienter entwickeln. Man kann jedoch noch mehr dazu tun, wie eine Familie zusammenzuarbeiten, durch die gemeinsame Nutzung von Wissen und Ressourcen, durch gegenseitige Unterstützung in Krisenzeiten wie auch in Zeiten relativer Stabilität und durch Treffen auf regionaler Basis, um den Kurs so abzustimmen, daß die Arbeit in bezug auf die Bedürfnisse der Menschen in den eigenen Ländern und Regionen besonders sinnvoll ist.

Es ist nicht leicht, die Probleme der Mittelbeschaffung zur Ausstattung dieser wachsenden Familie so zu lö-

sen, daß alle Mitglieder die an sie gestellten Anforderungen schnell und wirksam erfüllen können. Viele Regierungen überarbeiten zur Zeit ihre Haushaltspläne für Hilfen. Viele nehmen Kürzungen vor oder beschränken die Anzahl der geförderten Träger. Daher wurde in den letzten Jahren der Berichterstattung für Spender besonderes Gewicht beigegeben. Man muß ihnen in einer verständlichen Sprache glaubhaft machen, daß ihre Zuwendungen wirksam, wirtschaftlich und reell verwendet werden, ihnen klare Meßgrößen für die Ausgaben an die Hand geben, damit sie den Steuerzahlern in ihrem Land sagen können, wo die staatlichen Mittel für Auslandshilfen hinfließen. Zunehmend werden alternative Finanzierungsquellen erschlossen, um zur Erfüllung der humanitären Funktion fähig zu sein.

Dies sind nur einige der Aufgaben, die jetzt anstehen und wahrscheinlich in den kommenden Jahren eine Herausforderung bleiben werden. Es wird kein Wunder geschehen, das den Handlungsbedarf verringert.

Im südlichen Afrika, mit der Auswirkung der Dürre, sieht man in den Gesichtern der Menschen auch die Erkenntnis, daß dieses Problem uns noch eine Weile beschäftigen wird. Menschen, die ihre Heimatorte verlassen mußten, werden schließlich zurückkehren wollen. Diejenigen, die es nicht tun, werden sich eine neue Existenz aufbauen müssen. Getrennte Familien werden sich um Zusammenführung bemühen und lernen, ohne die Angehörigen auszukommen, die Kämpfe oder Hungersnot nicht überlebt haben.

In den Gebieten Europas, die gegenwärtig den Wirren des Krieges ausgesetzt sind, ist selbst die unmittelbare Zukunft ungewiß. Auch die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien müssen sich ein neues Leben aufbauen, selbst in dieser Übergangszeit und ohne zu wissen, wo sie sich letztendlich vielleicht nie-

derlassen werden. Die dislozierten Personen in den ehemals jugoslawischen Ländern brauchen ebenfalls Hilfe, und dies gilt zunehmend auch für die Familien, die ihnen bei Ausbruch der Kämpfe zunächst Obdach gewährt haben.

In der ganzen Welt steht das Rote Kreuz auch für die Hilfe bei Katastrophen der dem Gefühl nach ironischerweise mehr „traditionellen“ Art – Überschwemmungen, Wirbelstürme, Erdbeben etc. Einer der ermutigendsten Aspekte bei Nationalen Gesellschaften in vielen Ländern ist die Erkenntnis, welche enormen Anstrengungen auf allen Ebenen des Katastrophenschutzes unternommen werden, vom einfachen Erste-Hilfe-Unterricht für junge Leute bis hin zur Beratung durch Rotkreuzverbände zur Bevorratung von Lebensmitteln oder zum Bau von Notunterkünften. So kommt es, daß das Rote Kreuz in einem Arbeitsbereich, den viele für entmutigend halten mögen, positiv und zuversichtlich bleibt.

(Übersetzt von Claire Miessen)

## Das Engagement des DRK in Somalia

Das DRK machte bereits 1992 frühzeitig auf die Krisensituation in Somalia aufmerksam. Durch umfangreiche Spenden erhielt das DRK einen klaren Auftrag, der notleidenden Bevölkerung zu helfen. Nachdem die Hungersnot und somit die akute Notphase inzwischen überwunden ist, engagiert sich das DRK, in Zusammenarbeit mit dem Somalischen Roten Halbmond und der Internationalen Föderation, auch im Wiederaufbau und in der Strukturentwicklung. Was Somalia jetzt braucht, sind langfristige Perspektiven, auf die sich die Somalis verlassen können und die es ihnen ermöglichen, ihr Leben wieder in die eigenen Hände zu nehmen.

Regionaler Schwerpunkt der DRK-Maßnahmen ist die

Hiran-Region nördlich von Mogadischu mit den Distriktstädten Belet Huen und Bulu Burti. Zwölf DRK-Mitarbeiter sind dort zur Zeit im Einsatz. Zielgruppe aller kurz- und mittelfristigen Maßnahmen ist nach wie vor die bedürftige Bevölkerung vor Ort. Darüber hinaus müssen die Strukturen des Somalischen Roten Halbmonds (SRH) erneuert und gefestigt werden, um die Dauerhaftigkeit der Maßnahmen zu sichern. Die Hilfen des DRK sind zunächst auf ein Jahr angelegt und der SRH ist der Hauptträger für Maßnahmen im Gesundheitswesen. Andere Bereiche werden voraussichtlich an UN-Organisationen übergeben und, falls bis dahin vorhanden, an staatliche Strukturen.

Kurz- und mittelfristig führt das DRK insbesondere Rehabilitierungsmaßnahmen zur Unterstützung der lokalen Bevölkerung durch. Hierzu zählt die Rehabilitierung medizinischer Einrichtungen und deren Ausstattungen, wie z. B. des Krankenhauses in Bulu Burti, das durch den Bürgerkrieg völlig zerstört wurde. Dringlichkeit hat auch die Neuorganisation von Gesundheitsdiensten im präventiven und im kurativen Bereich, insbesondere die Einrichtung von Mutter-Kind-Gesundheits-Stationen. Maßnahmen zur Sicherung der Wasserversorgung der Bevölkerung und im Sanitärbereich sind ebenfalls im Gange. Das DRK übernimmt aber auch die Neuordnung anderer sozialer Einrichtungen, um Vertrauen in der Bevölkerung zu wecken und Partizipation und Motivation der Betroffenen zu fördern. So wurde z. B. die Situation der Schulen in den Flüchtlingslagern um Belet Huen evaluiert, Hilfsmaßnahmen sind geplant.

Die langfristig ausgerichteten Maßnahmen haben vor allem zum Ziel, eine adäquate und tragfähige Struktur für die Schwesterngesellschaft zu schaffen. Hierzu zählt die Organisation des Basisgesundheitsdienstes in der Zielregion, als vom SRH selbst für die Zukunft gewählte Hauptaufgabe, und die langsame Ausdehnung

der SRH-Aktivitäten im Gesundheitsbereich auf andere Landesteile. Wichtig ist hierzu die Verwendung des Rothalbmund-Emblems bei allen Aktivitäten, um die Anerkennung und Akzeptanz des SRH in der Bevölkerung zu stärken.

Seit Beginn der Somaliahilfe unterstützt das DRK auch die Arbeit der Föderation in den Flüchtlingslagern an der kenianisch-somalischen Grenze. Im Rahmen eines „Social Services Project“ werden Maßnahmen zur physischen und psychischen Rehabilitierung der Flüchtlinge durchgeführt, ein Ausbildungssystem wurde aufgebaut und es wird versucht, Dienstleistungen für die Gemeinwesen zu initiieren. Den Flüchtlingen soll so eine erfolgreiche Repatriierung ermöglicht werden. Zusätzlich wird demnächst eine mobile Werkstatteinheit eingerichtet, montiert auf einem geländegängigen Lkw, um technisches Gerät und Fahrzeuge in den abgelegenen Flüchtlingslagern zu warten und zu reparieren.

Die umfangreichen Maßnahmen erforderten zunächst die Schaffung einer tragfähigen Infrastruktur für das DRK vor Ort. In Bonn wurde ein gesonderter Arbeitsstab eingerichtet. Eine logistische Basis wurde in Nairobi aufgebaut. Alle Hilfsmittel und Ausrüstungsgegenstände werden über diesen Stützpunkt verschickt, auch die Kontakthaltung zu den Delegierten in der Zielregion läuft derzeit noch über Nairobi. Eine weitere logistische Basis wird später in Mogadischu errichtet. Die DRK-Delegationen in Belet Huen und in Bulu Burti sind eingerichtet. Im Zuge der geplanten Ausdehnung der Aktivitäten ist die Einrichtung einer weiteren Subdelegation in der Zentralregion vorgesehen.

Ralf Ernst

## Hilfe für Georgien ist dringend notwendig

Einer der Schwerpunkte der ASB-Auslandshilfe liegt seit einigen Monaten in der Republik Georgien. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat dieses kleine Land am Kaukasus mit vielfältigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zum einen drohen Separatisten wie die Abchasen und Osseten durch bürgerkriegsähnliche Aktionen das Land zu spalten, zum anderen befindet sich die georgische Wirtschaft in einem desolaten Zustand.

Noch vor fünf Jahren beliebte Georgien die gesamte Sowjetunion zu 80 % mit Tee, die Wein- und Spirituosenproduktion war eine der größten des Ostblocks überhaupt. Daneben blühte die Industrie, die besonders stark im Maschinen- und Eisenbahnwaggonbau war. Damit ist es heute jedoch vorbei, seitdem sich die traditionellen Märkte im ehemaligen Ostblock nach Westen orientiert haben oder nicht mehr existent sind. Ohne Erdöl und andere Energiequellen ist das Land zur Zeit gelähmt und völlig abhängig von Rußland und dem erdölreichen Nachbarn Aserbaidschan.

Mit dem seit einem Jahr währenden Bürgerkrieg in Abchasien wurde alles noch schlimmer. In Abchasien lebten vor dem Krieg insgesamt eine halbe Million Menschen, von denen bereits heute 200 000 als Flüchtlinge durch Georgien irren und in Tbilissi die Hotels, auch das einst erste Haus, das „Iveria“, in Flüchtlingscamps verwandelt haben.

Schlimmer noch! Eine Gruppe von Flüchtlingen entrannte zwar den Kämpfen, konnte sich allerdings nur in die wenig besiedelten Gebiete der Hochkaukasusregion (Swanetien) retten. Zwischen den Päs-

sen sitzen diese Menschen nun in Schnee und Eis fest. Tausende, gerade auch Kinder, sind schon gestorben.

Hier versucht der ASB, im Auftrag des Auswärtigen Amtes zu helfen. Decken, Zelte, Winterkleidung und Medikamente im Wert von DM 1,3 Mio. wurden zur Verfügung gestellt und nach Georgien geflogen. Von Kutaisi, der zweitgrößten Stadt Georgiens aus, werden diese Hilfsgüter per Hubschrauber in die Berge gebracht, wobei beim Rückflug die schwächsten Flüchtlinge ausgeflogen werden. Auch diese Menschen werden dann vom ASB in Flüchtlingslagern weiter betreut. Beispiellos ist die Zusammenarbeit aller Hilfswerke vor Ort, die einen verzweifelten Kampf gegen die Zeit führen, denn wenn der Winter erst mit seiner ganzen Härte einsetzt, wird es für die Zurückgebliebenen im Hochkaukasus zu spät sein.

In ganz Georgien ist der durchschnittliche Monatslohn auf fünf Dollar gesunken, das reicht gerade für ein Kilo Fleisch. Verzweifelt stehen die Menschen vor den Brotläden, denn Brot ist fast die einzige Nahrung der Georgier, deren landwirtschaftliche Erzeugnisse fast zur Gänze wegen notwendiger Kompensationsgeschäfte ins Ausland fließen. Doch auch das Brot wird in Zukunft knapp werden, denn die amerikanischen und deutschen Getreide- und Mehllieferungen werden zum Beginn des Winters 93/94 aufgebraucht sein und niemand weiß, wie es dann weitergehen soll.

Wer das Pech hat, in ein Krankenhaus eingeliefert zu werden, muß dort von seinen Angehörigen verköstigt und mit Medikamenten versorgt

werden, denn die Krankenhäuser selbst sind dazu nicht mehr in der Lage. Operationen müssen ausgesetzt werden, weil Betäubungsmittel fehlen. Auf dem leergefegten Medikamentenmarkt müssen horrend Preise für die unzulänglichste Medizin bezahlt werden. Aus Mangel an Ersatzteilen und Verbrauchsmaterialien sind darüber hinaus die meisten medizinischen Geräte wie Brutkästen oder Röntgengeräte nicht mehr einsetzbar. Frühgeburten müssen deshalb sterben, und wer eine Blinddarmentzündung hat, ist nicht mehr zu retten. Die Krankenhäuser sind deshalb leer – zu Hause stirbt man besser!

Der ASB hat seit Jahren feste Bindungen zu Georgien. Entstanden sind diese Bindungen durch die Städtepartnerschaft Tbilissi-Saarbrücken, die der ASB-Landesverband Saarland von Anfang an aktiv begleitet hat. Es lag deshalb auch nahe, in der georgischen Hauptstadt einen eigenständigen Samariterbund zu gründen, der sich angesichts der desolaten Zustände im Land händeringend an die deutsche Partnerorganisation gewandt hat, mit der dringenden Bitte um Nothilfe.

Für die Bundesregierung verteilt der ASB-Bundesvorstand bis Weihnachten 1993 in Zusammenarbeit mit dem georgischen Samariterbund 1600 Tonnen Weizenmehl und 200 Tonnen Zucker (zum Einmachen von Früchten) an besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen im ganzen Land. Besonders bedacht werden sollen Witwen und Waisen, alleinstehende Mütter, Kinderheime und alte Menschen ohne Familie.

Zu diesem Zweck hat der ASB acht Fahrzeuge (fünf 10-Tonner-Lkw und drei Lieferwagen) von freiwilligen Helfern nach Georgien bringen lassen. Zwei deutsche Helfer stehen zudem dem georgischen Samariterbund bei der ganzen Aktion zu Seite.

Und eine gute Nachricht: Nach über 4000 Kilometern Fahrt und endlosem Warten an den Grenzen zu Polen, zur Ukraine und zu Rußland erreichten im September drei 38-Tonner-Lkw, beladen mit Medikamenten, Nahrungsmitteln und anderen Hilfsgütern im Wert von 1,2 Millionen DM Tbilissi. Sie wurden von der Europäischen Gemeinschaft finanziert. Den Auftrag zur Lieferung und Verteilung erhielt der ASB, weil es in Georgien keine schlagkräftigere deutsche Organisation als den ASB gibt, so der Deutsche Botschafter Dahlhoff. Oberbürgermeister Konstantin Gabaschwili rühmt die Hilfslieferungen des ASB als wichtigen Schritt zur Stabilisierung der Verhältnisse im Land: „Sie lindern Krankheit, Hunger und Not und geben den Menschen Hoffnung.“ Und auch der georgische Staatschef und ehemalige Außenminister der UdSSR, Eduard Schewardnadse, bedankte sich persönlich beim ASB.

Ingo Marenbach

## Hilfe im ehemaligen Jugoslawien

Der Winter steht vor der Tür

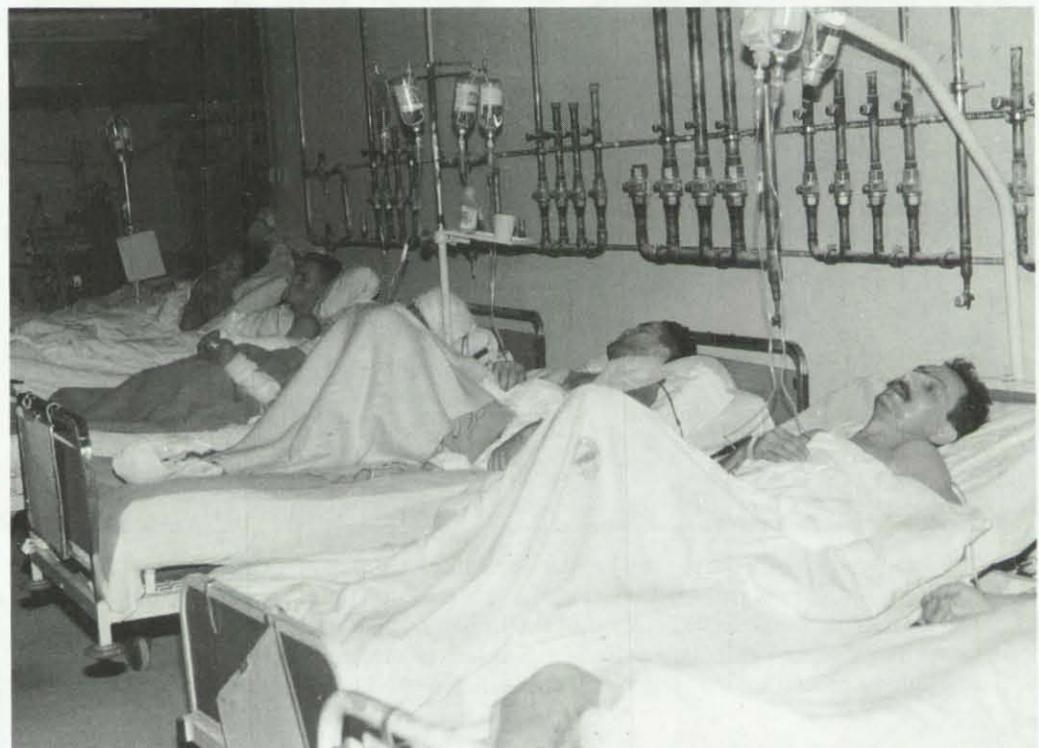
Walter Stadlmair, seit fast 2 Jahren für die Johanniter-Unfall-Hilfe und das Diakonische Werk der EKD in Zagreb tätig, berichtet über seine Arbeit vor Ort: Über die Anfänge im Verbindungsbüro für Deutsche Humanitäre Hilfe bis zu den Aussichten für den Jahreswechsel '93/94 im krisengeschüttelten Balkan.

Nach einem fast zweieinhalb Jahre dauernden Einsatz in Armenien war ich im Dezember 1991 endlich wieder in Deutschland. Nun hatte ich vor, mich für wenigstens drei Monate von diesem Streß zu erholen. Doch leider hatte ich die Aktivitäten der JUH und des DDW nicht in meine Rechnung einbezogen. Schon nach 14 Tagen kam ein Anruf der JUH, ob ich meine Koffer schon gepackt hätte, denn ich müsse als Vertretung für einen Kollegen, der im Einsatz erkrankt war, für ca. sechs Wochen nach Kroatien. Nun bin ich seit 22 Monaten in Kroatien und warte immer noch darauf, daß die sechs Wochen um sind.

Im November 1991 hat die Bundesrepublik Deutschland in Zagreb ein Verbindungsbüro für Deutsche Humanitäre Hilfe eröffnet. In diesem Büro sollten nun alle Hilfsorganisationen aus Deutschland ihre

**Oben:** Auch die Krankenhäuser werden von den Kämpfen nicht verschont.

**Unten:** Die Opfer des Bürgerkriegs müssen unter schwierigsten Bedingungen behandelt werden.  
(Fotos: Stadlmair)



Projekte vorstellen und koordinieren, damit es nicht, wie in der Vergangenheit schon so oft, zu Doppelbelieferungen kommt und eine Stadt alles bekommt und andere nichts.

Das Büro hat also in Zusammenarbeit aller Hilfsorganisationen einen Fragebogen für medizinischen und nicht-medizinischen Bedarf ausgearbeitet. Diese Fragebögen gingen dann an alle Städte und Orte in Kroatien und Slowenien, welche Flüchtlinge und Vertriebene des Krieges aufgenommen hatten.

Die Rückläufer (ausgefüllte Fragebögen) wurden dann in unserem Büro bearbeitet und in den Computer eingegeben. Daraus haben wir dann einen ersten Gesamtbedarf für ca. drei Monate errechnet. Jetzt haben wir, die Vertreter der einzelnen Organisationen, uns zusammengesetzt und erarbeitet, welche Organisation wel-

che Mittel in Deutschland abruft. Das hört sich jetzt alles leichter an als es war, denn erstens waren die Geldmittel der einzelnen Organisationen sehr unterschiedlich, und dann mußten auch noch Anträge zur Finanzierung durch das Auswärtige Amt gestellt werden.

Jetzt mußte noch ein Lager für die ankommenden Hilfsgüter angemietet werden. Hier hatten wir sehr großes Glück, die kroatische Regierung stellte uns im Messegelände in Zagreb unentgeltlich eine Halle zur Verfügung. Damit waren die ersten Schritte getan, und wir brauchten nur noch auf die Anlieferung der Hilfsgüter zu warten.

Bis Ende Januar 1992 war unsere Halle dann wirklich proppenvoll, und wir konnten mit unserer eigentlichen Arbeit beginnen: der Auslieferung der Güter an die wirklich bedürftige Bevölkerung. In

Abstimmung mit den einzelnen Organisationen wurde dann im Büro die Hilfe für die einzelnen Orte und örtlichen Organisationen koordiniert und disponiert.

Disposition: Die Sachbearbeiterin holt sich einen Fragebogen aus dem Computer, dann ruft oder faxt sie den jeweiligen Ort an und fragt, ob der Bedarf auch noch so stimmt oder eine Änderung vorgenommen werden muß. Dann kommt die Frage nach der Möglichkeit der Abholung. Hier versuchen wir nach Möglichkeit, die Orte oder Organisationen so einzubinden, daß sie den Transport selbst organisieren.

Sind diese Fragen geklärt, wird eine Auslieferungsliste geschrieben, auf der die Waren und die Träger der Hilfsgüter aufgeführt sind. Auf dieser Liste muß der Endempfänger den Empfang der Ware bestätigen

und gleichzeitig auch einen neuen Fragebogen ausfüllen, weil er sonst aus dem Verteilersystem herausfällt.

Stichprobenweise fahren dann die Vertreter der Organisationen zu den Orten und Organisationen, um eine bedarfsgerechte Verteilung zu garantieren. Das war und ist nicht immer ganz ungefährlich, da in vielen Orten noch geschossen wird und auch Granaten einschlagen. Was uns immer wieder wundert, ist, daß Telefon und Fax trotz der Kriegswirren immer noch funktionieren.

Im Mai 1992 kam dann noch Bosnien-Herzegowina in unser Hilfsprogramm, so daß wir zur Zeit im ganzen ehemaligen Jugoslawien über 280 Orte einmalig oder mehrmals mit Hilfsgütern versorgt haben. Außerhalb dieser Arbeiten kommen dann noch Hunderte von Klein- und Privat Spendern, für die wir in der Regel einen Ort suchen, den sie selbst anfahren können oder wo sie in unserer Begleitung die Auslieferung ihrer Hilfsgüter vornehmen können. Des weiteren machen wir für sie die Ver Zollung und sorgen für die Unterbringung. Da diese Helfer alles in Eigeninitiative machen, kommen sie natürlich meistens am Wochenende, was natürlich sehr löblich ist, aber andererseits auch unser Wochenende sehr verkürzt. Das ist keine Beschwerde, sondern nur eine Feststellung.

Seit Beginn dieses Einsatzes habe ich für das DDW Hilfsgüter im Wert von ca. 25 Mio. DM verwaltet, koordiniert und an die Endverbraucher weitergeleitet. Davon kamen ca. 8,5 Mio. DM aus öffentlichen Mitteln.

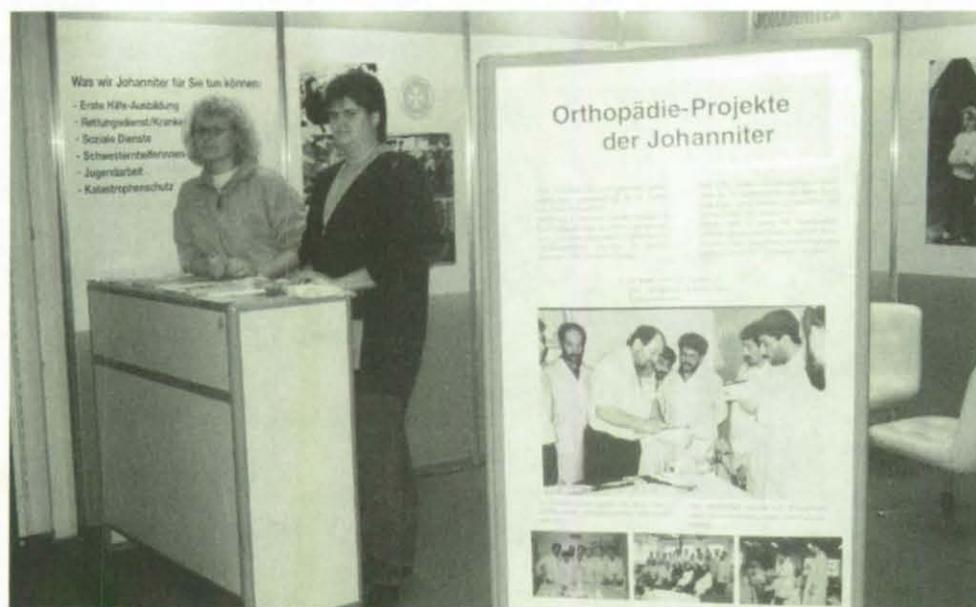
Die JUH spendete Hilfsgüter im Gesamtwert von ca. 4,5 Mio. DM. Darin sind nicht enthalten die Eigeninitiativen einiger JUH-Kreisverbände.

Mittlerweile ist jetzt schon Oktober 1993 und die Hilfe, die wir bringen, wird dankbar angenommen und ist auch weiterhin sehr wichtig, denn wir sehen einem schlimmen Winter entgegen, und ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht.

Walter Stadlmair/Zagreb

## Orthopädie-Projekte der Johanniter

# Erstmals auf der Reha



1993 waren die Orthopädie-Projekte der Johanniter erstmals mit einer eigenen kleinen Ausstellung auf der international bekannten Fachmesse für Rehabilitationstechnik REHA '93 in Düsseldorf vertreten. Das Interesse der Besucher, aber auch des Fachpublikums, an der Arbeit der Johanniter in diesem Bereich war sehr groß. Dem bereits erfolgreich laufenden Schulungsprojekt im Iran sollen Hilfsmaßnahmen in Angola, Eritrea und Weißrußland folgen.

## Hilfsdienst an der Strippe

400 Anrufer nutzen monatlich das 66 000-Adressen-Register

Das Malteser-Telefon bietet seit vier Jahren konkrete Lebenshilfe in schwierigen Situationen. Unter der Kölner Nummer (0221) 341011 erhalten Menschen mit Problemen jeder Art, die nicht wissen, wer ihnen weiterhelfen kann, Adressen von entsprechenden Hilfseinrichtungen in ihrer Nähe. Die Malteser füllen damit eine Lücke im Netz der sozialen Hilfsorganisationen in Deutschland.

Laut läutete das Malteser-Telefon durch die Medien, als der damalige Bundesgesundheitsminister Norbert Blüm am 17. Oktober 1989 den ersten überraschten Anrufer in der Leitung hatte und damit den Startschuß für eine weitere soziale Einrichtung des Hilfsdienstes in Köln gab. Laut war auch die Reaktion eines etwas blauäugigen Zeitgenossen, der wenige Tage später die 341011 wählte und „den Herrn Blüm“ verlangte. Man habe ihm mit großer Mühe zu verstehen gegeben, „daß Minister bei uns nur selten Telefondienst schieben“. Gunhild Welter-Mölleken, der der fernmündliche Hilfsdienst untersteht, blickt mittlerweile auf vier Jahre Arbeit in der Kölner Goldsteinstraße und viele solcher Geschichten und Anekdoten zurück.

Die Anrufer teilen sich ihrer Erfahrung nach in drei Hauptgruppen auf: „Am häufigsten nehmen uns Senioren in Anspruch.“ Hier spielten Sozialstationen, Altenheime sowie „Essen auf Rädern“ eine besondere Rolle. „Oft kontaktieren uns auch Selbsthilfegrup-

pen, Menschen, die Austausch wollen, sich bei Ärzten nicht mehr aufgehoben fühlen“, erklärt die Referatsleiterin. „An dritter Stelle stehen Beratungsstellen, die für ihre Klienten weitere Anlaufstellen suchen.“

### 66 000 soziale Einrichtungen

Von Arbeitsamt bis Zöliakie: Die Adressen von 66 000 Hilfseinrichtungen sind im Computer des Malteser-Telefons jederzeit abrufbar – 21 000 mehr als noch vor vier Jahren. „Mittlerweile sind wir im Selbsthilfebereich genauso gut bestückt wie die NaKoS, die ‚Nationale Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen‘ in Berlin“, bemerkt Gunhild Welter-Mölleken nicht ohne Stolz.

Die „Arbeit an der Strippe“ hatte aufwendig begonnen: 20 Honorarkräfte kümmerten sich anfangs Tag und Nacht um zwölf Leitungen – ein Konzept, das sich mit der Zeit nicht auszahlte. Zusammen mit zwei bis drei Zivildienstleistenden überwacht die Referatsleiterin heute vier Apparate, die montags bis freitags zwischen 8 und 18 Uhr besetzt sind. Der Anrufer nennt seinen Wunsch sowie einen Ort, eine Postleitzahl oder eine Vorwahl und erhält schnurstracks die gewünschte Adresse. „Auf diese Weise“, so die Malteserin, „können wir 99 Prozent unserer ‚Kunden‘ schnell und unkompliziert weiterhelfen.“ Bis Ende 1992 riefen 17 549 Hilfesuchende in der Kölner Goldsteinstraße an – monatlich etwa 400.

### Sie brauchen Hilfe?



Wir haben ein bundesweites Adreßverzeichnis für Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen und viele andere soziale Einrichtungen.  
Köln 02 21 · 34 10 11  
Rufen Sie uns an!

### Auskunftsdienst, nicht Notrufnummer

Zu Beginn wurde der fernmündliche Service häufig mit einem Kummertelefon verwechselt. Die nervenaufreibendste Erfahrung machte hier eine Kollegin von Gunhild Welter-Mölleken: ohne darauf vorbereitet zu sein, kämpfte sie über eine Stunde lang mit dem suiziden Vorhaben eines schicksalsgebeutelten Menschen, der mit dem Telefon in der Hand, auf seiner Fensterbank einen selbstmörderischen Akt der Balance vollführte. Mit beruhigenden Worten und Hilfe der Polizei, die schnell über eine andere Leitung verständigt worden war, gelang es schließlich, den Lebensmüden zu retten.

Manche halten den beliebten Auskunftsdienst auch für eine Notrufzentrale: Ohne Name oder Adresse zu nennen meldete neulich eine hörbar erregte Dame, ihr Gatte sei soeben in der Badewanne ausgerutscht – und legte auf. Verständlicherweise konnten die hilfsbereiten Telefon-Malteser hier nichts unternehmen.

Die bislang größten Stolpersteine legte den Mitarbeitern die schleppende Umstellung von Telefonnetz und Adressenregister der ehemaligen DDR in den Weg. „Anfangs hatten die Institutionen dort überhaupt keine Anschriften und Nummern“, beklagt sich die Chefin, „dann waren sie nicht erreichbar, und als alles schließlich zu klappen schien, zogen sie um.“ Hinzu kamen ständige Adressenänderungen: Die Karl-Marx-Straße wurde zur Rosengasse, die Walter-Ulbricht-Promenade zur Kastanienallee. Jetzt fallen noch die neuen Postleitzahlen an.

### Neue Verbindungen

Doch auch diese Schwierigkeiten sind im großen und ganzen überwunden. Gunhild Welter-Mölleken schmiedet neue Pläne: eine „Kontaktbörse“ will sie einrichten, das soziale Netz weiterweben. Menschen mit Problemen, für die noch keine sozialen Einrichtungen existieren, kommen in eine eigene Datei. So können sich neue Selbsthilfegruppen bilden, tröstende Verbindungen entstehen. Die Telefon-Expertin verfügt bereits über 20 solcher Adressen.

Wer also Anlaufstellen sucht oder zur Aufstockung des Computerregisters in der Goldsteinstraße beitragen kann, ist immer ein gern gehörter Anrufer. Doch auch über ein Echo würde sich das Referat freuen. Warum nicht einfach mal Danke sagen? Telefon: 0221/341011.

Niko Graf Ballestrem

## Landesfeuerwehrverband Bayern gegründet

Der bayerische Innenstaatssekretär Hermann Regensburger überbrachte bei der Gründungsversammlung des Bayerischen Landesfeuerwehrverbandes die Glückwünsche der Bayerischen Staatsregierung. Vertreter von 37 Kreis- und Stadtfeuerwehren knüpfen mit der Gründung eines Landesverbandes an eine alte Tradition an. Bereits im Jahr 1868 wurde schon einmal

in Gunzenhausen ein bayerischer Landesverein der Feuerwehren gegründet, nachdem sich auf örtlicher und regionaler Ebene bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Feuerwehren zu überörtlichen Verbänden zusammengeschlossen hatten. Dieser großen Geschichte des Bayerischen Landesfeuerwehrverbandes bereiteten im Jahre 1938 die Nationalsozialisten ein Ende.

In den vergangenen Jahren vertrat ein Sprechergremium die Interessen der Feuerwehren, das in enger Zusammenarbeit mit dem Freistaat das Feuerwehrwesen in Bayern wesentlich mitgestaltete. „Die Bayerische Staatsregierung steht der Neugründung eines Feuerwehrverbands aufgeschlossen gegenüber“, betonte Regensburger. Er sicherte zu, einen solchen Verband im

Bayerischen Feuerwehrgesetz als Interessenvertretung der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns anerkennen zu lassen, wenn er von einer breiten Mehrheit der Wehren getragen wird. Regensburger sagte weiter eine großzügige Unterstützung der Verbandsarbeit zu.

### Sirenen im Mittelpunkt

Nach dem Rückzug des Bundes aus dem Sirenenwarnsystem haben die Städte und Gemeinden fast 60 Prozent aller vorhandenen Elektrosirenen in ihr Eigentum übernommen.

Anlässlich der diesjährigen VFDB-Jahrestagung im Münchner Messezentrum räumte Abteilungsleiter Wolfgang Beyer vom Bundesinnenministerium allerdings gleichzeitig ein, es gebe „regionale Meinungsunterschiede über den Wert des Warnsystems Sirene“. Nach seinen Angaben bleiben (Stand 30. April 1993) im Saarland 84,7 Prozent, in Bayern 72 Prozent, in Niedersachsen 68 Prozent und in Baden-Württemberg 84,7 Prozent der Elektrosirenen erhalten, in Nordrhein-Westfalen hingegen nur 35,2 Prozent.

Über die Entwicklung in den neuen Bundesländern, die bekanntlich von dem „Sire-

nenrückzug“ des Bundes besonders betroffen waren, machte Beyer in der Podiumsdiskussion keine Angaben. Auch sah er keinen Widerspruch darin, als der Aachener Feuerwehrchef Dr. Dieter Nüßler betonte, zeitgleich mit dem Rückzug des Bundes in Deutschland bauten die Niederlande gerade jetzt ein flächendeckendes Sirenenwarnsystem auf.

Der Deutsche Feuerwehrverband hat mit Zustimmung aller Länder gegenüber dem BMI immer wieder argumentiert, die Sirenen nicht abzuschalten, solange keine flächendeckende Alternative vorhanden ist. Die letzten Großschadensereignisse und Katastrophen haben deutlich gemacht, daß die Sirenen als „Warn- und Weckmittel“ notwendig sind.

woh

### Pkw-Feuerlöscher sollen EG-weit zur Pflicht werden

Der Deutsche Feuerwehrverband unterstützt die Entschließung des Europäischen Parlaments, künftig für alle Kraftfahrzeuge in Europa die Ausrüstung mit Handfeuerlöschern und Nothammer zum Einschlagen der Scheiben nach Verkehrsunfällen zur Pflicht zu machen. Außerdem soll zur Verbesserung der Verkehrssicherheit u. a. ein Verbot der Benutzung von Kopfhörern am Steuer erlassen werden.

Zu den Maßnahmen einer Verbesserung der Verkehrssicherheit gehören weiterhin der generelle Einbau von feuersicheren Kraftstofftanks in den Fahrzeugen, ebenso von verletzungs-sicheren Lenkungen sowie von Airbags. Darüber hinaus hat das EG-Parlament die zuständige Kommission aufgefordert, „unverzüglich Vorschläge über die Hilfeleistung für die Verletzten bei

Verkehrsunfällen vorzulegen“ und dabei insbesondere einen Schwerpunkt zu setzen auf ein EG-weit koordiniertes System der Rettungshubschrauber.

Generell hat sich das Parlament dafür ausgesprochen, einen europäischen Verkehrssicherheitsrat zu gründen. Zum gemeinschaftlichen Vorgehen bei der Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr gehöre auch die Verbesserung und Vereinheitlichung des Unfall- und Rettungsdienstes. Jedes Jahr kommen, so der Bericht im Amtsblatt der EG, europaweit mehr als 50 000 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben, über 1,7 Millionen werden verletzt, 150 000 davon bleiben Dauerinvalid. In einem grenzenlosen Europa, in dem immer mehr Bürger auch in Nachbarstaaten am Straßenverkehr teilnehmen, ist so eine europäische Regelung der Verkehrssicherheit unabdingbar.

# Zum Jahreswechsel

Mit dem Jahr 1993 geht meine mehr als zwölfjährige Amtszeit als Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes zu Ende. Anlässlich der Delegiertenversammlung des DFV am 24. und 25. September 1993 wurde Gerald Schäuble, Radolfzell, zu meinem Nachfolger gewählt.

Zwölf Jahre an der Spitze eines für unser Gemeinwohl so wichtigen Verbandes zu stehen, war schon eine schöne und besondere Aufgabe. Viele für die Feuerwehren bedeutsamen Ereignisse sind in diesen Zeitraum gefallen. Ich will es mir ersparen, eine Aufzählung vorzunehmen, doch einiges für die Zukunft Wichtiges soll dennoch angeschnitten werden.

Nach Veränderung der gesellschaftspolitischen Lage und der damit einhergehenden Entspannung darf der Schutz der Bevölkerung nicht vernachlässigt werden. Im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes müssen trotz geringer werdenden Mittel Wege gefunden werden, die dem Schutzbedürfnis der Bevölkerung gerecht werden. Deshalb sollte man die Organisationen stärken, die schon heute, auch in den neuen Bundesländern, flächendeckend vorhanden sind, nämlich die Feuerwehren. Die Wiedervereinigung, die sicher trotz aller Probleme und Schwierigkeiten das bewegendste Ereignis war, an dem wir teilhaben konnten, fordert uns auf allen Gebieten.

Unbestreitbar ist auch, bei den Feuerwehren manches Gerät, Fahrzeug und Ausrüstung in der kommenden Zeit zu erneuern. Dabei sollte man nicht vergessen, daß schon viel geleistet wurde und wir uns alle „nach der Decke strecken“ müssen. Man kann nicht von heute auf morgen das nachholen, was über viele Jahre hinweg versäumt wurde.

Bei den zu erwartenden Minderungen der Feuerschutzsteuern durch den Fortfall der Monopolrechte ab 1. Juli 1994 würden die Gemeinden stärker belastet werden. Durch Initiativen der Länder, besonders aber auch durch die des Deutschen Feuerwehrverbandes, zeichnet sich eine Lösung ab, die zur Kompensierung der Minderung führt. Dies ist besonders wichtig, weil ab 1994 ein Verteilerschlüssel für alle 16 Bundesländer erstellt werden muß.

Eines der Grundelemente der Freiwilligen Feuerwehren ist die Selbstverwaltung. In den letzten Jahren wird seitens des Staats und der Kommunen immer stärker durch Gesetze und Verordnungen hier eingegriffen. Man sollte wissen, daß man wohl alles regeln kann, aber nicht die Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit! Bürger, die bereit sind, sich für das Allgemeinwohl zu engagieren, müssen erwarten können, daß man ihre über 150 Jahre bestehende Struktur, die alle Staatsformen überlebt hat, akzeptiert. Dies gilt auch für den Bereich der sozialen Absicherung. Man kann und darf nicht alles über „einen Kamm scheren“ oder in „einen Topf werfen“. Die Feuerwehr hat ihre eigene Struktur.

Mit Beginn des Jahres 1993 ist der innereuropäische Markt Wirklichkeit geworden, sicher erst der erste Schritt zu einer größeren Gemeinschaft der Länder Europas. Wenn wir als föderalistischer Staat, und dies gilt auch für die Feuerwehren, unsere Interessen einbringen und nach Möglichkeit auch verwirklicht sehen wollen, ist dafür die Voraussetzung, daß wir vorher zu einer einheitlichen Auffassung und Meinung kommen, um diese dann auch als die Meinung mit einer Stimme nach außen hin vertreten können.

Mit Freude können wir feststellen, daß im Gegensatz zu anderen Organisationen Jugendliche zu uns kommen, um in der Jugendfeuerwehr mitzuwirken. Die stetig steigenden Mitgliederzahlen dürfen uns aber nicht selbstgefällig machen, son-

dern gerade deswegen müssen wir uns verstärkt der Jugend zuwenden. Neben der Technik müssen wir sie in Gemeinschaftsaufgaben an die Dinge des Alltags heranzuführen, um in ihnen das Bewußtsein eines aktiven Staatsbürgers zu stärken.

Nach mehrmaligen Verschiebungen wegen Schneemangel konnten dann doch am 13. und 14. Februar bei guter Organisation und Bedingung die 7. Deutschen Feuerwehr-Skilanglaufmeisterschaften in Braunlage/Harz durchgeführt werden.

„Schutz und Hilfe – Deine Feuerwehr“, unter diesem Motto wurde die bundeseinheitliche Brandschutzwoche am 16. September in Kiel eröffnet. Zahlreiche Aktivitäten einschließlich Feuerlöschboot und Rettungshubschrauber gaben einen Einblick in die Besonderheiten einer Hafenstadt. Die Gefährlichkeit des Brandrauchs wurde der Bevölkerung bundesweit von den Feuerwehren ebenso demonstriert wie auch technische Warnsysteme, wie zum Beispiel Rauchmelder.

Die Delegiertenversammlung in Schwerin hatte eine besondere Bedeutung. Die Delegierten verabschiedeten einstimmig eine neue Satzung, die den Gegebenheiten der Wiedervereinigung Rechnung trägt. Des weiteren standen die Wahlen der Präsidentennachfolge und Vizepräsidenten an. Zum Präsidenten wurde Gerald Schäuble (Radolfzell) zu Vizepräsidenten, Bereich Freiwillige Feuerwehren, Fritz Meyer (Hilgermissen) und Rolf Schomann (Schwerin), für den Bereich Berufsfeuerwehr Rolf Bräunig (Hannover) gewählt. Dem bisherigen Vizepräsidenten Rolf Englerth wurde mit der Ehrenmitgliedschaft im DFV für sein Engagement gedankt.

Als besonderes Ereignis kann man sicher die 10. Feuerwehrwettkämpfe des CTIF, die Feuerwehrolympiade, in Berlin bezeichnen. 34 Nationen entsandten ihre Delegierten zu den Tagungen. 24 Nationen entsandten annähernd 2500 Männer und Frauen, Jungen und Mädchen zu den Wettkämpfen. Über 300 Wettkampfrichter, Trainer und Betreuer sorgten für einen präzisen Ablauf der Wettkämpfe. Hervorragende Leistungen wurden in fairen und sportlichen Wettkämpfen erzielt. Oftmals entschieden nur Zehntelpunkte über die Rangfolge. Es war aber auch eine Begegnung zwischen Ost und West, Nord und Süd.

Sicher müßte noch vieles erwähnt werden, würde aber den Rahmen eines Wortes zum Jahreswechsel sprengen. Deshalb möchte ich zum Schluß kommen.

Wenn ich zurückblicke, kann ich feststellen, daß ich viel Hilfe, großes Entgegenkommen und Kameradschaft erhalten durfte, wofür ich von ganzem Herzen dankbar bin.

Allen, die mich in den zurückliegenden Jahren begleitet und unterstützt haben, gilt mein Dank. Mein besonderer Dank und meine besonderen Wünsche gelten den 1,4 Millionen Männern und Frauen, Jungen und Mädchen in der Feuerwehr, gleich welcher Sparte, die dort ihren Dienst versehen und damit Mitverantwortung für das Gemeinwohl in unserem Staat tragen.

Dem Deutschen Feuerwehrverband und dem gewählten Präsidenten und den Vizepräsidenten wünsche ich eine erfolgreiche Zukunft, in der unsere Losung

„Gott zur Ehr' – dem Nächsten zur Wehr“ das Handeln bestimmen möge.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Weihnacht, ein gesundes, erfolgreiches neues Jahr und grüße Sie herzlich.

HINRICH STRUVE  
Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands

# Lebensretter hatten 1992 viel Arbeit

## 520 Menschen vor dem Ertrinken gerettet

Über Arbeitsmangel konnten sich die Mitglieder der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft im Jahr 1992 nicht beklagen. Allein 520 Menschen verdanken den Rettern am Wasser ihr Leben. In 64 Fällen mußten die Frauen und Männer der DLRG ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen, um in Wassergefahr Geratene vor dem Ertrinken zu bewahren.

1991 konnte die DLRG 448 Menschenleben retten, davon 39 unter Lebensgefahr. Die Zahl der Lebensrettungen

stieg um 13,8 Prozent. Von 9138 auf 11 040 stieg die Zahl der vorbeugenden Hilfeleistungen bei Wassersportlern, das sind 1900 (plus 17,2 %) Einsätze mehr als im Vorjahr. Dazu gehören Bergungen von gekenterten Segelbooten und in Not geratenen Surfern. Häufigste Ursachen für den erheblichen Anstieg sind Leichtsinns, Unkenntnis, Überschätzen von Kraft und Können, aber auch erhöhte Risikobereitschaft.

Leicht angestiegen sind die Erste-Hilfe-Maßnahmen.

1992 wurden 43 111 Personen „verarztet“, Wespenstiche und Sonnenbrände behandelt, blutende Wunden versorgt und Herz-Lungen-Wiederbelebungen von den Lebensrettern durchgeführt.

Die ehrenamtlichen Helfer der DLRG machten 1992 mit über 2,5 Millionen Wachstunden an über 3000 Badestellen und in mehr als 3000 Hallen- und Freibädern Wasserfreizeit für Millionen Menschen sicherer. Gegenüber 1991 bedeutet das ein Plus von 178 000 Wachstunden. Allein in Frei-

und Hallenbädern leisteten die Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer der DLRG 142 000 Mehrstunden.

Ungebrochen ist die Beliebtheit des Seepferdchens bei den Kindern. 95 000 Fröhschwimmer erwarben das begehrte Stoffabzeichen bei den Ausbildern in 2500 Ortsgruppen. Insgesamt bildete die DLRG wieder 334 000 Schwimmer und Rettungsschwimmer aus.

## Bundesverdienstkreuz für Jürgen Kämmerer

Zahlreiche Gäste wohnten der Verleihungszeremonie im Sitzungssaal des Landratsamtes in Hanau bei. Dort wurde Jürgen Kämmerer von Landrat Karl Eyerkauf im Auftrag des Bundespräsidenten das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland für seine Verdienste um die Allgemeinheit überreicht. Landrat Eyerkauf begrüßte die Gäste und betonte, daß es nicht allzu häufig vorkomme, daß er einem verdienten Bürger diese hohe Auszeichnung überreichen dürfe.

Seit über 30 Jahren engagiert sich Kämmerer in der DLRG. Er war maßgeblich am

Aufbau des DLRG-Bezirk Hanau in den 60er Jahren beteiligt, leitete nebenbei die Erwachsenen- und Kinderschwimmausbildung, baute die Rettungsstation Bärensee/Hanau und war Geschäftsführer im Bezirk Hanau. Seit 18 Jahren als Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des DLRG-Landesverbandes Hessen, war er maßgeblich am Wiederaufbau des DLRG-Landesverbandes in Thüringen, Gründung 1991, tätig.

Jürgen Kämmerer (rechts) freut sich über die von Landrat Karl Eyerkauf überreichte Auszeichnung.



## Katastrophenschutz im Wandel

### Bestand des Hilfeleistungssystems bleibt Pflichtaufgabe für den Staat

Die ARKAT-Arbeitsgemeinschaft der Helfer in den Regieeinheiten und -einrichtungen des Katastrophenschutzes – Landesverband Baden-Württemberg e. V. – hielt in der Katastrophenschutzschule des Landes in Neuhausen auf den Fildern die diesjährige gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Die Fachvorträge waren geprägt von den negativen Auswirkungen der finanziellen Einsparungen des Bundes und des Landes auf den Katastrophenschutz hinsichtlich der Notfallvorsorge für die Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg. Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes, die vom Bund aufgestellt und unterhalten werden, stehen zur Disposition oder sollen in ihrer Stärke reduziert werden. Der ARKAT-Landesverband Baden-Württemberg e. V., vertreten durch den Landesvorstand Roland F. Glöggler und seinen Stellvertreter Joachim Töllner, wollen durch intensive Gespräche auf politischer Ebene verstärkt für den Erhalt gewachsener Strukturen eintreten und den Politikern aufzeigen, daß Schutzressourcen für die Bevölkerung nicht konzeptionslos aufgegeben, sondern im Konsens mit den verfassungsmäßigen Aufgaben und den jeweiligen Aufgabenträgern weiterentwickelt werden müssen.

Auch die Fachvorträge dieser Mitgliederversammlung waren von diesem Tenor bestimmt: Vom Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) stellte Ingo Hiersche, Referat Öffentlichkeitsarbeit, das Konzept „BVS 2000“ vor und bot die Möglichkeit an, daß die

Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes vom BVS in der Ausbildungsarbeit unterstützt werden. Der Fachvortrag von Norbert Link, Landratsamt Calw, beschäftigte sich mit der Struktur der Technischen Einsatzleitung/ Einsatzleitung – TEL/EL – im Landkreis Calw und der Einbindung der AMAS – ABC-Melde- und Auswertestelle – in dieses Konzept. Dabei wurde sehr deutlich, daß durch Eigeninitiative eines Landkreises bzw. des Landratsamtes durchaus mit relativ geringem finanziellem Aufwand viel bewegt werden kann. So können im Landkreis Calw schon heute Katastrophen- und Großschadensereignisse effektiver bewältigt werden.

Eine weitere Bereicherung für die Veranstaltung war der Fachvortrag des Veterinärs Dr. Egle vom Veterinärzug Ulm, welcher Geschichte, Aufgaben und zukünftige Möglichkeiten des Veterinärzuges zum Inhalt hatte. Da sich der finanzielle Aufwand für einen Veterinärzug nur auf ca. 1000–2000 DM im Jahr beläuft, sei zu überlegen, ob nicht mehr als nur die vier für das Land Baden-Württemberg geplanten Veterinärzüge erhalten werden könnten. Hier sei auch ein Umdenken in den Landkreisen gefordert. Die finanzielle Unterhaltung von Veterinärzügen könnte z. B. auch eine überregionale Aufgabe sein und von Nachbarkreisen eines ländlichen Raumes gemeinsam geleistet werden.

Der ARKAT-Landesvorsitzende Hans Hanßen (Neukirchen-Vlyun) berichtete als

Gastreferent über die laufenden Arbeitsgruppensitzungen des BMI und kritisierte vor allem die Diskussion um den weiteren Bestand der Katastrophenschutzschulen der Länder, für deren Erhalt sich die ARKAT massiv einsetzen wolle.

Fazit dieser Mitgliederversammlung war, daß der Bund und die Länder nunmehr gefordert sind, ein deutliches politisches Bekenntnis zu den Aufgaben des Katastrophenschutzes abzugeben und gemeinsam mit den Hilfsorgani-

sationen nach Wegen suchen, wie aus den Potentialen des erweiterten Katastrophenschutzes wieder mehr Nutzen auf der Kreisebene gezogen werden kann, um so auch die Motivation der über 3000 Helfer in den 258 Regieeinheiten des Landes Baden-Württemberg und den anderen Organisationen insgesamt wieder verbessern zu helfen. Dem Leiter der Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg, Hans-Jürgen Kuhn, seinen eng mit den Regieeinheiten verbundenen Mitarbeitern und dem stellvertretenden Bürgermeister Dr. Plust sei an dieser Stelle für den hervorragenden Rahmen für diese Veranstaltung in Neuhausen auf den Fildern gedankt.

Joachim Töllner

## ARKAT-Positionen

Im Rahmen verschiedener Arbeitskreissitzungen haben Vertreter der ARKAT gegenüber dem Bundesinnenministerium und dem Bundesamt für Zivildienst zur Neukonzeption des Katastrophenschutzes Stellung bezogen:

### Auflösung von Technischen Einsatzleitungen im erweiterten KatS

Einige Länder vertreten in den Diskussionen zur zukünftigen Stärke und Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes derzeit die Auffassung, daß die auf Länder- und Kreisebene aufgestellten Einsatzleitungen im Rahmen einer Doppelnutzung auch für die Wahrnehmung der Führungsaufgaben im erweiterten KatS mit hinzugezogen werden können und es der Auf-

stellung und Unterhaltung von eigenständigen Technischen Einsatzleitungen für den erweiterten KatS nicht mehr bedarf. Die nach Länderrecht für den flächenmäßigen KatS einzurichtenden Technischen Einsatzleitungen der Länder und die auf kommunaler Ebene insbesondere von den Feuerwehren vorgehaltenen Einsatzleitsysteme ELW 1, 2 und 3 wären nach dieser Auffassung für die Wahrnehmung aller Führungsaufgaben im Katastrophenschutz hinreichend.

Die ARKAT unterstützt grundsätzlich die Doppelnutzung bestehender Kapazitäten aus den Aufgabenbereichen friedensmäßiger KatS, Brandschutz, Gefahrenabwehr und Rettungsdienst. Bei der auf Bundesebene geführten Diskussion bleibt jedoch zu berücksichtigen, daß

- der Stand der länderrechtlichen Organisation sowie Aufstellung und Ausstattung des friedensmäßigen Katastrophenschutzes sehr unterschiedlich ist und keineswegs alle Bundesländer bisher die Organisation des Katastrophenschutzes auf Landesebene so nachhaltig umgesetzt haben, daß auf diese Führungskomponenten verzichtet werden kann,
- in den Einsatzleitungen auf kommunaler Ebene, die insbesondere durch die Feuerwehren für Aufgaben des Brandschutzes aufgestellt sind, die anderen im KatS mitwirkenden Organisationen und Fachdienstträger nicht von vornherein eingebunden werden,
- es für eine effektive Katastrophenabwehr und im erweiterten Katastrophenschutz unabdingbar ist, daß die einzelnen Führungsebenen über die Kommunal- und Ländergrenzen hinweg grundsätzlich einheitlich organisiert und insbesondere gemeinschaftlich ausgebildet und aufgestellt sind,
- die TEL und die anderen Führungssysteme der Feuerwehren (ELW 1-3), der privaten Hilfsorganisationen (ELW i.R.d. SEG-San) und des Rettungsdienstes (z. B. örtliche Einsatzleitung RDi) keine sich ersetzenden Führungssysteme sind, sondern sich gegenseitig im Rahmen eines integrierten Gefahrenabwehr- und Katastrophenmanagements ergänzen müssen.

Die ARKAT fordert daher die Beibehaltung eines bundeseinheitlichen Führungsmodells „Technische Einsatzleitung“. Die Führungsausbildung für die Mitglieder der TEL muß nach wie vor bundeseinheitlich durchgeführt werden.

Die Technische Einsatzleitung des erweiterten KatS hat sich bisher vielfach zum Integrationselement für die Mitglieder aus den verschiedenen privaten Hilfsorganisationen, des THW, der Regieeinheiten und der Feuerwehren auf örtlicher Ebene entwickelt. Es muß deshalb bundesweit gewähr-

leistet bleiben, daß dieses gemeinschaftliche Führungs- und Kommunikationsmodell erhalten bleibt und im Sinne der Bündelung aller Führungsressourcen auf Orts-ebene entwickelt werden kann.

### **Ist die Aufstellung und Unterhaltung der AMASSt noch erforderlich?**

Abweichend von dem im Beirat des BMI für den erweiterten Katastrophenschutz als Grundlage formulierten Modellpaket operativer Einheiten und Einrichtungen wird derzeit auf Bundesebene die weitere Notwendigkeit der AMASSt von mehreren Seiten erheblich angezweifelt. Kritiker führen in der Diskussion an, daß die Helfer der AMASSt aufgrund ihrer Fachdienstausbildung nicht in der Lage wären, die vielfältigen Gefahren bei Einsätzen in den Bereichen Gefahrgutunfälle, Industriestörfälle oder dem Einsatz von ABC-Kampfmitteln auszuwerten und zu beurteilen. Die Aufgaben der AMASSt würden nach Ansicht derer, die eine Auflösung der AMASSt befürworten, eher von „Fachleuten“ beispielsweise aus der chemischen Industrie wahrgenommen werden müssen.

Die ARKAT unterstützt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine Erweiterung des bisherigen Stabsmodells um die Funktion eines „Fachberaters Umwelt/Chemie“ für Katastropheneinsätze bei Gefahrstoffunfällen. Dieser Fachberater kann von sachverständigen Institutionen, wie z. B. dem TÜV, der DEKRA, wissenschaftlichen Instituten oder auch von der chemischen Industrie gestellt werden. Allen diesen Fachberatern wird es jedoch gemeinsam sein, daß sie zwar erhebliches Fachwissen aus ihren Fachdisziplinen einbringen können, andererseits jedoch über wenig Kenntnisse hinsichtlich der Strukturen der öffentlichen Gefahren- und Katastrophenabwehr und der Führungsorganisation innerhalb eines KatS-Stabes verfügen. Gerade hier jedoch setzt das mögliche neue Arbeitsgebiet der AMASSt an. Die Helfer

der AMASSt gewährleisten die notwendige personelle Unterstützung in den Bereichen:

- Aufnehmen und Befördern von Lagemeldungen/Erkundungsaufträgen
- Darstellung der aktuellen Gefahrenlage und von Ausbreitungsprognosen
- Informationsbeschaffung von anderen Stellen (z. B. TUIS) oder aus der einschlägigen Literatur bzw. Gefahrstoffdatenbanken der örtlichen Leitstellen oder anderer Stellen
- Dokumentation der Lageentwicklung

### **Neukonzeption des Fernmeldedienstes**

Das Bundesinnenministerium vertritt in den Diskussionen zur zukünftigen Stärke und Ausstattung des Fernmeldedienstes derzeit die Auffassung, daß

- für den erweiterten KatS keine besonderen Fernmeldezentralen HVB/-Abschnitt mehr erforderlich sind und
- kein weiterer Bedarf des Bundes an den bisherigen Fernmeldeziügen mehr besteht.

Der Bund geht hierbei davon aus, daß die Leitstellen der Landkreise und kreisfreien Städte für die Feuerwehren und den Rettungsdienst die Aufgaben der Fernmeldezentralen wahrnehmen. Statt der bestehenden Fernmeldezüge sollen mobile Fernmeldegruppen konzipiert werden. Diese Überlegung des Bundesinnenministeriums entsteht nicht aus der Einsicht in die Notwendigkeit einer mobilen Fernmeldeeinheit, sondern vielmehr aus der leider zutreffenden Erkenntnis, daß die Fachdienstausstattung des Fernmeldeziuges technisch veraltet ist.

Die ARKAT vertritt in der Diskussion über den Fernmeldedienst die folgenden Positionen:

### **Die Fernmeldezentralen HVB müssen erhalten und modernisiert werden.**

Die Leitstellen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes werden personell, ausbildungsmäßig und hinsichtlich

der besonderen Strukturen des KatS räumlich und logistisch nicht in der Lage sein, die Aufgaben der Fernmeldezentralen im Katastrophenfall mit wahrzunehmen. Die bestehenden Kapazitäten der Leitstellen werden durch den gegenüber dem täglichen Arbeitsanfall erheblich gestiegenen Koordinierungsbedarf für ihre eigenen Aufgabenbereiche Feuerwehr und Rettungsdienst bereits überlastet sein.

### **Die Fernmeldezüge müssen durch die Anpassung ihrer Ausstattung an den Stand der Technik und an die Einsatzerfordernisse auch bei Gefahrenlagen unterhalb der Katastrophenschwelle verwendungsfähig werden.**

Die gesamte Führungsorganisation im Bereich der Gefahrenabwehr, des Rettungsdienstes und auch des Katastrophenschutzes stützt sich heute mehr denn je auf die ordnungsgemäße Funktion und den reibungslosen Betrieb der Kommunikationsmittel. Entgegen der vielfach vertretenen Ansicht, daß einhergehend mit der heute üblichen Ausstattung aller Einsatzkräfte mit eigenen Kommunikationsmöglichkeiten die Notwendigkeit einer besonderen Einheit mit der Aufgabe des Herstellens von Fernmeldeverbindungen entbehrlich sei, vertritt die ARKAT die Auffassung, daß insbesondere durch den hohen Anteil verschiedener Nutzer im Bereich des BOS-Sprechfunks ein erhöhter Koordinierungsbedarf, der auch durch mobile Fernmeldeeinheiten sichergestellt werden muß, besteht. Die ARKAT fordert deshalb die Anpassung der Ausstattung des Fernmeldeziuges auch an die Belange des schnellen Einsatzes unterhalb der Katastrophenschwelle, insbesondere um die Einsatzmöglichkeiten des Fernmeldedienstes neben Katastropheneinsätzen im Rahmen des Doppelnutzens und zur Steigerung der Akzeptanz und Motivation der Helfer auch im Rahmen eines allgemeinen Gefahrenabwehreinsetzes zu ermöglichen.

## Neues CO<sub>2</sub>-Meßgerät

Das Kohlendioxid-Meßgerät ACO<sub>2</sub> dient zur Überwachung des CO<sub>2</sub>-Gehaltes der Atemluft und zur Messung des CO<sub>2</sub>-Gehaltes bei chemischen und biologischen Prozessen. Mit dem ACO<sub>2</sub> stellt sich das zur Zeit kleinste und handlichste CO<sub>2</sub>-Meßgerät auf dem Markt vor. Das ACO<sub>2</sub> findet in Bereichen Anwendung, in denen aus sicherheitstechnischen Gründen die Überwachung des CO<sub>2</sub>-Gehaltes der Atemluft erforderlich ist.

Die Messung erfolgt mittels eines elektrochemischen Sensors. Das Meßsignal wird über einen Mikrocomputer verarbeitet, wodurch ein ständig aktualisierter Meßwert angezeigt wird. Die Anzeige erfolgt über eine beleuchtbare dreistellige LCD-Anzeige, auf der auch Meldungen zur Batterieüberwachung und zur Temperaturbereichsüberschreitung angezeigt werden, die mit akustischen Alarmen gekoppelt sind. Das ACO<sub>2</sub> verfügt über zwei optische und akustische Alarmschwellen, einen optischen und akustischen Alarm bei Sensordefekt und eine Temperaturkompensation.

Die Stromversorgung des ACO<sub>2</sub> erfolgt über handelsübliche 1,5-V-Mignonzellen. Das Gehäuse besteht aus antistatischem Kunststoff, es ist schmutz- und spritzwassergeschützt nach IP 54.

(Foto: Auer)



## Ersatz für Halonlöscher

In Fachkreisen hat er bereits Aufsehen erregt und ist auf positive Resonanz gestoßen. Im August erhielt er die Zulassung nach DIN EN 3. Hinter der Zulassungsnummer SP 72/93 verbirgt sich der neue Schaumlöcher „MONO E 63“.



Ein Hersteller aus Rheinland-Pfalz bietet ihn „als wirksamen Ersatz für Halon- und echte Alternative zu CO<sub>2</sub>- bzw. Wasserlöschern“ an. Der „MONO E 63“ lag im Rahmen der Zulassungsprüfung bei der Brandklasse A eine ganze Stufe über den Anforderungen der EN 3-Norm. Bei der Brandklasse B schaffte das neue Produkt sogar das höchstmögliche Ergebnis.

Eine Spezialdüse mit Zerstäubereffekt sorgt für optimale Löschwirkung und gewährleistet durch die erreichte Wurfweite von 3,5 m gleichzeitig einen Schutz für die brandbekämpfende Person. Die speziell entwickelte Zerstäuberdüse bringt beim Löschen einen extrem weichen Löschstrahl, so daß bei brennenden beweglichen Gegenständen das Feuer schnell und erfolgreich gelöscht werden kann. Ein ungewolltes Umfallen des Brandgutes oder gar dessen Abdriften, das üblicher-

weise durch einen harten Löschstrahl hervorgerufen wird und brandausbreitend wirkt, kann beim Einsatz dieser Spezialdüse verhindert werden.

In den Handgriff ist eine augenfällige „optische Gebrauchsanzeige“ integriert und damit eine schnelle Zustandskontrolle möglich. Wasser (5,82 l) und Schaummittel (0,18 l) sind voneinander getrennt; das bringt im Service eine kostengünstigere und vor allem umweltfreundlichere Wartung.

(Foto: Werner)

## Ausbildung per Video

**Kuklinski-Videoproduktionen**  
27568 Bremerhaven

### **Persönliche Ausrüstung, Mannschaft und Gerät**

In diesem Video wird die persönliche Ausrüstung des Feuerwehrmanns sowie die Anstreordnung, das Auf- und Absitzen und die Vorstellung der einzelnen Gruppenmitglieder behandelt. Das Einsatzfahrzeug ist ein LF 8.

Laufzeit: ca. 20 Minuten

### **Einsatz: Wasserentnahmestelle Unterflurhydrant**

Das Video behandelt den Einsatz mit Bereitstellung, Einsatz ohne Bereitstellung sowie Vornahme von drei C-Rohren an der Wasserentnahmestelle Unterflurhydrant. Die Wasserentnahme erfolgt über Druckschläuche. Alle Einsatzbefehle und Durchführungen werden eingehend und detailliert dargestellt und erklärt.

Laufzeit: ca. 25 Minuten

### **Einsatz: Wasserentnahmestelle offenes Gewässer und Rücknahme der Schläuche**

Anhand des Einsatzes „Wasserentnahmestelle offenes Gewässer“ wird gezeigt, wie mit Saugschläuchen und einer Tragkraftspritze die Wasserentnahme vorbereitet und durchgeführt wird. Der Einsatz läuft bis zum Verteiler. Thema des zweiten Teils dieses Videos ist die korrekte Rücknahme der Schläuche.

Laufzeit: ca. 25 Minuten

## Hubrettungs- fahrzeuge

Technik und Handhabung der  
Drehleiter in unserer Zeit

Selbstverlag Karl-Heinz Rottmann,  
Lärchenstr. 12, 47546 Kalkar

Das Feuerwehr-Sonderfahrzeug „Drehleiter“ gehört zu den technisch bemerkenswertesten und obendrein einsatztaktisch vielseitigsten Hilfsmitteln der Feuerwehr.

Mit dem Buch hat ein Praktiker den schwierigen Versuch unternommen, die Vorgänge um die Nutzung von Drehleitern anschaulich und gut verständlich darzustellen. Die getroffene Auswahl von Bildern aus den Bedienungsanleitungen der Hersteller, aus einschlägigen Veröffentlichungen sowie eigene Modelldarstellungen geben das wesentliche notwendige Wissen wieder und erweitern das Blickfeld derer, die mehr übersehen wollen als nur das Allernotwendigste. Die Arbeit schließt damit eine Lücke im Schrifttum.

## Brandlehre

4. Auflage

Von Alfons Rempe und Gisbert  
Rodewald, Verlag W. Kohlhammer  
70549 Stuttgart

Mit der „Brandlehre“ liegt ein Handbuch vor, das die komplexen Vorgänge bei der Verbrennung einerseits umfassend und wissenschaftlich exakt, andererseits aber auch allgemein verständlich darstellt.

Das Buch behandelt im ersten Teil die chemischen und physikalischen Grundlagen, die zum Verständnis der Verbrennung notwendig sind. Im zweiten Teil wird die eigentliche Verbrennung als chemisch/physikalischer Vorgang in ihren Einzelschritten dargestellt und erläutert. Ausführlich werden die verschiedenen brennbaren Stoffe und ihre Eigenschaften beschrieben. Tabellen, Begriffsbestimmungen und ein ausführliches Stichwortverzeichnis runden die Arbeit ab.

Besonderen Wert haben die Verfasser darauf gelegt, alle Sachverhalte so gründlich und exakt darzustellen, daß sie nicht nur vom wissenschaftlich oder technisch vorgebildeten

Leser verstanden werden können. Das Buch ist sowohl Lehrbuch als auch Nachschlagewerk für den erfahrenen Fachmann.

## Taschenkalender für die Feuerwehren 1994

Verlag W. Kohlhammer,  
70549 Stuttgart

Auch 1994 wird die Reihe der Feuerwehr-Taschenkalender fortgesetzt. Der Kalender beinhaltet neben dem Kalendarium zahlreiche Tabellen und Textbeiträge mit einer Vielzahl von praktischen Hinweisen und sachlichen Informationen.

Der in elf Regionalausgaben erschienene Kalender wird durch länderbezogenes Adressen- und Zahlenmaterial ergänzt. Durch den umfangreichen Themenrahmen stellt der Taschenkalender eine nützliche Hilfe für die tägliche Praxisarbeit der Feuerwehr dar.

## Naturkatastrophen und Katastrophenvorbeugung

Bericht zur IDNDR

VCH Verlagsgesellschaft mbH, 69469  
Weinheim

Wie lassen sich Erdbeben vorher-sagen? Welche Möglichkeiten bieten moderne Meß- und Datenerfassungsmethoden über Satelliten und Fernerkundung zur Früherkennung von Gefährdungen etwa durch Vulkane, tropische Wirbelstürme oder Sturmfluten? Wie wirken sich Klimaänderungen auf das Auftreten und die Stärke von Naturereignissen aus? Wie können Fehlreaktionen von Menschen in Katastrophennot vermieden werden? Wie kann man die Hilfe am besten koordinieren?

Die Fragen sind Beispiele für den Forschungsbedarf, den der Wissenschaftliche Beirat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) des deutschen Nationalkomitees für die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung in seinem jetzt vorgelegten Bericht unter dem Titel „Naturkatastrophen und Katastrophenvor-

beugung“ formuliert hat. Der Bericht enthält einen umfassenden Statusbericht zum Kenntnisstand über die Phänomene Erdbeben, Vulkanismus, Massenbewegungen, Fluten, Dürren sowie Sturm, Starkniederschläge und Sturmfluten.

## Lernen zu Lernen

Lernstrategien wirkungsvoll  
einsetzen

Von Werner Metzsig und Martin Schuster, Springer-Verlag, Berlin

In diesem Buch werden auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Gedächtnispsychologie effektive Lern-techniken erklärt und beschrieben – von der Memotechnik bis zum Superlearning –, die in allen Situationen angewendet werden können, in denen Wissen reproduziert werden muß. Das gilt im gleichen Maße für das Behalten der Geheimnummer wie für Prüfungen jeglicher Art. Anhand wissenschaftlicher Studien nehmen die Autoren eine Bewertung der verschiedenen Lerntechniken vor.

## Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Brauer  
Handbuch Atemschutz  
36.–40. Ergänzungslieferung  
ecomед verlagsgesellschaft mbH  
86899 Landsberg

Schmidt  
VbF-TRbF  
24. und 25. Ergänzungslieferung  
Hüthig GmbH, 69018 Heidelberg

Vogelbusch  
Katastrophenschutz in Arbeitsstätten  
48.–53. Ergänzungslieferung  
ecomед verlagsgesellschaft mbH  
86899 Landsberg

Birth/Lemke/Polthier  
Handbuch Brandschutz  
21.–23. Ergänzungslieferung  
ecomед verlagsgesellschaft mbH  
86899 Landsberg

## Kipper mit Ladekran der Pontongruppe (THW)

Pontongruppen (PontGr) des Katastrophenschutzes sind in der Regel dem Technischen Hilfswerk zugeordnet und operieren in enger Zusammenarbeit mit den KatS-Bergungszügen. Ihre Aufgaben bestehen im Retten von Menschen und Tieren sowie im Bergen von Sachen aus Wassergefahren. Sie transportieren diese sowie die Rettungskräfte und Rettungseinrichtungen über Flüsse und andere Gewässer. Die dazu verwendeten Pontons können auch zur Herstellung behelfsmäßiger Übersetzanlagen (Fähren, Stege) genutzt werden.

Laut STAN gehören der Pontongruppe zwei Lkw (1,5 Tonnen) mit Geräteanhänger und Mehrzweckboot/Trailer an, des Weiteren ein Lkw (7,5 Tonnen) mit Ponton-Anhänger und ein Lkw-Kran (7,5 Tonnen) mit Ponton-Anhänger. Vorgestellt wird in diesem Beitrag der Lkw-Kran in einer besonders interessanten Ausführung.

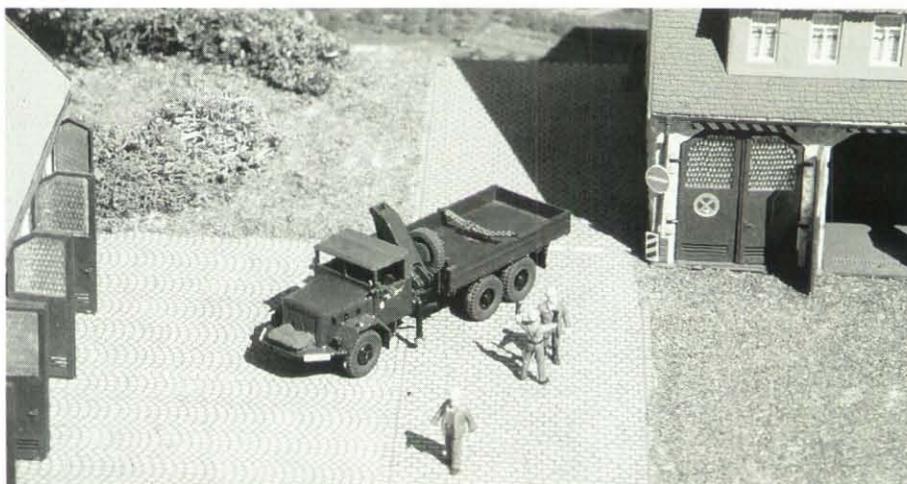
## Das Modell

Der THW-Ortsverband Radolfzell/Bodensee verfügt über einen Lkw-Kran auf der Basis des Magirus-Deutz-Jupiter (MD 178 D 15) mit Ladekran und Vorbauseilwinde. Als Grundmodell für einen Umbau im Maßstab 1:87/HO dient der entsprechende Militär-Lkw von Roco (Bestellnummer 390 und 246) sowie der Pritschenaufbau des MAN N 4530 (Bestellnummer 449).

Beim Umbau des Grundmodells muß zunächst der Radstand des Dreiachlers auf ca. 4,7/6,2 cm gebracht werden. Die MAN-Pritsche (ohne Fronterhöhung) wird mittig zu den beiden Hinterachsen auf das Fahrgestell gesetzt. Das Fahrgestell mit Fahrerhaus und Vorderachse wird – eventuell durch Nutzung zweier Fahrgestelle – entsprechend in der Länge angepaßt. Im Bereich zwischen Fahrerhaus und Pritsche wird ein Ladekran (Preiser, Roco, Roskopf) mit Abstützungen eingepaßt, ebenso



Lkw-Kran MD-Jupiter der Pontongruppe THW-Ortsverband Radolfzell/Bodensee. Zur Beachtung hier der Vorbau mit der Seilwinde.



Das Modell des „Jupiter“ im Maßstab 1:87/HO; zusätzlich angebracht wurden Verzurrungsketten auf der Pritsche (Preiser).

das an der linken Seite der Pritsche (in Fahrtrichtung) zu befestigende Reserverad. Ein etwa 11 mm langer Vorbau (1 mm-Plastikplatte) wird an Front-Kotflügel und Motoraufbau angepaßt (die am Modell befindliche Stoßstange entfällt) und mit einer Vorbauseilwinde (Roco) versehen. Beide Scheinwerfer werden vor den Kotflügeln montiert.

Im Detail erhält der THW-Lkw je eine Blinkleuchte auf den Kotflügeln (Roco), Schmutzfänger hinter den Hinterrädern (Papierausschnitt), eine Abschleppstange (weiß/rot) unter der Pritsche links (Roco-Zubehör), eine Abdeckung für die Vorbauseilwinde (dünnes Papier) sowie Kfz-Kennzeichen an beiden Seiten des Vorbaues und links am Heck (Zubehör). We-

sentliche Bau- und Farbdetails sind auf den beiden Abbildungen des Vorbildes gut erkennbar.

Das Modell wird insgesamt in THW-Blau (RAL 5002, diverse Firmen) lackiert, Seilwinden-Vorbau, Scheinwerfer, Radkappen, Fahrgestell und Kranabstützungen erhalten eine schwarze Farbgebung. Die „Stoff“-Abdeckung der Fahrerkabine ist in Dunkelgrau (matt) abzusetzen, ebenso die Schutzhaube der Seilwinde. Das Modell erhält Detaillackierungen der Blinker, Scheinwerfer und Rückleuchten wie bereits mehrfach in dieser Serie beschrieben. Die vorbildgetreue THW-Beschriftung (ohne Ortsnamen) ist über die Firmen Müller/Siegen und Preiser zu beziehen.

## Zentrale Grubenwehr – eine starke Truppe



Auf der stillgelegten Zeche Pluto in Herne-Wanne untergebracht, verfügt der Technische Sonderdienst der Ruhrkohle AG über eine „Zentrale Grubenwehr“, die gemeinsam mit den Betriebsbereichen „Bergtechnik“ und „Betriebe ohne Produktion“ vor allem die Aufgabe hat, vorbeugende und aktive Grubenbrandbekämpfung sowie Einsätze in Katastrophenfällen wahrzunehmen. Die 200 Mann starke Truppe stellt durch einen 24-Stunden-Dienst sicher, daß jederzeit zwei Grubenwehrtrupps einsatzbereit zur Verfügung stehen, um u. a. die Einsatzkräfte vor Ort zu unterstützen.

In regelmäßigen Abständen finden im Übungshaus des Technischen Sonderdienstes – wo Einrichtungen und Geräte weitgehend den realen Bedingungen im Ernstfall angepaßt sind – Übungen statt, bei denen die Wehrmänner bis an ihre körperlichen Leistungsgrenzen gehen müssen. Bei Temperaturen von 28 Grad Celsius plus Feuchtigkeit und künstlich entfachtem Nebel gilt es, die 280 Meter lange Strecke, die sich durch das Übungshaus zieht, zu „durchkriechen“ – denn sie ist nur 80 Zentimeter hoch.

Lesen Sie hierzu den Beitrag „Des Risikos immer bewußt“ im Innern des Heftes.

(Foto: Klingenberg)

